

13. III. 1919

13
1

70000

37

1919

13. III - 30. IX.

Appro k

Kohlen 9

Die Kohlennot.

Die allgemeine Kohlenlage ist im Laufe des gestrigen Tages stationär geblieben. Es langten aus Tschechoslowakeien größere und aus den Revieren Deutschböhmens kleinere Kohlensendungen ein. Aus Oberschlesien ist das Aviso eingetroffen, daß mit dem ersten Tage der Öffnung der Grenzen Kohlen nach Wien zum Abrollen gebracht werden. Leider werden die Quantitäten aus den oberschlesischen Revieren wegen der dort ausgebrochenen Streiks — die Arbeit ruht in 37 großen Kohlengruben — in der nächsten Zeit geringer als sonst sein, was besonders deswegen zu bedauern ist, weil die Zuschübe gerade aus Oberschlesien infolge des neuen Abkommens sich hätten bedeutend erhöhen sollen.

Am kommenden Montag findet eine Besprechung der Kaffeesieder und Gastwirte mit Vertretern des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten statt, in der auf Grund der Kohlenzuschübe festgestellt werden soll, ob die Differenzierung in der Sperrstunde der Kaffee- und Gasthäuser wieder hergestellt werden kann.

13. III. 1919

1

Die Kohlenkrise.

Andauernd nur geringe Zuschübe.

In der Kohlenversorgung Wiens hat sich die Lage nicht geändert. Im städtischen Elektrizitätswerk wird der Betrieb gegenwärtig mittels der Aushilfskohlen aufrechterhalten, die das Arbeitsamt in Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark beschlagnahmen ließ. Die Zuschübe aus dem Ausland sind nach wie vor gering. Oberschlesische Kohle ist bisher noch nicht hier eingelangt.

Die Streiks in den Kohlenrevieren.

Aus Mährisch-Ostrau, 12. d., telegraphiert man: Die Streikbewegung im östlichen Teile des Reviers mit vorwiegend polnischer Arbeiterschaft hat sich verschlimmert. Während in den letzten Tagen der Prozenttag der einfahrenden Belegschaften 70 bis 90 Prozent betrug, ist er heute auf höchstens 50 Prozent herabgesunken. Im Franziskaschacht des Grafen Larisch in Karwin ruht die Arbeit vollständig. Auf der Gabrielzeche der Oesterreichischen Berg- und Hütten-gesellschaft ist nur ein Teil der Belegschaften heute erschienen. Im Westrevier sind heute drei Viertel der Belegschaft des der Nordbahn gehörenden Hubertschachtes in Hruschau in den Ausstand getreten.

Aus Krakau, 12. d., telegraphiert man: Der Bergarbeiterstreik im Karwiner Kohlenrevier umfaßt nunmehr alle Gruben. Dem Streik sollen sich auch andere Arbeiterkategorien anschließen. Der Ausstand hat einen nationalpolitischen Charakter und ist als Protest gegen die Besetzung polnischer Gebiete durch die Tschechen gedacht.

Noch keine Besserung der Kohlenlage.

In wohlunterrichteter Stelle erfahren wir: Im Laufe des gestrigen Tages hat die Situation hinsichtlich der Kohlenversorgung Wiens weder eine Verschlechterung noch auch eine Besserung erfahren. Bessern ist noch kein Kohlenwaggon aus Oberschlesien eingelangt. Doch hat das Staatsamt für öffentliche Arbeiten die Nachricht erhalten, daß bereits am ersten Tage nach der Aufhebung der Durchfuhrsperrre — das ist am 10. d. — mit der Verladung der Kohlen in Oberschlesien begonnen wurde. Die Kohlenförderung ist dortzulande aber durch die Streikbewegung empfindlich beeinträchtigt. Gegenwärtig stehen nicht weniger als 37 Schächte im Ausstand, was um so bedenklicher ist, als der Streik bolschewistischer Charakter trägt.

Ein Abbau der heute vor einer Woche in Kraft getretenen Sparmaßnahmen ist demnach noch nicht in Sicht, doch ist auch von einer weiteren Verschärfung dieser Bestimmungen derzeit nicht die Rede. Die Nachricht von einer für heute oder morgen zu erwartenden Betriebs-einstellung der Vereinigten Eisfabriken, durch die der gesamte Eisbedarf der Approvisionierungs-gewerbe sowie der Spitäler, Kriesschlachten usw. gedeckt wird, war zumindest verfrüht, da das Staatsamt für öffentliche Arbeiten rechtzeitig vorgesorgt hat, daß der Betrieb in diesen Fabriken aufrechterhalten bleibt.

Die Schwere der Situation liegt darin, daß keinerlei Reserven an Kohle vorhanden sind. Die Lage kann sich daher neuerdings katastrophal gestalten, wenn die vielen Eisenbahnzüge für die verstärkten Lebensmittelaufuhren mit Kohle ver-lorat werden müssen. Hoffentlich treffen die Kohlensendungen bis dahin reichlicher in Wien ein, so daß die kürzlich von unserer Stadt ab-gewendete Katastrophe nicht abermals Handel und Wandel bedroht. Zu einer optimistischen Auffassung der Lage liegt leider noch kein An-laß vor.

14. III. 1919

14
4**Kohlenwirtschaft.**

In der Nationalversammlung zu Weimar sind Sozialisierung und Kohlenwirtschaft durchgepeitscht und unter dem Widerspruch der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Gesetz geworden. Die Politik hat über die Vernunft gesiegt. Zurzeit, wo alle Kräfte zusammen wirken sollten, um das zusammengebrochene Wirtschaftsgebäude aufzurichten, scheut man sich nicht, um der Masse durch billige Schlagwörter entgegenzukommen, auf einem der wichtigsten Gebiete Experimente vorzunehmen, die nicht nur, wie neulich an anderer Stelle unserer Zeitung ausgeführt, nach innen den Charakter der Verlegenheitsgesetzgebung tragen, sondern nach außen hin geradezu als Förderung feindlicher Interessen wirken muß.

Eine Verstaatlichung des Betriebes durch Sozialisierung des Kohlenyndikates wird genau so verderblich wirken wie eine Verstaatlichung der Betriebe selbst. Die größte Gefahr droht vom Ausland. Dieses sucht mit allen Kräften und Mitteln die im Kriege begonnene Vernichtung und Schädigung der deutschen Wirtschaft fortzusetzen. Nachdem bei zahlreichen anderen Betrieben die Absicht so gut gelungen ist, will auch auf den deutschen Kohlenbergbau die Entente ihren Wirtschaftsimperialisismus erstrecken. Amerika, das seine Kohlenproduktion während des Krieges stark gesteigert hat, sucht neue Absatzgebiete; England hat in Nachahmung der vorbildlichen Auslandsorganisation des Kohlenyndikates alle Vorbereitungen getroffen, selbst Deutschland mit seiner Kohle zu überschwemmen; sogar Belgien plant die Gründung einer ähnlichen Einrichtung wie des Syndikates, um im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf stärker dazustehen. Die gewiegtesten und geriffensten Kaufleute sind aufgeboten worden, um die Absichten der Entente zur Verwirklichung zu bringen. Unterstützung finden sie dabei in denkbar weitgehendstem Maße bei ihren Regierungen, die mit dem ganzen Nachdruck ihrer militärischen und politischen Macht hinter ihnen stehen.

Und was tun wir? Anstatt unseren sachkundigen, mit den Verhältnissen des heimischen und des Weltmarktes durch und durch vertrauten Kaufleuten freie Hand zu lassen und ihnen in ihrem schweren Kampfe gegen die wirtschaftliche Uebermacht der Feinde jede Unterstützung zu gewähren, sollen sie einfach ausgeschaltet und an ihre Stelle der ängstlich an Dienstverträgen und Paragraphen sich haltende, seine Dienststunden absetzende Bürokrat gesetzt werden. Denn darauf läuft die staatliche Beeinflussung doch hinaus, wenn auch versichert wird, daß man die guten Dienste des Handels auch in Zukunft sich zunutzen machen wolle. Dafür wird schon sorgen der auch jetzt noch in den Amtsstuben herrschende bürokratische Geist, dem während des Krieges selbst die kaufmännischen Fachleute erlegen sind.

Wer in dem Kampfe des frischen und doch wägenden Kaufmannsgeltes gegen vertrocknetes Bürokratenium siegen wird, ist nicht schwer einzusehen, wenn man sich die „Erfolge“ vergegenwärtigt, welche das sozialistische Wirtschaftssystem im Kriege bei uns aufzuweisen gehabt hat. Nicht mit Unrecht ist gesagt worden, daß dieses durch seine unerquicklichen und aufreizenden Begleiterscheinungen den Verlust des Krieges mit herbeigeführt hat. Hätten wir den Schleichhandel nicht gehabt, der uns die Gegenstände besorgte, die der Sozialismus nicht liefern konnte, wären wir schon längst am Ende unserer Weisheit angelangt. Und jetzt soll dieses banterotte System noch weiter ausgebaut werden, unter dem Industrie und Private stöhnen und dessen baldige Beseitigung immer wieder aus allen möglichen Kreisen gefordert wurde und wird?

Dazu treten noch andere Bedenken. Ein großer Teil der Steinkohlenförderung wird in Zukunft nicht abgesetzt werden können, da die Ausfuhrindustrie sehr erhebliche Einschränkungen wird vornehmen müssen. Die überschüssige Förderung unterzubringen, ist das dann entstehende schwierige Problem. Es gilt unter Heranziehung der fähigsten Köpfe neue Kanäle zu finden, in die entweder in der ursprünglichen Form der Kohle oder in Gestalt von sog. Nebenprodukten (Teer, chemische Erzeugnisse, Benzol usw.) die Produktion geleitet werden kann. Ob der Staat dieser Aufgabe gewachsen sein wird, muß entschieden bezweifelt werden, da er in seinen Bergwerken nicht einmal in der Lage war, die vergleichsweise sehr einfache Steigerung der Kohlenförderung den Wünschen der Verbraucher entsprechend vorzunehmen.

Noch weiteren Anforderungen wird der Staat sich gegenübersehen. Die bestehenden Lagerplätze sind zu unterhalten und neue anzulegen. Die Transportmöglichkeiten, besonders der Schiffsverkehr, sind auszubauen. Kredite an die Abnehmer müssen gewährt werden, eine für den Staat mit seiner glänzenden finanziellen Verfassung besonders erfreuliche Aussicht. Alle diese Notwendigkeiten werden dem jetzt schon unter seiner Last bedenklich ächzenden Staatswagen neue schwere Gewichte zu tragen geben.

Schließlich darf auch nicht vergessen werden, daß der Verstaatlichung des Kohlenyndikates eine Uebernahme des Groß- und Kleinhandels in staatliche Regie ganz von selbst auf die Dauer folgen muß. Damit würde aber das Heer der Staatsbeamten, über dessen Stärke jetzt schon recht deutliche Urteile zu hören sind, um weitere Hunderttausende vermehrt. Das Risiko ihrer Bezahlung müßte natürlich der Staat übernehmen, ohne zu wissen, ob entsprechende Einnahmen gesichert sind. Von finanzpolitischen Gesichtspunkten aus wäre dieser Zustand, der nebenbei bemerkt auch einen recht erheblichen Anreiz zur Verbreitung des Staatsrentneriums bietet, jedenfalls nicht zu billigen.

Alles in allem genommen, hat die Mehrheit der Nationalversammlung mit beiden Gesetzen einen Sprung ins Dunkle getan, bei dem ein gut Teil unseres Wirtschaftslebens schweren Schaden nehmen kann. Wenn wenigstens Aussicht bestände, daß auch das Ausland derartige wirtschaftliche Umwälzungen mitmachen würde. Aber auf wirtschaftlichem Gebiete wird es uns genau so gehen wie auf dem

politischen, auf dem wir die Revolution begonnen haben, ohne uns über den gleichzeitigen Eintritt ähnlicher Ereignisse im Ausland zu vergewissern. Zu dem politischen Schaden, den wir bereits jetzt zu tragen haben, wird der wirtschaftliche sich auch noch gesellen. Und zu beiden kommt Spott und Hohn des Auslandes, das über uns dumme Deutsche sich ins Fräustchen lacht und vielleicht sogar die Verstaatlichung des Syndikats zum Anlaß nimmt, sich, sehr zu unserem Schaden, maßgebenden Einfluß im deutschen Kohlenbergbau zu sichern.

16./III. 1919

Ankunft oberschlesischer Kohle.

In wohlunterrichteter Stelle wird uns über die gegenwärtige Situation hinsichtlich der Kohlenversorgung Wiens mitgeteilt:

Die Anlieferungen an Kohle sind noch so unbeeinträchtigt, daß sie nur gerade knapp hinreichen, bei Fortbestand der derzeitigen Sparmaßnahmen den Kohlenbedarf zu decken. Doch ist ein erfreuliches Moment in der Kohlenlage zu verzeichnen: Vorgestern traf nach Aufhebung der Durchfuhrverwehre der erste Transport oberschlesischer Kohle in Wien ein. Sind vorerst auch nur wenige Waggons angerollt, so ist dies doch angesichts der Wichtigkeit dieses Transportweges ein bemerkenswertes Ereignis. Nach gestern eingelangten Nachrichten ist der Streik in Oberschlesien nunmehr beendet.

Doch wäre es verfrüht, von einer Besserung der Situation zu sprechen. Man wird vielmehr, wie maßgebenden Orts versichert wird, mit einer Erleichterung der Lage erst dann rechnen können, wenn aus Oberschlesien weiterhin Kohle, und zwar in hinlänglicher Menge, einlangt und insbesondere die Zuschübe aus Nordwestböhmen und aus Mährisch-Ostrau sich dauernd günstig gestalten. Gestern wurde im Staatsamt für öffentliche Arbeiten bekannt, daß in den polnischen und tschechischen Schächten von Mährisch-Ostrau eine Streikbewegung, und zwar aus nationalpolitischen Gründen, entstanden sei, was die Lage wieder ungünstig beeinflusst.

Vor fünf, sechs Tagen wird an einen Ausbau der Sparmaßnahmen auch nicht zu denken sein, diese bestehen vielmehr unverändert fort.

Nur die Verkümmung der Nennuhrverwehre für die Kaffeehäuser ist insofern geändert worden, als das Staatsamt gegen den gestrigen Beschluß der Genossenschaft der Kaffeehändler, Samstag und Sonntag ihre Betriebe bis 10 Uhr abends geöffnet zu lassen und, um den dadurch bedingten Mehrverbrauch an elektrischem Strom auszugleichen, dafür Montag und Freitag schon um 8 Uhr abends zu sperren, nichts einzuwenden hatte, so daß dieser Versammlungsbeschluß in Wirksamkeit trat.

Morgen finden im Staatsamt für öffentliche Arbeiten neuerdings Beratungen statt, an denen die Vorstände der Kaffeehädlergenossenschaft und der Gastwirten-genossenschaft teilnehmen werden. Bei dieser Gelegenheit soll sowohl die Frage der Differenzierung der Sperr-

stunden dieser beiden Gewerbe als auch jene der Starbidbeleuchtung in den Cafés zur Erörterung gelangen.

Der Abend
17. III. 1919

2
17
7

Die Kohlenfrage.

Die Lage ist im allgemeinen gleich ungünstig geblieben; namentlich eine neuerdings in Mährisch-Ostau ausgebrochene Ausstandsbewegung dürfte auf die Einkäufe in den nächsten Tagen ungünstig einwirken. Von der Anlegung einer nennenswerten Reserve kann keine Rede sein. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die heute abermals im Staatsamt für Arbeiten zwecks Bewilligung der Behnhrsbere erschienenen Kaffeeforderungen abschlägig beschieden werden mußten; diese und andere Erleichterungen der Sparmassnahmen sind eben unter den heutigen Verhältnissen in absehbarer Zeit nicht durchführbar.

18. III. 1919

9

Günstige Kohlenzufuhren aus Deutschland.

Wien, 17. März.

Kunntehr, nach Aufhebung der czechischen Grenzsperrre, läßt sich erkennen, daß die Kohlenlieferungen aus Deutschland auch in der Zeit der großen politischen Kämpfe und der Spartakusunruhen nicht zum Stillstande gekommen sind. Die Einfuhr nach Deutschösterreich wurde allerdings durch die Sperrung der czechischen Grenze und die mannigfachen Hindernisse, die dem Transporte entgegenstanden, gehemmt, die Kohlensendungen sind aber von den Gruben abgerollt. Infolgedessen sind in den letzten Tagen ziemlich erhebliche Mengen deutscher Kohle nach Deutschösterreich gelangt. Sie stammen zum Teile aus Oberschlesien, zum Teile aus Westfalen und übersteigen das vereinbarungsgemäß festgesetzte Quantum nicht unerheblich.

Bei der großen Kohlennot, die aber besteht, und bei dem Verbräuche der geringen vorhanden gewesenen Reserven war es trotz der deutschen Kohlensendungen nicht möglich, an einen Abbau der Sparmaßnahmen zu schreiten. Dies wird nur dann der Fall sein, wenn von czechoslowakischer Seite die Besserung in den Kohlenzufuhren, die in den letzten Tagen zu verzeichnen war, anhält. So viel läßt sich aber konstatieren, daß man auf deutscher Seite bestrebt gewesen ist, ungeachtet der mannigfachen Hindernisse, die Kohlenlieferungen nach Deutschösterreich möglichst zu fördern.

Abdruck
19. III. 1919

21
19
10

Die Kohlennot.

Vorherhand keine Milderung der Einschränkungen!

In den letzten Tagen waren in Wien Gerüchte verbreitet, daß infolge einer Besserung der Zufuhren bereits in dieser Woche eine Milderung der Rationseinschränkungen erfolgen solle. Auf eine Anfrage im Staatsamt für öffentliche Arbeiten erfahren wir, daß leider vorderhand von einem Abbau der Sparmaßnahmen noch nicht die Rede sein kann. Den städtischen Elektrizitätswerken, die Kohle beliebiger Herkunft verbrennen können, konnte zwar eine Aushilfe geleistet werden, die den eingeschränkten Bedarf sicherstellt, dagegen befinden sich die Gaswerke, die ausschließlich auf die Ostrober Kohle angewiesen sind, in einer kritischen Lage, da durch die Streiks im Ostrober Revier jede Zufuhr ausgeblieben ist und auch von keiner Seite Aussicht auf Aushilfe besteht. Im allgemeinen entsprechen auch die Nachrichten über angeblich „günstige“ Zufuhren leider nicht der Wahrheit, da man Zuschübe, die knapp den gegenwärtigen eingeschränkten Bedarf decken, doch nicht als günstig bezeichnen kann. Eine Erleichterung wird erst fühlbar werden, wenn wir nicht mehr gezwungen sein werden, von Tag zu Tag rechnen. Über gegenwärtig kann nicht einmal von der Anlage von Reserven die Rede sein. Das Staatsamt für öffentliche Arbeiten würde sich ja auch ohne das Vorhandensein größerer Reserven zu einer Milderung der Einschränkungen

sehen von der italienischen Regierung keinen Auftrag, am wenigsten vom Ministerium des Aeußern; auch bin ich weder ein Beamter dieses Ministeriums noch gehöre ich der Diplomatie an. Daher ist auch von einer angeblichen Mission keine Rede. Hochachtungsvoll Conte Ettore della Rocca.“

Fortdauer der Sparmaßnahmen.

Wie wir von informierter Seite erfahren, hat sich die Kohlenlage noch nicht so weit gebessert, daß von einem Abbau der jederzeit verfügbaren verschärften Sparmaßnahmen die Rede sein könnte. Gestern ließen sich die Kohlenlieferungen an die Gemeinde Wien im allgemeinen schlecht an. Die Zusätze aus Tschechien waren gestern besonders geringfügig, was sich teilweise allerdings dadurch erklärt, daß sie vom Sonntag herrühren. Diese Zusätze decken nicht den Bedarf und entsprechen auch nicht dem vom Nachbarstaat uns zugesagten Ausmaß. Einmal die Kohlentransporte aus Oberschlesien gestalteten sich etwas günstiger und liefen geregelt ein. Sehr mühselig und verhängnisvoll kann es werden, daß die Kohlenzufuhr aus Mährisch-Ostau infolge der Streikbewegung in den dortigen Schächten fast gänzlich lahmgelegt ist.

Aus dieser Lage erzieht man, daß die von Wien vorläufig abgewendete Gefahr einer katastrophalen Wendung in der Kohlenversorgung noch keineswegs endgültig abgeklungen ist. Die Anlieferungen von Hausbrand zum Beispiel sind so gering, daß der Küchenbrand nicht einmal im festgesetzten Ausmaß von 15 Kilogramm pro Woche zur Gänze zur Ausgabe gelangen kann. Am meisten aber droht den städtischen Gaswerken Gefahr, da die Gaskohle, die uns bekanntlich nur Mährisch-Ostau liefern kann, völlig ausbleibt und es keinerlei Ersatz dafür gibt. Sollte die Gaskohle auch in nächster Zeit nicht eintreffen, so besteht die Möglichkeit, daß die Gasabgabe für die Küchen eingestellt wird, was zahllose Haushaltungen hart treffen würde. Die städtischen Elektrizitätswerke sind insofern besser daran, als ihnen mit jeder Art von Kohle geholfen werden kann.

Wie uns an maßgebender amtlicher Stelle erklärt wird, kann an einen Abbau der Sparmaßnahmen erst gedacht werden, wenn mindestens für eine Woche Reserve an Kohle angesammelt ist. Momentan läuft aber noch nicht einmal so viel Kohle ein, daß bei Fortdauer der verschärften Maßnahmen der Tagesbedarf vollständig gedeckt wäre. Der schwer geprüften Bevölkerung Wiens ist daher eine neuerliche Geduldsprobe auferlegt.

Wiener - Stimmen

26. III. 1919

M

Vermehrte Kohlenzufuhren in Sicht.

Ausschub der Sparmassnahmen. — Kartoffel-
zufuhren.

In der heutigen Stadtratsitzung referierte Vizebürgermeister Reumann über die Vorschläge der Deputation der Gemeinde Wien bei den hiesigen Ententevertretern wegen der Kohlenmisere. Die Ententevertreter hätten weitgehende Zusagen bezüglich der besseren Belieferung mit Kohle gemacht. Er beantragt deshalb, mit der Durchführung der Sparmassnahmen, welche in der letzten Stadtratsitzung beschlossen wurden, noch einige Zeit zu warten.

Das Staatsamt für öffentliche Arbeiten hat mit Polen einen Vertrag nach Lieferung von 1000 Waggonn Kartoffel abgeschlossen, von welchen 800 Waggonn der Gemeinde Wien zugesprochen wurden. Außerdem wurde ein Abschluß auf Lieferung von 300 Waggonn Kartoffel aus der Slowakei gemacht. Auf Grund dieser Verträge sind die Kartoffeleinfuhren in Wien in letzter Zeit etwas gestiegen.

Der Abend

26. III. 1919

13

Die Holzindustrie muß sofort sozialisiert werden!

Einer der Haupteinwände gegen die sofortige Sozialisierung unserer Industriezweige ist der, daß man nur Betriebe in Zeiten der Hochkonjunktur und nicht bei Rohstoff- und Arbeitsmangel sozialisieren könne. Wie sich dies beim Holz verhält, das heute unser hochwertigstes Erzeugnis ist und das wir in großen Mengen auch für die Ausfuhr besitzen, zeigt eine Äußerung eines der größten ungarischen Holzkapitalisten, des Generaldirektors Bela Grosz von der „Standard“-Aktiengesellschaft ungarischer Holzproduzenten in der „Neuen Holzzeitung“ vom 23. März 1919: „Die Nachfrage nach Weichholz in den Balkanstaaten, in Italien, in den Häfen des Mittelmeeres, weiters im östlichen und nördlichen Frankreich usw. ist eine derart ausgiebige, daß Holz im Werte dem Gold gleichkommt. Im Auslande kann unser Holz in Goldwährung in der gleichen Preishöhe verwertet werden, wie bei uns zu Lande in Kronenwährung.“ Für Österreich gilt dies ebenso wie für Ungarn und der Laie kann sich eine Vorstellung vom eigentlichen Wert unseres Holzes machen, wenn ein Großkapitalist ihn schon dem Goldwert gleichsetzt. Unsere Regierung, müßte man meinen, hätte diesen, unseren wertvollsten Rohstoff sofort mit Beschlag zu belegen, um ihn den Klauen des Großkapitals zu entwinden, das auf allen möglichen offenen und Schleichwegen bereits dahinter her ist, durch Holzabstandsverträge mit dem staatlichen (1) und privaten Forstbesitz (siehe Ausschreibung der deutschösterreichischen Forst- und Domänenverwaltung vom 8. März 1919) sich das letzte Stückchen Holz zu sichern. Nur bis zu einer „Absicht“ hat es die Regierung gebracht, zur „Absicht, ein Kommissariat zu errichten, dem die Beschaffung von mindestens zwei Millionen Kubikmeter Holz obliegen wird“ (Beschaffung, nachdem die staatliche Forstdirektion das Holz verkauft!), — und schon schreien die Holzkapitalisten, die zu den größten Kriegsgewinnern gehören und deren Konjunktur ungeschwächt fort dauert, in der jämmerlichsten Weise auf, wie ein Aufsatz in der „Continentalen Holzzeitung“ vom 15. März zeigt: „Für alle Fälle muß der Holzhandel in der entschiedensten Weise dagegen Stellung nehmen, daß ihm seine Betätigung auch jetzt nach dem Kriege erschwert werde.“ — Hierauf darf keine Stunde mehr verloren werden! Das Holz ist zur Sozialisierung reif und muß sofort sozialisiert werden! Der Sozialisierungskommission wurden, wie wir hören, von sozialistischer Seite bereits Vorschläge hierzu vorgelegt. Sie sind sofort zu prüfen und zur Durchführung zu bringen! Wer ist übrigens in der Sozialisierungskommission? Etwa wieder Kapitalisten?

Der Abend

28. III. 1919

J
28
14

Preiserhöhung für Braunkohle.

Durch das Disagio der deutschösterreichischen Währung gegenüber der tschechoslowakischen, Verteuerung der Fracht und Steigerung der Regieauslagen, ist eine Erhöhung der Braunkohlenpreise auf den städtischen Kohlenlagern notwendig geworden. Von Montag, den 31. d. M., an betragen die Verkaufspreise für 100 Kilogramm Braunkohle K 10¹².

Der Abend
28. VII. 1919

15

Die Holzindustrie muß sofort sozialisiert werden!

„So grau in grau manche Stimmen die Zukunft Deutschösterreichs, angehängen an Deutschland oder als selbständiger Staat, malen, so gibt ihm gerade die Holzwirtschaft einen Lichtblick für eine erfreulichere Zukunft. Sie bildet einen starken, wenn nicht den stärksten Wirtschaftsnerv dieses Staates, nach dem sich seine Handels- und Zollpolitik unbedingt richten müssen. Es wäre nur zu wünschen, daß von seiten der deutschösterreichischen Regierung alles getan werde, um auch die Entwicklung der Holzwirtschaft im Lande nach Kräften zu fördern.“ So schreibt ein Wiener Mitarbeiter in der kapitalistischen Berliner „Holzwelt“. Wir unterstützen diesen Weckruf an unsere Regierung, sich des Holzes, das „im Wert dem Golde gleichkommt“, ehestens und kräftigst anzunehmen. Allerdings nicht vom Standpunkt der Großkapitalisten aus. Im Gegenteil, die Holzindustrie muß sofort sozialisiert werden! Denn das Großkapital läßt nichts unversucht, sich des letzten wertvollen Rohstoffes, den wir besitzen, völlig zu bemächtigen, so daß wir mit unserer Valuta, mit unserer Ernährung und mit allem, was wir vom Auslande brauchen, seine Hörigen werden. Allen Besitz an Holz will es noch rasch in seine Fänge bekommen, um entweder unsere ganze Wirtschaft mit einem neuen Mittel unter seine Abfüße zu treten, oder aber noch zum letztenmal einen ungeheuren Gewinn einzustreichen, wenn das Volk zur Zahlung von Ablösungssummen bei der Sozialisierung der Privatbesitze bereit sein sollte. — In der „Neuen Freien Presse“ (wo sonst) streckt das Kapital seine Fühler nach dem Wald aus, den es noch nicht besitzt (Nummer vom 27. März): „Waldgut mit schlagbaren Beständen in Deutschösterreich (auch Steiermark oder Tirol) gesucht. Bei Abschluß wird Vermittlung honoriert. Zuschriften unter ‚Selbstkäufer‘“. — Auch jenes Holzkapital, das bisher gar nicht in Deutschösterreich arbeitete, sucht nun hier Wald an sich zu ziehen, um eine Holzgroßindustrie zu errichten, und auch ausländisches Kapital greift nach unserem wertvollsten Rohstoff. Um die Sozialisierung zu erschweren, bedient sich das Holzkapital der List, Waldgroßbestände zu zersplittern, indem einzelne Teile von verschiedenen Gesellschaften gekauft werden.

Unsere Regierung sieht das alles nicht. Die Sozialisierungskommission hat vermutlich Wichtigeres zu tun. Wenn hier nicht sofort eingegriffen wird, wenn nicht alle Waldverkäufe unter Staatsaufsicht gestellt oder richtiger verboten, wenn nicht alle Kaufverträge der letzten Monate ungültig erklärt werden, geschieht ein ungeheures Verbrechen am Volk, da wir schließlich unseren kostbarsten Rohstoff vom Großkapital werden kaufen und noch dazu bei der Sozialisierung eine neue Großindustrie werden ablösen müssen, die der Staat jetzt noch selbst auf sozialistische Grundlage aufbauen könnte.

Die neuen Kohlenlieferungsverhandlungen in Berlin.

Staatssekretär Ingenieur Zerbil ist, wie gemeldet, Mittwoch morgens mit Sektionschef v. Enderes, Oberbergrat Dr. Klotz und Bauerrat Hostialek in Berlin eingetroffen. Die Verhandlungen mit dem Reichskohlenkommissär Geheimrat Stug wegen Steigerung der Belieferung Deutschösterreichs mit deutscher Kohle sind sofort aufgenommen worden, führten aber zunächst zu keinem für die deutschösterreichische Delegation befriedigenden Ergebnis.

Staatssekretär Zerbil begab sich daher Donnerstag früh mit Sektionschef v. Enderes nach Weimar und führte dort die Verhandlungen mit dem Reichspräsidenten Ebert, dem Ministerpräsidenten Scheidemann und dem Reichsminister Erzberger fort. Sowohl der Reichspräsident als auch die Reichsminister anerkannten die schwierige Lage Deutschösterreichs hinsichtlich der Kohlenversorgung und stellten eine verstärkte Belieferung mit deutscher Kohle in Aussicht. Staatssekretär Zerbil ist noch im Laufe der Nacht nach Berlin zurückgekehrt und wird die Verhandlungen mit dem Reichskohlenkommissär weiterführen. Die Rückkehr der deutschösterreichischen Delegation nach Wien dürfte voraussichtlich erst Montag früh erfolgen.

Kohlenausgabe im April.

Der andauernd ungünstige Kohleneinlauf ermöglicht auch im Monat April keine Erhöhung der bisherigen Kohlenquote. Die Höchstmenge des Küchenbrandes bleibt bis auf weiteres mit 15 Kilogramm Steinkohle, beziehungsweise 20 Kilogramm Braunkohle oder Holz aufrecht. Gewerbe, Industrien und Anstalten erhalten auf Grund der Gewerbebezugskarten im April für einen ganzen Betriebsbrand 80 Kilogramm Steinkohle, auf Grund eines Bezugscheines für Betriebe die unter dem Buchstaben C festgesetzte Monatsmenge. Die Abgabestellen der Groß- und Kleinkohlenhändler wurden angewiesen, in erster Linie die Approvisionierungsbetriebe voll zu beliefern und erst den Rest auf die übrigen Gewerbebetriebe aufzuteilen. Die Abgabe von Heizkohle wird mit 1. April gänzlich eingestellt.

Preiserhöhung für Braunkohle.

Durch das Disagio der deutschösterreichischen Währung gegenüber der czecho-slowatischen, Verteuerung der Fracht und Steigerung der Regieauslagen ist eine Erhöhung der Braunkohlenpreise auf den städtischen Kohlenlagerplätzen notwendig geworden. Vom 31. d. an betragen die Verkaufspreise für 100 Kilogramm Braunkohle 10 K. 12 H.

31. III. 1919

31.
M

Entspannung der Kohlenkrise.

Günstiges Ergebnis der Berliner Verhandlungen. — Namhafte Erhöhung der täglichen Belieferung in Aussicht.

Staatssekretär Berdik ist gestern vormittag mit seiner Begleitung aus Berlin nach Wien zurückgekehrt. Das Ergebnis der Verhandlungen ist überaus günstig. Es wurde durch die Vermittlung des Präsidenten Ebert erzielt, daß von nun an die tägliche Belieferung Deutsch-Österreichs aus Oberschlesien von 3000 Tonnen auf 7500 Tonnen ansteigen soll. Mit dieser erhöhten Menge dürfte, nachdem sich heute nachmittag der Kabinettsrat mit den Zusicherungen von reichsdeutscher Seite über die zukünftige Belieferung aus Oberschlesien und über die Verwendung dieser Kohle beschäftigt, in acht bis zehn Tagen zu rechnen sein. Morgen wird das Staatsamt für öffentliche Arbeiten bereits ein detailliertes Programm ausarbeiten, das sofort nach Berlin abgehen soll, worauf die Aufträge von dem deutschen Reichskommissär an die Gruben in Oberschlesien ehestens abgehen sollen. Ueber das zukünftige Programm über Regierung erfahren wir:

Zunächst soll aus dem erhöhten Quantum die Industrie beteiligt werden, in erster Linie die Eisen-, dann die Lebensmittel- und schließlich die Bauindustrie. Letztere dürfte ein besonderes Mittel zur Steuerung der Arbeitslosigkeit sein. Hand in Hand mit der Belebung der Industrie geht eine Hebung des Verkehrs, nachdem naturgemäß die Zufuhr der Rohstoffe und Abfuhr der fertigen Produkte den erhöhten Güterverkehr bedingt.

Was die

Bermehrung des Personenverkehrs

betrifft, dürfte man zunächst daran denken, den Schnellzug Wien—Borarlberg einige Male in der Woche sicherzustellen. Nachdem die Tschechen dem unmittelbaren Verkehr zwischen Wien und Berlin Hindernisse entgegenstellen, ist geplant, eine direkte Linie nach Berlin über Passau und Regensburg mit Umgehung des tschecho-slowakischen Staates einzurichten. Auch diesbezüglich hat die deutschösterreichische Kommission bei der bayrischen Regierung bereits vorgeschrieben. Dadurch dürften sich auch die Tschechen gezwungen sehen, die direkte Verbindung Wien—Berlin wieder zu erleichtern, da die Fahrtzeit über Passau nach Berlin nur um zwei Stunden größer wäre.

Dann soll der bisherige Schnellzug auf der Südbahnhauptstrecke sichergestellt und Abzweigungen nächster Linie ist an die Verbesserung des Lokalverkehrs und erst in letzter Linie an die Eröffnung des Wiener

und erst in letzter Linie an die Eröffnung des Wiener Stadtbahnverkehrs gedacht.

Die Wirkung auf die Wiener Unternehmungen.

Von der ober-schlesischen Kohle wird auch die Gemeinde Wien ihren ausreichenden Teil abbekommen. Die erhöhte Belieferung wird sich zunächst äußern in einer Verbesserung des Straßenbahnverkehrs, mit der sich heute bereits das Staatsamt für öffentliche Arbeiten und morgen voraussichtlich der Stadtrat beschäftigen wird. Ueber die einzelnen Bestimmungen der Erweiterungen des Verkehrs ist noch nichts bekannt.

Die städtischen Gaswerke sind davon leider nicht betroffen, da dieses Unternehmen bekanntlich nur auf Ostrauer Kohle angewiesen ist. Es ist jedoch nach dem Kohleneinlauf einiger Tage der vergangenen Woche zu hoffen, daß uns die Gasperre erspart bleibt.

31. III. 1919

18

Abchluss der Kohlenverhandlungen in Berlin

Wien, 31. März

Staatssekretär Berdtz, Seelowitzer, v. Enderes, Hofrat Sedlatz, Oberbergat Klotz und Baurat Hofmann sind von den in Berlin und Weimar geführten Verhandlungen zurückgekehrt. Die Besprechungen bezweckten, eine Besserung in den deutschen Kohlenzufuhren nach Deutsch-Osterreich herbeizufuhren. Es wurde auch ein Einvernehmen in der Richtung erzielt, dass größere Mengen ober-schlesischer Kohle als bisher nach Deutsch-Osterreich gelangen sollen. Die Zufuhren würden sich, wenn die Produktion im ober-schlesischen Revier ansteigt, noch erhöhen.

Erfreuliche Wirkungen der Berliner Kohlenverhandlungen.

Erweiterung des Straßenbahnverkehrs. — Teilweise Aufhebung bestehender Sperr- und Sparmassnahmen.

Die Kohlenverhandlungen in Berlin, die vom Staatssekretär Zerdik und der deutschösterreichischen Kommission mit dem reichsdeutschen Kohlenkommissär in der Vorwoche gepflogen wurden, haben nach anfänglichen Schwierigkeiten ein günstiges Ergebnis gebracht. Von der reichsdeutschen Regierung wurde nach Vermittlung des Präsidenten Ebert, den der Staatssekretär in Weimar ansuchte, eine weitaus größere Belieferung Deutschösterreichs aus Oberschlesien zugesichert, als bisher vertragsmäßig festgesetzt war. Die verstärkte Kohlenzufuhr soll entsprechend der Förderung in den dortigen Revieren bis auf das anderthalbfache der gegenwärtigen Menge ansteigen.

Unter dem Eindruck dieser befriedigenden Aussichten hat Staatssekretär Zerdik von Berlin aus telephonisch das ihm unterstellte Staatsamt verständigt, auf eine Verbesserung des Straßenbahnverkehrs hinzuwirken. Inzwischen kam aber der Eisenbahnaustrand, der diese Absicht verzögerte. Tatsächlich wird sich aber morgen der Stadtrat bereits damit beschäftigen und nach unseren Informationen auf eine Aufhebung der jüngsten Verfügung bezüglich der Verkehrseinschränkungen der Straßenbahn abzielende Beschlüsse fassen. Voraussichtlich wird noch diese Woche der Straßenbahnbetrieb um zwei Stunden täglich erweitert, der Verkehr um eine Stunde früher aufgenommen und ebenso viel später beendet werden.

Außerdem werden in dieser Woche Sitzungen im Arbeitsstaatsamt mit den beteiligten Interessenten stattfinden, die eine teilweise Aufhebung aller nicht mit dem Gasverbrauch zusammenhängenden Sperr- und Sparmassnahmen zum Gegenstand haben. Das Staatsamt steht auf dem Standpunkt, nicht mit einem Stillschluß oder „zigerweise“ herauszukommen, sondern eine allgemeine Verordnung hinsichtlich der Erleichterungen, und zwar um keine Stunde später als sie berechtigt ist, zu erlassen. Man rechnet mit Sicherheit damit, daß in acht bis zehn Tagen die Wirkungen des Ergebnisses der Verhandlungen zu spüren sind.

Die erhöhte Kohlenquote bezieht sich fast ausnahmslos auf die ober-schlesische Kohle. Einige hundert Tonnen nieder-schlesischer Kohlen, die inbegriffen sind, werden den Bahnen gehören. Die Belieferung aus Westfalen ist durch das neue Abkommen nicht berührt.

Die Wiener Gaswerke werden auch von Oberschlesien einigen Zuschuß bekommen, hängen aber doch in der Hauptsache von Ostrau ab, nachdem nur qualifizierte Kohle als Gaskohle verwendbar ist. Immerhin sind auch hier Hoffnungen auf Aufrechterhaltung des jetzigen Standes vorhanden. Ein Vertreter der Entente, ein amerikanischer Offizier, der seinen ständigen Sitz in Teschen hat, suchte heute aus eigenem Antrieb eine Rücksprache mit einem hohen staatlichen Funktionär und ersuchte, die fertiggestellte Verordnung für die Gaseinschränkung nicht herauszugeben, er werde alles tun, um eine Besserung zu erwirken. Auf die Verantwortung des amerikanischen Obersten wurde dies zugesichert.

1. IV. 1919

Kohle in Sicht.

Günstiges Ergebnis der Berliner Verhandlungen. — Steigernde Zuschübe aus Oberschlesien.

Die Reise des Staatssekretärs Zerdil nach Berlin war von günstigem Erfolg begleitet, und wenn nicht unerwartete Hemmnisse eintreten, dann ist mit Sicherheit schon für die nächste Zeit eine wesentliche Besserung der Kohlenversorgung zu gewärtigen. Die Kohlenkrise, unter der Deutschösterreich so schwer gelitten hat, wird bald als beendet bezeichnet werden können. Amlich wurde uns darüber gestern mitgeteilt.

Staatssekretär Ingenieur Zerdil ist Montag aus Berlin zurückgekehrt. Bei den dort abgelaufenen Verhandlungen mit dem Reichskohlenkommissar wurde eine Vereinbarung dahin erzielt, daß aus dem ober-schlesischen Revier größere Kohlenmengen zur Einfuhr nach Deutschösterreich gelangen werden. Dadurch wird es endlich möglich sein, einen wenn auch geringen Teil des Kohlenbedarfes der wichtigsten Industriebetriebe zu decken. Staatssekretär Zerdil erhielt weiter vom Reichskohlenkommissar die Zusage, daß bei einer weiteren Steigerung der Kohlenzufuhr im ober-schlesischen Revier die jetzt vereinbarte Einfuhrmenge nach Deutschösterreich eine Erhöhung erfahren werde.

7500 statt 3000 Tonnen täglich.

Das günstige Ergebnis ist — wie einem unserer Mitarbeiter von untrüblicher Seite mitgeteilt wurde — dem großen Entgegenkommen des Präsidenten Ebert gegenüber den Vertretern der deutsch-österreichischen Republik zu danken. Die tägliche Belieferung Deutschösterreichs aus Oberschlesien wird um rund 5000 Tonnen am Tage ansteigen. Statt 3000 Tonnen wird Deutschösterreich täglich 7500 Tonnen, das ist das Zweieinhalbfache, erhalten. Ein allmähliches Ansteigen dieser Ziffer je nach Maßgabe der Förderung im Revier wird in sichere Aussicht gestellt. Gestern nachmittags hat der Kabinettsrat den Bericht des Staatssekretärs Zerdil über das Ergebnis seiner Reise entgegengenommen. Mit dem Eintreffen der ersten erhöhten Kohlenmengen dürfte in acht bis zehn Tagen zu rechnen sein.

Die Rückwirkungen auf unser Wirtschaftsleben werden sich dann sofort geltend machen. Der amtliche Bericht spricht vorläufig nur von einer stärkeren Belieferung der wichtigsten Industrien; es ist aber unzweifelhaft, daß auch der Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr alsbald eine Verbesserung erfahren und daß der Abbau der Sparmaßnahmen — soweit elektrisches Licht in Frage kommt — demnächst verfügt werden wird. Die städtischen Gaswerke werden allerdings aus der deutschen Kohle keinen Nutzen ziehen, da sie bekanntlich Ostrauer Kohle brauchen und andere nicht verwenden können. Die Frage der Gasversorgung bleibt also nach wie vor eine kritische; es ist aber mit Sicherheit zu erwarten, daß auch hier eine Wendung zum Besseren erfolgen und die Gasperre der Bevölkerung erspart bleiben wird.

Der Personenzugverkehr dürfte wesentlich ausgebaut werden. Man denkt an die Einstellung eines täglich verkehrenden Schnellzugspaares Wien-Berlin über Passau (Fahrdauer 18 Stunden, also um nur 6 Stunden mehr als über Teschen); ferner an einen Schnellzug Wien-Borarlberg, einen Südbahn-Schnellzug Wien-Graz, schließlich an eine wesentliche Beseitigung des Lokalverkehrs. Die Erhaltung des Stadtbahnverkehrs wird jedoch einem späteren Zeitpunkt vorbehalten.

Der Abend

1/IV. 1919

21

Die Sozialisierung des Holzes.

Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht heute eine Vollzugsanweisung, durch die in den einzelnen Ländern Landesholzstellen geschaffen werden. Diesen Stellen wird die Erhebung des Holzbedarfes, die Feststellung der Bestände an schlagbarem Holz, die Ausarbeitung eines Wirtschaftsplanes, die Vorsorge für die rechtzeitige Bornahme der Schlägerungen und die Begutachtung der Gesuche um Erteilung für Ausfuhrbewilligungen von Holz nach dem Auslande zugewiesen. Aus den Landesholzstellen soll ein Ausschuss gebildet werden, der die Aufgabe hat, den Ausgleich des Holzverkehrs zwischen den einzelnen Ländern und die Bereitstellung möglichst großer Holzmassen für die Ausfuhr herbeizuführen. Zur Unterstützung dieses Ausschusses wird beim deutsch-österreichischen Warenverkehrsbureau in Wien eine eigene Geschäftsstelle errichtet.

Diese Geschäftsstelle dürfte voraussichtlich das einzige Ergebnis der ganzen Vollzugsanweisung sein. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß das Holz heute unser einziger Reichtum ist, und daß wir den Ertrag der Holzausfuhr dem Staete sichern müssen. Leider läßt die neue Vollzugsanweisung der kapitalistischen Ausbeutung wieder freien Spielraum. Der einzige richtige Weg ist und bleibt die sofortige Beschlagnahme und Enteignung aller Waldungen, die als Staatsgut erklärt werden müssen.

Die wirtschaftliche Ausnützung der Lobau. In der gestrigen Stadtratsitzung berichtete Vizebürgermeister Hoff über die wirtschaftliche Ausnützung der Lobau im verflossenen Jahre und über den Anbauplan im heurigen Jahre. Im abgelaufenen Jahre wurde die Holzgewinnung in Anbetracht der möglichst unveränderten Erhaltung des Charakters der Lobau auf Verwertung des Durchholzes beschränkt, die besseren Wiesen zur Gras- und Heugewinnung verwertet, das Gras als Grünfutter verwendet und 20 Waggons Heu geerntet. Die Wiesen minderer Güte wurden als Weide verwendet. Weiter wurden ungefähr 40 Waggons Kartoffeln, 35 Waggons Kraut und verschiedenes andere Gemüse im Werte von rund 300.000 Kronen geerntet. Es ist somit unrichtig, daß die Lobau brachgelegen ist. Auch heuer wurde ungeachtet der allgemeinen Schwierigkeiten die Felderwirtschaft in der Lobau in Angriff genommen. Vorgesehen für den Anbau sind Gerste, Hafer, Bohnen, Erbsen, Linsen, Kartoffeln u. s. w. Die gegenwärtige Unsicherheit der Feldfrüchte läßt jedoch große Hoffnungen auf das Ernteergebnis als nicht berechtigt erscheinen. Das Landwirtschaftsamt ist aber bemüht, die Felderwirtschaft in der Lobau durch weitere Wiesenstürze auszugestalten. In der Lobau nur Kartoffeln zu bauen, muß aus praktischen Gründen als undurchführbar bezeichnet werden, da bei rationeller Nutzung des Bodens auch eine zweckmäßige Fruchtfolge stattfinden muß, ganz abgesehen davon, daß selbst alle Ackergründe der Lobau kaum fünf Prozent des Bedarfes Wiens an Kartoffeln decken könnten. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Die Bewirtschaftung des Holzes. Das Staatsamt für Landwirtschaft hat eine Vollzugsanweisung erlassen, die folgendes bestimmt: Die Landesregierungen haben Landesholzstellen zu errichten; diesen kommt zu: die Erhebung des Holzbedarfes im Lande; die Feststellung der Bestände an Holz jeder Art; die Ausarbeitung eines Holzwirtschaftsplanes; die rechtzeitige Vornahme der Schlägerungen und die Unterstützung der Waldbesitzer, Schlagsunternehmer u. bei Durchführung der Arbeiten; die Begutachtung bei Erteilung der Ausschreibungen für Holz nach dem Ausland. Die Landesregierungen können die Vornahme von Schlägerungen unter Festlegung der Verkaufsbedingungen, die Bringung von Holz und dessen Verarbeitung zu Bau-, Nutz- und Brennholz sowie die Abgabe von Holz zu den von den Landesholzstellen zu bestimmenden Preisen anordnen. Aus

den Landesholzstellen wird ein Ausschuss gebildet, der den Ausgleich des Holzverkehrs zwischen den einzelnen Ländern und die Bereitstellung möglichst großer Holzmassen für den Export herbeizuführen hat. Zur Unterstützung des Ausschusses wird beim Warenverkehrsamt in Wien eine Geschäftsstelle errichtet. Zur Deckung des mit der Geschäftsführung der Landesholzstellen, des Ausschusses und dessen Geschäftsstelle verbundenen Aufwandes können Holzproduzenten, Holzverarbeitung und Holzhändler zur Leistung von Beiträgen oder zur Entrichtung von Gebühren herangezogen werden. Die bisherige Vorschrift über den Holzverkehr wurde aufgehoben.

Wiener - Stimmen
2./IV. 1919

W 42
24

Hoffnung auf polnische Kohle.

In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wird Staatssekretär Ing. Zerdik über die Verhandlungen, die er und die deutschösterreichische Kohlenkommission in Berlin mit der reichsdeutschen Kohlenkommission, sowie mit dem Präsidenten Ebert in Weimar gepflogen hatte, berichten.

Die deutschösterreichische Kohlenkommission wird sich in den allernächsten Tagen nach Warschau begeben, um auch mit der polnischen Regierung bezüglich einer ausreichenden Kohlenzufuhr zu verhandeln. Es besteht die Hoffnung, daß auch die polnische Regierung in dieser Hinsicht ein Entgegenkommen zeigen wird.

Wenn es gelingt, aus dem polnischen Gebiete größere Kohlenmengen zu erhalten, wird es nicht nur möglich sein, die Gasdrösselung aufzuheben, sondern vor allem den Industriebetrieben das nötige Gas und den elektrischen Strom zuzuführen, damit

diese wieder ihre Tätigkeit aufnehmen können und dadurch neue Arbeit geschaffen wird.

Der Neue Tag
2./IV. 1919

25

Die Bewirtschaftung der Lobau.

Das Landwirtschaftsamt der Stadt Wien hat dem Stadtrate einen Rechenschaftsbericht über die wirtschaftliche Ausnützung der Lobau vorgelegt. Der Bericht wendet sich gegen den Vorwurf, daß die Lobau nach der Übernahme aus der hofärarischen Verwaltung brach gelegen ist, und verweist auf die Erfolge im Jahre 1918. Man erfährt aus der Uebersicht allerdings wenig Tröstliches. Die Holzgewinnung blieb auf Verwertung des Dürchholzes beschränkt, es wurden Gras als Grünfütter verwendet und zwanzig Waggons Heu geerntet. Die Wiesen niederer Güte dienten als Weideplätze. Weiter sind 40 Waggons Kartoffeln, 35 Waggons Kraut und verschiedenes andere Gemüse im Werte von 300.000 Kronen geerntet worden. Das ist in Anbetracht des ausgebreiteten Gebietes mit großem anbaufähigem Ackerland wenig. Aber das Landwirtschaftsamt vertraut uns auf das kommende Frühjahr und betont, daß trotz der allgemeinen Schwierigkeiten die Felderwirtschaft in der Lobau in Angriff genommen wurde, daß für den Anbau Gerste, Hafer, Linfen und Kartoffeln vorgeesehen sind. Große Hoffnungen auf das Ernteergebnis scheinen nicht berechtigt, sagt das Wirtschaftsamt, weil die Unsicherheit von Hab und Gut, vorwiegend der Feldfrüchte, gegenwärtig notorisch ist. Unzweifelhaft müssen solche Erschwernisse in Betracht gezogen werden, es geht aber doch nicht an, vorweg damit den geringeren Anbau zu begründen. Derselbe Einwand wäre auch gegen die Behauptung, daß ein Kartoffelanbau auf allen Feldern der Lobau praktisch u. durchführbar ist, anzuführen. Eine intensivere Ausnützung scheint selbst dann zweckmäßig, wenn die Voraussetzung des Amtes zutreffen sollte, daß alle Ackergründe der Lobau

kaum fünf Prozent des Wiener Bedarfes an Kartoffeln decken könnten. Bei rationeller Nutzung des Bodens wäre wohl ein reicheres Ertragnis zu erzielen. Das Wirtschaftsamt müßte außerdem andere im Gebiete Wiens liegende Wiesenflächen der Felderwirtschaft zuführen und insbesondere hierbei dem Kartoffelanbau das Hauptaugenmerk zuwenden.

Der Stadtrat hat den Bericht des Wirtschaftsamtes zur Kenntnis genommen, bezugnehmend den Anbauplan für das Jahr 1919. Das Wirtschaftsamt, das von tüchtigen Fachmännern geleitet ist, wird der Allgemeinheit am besten dienen, wenn es ohne ängstliche Bedenken und ohne Rücksicht auf agrarische Sonderinteressen das eine Ziel verfolgt: Für die Stadt Wien alles zu tun, was im Bereiche der Möglichkeit liegt.

Die Kohlenfrage.

Der Staatssekretär Berdik wird in der Nationalversammlung über seine Verhandlungen in Berlin über die Kohlenlieferungen berichten. Danach haben sich die Verhandlungen nicht so leicht gestaltet, zumal Deutschland selbst einen großen Bedarf an Kohle hat, der derzeit nicht voll und ganz gedeckt werden kann. Dennoch gelang es dem Staatssekretär, eine größere Belieferung mit Kohle zu erzielen, wodurch es möglich wurde, nicht nur den Straßenbahnverkehr wieder auszudehnen, sondern vor allem auch die angekündigten strengen Gasparmaßnahmen nicht durchzuführen.

Die deutschösterreichische Kohlenkommission wird sich in der allernächsten Zeit nach Warschau begeben, um mit der polnischen Regierung gleichfalls wegen ausreichender Kohlenzufuhren zu verhandeln. Man hofft, daß sich auch die polnische Regierung in dieser Hinsicht entgegenkommend zeigen wird.

Gelingt es, größere Kohlenmengen aus dem polnischen Gebiet zu erhalten, dann wird es möglich sein, die Gasdrosselungen in weitem Umfang aufzuheben und auch den Industriebetrieben den notwendigen elektrischen Strom zu gewähren, wodurch weitere Arbeitsmöglichkeit geschaffen und die Zahl der Arbeitslosen verringert werden könnte.

4. IV. 1919

30

Abnahme der Kohlennot.**Die Lage der Gaswerke jedoch andauernd kritisch.**

Das günstige Ergebnis, das, wie berichtet, die Berliner Verhandlungen des Staatssekretärs Zerdil hatten, lassen die Hoffnung berechtigt erscheinen, daß in naher Zeit mit einem wenigstens vorläufigen Ende der Kohlenkrise gerechnet werden kann. Gleich nach der Rückkehr des Staatssekretärs aus Berlin ließen erhöhte Mengen oberschlesischer Kohle ein. Am 31. v. M. liefen über 400 Waggons ein, eine Menge, die allerdings schon tags darauf auf die Hälfte sank; unter 200 Waggons blieb aber der Einlauf bisher an keinem Tag zurück. Dazu kommt, daß auch die tschechoslowakische Republik derzeit rund 70 Prozent ihrer vertragsmäßig zugesicherten Menge tatsächlich abliefert. Diese Kohle kommt hauptsächlich den Bahnen zugute.

Eine weitere Erleichterung der Lage verspricht man sich in maßgebenden Kreisen von den Lieferungen aus Polen. In den letzten Tagen kamen von dort einmal rund 57, das anderemal 39 Waggons. Das ist zwar vorderhand noch nicht viel; man hofft aber, in naher Zeit die Anlieferungen in der vertragsmäßigen Höhe von 170 Waggons zu erreichen.

Leider kommen alle diese Zuschübe nur zu einem geringen Bruchteil den städtischen Gaswerken zugute, was damit zusammenhängt, daß die Gaswerke eine bestimmte Kohlenart — in erster Linie Ostrauer Kohle — benötigen. Die Kohlenzuschübe aus Polen kommen nicht in Betracht, weil polnische Kohle zur Gaszeugung nicht verwendbar ist, was schon daraus erhellt, daß Polen selbst Kohle einführen muß, um seinen Gasbedarf zu bestreiten. Die Lage ist — wie von der Direktion mitgeteilt wird — nach wie vor kritisch, so daß an einen Abbau der Sparmaßnahmen bis auf weiteres nicht zu denken ist. Die Gefahr einer völligen Einstellung ist noch nicht endgültig gebannt.

Die Gewinnung von Torf.

Die Nationalversammlung hat gestern das Abtörungs-gesetz zum Beschluß erhoben. Referent war Abgeordneter Butte. Das Gesetz hat den Zweck, die Grundstücke zur Gewinnung von Torf in Anspruch zu nehmen. Jeder Grundeigentümer ist verpflichtet, die zur Gewinnung von Torf geeigneten Grundstücke der Staatsverwaltung auf ihr Verlangen gegen angemessene Entschädigung zur Abtötung zu überlassen. Die Grundstücke sind den Eigentümern nach Beendigung der Torfgewinnung in kulturfähigem Zustand zurückzustellen, sonst kann der Eigentümer die Ablösung gegen angemessene Entschädigung verlangen. Ueber die Bedeutung der Torfgewinnung machte der Staatssekretär folgende Mitteilungen:

Deutschösterreich hat bei 2000 Torfmoore mit einer Fläche von fast 30.000 Hektar, wovon mindestens 20.000 Hektar für Brenn- und Streutorfgewinnung ausgebeutet werden können. Nur auf 346 (17 Prozent) der Moore bestanden bisher Torfstübe. Ihr Betrieb war jedoch nur ein Handbetrieb, bei dem keine großen Mengen erzeugt werden können. Auf diesen 346 Mooren können allein 200.000 Tonnen Brenntorf und 30.000 Tonnen Streutorf ohne hohe Investitionen gewonnen werden. Maschinell gewonnener Prehtorf hat einen Heizwert, der dem einer mittleren Braunkohle (3500 bis 3800 Kalorien) gleichkommt, und eine Dichte, die die nahezu vollständige Ausnützung der Eisenbahnwagen zuläßt.

Mit einem Torfbagger lassen sich im Jahre 1000 bis 1200 Waggons Prehtorf erzeugen, wobei zu bemerken ist, daß der Torf nur durch drei bis höchstens vier Monate gestochen werden kann, damit er vor dem Winter lufttrocken wird. Stichtfähige Torfmoore stehen fast in allen Ländern (Kärnten, Tirol, Steiermark, Oberösterreich, Salzburg) zur Verfügung. Werden genug Maschinen in Betrieb gesetzt, so können jährlich 5000 Waggons Brenntorf und 300 Waggons Streutorf erzeugt werden, bei Aufstellung einer größeren Anzahl von Maschinen läßt sich die Erzeugung von Brenntorf um schwer auf 8000 bis 10.000 Waggons jährlich steigern.

Gleichzeitig kann auch Torfstreu in großem Maße gewonnen werden, womit einem fühlbaren Mangel der Landwirtschaft abgeholfen wäre. Schließlich sollen die abgetorften Flächen der Landwirtschaft dienstbar gemacht werden, was in Rücksicht auf den verhältnismäßig hohen Stickstoffgehalt des Torfbodens besondere Aussichten auf Erfolg hat. Es wurde mit den Ländern, in welchen Torfmoore ihrer Ausbeutung harren, Fühlung genommen und es ist beabsichtigt, mit diesen Ländern ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen zu bilden, in dem auch der Industrie, landwirtschaftlichen Vereinigungen, Arbeiterkonsumvereinigungen und anderen eine Beteiligung ermöglicht werden soll. Es sollen die großen Moore in Steiermark, Kärnten, Salzburg und Oberösterreich soweit als möglich sofort, sonst in möglichst kurzer Frist in Ausbeutung genommen werden. Wegen der Beschaffung der hierzu notwendigen Torfbagger sind bereits Schritte unternommen worden.

Die Rohenlage Deutsch- österreichs.

Mitteilungen des Staatssekretärs Zerbit. — Erhöhung der inländischen Kohlenproduktion. — Ausbeutung der Torfmoore. — Steigerung der Einfuhr. — Das kritische Stadium der Kohlenlage überwunden.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung erläuterte Staatssekretär Ingenieur Zerbit auf eine Anfrage des Abgeordneten Heine einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Kohlenlage Deutschösterreichs, die neuen Scherwege in der Gestaltung, erzielte, daß das kritische Stadium überwunden ist und daß wir im Punkte der Kohlenversorgung sichtlich besseren Zeiten entgegengehen.

Der Staatssekretär wies einleitend darauf hin, daß der monatliche Brennstoffbedarf Deutschösterreichs (ohne Sudetenland) 1.130.000 Tonnen Kohle und 110.000 Tonnen Koks beträgt, von denen das deutschösterreichische Gebiet nur ein Zehntel liefert. Es wird sich daher darum handeln müssen, neue Kohlenbergbaue zu erschließen und die Ergiebigkeit der bestehenden zu fördern. Eine solche ließe sich durch Ausgestaltung der Förderanlagen und Instandsetzung der Betriebseinrichtungen erzielen. In dieser Hinsicht wurden in den größeren Betrieben, so seitens der Wolfsegg-Braunhaier Kohlenwerksgesellschaft und der Graf-Köflacher Gesellschaft, bereits eine rege Tätigkeit entfaltet. Auch kleinere Unternehmungen, so die in Stagenhof, Schrambach, Weyer usw., sind im Begriff, ihre Anlagen zu vergrößern. Eine besondere Bedeutung kommt meines Erachtens der Wiederbelebung des Steinkohlenbergbaues in der Gegend von Sunz, Waidhofen, Ybbitz und Weyer zu, wo in den Lunzer und Gießener Schichten Steinkohlenflöze auftreten, die eine für die Zwecke der Eisenindustrie vorzüglich geeignete Kohle führen. Es ist bereits eine Unternehmung in Bildung begriffen, der voraussichtlich auch der Staat beitreten wird. Ein wichtiger Faktor ist ferner die Ausbeutung der Torfmoore. Deutschösterreich hat bei 2000 Torfmoore mit einer Fläche von fast 30.000 Hektar. Werden genug Maschinen in Betrieb gesetzt, so können jährlich 5000 Waggons Brenntorf und 300 Waggons Streutorf erzeugt werden.

Diese Maßnahmen reichen aber noch nicht aus, die Versorgung Deutschösterreichs zu sichern; die Möglichkeit einer durchgreifenden Besserung liegt vielmehr einzig und allein in der Steigerung der Einfuhr. Der Staatssekretär erwähnte nunmehr die bekannten mit der tschecho-slowakischen Regierung getroffenen Vereinbarungen, die jedoch von dieser nur teilweise eingehalten wurden, was der unmittelbare Anlaß der Wiener Kohlenkrise war. In der jüngsten Zeit ist die Lieferung aus Böhmen so wohl für die Bahnen als auch für Wien bereits gestiegen, für das übrige Deutschösterreich jedoch immer noch unzulänglich. Der Staatssekretär dankte an dieser Stelle der Bevölkerung für die Geduld, mit der sie die neuen Sparmaßnahmen ohne Widerrede hinnahm. (Beifall.) Mit Polen wurden gleichfalls Vereinbarungen getroffen und es ist bereits in den nächsten Tagen mit dem Einlauf von Kohle aus Polen zu rechnen.

Die Zuschübe aus Deutschland wurden während des ganzen Winters durch die ungünstige Lage in den dortigen Revieren, durch den Waggonmangel, durch Streiks usw. ungünstig beeinflusst. Die nunmehr in der jüngsten Zeit in Berlin begonnenen und in Weimar fortgeführten Verhandlungen mit dem Präsidenten Ebert hatten ein günstiges Ergebnis; es ist gelungen, mit dem Reichskohlenkommissar Geheimrat Strug eine fixe Vereinbarung dahin zu treffen, daß uns aus den ober-schlesischen Revieren täglich 7500 Tonnen Kohle angeliefert werden, wobei der Reichskohlenkommissar noch die Zusage gab, daß er sich nach Möglichkeit bemühen werde, bei Besserung der Waggengestellung ein über die vereinbarte Menge hinausgehendes Quantum unserer Republik zur Verfügung zu stellen. Die gemachten Zusagen wurden sofort in die Tat umgesetzt, und werden die vereinbarten Kohlenmengen nicht nur täglich im vollen Maße zur Verfügung gebracht, sondern sogar überschritten. Der Staatssekretär sprach dem Präsidenten Ebert und Geheimrat Strug für ihr Entgegenkommen den herzlichsten Dank aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß mit der gesteigerten Kohleneinfuhr aus Oberschlesien nunmehr das kritische Stadium unserer Kohlenlage behoben ist und sich diese auch infolge der in Kürze zu gewärtigenden Einfuhr aus Polen noch merklich verbessern wird. „Ich habe das Entschieden“ schloß Staatssekretär Zerbit seine Ausführungen, „daß wir den Tiefstand der Kohlenversorgung hinter uns haben und daß es nun bergan geht.“

5./IV. 1919

37

Die Kohlenlieferungen.

In Beantwortung einer Interpellation machte in der Nationalversammlung Staatssekretär Zerbif Mitteilung über die Kohlenlage. Es sei ihm gelungen, mit dem Reichskohlenkommissär Stuy eine Vereinbarung zu treffen, daß uns aus den ober-schlesischen Revieren täglich 7500 Tonnen Kohle angeliefert werden, wobei er vom Reichskohlenkommissär noch die Zusage erhielt, daß er sich nach Tunlichkeit bemühen werde, bei Besserung der Wagengestellung ein über die vereinbarte Menge hinausgehendes Quantum unserer Republik zur Verfügung zu stellen. Wie nicht anders zu erwarten, haben die deutschen Reichsstellen durchaus Wort gehalten. Die gemachten Zusagen wurden sofort in die Tat umgesetzt und nach den letzten Nachrichten werden die vereinbarten Kohlenmengen nicht nur täglich in vollem Maße zur Verladung gebracht, sondern sogar überschritten. In den Vertragsmengen sind die Zufuhren, die wir aus Westfalen erhalten, nicht inbegriffen, so daß diese Zufuhren, die allerdings nicht regelmäßig eintreffen, noch ein Mehr bedeuten. Mit der gesteigerten Kohlenzufuhr aus Oberschlesien ist nunmehr das kritischste Stadium unserer Kohlenlage behoben, sie wird sich auch infolge der in Kürze zu gewärtigenden Einfuhr aus Polen noch wesentlich verbessern.

Man wird nun auch Kohle der Industrie zuwenden können, vor allem wird man die Bauindustrie beliefern, damit Ziegel und Zement erzeugt werden können; das wird das Bauen ermöglichen und zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beitragen. Der Staatssekretär schloß: „Ich habe das Empfinden, daß wir den Tiefstand der Kohlenversorgung hinter uns haben und daß es nun bergan geht.“ Hoffentlich wird diese Erwartung nicht mehr getrogen werden.

5./IV. 1919

6./IV. 1919

38

[Der Absatz der nordwestböhmischen Braunkohlenwerke.] Ueber die Lage im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier erhalten wir aus Fachkreisen folgende Darstellung: Die Förderungen im böhmischen Braunkohlenrevier nehmen nach wie vor ihren ruhigen Verlauf. Die Leistungen der Gruben konnten keine weitere Zunahme aufweisen, wiewohl sie gegenüber anderen Revieren doch eine gewisse Stabilität zeigen, weil die Belegschaft, wenn sie auch hier und da mit dem Mangel an Lebensmitteln zu kämpfen hat, die Arbeit dennoch nach Möglichkeit versteht. Der Bahnversand des ersten Quartals dieses Jahres dürfte im Revier Teplitz-Brüx-Stomotau 248.000 Waggons gegen 280.000 Waggons in den ersten drei Monaten des Jahres 1918 erreicht haben, so daß der Ausfall gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres annähernd 32.000 Waggons oder 11 Prozent ausmacht. Der Bahnversand des Falkenauer Reviers wird auf 53.000 Waggons per erstes Quartal 1919 gegenüber 64.000 Waggons per erstes Quartal 1918 geschätzt. Es ergibt dies einen Minderversand von 11.000 Waggons oder 18 Prozent. Wird das erste Quartal 1919 mit der gleichen Periode 1913, also der Friedenszeit, verglichen, so ergibt sich für das Revier Teplitz-Brüx-Stomotau eine Fehlmenge von 153.000 Waggons oder 38 Prozent und für das Falkenauer Revier ein Ausfall von 27.000 Waggons oder 34 Prozent. Wird nun berücksichtigt, daß das böhmische Steinkohlenrevier Kladno-Pilsen und das Ostrauer Becken ebenfalls mit großen Ausfällen zu rechnen hatten, so ergibt sich, daß die gewonnene Kohle nur für die Bahnen, die wichtigeren Industrien und den Hausbrand in Böhmen, Mähren und Schlesien einigermaßen zureicht, während der sonst bedeutende Export nach Deutschland beinahe völlig unterbunden ist und die früheren Absatzgebiete in Nieder- und Oberösterreich, Tirol usw. bis auf wenige Ausnahmen von der Zuteilung böhmischer Braunkohle ausgeschaltet sind. Wie sich die Verhältnisse des böhmischen Braunkohlenreviers künftig gestalten werden, ist zunächst unsicher, weil nach dem Beschluß der Nationalversammlung in Prag Vorbereitungen zum Studium der Sozialisierung des Bergbaues im Gange sind. In den letzten Apriltagen wird in dieser Frage eine große Enquete einberufen, bei der man über die Pläne der Prager Regierung Klarheit erlangen dürfte. Der Bedarf an Kohle ist von allen Seiten nach wie vor ein drängender; die Preise haben seit der letzten ministeriellen Festsetzung vom 1. Januar d. J. zumeist keine Milderung erfahren. Die letzten Tage brachten großen Wagenmangel.

Der Neue Tag
8. IV. 1879

39

Armer Wienerwald!

Der Frühling ist endlich da; seit zwei Tagen haben wir gutes Wetter, und die Wiener laufen zu Zehntausenden in ihren Wienerwald — um sich am jungen Grün zu freuen? Ach nein, so poetisch sind sie jetzt nicht ausgelegt. Nicht wie sonst fröhlich und offenen Auges, sondern verschlossen gegen die Schönheit der Natur und mit Beil und Säge statt mit dem Wanderstabe. Gestern zum Beispiel überfiel ein ungeheurer Schwarm von Holzhamstern wie Heuschrecken den armen Wienerwald; auf dem Kahlenberg, bei der Knödelhütte, in den Wäldern um Hütteldorf, sieht es aus, wie in jenen entsetzlichen verwüsteten Forsten, die wir von den Frontphotographien so gut kennen. Die Leute kommen in Trupps mit Werkzeugen und Rucksäcken, und schlagen den Wald einfach nieder. Der Stadtschutzwachmann, der nur den Auftrag hat, armen Leuten das Klauben dürren Abfallholzes zu erlauben, steht machtlos da; höchstens daß er einmal einen anhält, der auf einem Handwagen einen ganz frisch gefällten dicken Buchenstamm in zersägten Stücken fortfährt; wenn einer nur junge Bäumchen ausgerissen hat, lassen sie ihn laufen. Sie könnten übrigens auch nichts tun, die Leute antworten auf jede Vorhaltung: „Soll man uns Holz und Kohle liefern!“ und fügen sich den Wachorganen nicht. — Nun haben die Holzwilderer des Wienerwaldes ja bis zu einem gewissen Grade recht; es ist bitter, die elende Suppe nicht kochen zu können, weil das bißchen Brennstoff nicht da ist — aber schließlich wurde im kalten Winter der Wienerwald, wenn auch nicht ganz respektiert, so doch nicht systematisch verwüstet. Das Frühlingswetter aber, das den Kohlenmangel so viel weniger fühlbar macht, erleichtert zugleich die frischfröhlichen Ausflüge ins Grüne, ins, ach, nicht lange mehr Grüne. Muß die herrliche Umgebung wirklich in eine Wüste verwandelt werden? Kann ein einziger Wiener das tun, ohne Gewissensqualen zu leiden? Alles konnte man unserer Stadt bisher nachsagen, nur nicht, daß sie ihre Landschaft nicht aufrichtig liebte. Was wir jetzt da tun oder geschehen lassen, ist nichts anderes als Selbstmord.

Prämien für Ausbeuter statt Sozialisierung.

Die Kapitalisten haben noch nichts gelernt und nach kurzer Zeit schlotternder Angst machen sie sich über die Sozialisierung lustig. Denn sie sind mitberufen, zu sozialisieren. Herr Günther, kaiserlich-königlicher Scharfmacher und Kriegsgewinner, derzeit republikanischer Sozialisierungskommissär, feilscht wie in den sonnigsten Tagen der Blutgewinne um seinen Profit. Diesmal mit den „Volksbeauftragten“ für Sozialisierung. Wie soll er dieses komische Gebilde ernst nehmen, das sich Sozialisierungskommission nennt? Lachen sie doch alle mit, die I. K. Republikaner! Nur wenn ihre Freude in zu lautes Hohngelächter ausbricht, macht sie einer der ihrigen zart aufmerksam, sich nicht allzu sehr bemerkbar zu machen.

Bechnittenes Holz kostet heute bei uns etwa 200 Kronen für den Festmeter. Würden wir zu diesem Preis in die Schweiz ausführen, so könnte das Ausland unser Holz nach dem heutigen Valutastand um etwa 40 bis 50 Francs kaufen, billiger als im Frieden. Wir müssen daher, um einen Ausgleich mit den uns berechneten Preisen für Lebensmittel herzustellen, das Holz um 120 bis 150 Francs verkaufen, das sind nach Abzug verschiedener Kursverschiedenheiten etwa 600 Kronen. 400 Kronen bleiben also beim Festmeter als Auslandsgewinn, was sicher unsere Lebensmitteleinfuhr erleichtern könnte, wenn — der Gewinn uns zugute käme. Aber in der Republik Deutschösterreich mit sozialdemokratischen Ministern und einer Sozialisierungskommission fällt der Mehrgewinn bei der Holz- ausfuhr den Kapitalisten zu, die am Inlandspreis von 200 Kronen noch nicht fett genug verdienen. Und weil der Staat Anteil an dem Übergewinn fordert, weil er eine Ausfuhrabgabe von 1500 bis 3000 Kronen für einen ganzen Waggon Holz angeordnet hat, wagen es die Waldbesitzer und Holzhändler, Einspruch zu erheben! Wie fett die Holzkapitalisten im Inland verdienen, zeigt ein Eingeständnis des Doktor Wutte, der als Beteiligter der Holzindustrie schrieb: „Die derzeitigen Preise für Rundholz sind so hoch, daß gegenüber den Friedenspreisen ungefähr das Sieben- bis Zehnfache und darüber Erlöst wird. (Auch für die Arbeiter? Die Schriftl.) Mit diesen Preisen kann der Waldbesitzer gewiß zufrieden sein. Zu den gegenwärtigen Preisen werden auch die Waldbesitzer geneigt sein, den Inlandsbedarf voll zu befriedigen.“ Die feudalen, hochwürdigen und finanzkapitalistischen Herren Waldbesitzer werden geneigt sein! Ja, leben wir im Mittelalter? „Es würde die Öffentlichkeit stark beschäftigen,“ seufzt der untertänige Herr Wutte, „wenn die Waldbesitzer die Preisspannung aus der Entwertung der Valuta für sich in Anspruch nehmen und den Holzexport forcieren würden, so daß in Deutschösterreich Mangel an Bergbauproduktion, an Erzeugnissen der Papierindustrie und an Brennholz eintreten würde.“

Zeigt sich nicht der ganze Irrsinn dieser kapitalistischen Wirtschaft darin, daß das Kapital bei gutem Valutastand sehr gut, bei schlechtem noch viel mehr verdient, daß die Hyänen des Profits in guten Zeiten aus unierem saftigen Fleisch große Stücke herausreißen und in Zeiten höchster Not uns die dünne Haut resillos vom Leibe ziehen dürfen? Es beschäftigt die Öffentlichkeit schon aufs allerstärkste, wie es heute noch möglich ist, daß die Herren Waldbesitzer in die Holzwirtschaft, in die Holz- ausfuhr überhaupt, noch dareinzureden haben und sogar noch besondere Geldzuwendungen außer den fetten Gewinnen für die Ausfuhr erhalten, die der Allgemeinheit und heute unserer notwendigsten Nahrung geraubt sind. Und nicht nur das: Ausländischen Käufern darf im Wald Rohholz verkauft werden, so daß das Ausland nur den Inlandspreis mit einem Profitzuschlag für den Besitzer zahlt, wodurch unsere Valuta aufs ärgste geschädigt wird, und das „Risiko“ für alle Valutaschwankungen bei der Ausfuhr übernimmt noch die Staatsverwaltung, wie Doktor Wutte aufatmend erzählt. Dabei leiden die Holzarbeiter die bitterste Not und sterben geradezu Hunger!

Soll das wahnsinnig lästerliche Spiel des Holzkapitals, unterstützt von einer rötlichen „Volksregierung“ nicht eher enden, als bis das Volk zur Selbsthilfe schreitet? Wir fordern unermüdlich von unserer Regierung, damit es nicht eines Tages zu spät für vernünftige Schritte werde: Sofortige Beschlagnahme des großen Waldbesitzes, Sozialisierung der Holzindustrie, soweit dies heute durchführbar ist, und vollständige Verstaatlichung der Holz- ausfuhr!

Der Abend
18. VII. 1919

18
43

Statt Kohlen sparen Sonnenlicht.

Herr Rudolf Hermann schreibt uns:

Die Schilfbürger von Wien jammern seit Monaten über den Kohlenmangel, der Verbrauch von elektrischem Licht und Gas wird fortwährend herabgesetzt, die Straßenbeleuchtung ist auf ein Mindestmaß gesunken, der Straßenbahnverkehr ist elend und an unsere tschecho-slowakischen Brüder müssen wir fortwährend Zugeständnisse machen, damit diese Scheinzivilisation aufrechterhalten werden kann. Und es gäbe doch ein so einfaches Mittel, um dem Volke, wenigstens einen Teil des Elendes abzunehmen, den Straßenbahnbetrieb wieder im vollen Umfang aufzunehmen, den Leuten ihre Gaslöcher zu lassen und vor allem für den nächsten Winter vorzusorgen. Man weiß aus tausendjähriger Erfahrung, daß die Sonne schon am 21. März um 6 Uhr aufgeht und daß das Tageslicht ein ganz guter Gaslichtersatz ist. Mitte Juni soll die Sonne gar schon um 4 Uhr morgens aufgehen, wie ich vom Hörensagen weiß. Ich möchte also folgenden Vorschlag machen: von jetzt bis 21. Mai die Uhr um zwei Stunden vorzurücken, vom 21. Mai bis 21. Juli um eine weitere Stunde, vom 21. Juli bis 21. September wieder um eine Stunde zurück, um von diesem Zeitpunkt an wieder die normale Zeiteinteilung einzuführen. Die vielen unschätzbaren Vorteile dieser Maßregel aufzuzählen, erachte ich für überflüssig. Bemerken will ich nur, daß in den beiden Hauptsummermonaten die Sonne erst um 11 Uhr abends untergehen würde, daher nicht nur die Straßen-, sondern auch die Wohnungsbeleuchtung fast ganz wegsallen könnte. Außerdem würde die heißeste Tageszeit erst um 6 Uhr abends beginnen, wo die Arbeitsstunden schon vorbei sind und die meisten Menschen hätten Gelegenheit, noch in den Abendstunden Ausflüge zu unternehmen und die Sonnenbäder nicht nur für Sonntag zu lassen. Und neben allen Vorteilen könnten Kohlen für den nächsten Winter aufgespeichert werden, damit es nicht wieder zu solchen Katastrophen kommt wie in diesem Winter, wo die Bevölkerung monatelang keine Kohlen bekam. Daß die Uhren anstatt zweimal viermal verrückt werden müßten und daß es

anderswo bisher noch nicht versucht wurde, ist meines Erachtens kein ausreichender Gegengrund.

Wie man aber aus den Zeitungen ersieht, wurde gestern in der Rationalversammlung in Weimar der Entwurf für die Sommerzeit von den hauerlichen Vertretern gestützt. Aus welchen Gründen, ist unerfindlich, da den Bauern aus der Sommerzeit nicht der geringste Nachteil erwächst. Es wäre unverzeihlich, wenn der einzige Fortschritt, den uns der Krieg gebracht hat, uns jetzt durch die Verstandnislosigkeit der Behörden wieder genommen würde.

Der Abend
18. IV. 1919

64

Die Regelung des Holzverkehrs.

Eine heute kundgemachte Vollzugsanweisung bestimmt, daß Veräußerungen forstwirtschaftlichen Betrieben gewidmeter Grundstücke sowie Abstoßungsverträge nur mit Zustimmung der Grundverkehrs-Landeskommissionen gestattet sind. Die Zustimmung der Landeskommission ist zu versagen, wenn die Veräußerung dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse oder dem Interesse der Forstwirtschaft widerstreitet. Alle vor dem Inkrafttreten dieser Vollzugsanweisung, aber nach dem 1. Jänner 1918 abgeschlossenen Abstoßungsverträge werden, wenn am heutigen Tage mit der Schlägerung oder mit der Lieferung des Holzes noch nicht begonnen wurde, aufgehoben, ohne daß von irgend einer Seite ein Anspruch auf Schadenersatz aus diesem Grunde geltend gemacht werden kann. — Die Vollzugsanweisung stellt sich als eine der Maßnahmen zur Verwirklichung der jüngst verfügten, zentralen Bewirtschaftung der Holzbestände dar.

23./IV. 1919

66

26. Berichterstatter **W. Rain**: Zahl 5863, Post 1. Beitritt der „Gemeinde Wien — städtischer Kohlenverkauf“ zur „Oesterreichischen Kohleneinfuhr-Gesellschaft m. b. H.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Jahre 1917 hat sich eine Gesellschaft gegründet, welche sich in erster Linie mit der Einfuhr westfälischer Kohle beschäftigt hat. Nun ist die „Prager Eisenindustrie“ ausgetreten und es ist die Möglichkeit geboten, daß die Gemeinde Wien, für die es mit Rücksicht auf ihre industriellen Unternehmungen von bedeutendem Interesse wäre, in die Gesellschaft eintritt. Die Einlage soll sich auf 20.000 K belaufen. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

W. Hof: Zum Worte ist niemand vorgemerkt. Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Damen und Herren, welche dem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag erscheint **a n g e n o m m e n**.

Beschluß:

Die „Gemeinde Wien — städtischer Kohlenverkauf“ erklärt sich bereit, als Gesellschafterin mit einer Stammeinlage von 80.000 K in die „Oesterreichische Kohleneinfuhr-Gesellschaft m. b. H.“ einzutreten.

(Eine Konferenz über die Kohlenpreise.)
Gestern fand im Staatsamt für öffentliche Arbeiten eine Konferenz statt, in welcher es sich darum handelte, die Preise für oberschlesische Kohle, und zwar für Händlerkohle, neu zu bestimmen. Die Kohlenfirmen haben unter Berücksichtigung aller Faktoren seit Beginn des Monats einen Preis von 22.09 K. für 100 Kilogramm ab Bahnhof verrechnet. Seither ist jedoch ein Kursrückgang der Markvaluta eingetreten. In der gestrigen Konferenz wurde nun zum erstenmal ein **Nichtpreis** für oberschlesische Kohle vereinbart und derzeit mit 21.45 K. für 100 Kilogramm festgesetzt, wobei ein bestimmter Markkurs und ebenso ein bestimmter Kurs der tschecho-slowakischen Krone zur Grundlage der Berechnung genommen wurden. Bei einer Venderung des Kurses der Markvaluta oder der tschecho-slowakischen Krone hätten die Kohlenfirmen je nach der Bewegung der Devisen das Recht, beziehungsweise die Pflicht, eine entsprechende Anpassung der Kohlenpreise vorzunehmen. — In der Konferenz wurde auch darauf verwiesen, daß die Zufuhr von Braunkohle stark im Rückstande bleibe, ein Ausfall, der die Kohlenversorgung beeinträchtigt.

Der Neue Tag
1. IV. 1919

48

Entente-Hilfe für die Kohlenversorgung.

Der Oberste Wirtschaftsrat der Entente hat, wie wir schon im Abendblatte berichtet haben, beschlossen, die Aktion zur Steigerung der Kohlenproduktion und zur Kohlenverteilung im bisherigen Oesterreich-Ungarn und in Polen unter die Leitung Hoover's zu stellen, wie bereits hinsichtlich des Lebensmittel-Bahnverkehrs geschehen ist. Für Deutschösterreich ist von diesem Beschlusse wohl nur Günstiges zu erhoffen. Denn ganz abgesehen davon, daß unsere jetzige Kohlenversorgung, soweit sie aus dem bisherigen Oesterreich besteht, nicht nur einer Verschlechterung, sondern nur einer Verbesserung fähig sein dürfte, ist Deutschösterreich auf diesem Gebiete schon vorweg noch nur empfangender, nicht aber liefernder Teil! Aus der Neuregelung, aus der Förderung der Kohlenproduktion können für Deutschösterreich also keine neuen Pflichten und Lasten erwachsen, sondern weit eher wird es auf die Befriedigung seiner berechtigten Ansprüche rechnen können, wie sie sich aus den geltenden Vereinbarungen über die Verteilung der Förderungsmengen ergeben.

Hinsichtlich der Zuzweifung der gefördert Kohle haben sich, wie uns aus Kreisen des Kohlenhandels mitgeteilt wird, die Verhältnisse in der letzten Zeit nun wieder sehr ungünstig für Deutschösterreich gestaltet. Das für die Versorgung der Wiener Bevölkerung — mit Hausbrand — ferner des Wiener Gaswerkes und der Bahnen geltende prozentuelle Verhältnis für die Aufteilung des Förderungsergebnisses wird längst nicht mehr eingehalten. Für den Wiener Hausbrand kommt kaum die Hälfte dessen, was er an Braunkohle zu erwarten hätte und um die Belieferung des Wiener Gaswerkes mit Strauer Kohle steht es noch ärger: dorthin kommt kaum ein Drittel der Menge, wie sie dem geltenden Förderungsanteile entsprechen würde. Wäre die Hausbrand-Belieferung reichlicher, so könnte doch wenigstens der Küchenbrand und vielleicht doch auch ein Teil des jetzt überhaupt ganz ausbleibenden Zimmerbrandes befriedigt werden. Nur hinsichtlich der Regiekohle für die Bahnen ist die Zufuhr nicht so weit hinsichtlich des Förderungsanteiles zurückgeblieben.

Wenn die Entente nun tatsächlich die Produktion und Verteilung der Kohle innerhalb der bisherigen Monarchie und Polens regeln wird, dann wird nach Anschauung des Kohlenhandels vor allem auf Einhaltung des Aufteilungschlüssels zu hoffen sein. Auf Seite der Interessenten behauptet man nämlich, daß die tschecho-slowakische Regierung angesichts des nicht zu leugnenden Förder-Ausfalles nicht auch den Förderabgang schlüsselmäßig aufgeteilt hat, derart, daß der tschecho-slowakische Verbraucher also ungleich weniger als der deutschösterreichische Verbraucher zu fühlen bekommen hat. Nur so lasse es sich erklären, argumentiert man, daß inmitten des Förderungsausfalles Tschecho-Slowakien noch immer viel besser als Deutschösterreich versorgt sei. Mit anderen Worten: auf diese veringerte Förderung scheint tatsächlich nicht der formell geltende Verteilungsschlüssel, sondern ein neuer, zu Ungunsten Deutschösterreichs abgeänderter Schlüssel angewendet worden zu sein.

Der Einwirkung und Aufsicht der Vertreter der Entente wird sich also schon bei der Verteilung der gefördert Kohle ein sehr wichtiges Feld eröffnen. Sehr bedeutungsvoll wird die Arbeit der Entente aber auch hinsichtlich der Förderung der Kohleproduktion gestalten, die Ermöglichung intensiver Arbeit und die Fernhaltung etwaiger Störungen des geregelter Arbeitsfortganges. Auf diesem Gebiete wird die Entente und da wieder ihr Ernährungsdirektor, Herr Hoover, durch Vorkehrung für die bessere Ernährung der Belegschaften geradezu Entschwebendes zur Förderung der Produktion beitragen können.

Noch während des Krieges hatte der damalige Minister für öffentliche Arbeiten, Herr R. von Homann, immer wieder mit der bedenklichen Furcht Ungarns zu kämpfen, daß von Oesterreich fortbauernb größte Kohlenlieferungen verlangte, aber in der Belieferung der Reviere mit Lebensmitteln bis aufs äußerste zurückhielt. Herr v. Homann mußte sich von Ungarn förmliche Kompensationsverträge abzwängen lassen, so wenig Ungarn sich verhehlen durfte, daß die anstreichende Lebensmittelbelieferung Oesterreichs und da speziell der Kohlenreviere geradezu als eine Notwendigkeit für die Weiterführung des Krieges anerkannt werden müsse. Was Oesterreich damals nur so ganz unzureichend in Ungarn erreicht hatte, das wird die Entente, die über eine vortreffliche Organisation und über reichliche Lebensmittelvorräte verfügt, gewiß ohne Schwierigkeit erreichen können: die ausreichende Belieferung der in ihrer Arbeitskraft durch jahrelanges Entbehren geschwächten Belegschaften mit Lebensmitteln! Damit wird nun eine der allerwesentlichsten Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Kohlenproduktion geschaffen werden. Dazu sollten sich aber auch noch entsprechende Vorkehrungen für die Hebung des Wagenmangels gesellen. Die Entente selbst verfügt über reichliche Fahrbedienmittel und überdies hat sie Deutschland und Oesterreich-Ungarn zur Abgabe von Tausenden von Wagen und Lokomotiven veranlaßt. Wenn ein Teil dieser Bestände jetzt wenigstens zeitweilig für die Kohlenabfuhr überlassen werden könnte, würde das über die ärgste Verlegenheit der nächsten Wochen leichter hinweghelfen.

Nachdem Hilfe scheint von Standpunkte auch der Entente umso bringlicher geboten, als die Zufuhr aus Westfalen zufolge der dortigen Streikbewegung und der Sperrung des Transites durch Bayern — die bayerische Regierung hat die Kohleburchfuhr gesperrt, sie nimmt zum Transit eintreffende Kohle in Beschlag — ganz unterbunden ist und für Oberschlesien wieder die Gefahr des Generallstreiks droht. Und wenn Gefahr wirklich zur Wirklichkeit werden sollte, dann wäre die Kohlenversorgung Deutschösterreichs, vollends solange die tschecho-slowakischen Zufuhren so unregelmäßig wie bisher bleiben, vor das Äußerste gestellt.

2./V. 1919

N
50

Unsere Kohlen- und Lebensmittelversorgung und der Verband.

Paris, 20. April. (Havas.)

Der Oberste Wirtschaftsrat prüfte die wichtigen Fragen des Handels und der Verpflegung auf der Donau, doch faßte er diesbezüglich keinen Beschluß und behielt sich vor, die verschiedenen vorgeschlagenen Maßnahmen noch weiter zu prüfen.

Der Rat setzte das Studium der Frage der Arbeitskräfte fort, durch die die Produktion und die Verteilung der Kohle gehoben werden soll, um so dem allgemeinen Kohlenmangel in Europa abzuweichen. Es wurde beschlossen, daß der Generaldirektor der Verpflegung beauftragt werde, sofort alle Maßnahmen zu treffen, welche die Produktion an Kohle auf dem Boden der früheren österreich-ungarischen Monarchie und in Polen heben können. Der Generaldirektor wird mittels Missionen, welche von der Sektion für Verbindungen des Rates entsandt werden, handeln. Diese Sektion wird mit dem direkten Transport von Lebensmitteln für die genannten Gebiete beauftragt werden.

2. / 1919

54

Der Antrag Wutte wegen gemeinnütziger Bewirtschaftung der Kohle.

In der Nationalversammlung haben gestern die Abgeordneten Wutte und Genossen einen in seinem wesentlichen Inhalt bereits in unserem heutigen Morgenblatt mitgeteilten Antrag wegen gemeinnütziger Bewirtschaftung der Kohle eingebracht. Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Errichtung einer Kohlenstelle. Der Handel mit Kohle (Stein-, Brenn- und Preßkohle, einschließlich Koks und Rückständen) ist eine Angelegenheit der Gemeinwirtschaft. Zur Durchführung dieses Grundsatzes wird eine Deutsch-österreichische Kohlenstelle eingesetzt. Sie ist eine juristische Person und unter der Firma „Deutsch-österreichische Kohlenstelle“ als Kaufmann beim Handelsgericht in Wien zu protokollieren. Sie besteht aus 24 Mitgliedern, und zwar: 2 Vertretern des Staates, 6 Vertretern der Länder, 1 Vertreter der Stadt Wien, 2 Vertretern der Handels- und Gewerbekammern, 4 Vertretern der Kohle verbrauchenden Industrien und Gewerbe, 2 Vertretern der Landwirtschaft, 3 Vertretern der sonstigen Verbrauchsorganisationen, 2 Vertretern des Kohlenbergbaues, 1 Vertreter des Kohlengroßhandels und 1 Vertreter des Kohlenkleinhandels. Der § 1 enthält des weiteren Bestimmungen über die unter Leitung eines gewählten und vom Staate befristeten Kohlenkommissärs errichtete Kohlenstelle und über die Geschäftsführung derselben.

§ 2. Aufgaben der Kohlenstelle. Die Kohlenstelle hat insbesondere die Aufgabe: a) die in Deutsch-österreich anfallenden Kohlenmengen zu erfassen, b) die Ein- und Ausfuhr von Kohle durchzuführen, c) die zweckmäßige Aufteilung der Kohle an die Verbraucher vorzunehmen, d) die Preisbildung der Kohle zu regeln, e) Uebersichten über den inländischen Bedarf und die inländische Produktion an Kohle herzustellen, f) die Abgabe von Gutachten bei Errichtung oder Aenderung von Kohlenaufbereitungs- und Verladeeinrichtungen sowie von Veredlungsanlagen unter Bedachtnahme auf Qualität und Sortenfall für den Bedarf, g) ein Versuchslaboratorium zu errichten und zu erhalten zur Vornahme von Versuchen über die Wertigkeiten von Kohle sowie deren Veredlung und die Gewinnung von Nebenprodukten.

Der § 3 enthält Bestimmungen über die Uebernahme und Verteilung der Kohle, wonach der Kohlenstelle auch das Recht der Beschlagnahme von Kohle zusteht.

Der § 4 stellt die Grundsätze über die Bildung der Kohlenpreise fest.

Der § 5 behandelt die U m w a n d l u n g v o n K o h l e n b e r g b a u u n t e r n e h m u n g e n. Die in Betrieb stehenden Kohlenbergbauunternehmungen sind, soweit sie bereits die Form von Aktiengesellschaften oder Gesellschaften m. b. H. haben, in Gesellschaften solcher Art umzuwandeln.

Der § 6 enthält Bestimmungen über die Kapitalbeteiligung des Staates, der Angestellten und der Arbeiter, wonach unter anderem den in den Kohlenbergbau beschäftigten Arbeitern und Angestellten sowie der Staatsverwaltung ein Anteil an den Kohlenbergbaugesellschaften in der Art zuzuweisen ist, daß das Gesellschaftskapital ohne Einzahlung um ein Drittel erhöht wird und von den hiedurch geschaffenen neuen Aktien oder Geschäftsanteilen ein Drittel den Arbeitern und Angestellten, zwei Drittel dem Staate zufallen. Der Anteil des Staates ist auf alljährliche Vermögensabgabe anzurechnen.

§ 7 enthält die Bestimmungen über die Errichtung von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der Angestellten und Arbeiter, wonach die Angestellten und Arbeiter jeder Kohlenbergbaugesellschaft zur Ausübung der aus ihrer Beteiligung an den Gesellschaften erwachsenden Rechte zu je einer Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft mit beschränkter Haftung im Sinne des Gesetzes vom 9. April 1873 zusammenzuschließen sind.

§ 8 enthält Bestimmungen über die Vertretung des Staates und der Genossenschaften in den Kohlenbergbaugesellschaften.

Der § 9 behandelt die Verteilung des Reingewinnes, wonach von dem von der Generalversammlung zur Ausschüttung bestimmten Reingewinn der Gesellschaften zunächst eine Dividende von 8 Prozent auf die Aktionäre, beziehungsweise Gesellschafter der Unternehmung entfällt. Der hienach verbleibende Ueberschuß wird verteilt wie folgt: 10 Prozent des Ueberschusses erhalten die Genossenschaften, 10 Prozent die Länder. Der restliche Teil wird zur Bildung einer weiteren Dividende bis zu 4 Prozent verwendet. Sollte hienach der Gewinnrest nicht erschöpft sein, so erhalten vom Rest 25 Prozent die Genossenschaften und 30 Prozent die Länder, während 45 Prozent, insoweit die Generalversammlung nicht eine andere Verwendung dieses Betrages beschließt, als weitere Dividende verteilt werden. Die den Ländern zukommenden besonderen Gewinnanteile fallen den einzelnen Ländern nach Maßgabe der in ihrem Gebiete im Geschäftsjahre gewonnenen Kohle zu. Die der Genossenschaft (§ 7) zur Verfügung gestellten Mittel werden nicht auf ihre Genossenschafter verteilt, sondern für gemeinsame Zwecke verwendet.

§ 10 enthält Grundsätze für Steuer- und Gebührenfreiheit, § 11 die Bestimmungen über die Enteignung der Grubenmase, wonach Grubenmase auf Kohle und Freischürfe auf Kohlengebieten, die nicht binnen einer vom Staatsamte für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten zu bestimmenden Frist in Betrieb gesetzt und von Bergbaugesellschaften übernommen wurden, vom Staate abgelöst werden können, sofern sie

nicht im Besitze von betriebsführenden Kohlenbergbaugesellschaften sind.

Der § 12 enthält eingehende Bestimmungen über einen Fachverband des Kohlenbergbaues, den sämtliche Kohlenbergbauunternehmer und die Angestellten und Arbeiter der Kohlenbergbaue zur Wahrung gemeinsamer Interessen und Ausgleichung von Interessengegensätzen bilden. Dem Fachverbande obliegt die Ueberwachung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (§ 7), insbesondere ihrer Gewinnverteilung, die Schaffung einheitlicher Arbeitsbedingungen in den einzelnen Kohlenbezirken, die Ausstragung von Lohnstreitigkeiten, die Anlegung von Revierkarten, Lohnstatistiken und sonstiger für die Deffentlichkeit und die Verbandszwecke wichtigen Aufzeichnungen, die Erstattung von Vorschlägen und Gutachten an die Staatsregierung über Vereinheitlichung und Verbesserung der Erzeugungsbedingungen und der wirtschaftlichen Förderung des Kohlenbergbaues, Ausgestaltung des Sicherheitsdienstes, Abhaltung fachlicher Bildungskurse, Bildung und Ausjendung von Studienkommissionen und Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege usw. Der § 13 enthält die Strafbestimmungen, nach welchen Uebertretungen der Verordnung und jede Mitwirkung bei solchen, sofern sie nicht unter eine strengere Strafbestimmung fallen, vom sachzuständigen Staatsamte mit Geldstrafen bis zu 20.000 K. oder Arreststrafen bis zu sechs Wochen bestraft werden. Bei erschwerenden Umständen können Geld- und Freiheitsstrafen gleichzeitig verhängt werden.

Der § 14 setzt den Wirksamkeitsbeginn und Vollzug des Gesetzes fest, wonach dasselbe drei Monate nach Kundmachung in Wirksamkeit tritt und mit dem Vollzuge der Verordnung das Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten betraut wird.

Einführung von Holz- und Kohlenkarten.

Das Präsidium des Budapester Revolutionären Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates veröffentlicht folgende Kundmachung: Zum Zwecke einer gerechten und gleichmäßigen Versorgung des Proletariats von Budapest mit Holz und Kohle wird das zur Versorgung der Parteien von Ein- und Zweizimmerwohnungen dienende Kohlenkartensystem vom 20. d. an auch auf die Parteien größerer Wohnungen ohne Rücksicht auf die Größe der Wohnungen ausgedehnt. Für jene Wohnungen (Haushaltungen), die bisher mit Kohlenkarten nicht versehen waren, weil sie das Heizmaterial wagenweise beschaffen konnten, haben die Hausvertrauensmänner die Kohlenkarten am 20. oder 21. Mai bei der nach der Wohnung zuständigen Wehlkommission zu übernehmen. Gegen den Kupon 28 dieser neuen Kohlenkarten können bis auf weiteres 40 Kilogramm, beziehungsweise auf jede Hälfte der durch einen Strich in zwei Teile geteilten Kupons 20 Kilogramm Kohle gekauft werden. Nur gegen die gerade oder geradzifferigen Kupons der am 20. Mai auszugebenden Einkaufslegitimation (Kohlenkarte) werden Kohlen ausgefolgt. Die einzelnen Kupons sind für sich allein ungültig; nur der Verschleißer darf sie von der Einkaufslegitimation (Kohlenkarte) abschneiden.

Gleichzeitig wird auch der Verschleiß von Brennholz an das Kartensystem gebunden. Brennholz wird vom 20. d. an ausschließlich gegen die ungeraden Kupons der von der Landes-Kohlenkommission ausgegebenen und in Verkehr befindlichen, beziehungsweise der für die Bewohner von größeren als Zweizimmerwohnungen am 20. Mai auszugebenden Einkaufslegitimation (Kohlenkarte) ausgefolgt werden. Der erste Kupon, gegen den Brennholz ausgefolgt wird, ist der Kupon 29. Die Menge des gegen die Kupons auszufolgenden Brennholzes wird von Zeit zu Zeit, je nach der Größe der Vorräte, festgesetzt werden.

Bis zum 20. Mai kann in den Holz- und Kohlenhandlungen Brennholz auch ohne Karte gekauft werden. Mit der Einführung des allgemeinen Holz- und Kohlenkartensystems ordnet das Präsidium des Budapester Revolutionären Zentral-Arbeiter- und Soldatenrates die Konstriktion der in den Haushaltungen (im Keller, auf dem Boden, in der Wohnung, im Geschäftslokal, Bureau und an anderen Orten) befindlichen Brennmaterialvorräte (an Holz, Kohlen und Koks) sowie der Gasrechnungs nach dem Stande vom 20. Mai. Die zum Zwecke der Zusammenschreibung dienenden Blankette haben die Hausvertrauensmänner am 9. oder 10. Mai bei der nach der Wohnung zuständigen Wehlkommission zu übernehmen und sie auf Grund einer genauen Schätzung an Ort und Stelle (Keller, Boden, Wohnung, Geschäftslokal, Bureau usw.) unter persönlicher Verantwortung auszufolgen und zu unterzeichnen. Die in den Geschäftslokalen der Holz- und Kohlen-Kleinhändler und Greisler befindlichen, zum Zwecke des Verkaufs dienenden Vorräte sind nicht anzumelden. Die auf die einzelnen Wohnungen des Hauses bezüglichen Daten sind auf dem Konstriptionsblatt in besonderen Zeilen anzugeben; befinden sich in einer Wohnung zwei oder mehrere Familien, die separat kochen, so sind die auf die einzelnen Familien bezüglichen Daten ebenfalls in besonderen Zeilen anzugeben.

Bei dem Namen jenes Bewohners, der überhaupt keine Vorräte hat oder dessen Vorräte geringer als ein Meterzentner sind, ist in der Rubrik „Vorrat“ (Készlet) ein horizontaler Strich zu machen. Die Hausvertrauensmänner sind verpflichtet, die ausgefüllten und unterzeichneten Blankette spätestens bis zum 13. Mai der nach der Wohnung zuständigen Wehlkommission einzuliefern. Die Hausvertrauens-

männer, die die Anmeldung verabsäumen oder unwahre Daten anmelden, werden vor das Revolutionsgericht gestellt. Jene Haushaltungen, deren Vorrat an Brennmaterial einen Meterzentner übersteigt, können Kohle und Holz so lange nicht kaufen, beziehungsweise erhalten so lange keine Kohlen (und Holz)karten, als ihre Vorräte nach der Quote reichen müssen.

Verschärfung der Kohlennot in Wien.

Maßnahmen der Gemeinde.

In der gestrigen Stadtratsitzung berichtete der Direktor der städtischen Gaswerke Menzel über die derzeit vollkommen unzulängliche Belieferung Wiens mit Gasohle. Der Einlauf nahm in den letzten Tagen ständig ab und ist am gestrigen Tage vollständig ausgeblieben. Nachdem die Vorräte der städtischen Gaswerke so gering sind, daß sie kaum mehr für jene Zeit reichen, die notwendig ist, um die Gasmesser in ganz Wien abzusperrern, wurde das Staatsamt für öffentliche Arbeiten aufgefordert, entweder für die schnelle Herbeischaffung von Kohle für die städtischen Betriebe zu sorgen oder aber, wenn dies nicht möglich wäre, die nötigen Einschränkungsverfügungen zu treffen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner stellte den Antrag, daß sich die Gemeinde Wien in eingehend begründeten Eingaben an die Entente mission wende, damit diese die tschechische Regierung zur Einhaltung der mit Deutschösterreich geschlossenen Staatsverträge verhalten möge. Gleichzeitig sollen auch an den Staatskanzler und den Staatssekretär des Neuhern Dr. Bauer Verständigungen über die katastrophale Lage der städtischen Gaswerke ergehen. Die Anträge des Bürgermeisters wurden angenommen.

Die Kohlenzufuhr zum Wiener Gaswerk.

In der zweiten Hälfte des Monats April sind die Kohlenlieferungen aus Mährisch-Osttrau an das Wiener Gaswerk zufolge der vier arbeitsfreien Ostertage und der partiellen Streikbewegung auf einzelnen Schächten des Westreviers sehr stark gesunken. So konnte beispielsweise eine Gewerkschaft im Monat April bloß etwa 60 Prozent des Schlußquantums für diesen Monat liefern; in den ersten Tagen des Mai sank die Lieferung auf rund 40 Prozent des für diese Tage förderfähig zu liefernden Quantums. Das deutschösterreichische Staatsamt für Handel und Gewerbe und die Wiener Gaswerke haben sich telegraphisch an das Kohlenversorgungsinspektorat in Mährisch-Osttrau mit dem Ersuchen gewendet, behufs Vermeidung der sonst unaufschiebbaren Betriebseinstellung die Lieferung im erhöhten Maße vorzunehmen. Das Kohlenversorgungsinspektorat hat die Gewerkschaften aufgefordert, unter Berücksichtigung der inländischen Verpflichtungen die Anlieferung der Gasohle für Wien auf das möglichste zu vermehren.

Kohlenmangel und Baumfrel.

Zu den schwersten Uebeln unserer mehr als schlechtesten Zeiten ist selbstverständlich auch der große Mangel an Brennstoffen, in erster Linie natürlich an Kohle, zu zählen. Damit es den Haushaltungen überhaupt möglich wird, warmes Essen herzustellen, hat man in Ermangelung der Kohle auf Holz zurückgreifen müssen, eine Feuerungsart, die viel Geld kostet und deren Anwendung einer Unzahl von mindest- und minderbemittelten Familien schwere Sorgen bereitet. Es erscheint daher nicht unbegründlich, daß diese Familien sich Brennstoff überall dort beschaffen, wo er ihnen nicht nur leicht erreichbar ist, sondern auch möglichst billig zu stehen kommt, womöglich gar nichts kostet. Schon zu Friedenszeiten hat man den armen Leuten Gelegenheit geboten, an bestimmten Tagen und zu gewissen Bedingungen Dürr-, beziehungsweise Klaubholz zu sammeln, eine Begünstigung, von der jedoch kein besonders großer Gebrauch gemacht wurde, da Kohle und Holz in genügender Menge vorhanden und auch zu erschwinglichen Preisen zu beschaffen waren. Mit dem Seltenwerden der Kohle und dem stetigen Steigen der Preise waren schließlich auch jene Kreise auf das Holz sammeln angewiesen, die sich sonst mit ihm nie befaßt hatten.

Anfänglich blieb es tatsächlich beim Fortschaffen von Klaubholz, wobei natürlich einzelne Scheiter von den im Walde aufgeschichteten Holzstößen mitgehen geheißen wurden. Je rarer die Kohle wurde, je mehr die rationierte Menge zusammenschmolz, um so schwunghafter entwickelte sich die Holzbeschaffung „von hinten herum“. Man las Holz und ließ dabei mitgehen, was nur möglich war, nicht allein im Walde, sondern überhaupt dort, wo Holz zu finden war. Barriereböcke, Holzschranken, Bretterplanen wurden demoliert und losgerissen, und daß auch ganze Daulschkeiten aus Holz dran glauben mußten, steht in „bester“ Erinnerung, seit im 10. Bezirk der Einsturz einer Militärbarade mehrere Opfer forderte.

Neben den eben geschilderten Verwüstungen und dem Sammeln von Klaubholz riß auch der Holzdiebstahl in geradezu schreckenerregender Weise ein. Während des ganzen Winters erschollen in der Dobau, in den Klosterneuburger Auen, im Wienerwald usw. die Schläge der Art, unter denen wahllos fiel, was nur Holz

hieß: Das Meiste, was umgelegt wurde, bestand aus Material, das die Schlagreife noch nicht erreicht hatte, Bappel und Weide, Nuster und Erle, Ahorn und Birke, Föhre, Fichte — was Laub und Nadeln trägt, wurde kurz und klein geschlagen, mitten heraus aus den Beständen, in Kopf- und Brusthöhe, oft Stamm neben Stamm. Ganze Parzellen wurden umgehauen und davongeschleppt, auf Schiefarren, Kinderwagen und Fuhrwerken, auf dem Buckel und unter dem Arm. Es war, als ob eine böse Seuche in den Waldbeständen gewüthet hätte. In der Umgebung von Stadlau und Kaiser-mühlen sieht es trostlos aus, überall Stumpen, vom Aufsprall stürzender Stämme die Wipfel nebenstehender Bäume geknickt, zerborsten und geköpft! Der Schwauer überkommt einen, wenn man die Verwüstungen sieht und noch immer kein Einhalten entdeckt. Das Fortschrittverional sieht all diesen Zuständen machtlos gegenüber, ist lei seinem oft mehr als berechtigten Eingreifen den größten Unflätigkeiten ausgesetzt, muß also blutenden Herzens zusehen, wie in ihren Bezirken gehaust wird und Gefahren durch die Waldverwüstung heraufbeschworen werden, deren umständliche Erklärung hier zuviel Raum einnehmen würde, bei dem Laien überdies nur geringen Eindruck hervorriefe.

Jedenfalls ist es aber höchste Zeit, daß seitens der maßgebenden Behörden dem unsinnigen Treiben ein fester Riegel vorgeschoben wird. Die Wald- und Auebestände in der Umgebung Wiens haben genug gelitten und bedürfen einer nachhaltigen Schonung, ehe es zu spät ist. Geradezu sinnlos wird im Prater gehaust. Uralte Bäume, die sich durch ihren eigenartigen Wuchs auszeichnen und das Praterbild verschönern, werden in ihrem Innern ausgebrannt, besser gesagt, es wird am Fuße der hohlwerdenden Stämme Feuer angelegt, um sie zum Sturze zu bringen, damit Krone und Keste leidster fortgeschafft werden können. Das ist ärger als größter Unfug! Nahe der Bretterplanke des Freudenauer Rennplatzes stand am Montag eine uralte hohe Bappel im Zeichen dieses Vandalismus. Mannshoch war ihr Stamm im Innern ausgegloßt und nur schwache Reste hielten den herrlichen Baum, der bereits in frischem Maiengrün prangt, noch aufrecht. Der erste heftige Wind brinat ihn zu Falle und der ehrwürdige Riese hat sein Ende gefunden. So etwas muß doch nicht sein! Muß denn rucklose Hundenhand an all dem rütteln, was wir noch aus guter alter Zeit herübergerettet haben in das Chaos? Leb denn kein einziger Funke des Verständnisses für landschaftlich Schönes mehr in unserer Menschheit? Und ist denn gar niemand da, der solchen Verbrecherhänden das Handwerk legt? Ihr Menschen, die ihr noch Sinn habt für Edles, rafft euch auf, solchem bodenlosen Frel zu wehren mit all eurer Kraft!

Die Ententekommission für die Förderung und Verteilung der Kohle.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“)

Mährisch-Osttau, 9. Mai.

Der Oberste Wirtschaftsrat der Entente, an dessen Spitze Mr. Hoover steht, der von der Entente mit der Kontrolle der Kohlenproduktion in der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie sowie mit der Aufsicht über die Aufteilung der Kohle betraut wurde, hat eine spezielle Kohlenkommission eingesetzt, welche vom Kolonel Arison E. Goodhear, Obersten in der amerikanischen Armee, als Präsidenten geleitet wird. Diese Kommission wird ihren Sitz in Mährisch-Osttau haben, wo Kolonel Goodhear bereits eingetroffen ist. Die Kommission besteht aus technischen und militärischen Referenten. Ihre Tätigkeit wird sich zunächst auf die Ueberwachung der Kohlenproduktion im Osttau-Karwiner Revier und auf die Verteilung der Kohle für Deutsch-Österreich, der Czecho-Slowakei und auch, da in Kürze der Zusammenbruch des kommunistenregimes in Ungarn zu erwarten ist, für Ungarn erstrecken. Doch ist die Möglichkeit vorhanden, daß das Tätigkeitsfeld der Kommission auch auf das oberösterreichische Revier ausgedehnt wird.

Die Organisation der Kohlenwirtschaft.

Keine Sozialisierung des Kohlenhandels

Aus Kreisen des Kohlenhandels wird uns geschrieben:

Unter der vorstehenden Ueberschrift veröffentlicht die Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 26. 4. 19 die neuen Bestimmungen über die Bewirtschaftung der Kohle, die voraussichtlich vom 1. Juli 1919 ab eintreten werden. Wenn auch der Kohlenhandel nur einen Ausschnitt des allgemeinen Handels bildet und der Kreis der am Kohlenhandel Beteiligten ein nur verhältnismäßig kleiner ist, so berührt die Frage der Sozialisierung des Kohlenhandels doch den Handel, insbesondere den Großhandel, ganz allgemein; werden doch hier zum erstenmal wirtschaftliche Probleme angeschnitten und in die Tat umgesetzt, die in absehbarer Zeit auf die Zukunft des gesamten Handels ihren Einfluß ausüben dürften. Der einmal beschrittene Weg der Sozialisierung eines Handelszweiges wird nicht aufgegeben werden, sondern bei der heutigen Zeitströmung auch baldigt in weitere Handelsgebiete eindringen und die vorläufig nur für den Kohlenhandel erlassenen Bestimmungen und Beschränkungen unter dem Druck der linksstehenden Parteien bald auf weitere Handelszweige ausdehnen, wie es ja z. B. für die Rastmirtschaft bereits angekündigt ist.

Wenn man die obige Ueberschrift liest und den Satz der behördlichen Auslassungen: „Der Kohlenhandel wird nicht in gebundene Organisationen übergeführt“, könnte man meinen, es bleibe alles beim alten; dem freien Kohlenhandel sei auch fernerhin Tür und Tor geöffnet, er könne sich in Zukunft wie zu Friedenszeiten frei entfalten und betätigen. Dies ist aber keineswegs der Fall, denn zwei Maßnahmen werden getroffen, von denen niemand sagen kann, welche von beiden den schädlicheren Einfluß auf den Kohlenhandel Mittel- und Ostdeutschlands ausüben wird. Erstens soll zur Beseitigung des unwirtschaftlichen Wettbewerbs und zum Schutz der Verbraucher künftighin jeder Verbraucher seinen Bedarf zu den dafür festzusetzenden und zu veröffentlichten Preisen und sonstigen Bedingungen gegen Bezahlung beziehen können. Hier wird zwar nicht ausdrücklich gesagt, daß jeder Verbraucher sein Bedarf von dem zu bildenden Grubensyndikat unmittelbar beziehen darf und daß diese Syndikate auch die kleinsten Mengen bis zu einem Eisenbahnwaggon unter völliger Ausschaltung des Großhandels abgeben können, aber jedenfalls ist dieses beabsichtigt. Daraus läßt auch die Bestimmung schließen, daß überall die gleichen „sonstigen Bestimmungen“ gelten sollen. Höchstpreise gab es im Kohlenhandel gewissermaßen auch schon zu Friedenszeiten, denn die gedruckten Preislisten waren allgemein bekannt. Nur wurden die Preise dieser Listen vom Handel der Marktlage entsprechend festgesetzt und herausgegeben und nicht von einer amtlichen Stelle. Ebenso wurden die sonstigen Vertragsbestimmungen vom Handel je nach Umständen getroffen und nicht nach einem einheitlichen Schema. Daß durch die Festsetzung der Höchstpreise der unläutere Zwischenhandel ausgeschaltet werden soll, entspricht dem Wunsche des legalen Kohlenhandels, denn der unwirtschaftliche Wettbewerb, der fast ausschließlich durch den unlauteren Zwischenhandel verursacht wurde, schädigte Ansehen und Absatz des Großhandels. Aber der wirtschaftliche Wettbewerb ist für das Fortbestehen und die Entwicklung des Handels von grundlegender Bedeutung. Mit Recht weist Richard Calwer in seiner Schrift „Produktionspolitik zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft“ darauf hin, daß der Kampf das Element des Wirtschaftslebens ist; das Risiko, das der Kampf uns bietet, erfordert zur Überwindung den Wagemut des Unternehmers. — Wie soll aber der Unternehmer in Zukunft kämpfen, wenn seine Waffen stumpf gemacht oder ihm durch behördliche Maßnahmen aus der Hand geschlagen werden? Die oben erwähnten Bestimmungen verursachen eine allgemeine Schematisierung und Schablonisierung des Kohlenhandels, die den Wagemut des Unternehmers überflüssig machen. Wenn jeder Verbraucher jetzt in der Lage ist, seinen Kohlenbedarf zu ganz gleichen Preisen und Bedingungen bei irgendeinem Händler oder gar unmittelbar beim Grubensyndikat zu beziehen, wird der bisherige Wettbewerb des Handels zwecklos und unmöglich. Was nützen nunmehr noch dem einzelnen Kaufmann die besondere Tüchtigkeit und Regsamkeit, was wird für den Verbraucher in Zukunft noch Anreiz bieten, seine Kohlen bei dem oder jenem Händler zu beziehen? Entweder werden es nur noch langjährig bestehende persönliche Beziehungen sein, die einige Zeit fortdauern, oder Verpflichtungen anderer Art, die auch nicht für ewig bindend sind, oder eine gewisse Bequemlichkeit. Während ferner bei der Industrie oder bei einzelnen Handelszweigen die Güte der Ware einen bestimmende Einfluß auf Absatz und Rundschaft ausübt, besitzt der Kohlenhändler auf die Beschaffenheit der zum Versand gelangenden Kohle keinen Einfluß, alle fällt auch dieser Anreiz fort. Auch werden die einzelnen Kohlenmärkte zum Teil von mehreren Händlern geführt, nur die wenigen Großhandelsfirmen, die sich ganze Förderungen gesichert haben und für die die erlassenen Bestimmungen überhaupt erheblich günstiger sind, erfreuen sich einer Ausnahmestellung. Für den gesamten Kohlenhandel aber, der nicht zu den drei Monopolfirmen gehört, kommt es in Zukunft nur noch mehr oder weniger auf Zufall an, ob und an wen er keine Kohlen verkaufen wird.

Die andere, den Handel so schädigende Bestimmung besagt, daß die Verbrauchergenossenschaften im Einkauf den Händlern gleichgestellt werden, d. h., daß sie von den Syndikaten die Kohlen zu gleichen Preisen und Bedingungen wie der Kohlenhändler erhalten. Diese Bestimmung trifft auch die Monopolfirmen in gleicher Weise. Natürlich werden sich nun noch in verstärktem Maße als bisher Verbraucher zu einer Gruppe zusammenschließen, um den Handel auszuschalten und dadurch den Vorteil des billigeren Einkaufs zu genießen. In Friedenszeiten waren leider besonders die Landwirtschaft, aber auch die Industrie dem Handel wenig günstig gesinnt, wie die Gründung der landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften und der verschiedenen industriellen Einkaufsgenossenschaften beweist. Wieviel mehr werden nun derartige Gründungen Nachahmung finden und ihrerseits dazu beitragen, daß dem Kohlenhandel möglichst bald das Grab gegraben wird. Schon heute ist infolge der Steigerung der Kohlenpreise um das Vierfache das Risiko bedeutend gewachsen, durch Erhöhung der Gehälter, Steuern und sonstigen Abgaben, aber der Verdienst erheblich gemindert, so daß der Anreiz, der zu dem Handel gehörte, auf ein geringes Maß herabgedrückt ist. In Zukunft wird sich dieser Anreiz noch weiter verkleinern und der Kohlenkäufermann zu einem Vermittler oder gegebenenfalls zu einem Geldgeber für säumige Zahler herabsinken, des Unternehmerrgeistes, der ihn bisher besaßte und erfreute, bedarf er nicht mehr.

Die Folgen dieser Entwürdigung des Handels werden sich allerdings bei schlechter Marktlage, wenn es gelte wieder der Kohle neue Absatzgebiete zu schaffen, in bedeutendster Weise geltend machen. Aber wer denkt heute bei Erlass derartiger wirtschaftlicher Bestimmungen an die weitere Zukunft? Schon im kommunistischen Manifest ertönt ja der Kampf gegen den „freien Schacher“. Schon dort wird als Endziel proklamiert: „Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen. Es kann dies natürlich zunächst nur geschehen vermittels bespottischer Eingriffe in das Eigentumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse durch Maßregeln, die im Laufe der Bewegung über sich selbst hinausträben und als Mittel zur Umwälzung der ganzen Produktionsweise unermesslich sind.“

Streng logisch, den obigen Maximen folgend, sind die Anordnungen zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft erlassen. Sie sind aber auch für den Staat viel vorteilhafter als eine wirkliche Sozialisierung des Handels.

Denn durch die getroffenen Maßnahmen wird der Handel langsam, aber sicher erdroffelt und muß eines Tages seine Tätigkeit aus eigenem Entschluß einstellen, während bei einer Sozialisierung erhebliche Beträge zur Ablösung des Handels vom Staat hätten zur Verfügung gestellt werden müssen.

So wird ein ganzer Handelszweig, und mit ihm eine erhebliche Anzahl kaufmännischer Angestellter in seiner Lebensfähigkeit getroffen und ihm der Todeskeim ins Blut geimpft. Morituri te salutant, Reichswirtschaftsminister! —

11. IV. 1919

57

13. IV. 1919

* („Warum das Holz so teuer ist.“) Zu dem unter diesem Titel in der Nummer vom 10. d. veröffentlichten Berichte über eine Versammlung der Holzhändler Deutschösterreichs ersucht uns Herr Edmund Hofmann um die Feststellung, daß seine Ausführungen nicht richtig wiedergegeben sind. Herr Hofmann schreibt uns: „Ich sprach nicht davon, daß das Warenverkehrsbureau in den Händen einer untätigen Bürokratie schmachte“, sondern davon, daß das Warenverkehrsbureau nicht richtig organisiert ist und einer gründlichen Remedur bedarf in dem Sinne, daß an die Spitze desselben eine sachmännisch entsprechende Persönlichkeit zu stellen sei, welche selbständig und rasch zu entscheiden hätte, während jetzt die Erledigungen verschleht werden, wodurch der Geschäftsgang sehr leidet. Ich bezog mich auch darauf, daß die Verfügungen des Warenverkehrsbureaus so überaus schwankend sind, daß die häufigen Umdenkungen nur Verwirrung in der Geschäftswelt hervorriefen. Endlich wies ich darauf hin, daß nach § 2 der Vollzugsanweisung des Staatskamm. vom 29. Jänner d. J., Absatz 3, das genannte Bureau ermächtigt sei, für eigene Rechnung Geschäfte abzuschließen, soweit der Abschluß von Geschäften für eigene Rechnung unvermeidlich ist. Unter diesen Umständen, so betonte ich, ist das Warenverkehrsbureau zur Ausübung des Holzhandels ermächtigt, da der vorgenannte Paragraph sehr behrbar ist. Schließlich trat ich dafür ein, daß das Recht des Warenverkehrsbureaus, Geschäfte auf eigene Rechnung abzuschließen, vollkommen aufgehoben und dessen Tätigkeit lediglich auf die Funktion einer Kontrollstelle zu beschränken wäre.“

Der Kohlenmangel.

Mitteilungen des Präsidenten der Entente-Kohlenkommission.

Oberst Anson. P. Goodheart, der als Präsident der vom Obersten Wirtschaftsrat der Entente nach Mährisch-Osttau entsandten Kohlenkommission dort eingetroffen ist, äußerte sich, wie uns berichtet wird, über die Kohlenversorgung folgendermaßen:

Die Aufgaben der Kommission, die ich leite, sind rein wirtschaftlicher Natur. Wir werden mit allen Staaten, die auf dem Boden des ehemaligen Oesterreich-Ungarn entstanden sind, und zwar mit dem tschecho-slowakischen, deutschösterreichischen, jugoslawischen und polnischen Staate, für eine Verbesserung der Kohlenversorgung wirken. Diese Versorgung erfolgt im Einvernehmen mit Kapitän Gregory, der die Lebensmittelverteilung in Wien überwacht, und mit Mr. Coosey, dem die Regelung des Verkehrsdienstes für die interalliierten Lebensmitteltransporte obliegt. Diese Versorgung soll vor allem darin bestehen, daß der Versand zeitgerecht und nach Möglichkeit den Bedürfnissen entsprechend vor sich geht. Um ein Beispiel anzuführen: Wenn Wien für sein Gaswerk Kohle braucht, soll es nach

Kräften damit versorgt werden; natürlich auch andere bedürftige Städte in all den genannten Staaten. Zu diesem Zwecke werden wir mit den Regierungen von Wien, Prag, Belgrad und Warschau ständig in Fühlung bleiben. In Wien habe ich bereits mit Dr. Renner verhandelt.

Eine Ueberwachung der Produktion ist uns nur für das Osttau-Karwiner Revier aufgetragen. Bei allen anderen Kohlenrevieren erstreckt sich unsere Aufgabe lediglich auf die entsprechende Kohlenverteilung und den geregelten Versand.

Der Streik im Osttrauer Revier.

Aus Mährisch-Osttau, 13. d., wird uns telegraphiert: Der Streik im Osttrauer Revier erscheint vorläufig lokalisiert und beschränkt sich auf die Schächte der Firma Gutmann in Dombrau, Orlau und Suchau, wo ein Drittel bis die Hälfte der Belegschaft, durchweg jüngere Arbeiter, gestern ausgeblieben ist. Alle übrigen Schächte des genannten Reviers arbeiten normal und weisen normale Förderungen auf. In einer vorgestern in Orlau abgehaltenen Versammlung hat sich die Mehrheit der älteren Arbeiter gegen den Streik und gegen die Forderung eines Anschaffungsbeitrages von 1000 S. per Mann ausgesprochen. Voraussichtlich dürfte der Streik keine weitere Ausbreitung erfahren.

14. IV. 1919

60

**Die Aufgaben der interalliierten Kohlenkommission in Mährisch-Ostau.
Aeußerungen des amerikanischen Obersten
Goodyear.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Mährisch-Ostau, 14. Mai.

Der Präsident der neubestellten interalliierten Kohlenkommission in Mährisch-Ostau, der amerikanische Oberst Goodyear gab Ihrem Korrespondenten nachstehende Mitteilung über die ihm übertragene Mission: „Meine Aufgabe ist keine politische, sondern ausschließlich wirtschaftlicher Natur. Ich habe dem Lebensmitteldiktator für Europa, Mr. Hoover in Paris zunächst ausführliche Berichte über den gegenwärtigen Stand der Kohlenproduktion im Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie sowie der angrenzenden polnischen Gebiete zu erstatten. Weiter fällt mir die Aufgabe zu, die Verteilung und den Transport der in diesen Ländern produzierten Kohle nach den übrigen Gebieten zu überwachen. Die Versorgung der Stadt Wien und des übrigen Deutschösterreich, ferner die Deckung des Bedarfes der bedeutendsten Industrien wird zu meiner wichtigen Aufgabe gehören. Es erfolgt diese Versorgung im Einvernehmen mit Kapitän Gregory, welcher die Lebensmittelverteilung überwacht, und Mr. Goosen, welchem die Regelung des Eisenbahndienstes für die interalliierten Lebensmitteltransporte untersteht und für welchen die regelmäßige Kohlenzuweisung von größter Bedeutung erscheint. Zur Lösung dieser umfassenden Aufgaben wird in Mährisch-Ostau ein besonderes Amt eingerichtet mit den erforderlichen Hilfskräften und sachkundigen Beratern. Auf technische Betriebsfragen sowie auf Arbeiterverhältnisse soll in keiner Weise Einfluß genommen werden, doch werde ich bemüht sein, im Einvernehmen mit der Wiener Entente-Kommission für möglichst ausreichende Versorgung der Kohlengebiete mit Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln zu sorgen. Ebenso werden alle Wünsche der Bergbaubetriebe bezüglich der Beschaffung der im Inlande fehlenden Betriebsmaterialien und des nötigen Ersatzes von Maschinen und Werkzeugen aus den Ländern der Entente, speziell aus Amerika, nach Tüchtigkeit unterstützen. Ich hoffe auf diesem Wege die Produktion an Kohle, welche während des Krieges stark zurückgegangen ist, zu heben. Ich rechne hierbei auf die Mitwirkung aller beteiligten Faktoren sowohl der Lokalbehörden, der Kohlenindustriellen, besonders auf den guten Willen und das Entgegenkommen der Arbeiterschaft, in deren Interesse die Schaffung normaler Verhältnisse zunächst gelegen ist.“

Unsre Kohlenversorgung.

Der amerikanische Kommissär Oberst
Goobyar über das Programm der Ostrauer
Mission.

Aus Mährisch-Ostrau, 13. d., wird uns berichtet: Der Präsident der neubestellten interalliierten Kohlenkommission in Mährisch-Ostrau der amerikanische Oberst Goobyar machte unserm Vertreter die nachstehende Mitteilung über die ihm übertragene Mission:

„Meine Aufgabe ist keine politische, sondern ausschließlich wirtschaftlicher Natur. Ich habe dem Lebensmitteldirektor für Europa Mr. Hoover in Paris zunächst ausführliche Berichte über den gegenwärtigen Stand der Kohlenproduktion im Gebiete der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie sowie der angrenzenden polnischen Gebiete zu erstatten. Weiter fällt mir die Aufgabe zu, die Verteilung und den Transport der in diesen Ländern produzierten Kohle nach den übrigen Gebieten zu überwachen.

Die Versorgung der Stadt Wien.

Die Versorgung der Stadt Wien und des übrigen Deutschösterreich, ferner die Deckung des Bedarfes der bedeutenderen Industrieunternehmungen wird zu meiner wichtigen Aufgabe gehören. Es erfolgt diese Versorgung im Einvernehmen mit Kapitän Gregory, welcher die Lebensmittelverteilung überwacht, und Mr. Goseh, welchem die Regelung des Eisenbahndienstes für die interalliierten Lebensmitteltransporte untersteht und für den die regelmäßige Kohlenzuweisung von größter Bedeutung erscheint.

Zur Lösung dieser umfassenden Aufgaben wird in Ostrau ein besonderes Amt eingerichtet mit den erforderlichen Hilfskräften und sachkundigen Beratern. Auf technische Betriebsfragen sowie auf die Arbeiterverhältnisse soll in keiner Weise Einfluß genommen werden, doch werde ich bemüht sein, im Einvernehmen mit der Wiener Entente-Kommission für möglichst ausreichende Versorgung der Kohlengebiete mit Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln zu sorgen.

Beschaffung von Maschinen aus den Ententeländern.

Ebenso werden alle Wünsche der Bergbaubetriebe bezüglich der Beschaffung der im Inlande fehlenden Betriebsmaterialien und des nötigen Ersatzes von Maschinen und Werkzeugen aus den Ländern der Entente, besonders aus Amerika, nach Tunlichkeit Unterstützung finden, und ich hoffe, auf diesem Wege die Produktion an Kohle, welche während des Krieges stark zurückgegangen ist, zu heben. Ich rechne hierbei auf die Mitwirkung aller Beteiligten, sowohl der Lokalbehörden als auch der Kohlenindustriellen, und be-

sonders auf den guten Willen und das Entgegenkommen der Arbeiterschaft, in deren Interesse die Schaffung normaler Verhältnisse zunächst gelegen ist.

28.7.1919

62

Neuerliche Kohlenverhandlungen in Prag.

Heute hat sich, wie wir bereits angekündigt haben, eine Kommission, bestehend aus den Herren Ministerialrat Doktor Klob von Staatsamte für öffentliche Arbeiten, Vizebürgermeister Emmerling, Magistratsrat Dr. Fastenbauer, dem Direktor der städtischen Gaswerke Ingenieur Reuzel und dem Direktor der Länderbau Epler, nach Prag begeben.

Die Kommission wird in Prag mit dem tschechoslowakischen Ministerium für öffentliche Arbeiten die bereits eingeleiteten Verhandlungen wegen der Kohlenverhandlungen fortzusetzen.

Ergebnislosigkeit der Kohlenverhandlungen in Prag.

Vizebürgermeister Eumertling, der mit einer Reihe von städtischen Beamten zu Verhandlungen mit den maßgebenden Personen der czecho-slowakischen Republik wegen der Belieferung der Wiener Gaswerke mit Kohle nach Prag gereist war, ist von dort zurückgekehrt. Nach den Mitteilungen, die er dem Bürgermeister gemacht hat und nach anderen Informationen, die heute im Rathaus eingelangt sind, haben die in Prag geführten Verhandlungen vorläufig zu keinem Resultat geführt; man kann eigentlich von einem Abbruch der Verhandlungen sprechen. Wann eine Wiederaufnahme der Verhandlungen erfolgen kann und wird, läßt sich im Augenblick nicht sagen. Natürlich wird man hier alles daraufsetzen, den abgerissenen Faden wieder anzuknüpfen.

Für die Wiener Gaswerke ist dadurch die Sachlage wesentlich verschärft worden. Die czecho-slowakische Republik ist zur Belieferung der Wiener Gaswerke mit Kohle nur bis zum 11. Juni verpflichtet. Im Rathaus hofft man, daß es bis zu diesem Termin möglich sein wird, die Grundlagen für neue Verhandlungen zu schaffen, um die städtischen Gaswerke und überhaupt die Kohlenversorgung der Stadt Wien vor einer Katastrophe zu bewahren.

1. VII. 1919

Die Kohlenkrise.

Tschecho-slowakische Repressalien gegen die Gemeinde Wien.

Die Verhandlungen wegen der weiteren Kohlenlieferungen der Tschecho-Slowakei an die Stadt Wien sind vorläufig gescheitert. Vizebürgermeister Emmerring ist mit den städtischen Fachmännern von seiner Prager Reise ohne Ergebnis zurückgekehrt. Angesichts der Tatsache, daß der gegenwärtige Lieferungsvertrag der Tschecho-Slowakei mit der Stadt Wien am 11. d. abläuft und angesichts des Berichtes über die Erschöpfung der Vorräte in den städtischen Gaswerken, die der Bürgermeister vorgestern im Gemeinderate zur Kenntnis brachte, erscheint die Lage um so kritischer, als aus dem Ratshause verlautet, daß es sich um tschecho-slowakische Repressalien wegen der Behandlung der tschechischen Mandatare im Wiener Gemeinderat handle.

Die Tschechen — heißt es weiter — seien geneigt, aus der Kohlenfrage ein Politikum zu machen. Die Einsetzung einer Juristenkommission zur Prüfung der Gültigkeit der tschechischen Gemeinderatsmandate in Anbetracht des „Gelöbnisses“ werde als „Kriegsfall“ aufgefaßt. Solange diese Angelegenheit nicht in zufriedenstellender Weise bereinigt sei, wolle man in Prag von weiteren Lieferungen an Wien nichts wissen. Heute sind es die Gemeinderatsmandate, morgen können es die „Kulturforderungen“ der Tschechen in Wien sein. Sie schreiten zielbewußt vorwärts, und fast hat es den Anschein, daß Wien machtlos ist. Die Kohlenfrage wächst sich jedenfalls von einer dauernden Skalamität zu einer bangen großen Zukunftssorge aus, wenn nicht im letzten Augenblick eine günstige Wendung eintritt.

Neue Kohlenverhandlungen in Prag.

Singreifen der Ententewirtschaftskommissionen.

Die Kohlenverhandlungen in Prag sind gestern wieder aufgenommen worden. Ministerialrat Klotz hat sich vorgestern abends mit einigen Funktionären der Gemeinde Wien nach Prag begeben, um die in der vorigen Woche unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Man hofft, daß die Verhandlungen diesmal zu einem günstigen Ergebnis führen werden, da seitens der Ententewirtschaftskommissionen jeder erdenkliche Einfluß in Prag geltend gemacht wurde, um die tschecho-slowakische Regierung zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Die Entente soll insbesondere die Ausschaltung aller politischen Momente bei diesen Verhandlungen gewünscht haben. Die Verhandlungen dürften einige Tage in Anspruch nehmen.

Z. 111. 1919

7/6
66**Beteiligung der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung“ an der Deutschösterreichischen Torfindustrie G. m. b. H.**

41. Berichterstatter **W. Emmerling**: Zahl 9025, Post 13. Am 4. April hat die Nationalversammlung ein Gesetz über die Abtorfung beschlossen; demgemäß hat

sich eine Deutschösterreichische Torfindustriegesellschaft gebildet. Sie hat ein Gründungskapital von 4 Millionen, wovon 800.000 K der Staat und 1.200.000 K die Länder zu übernehmen haben. Es wird nun beantragt, daß die Gemeinde Wien 20 Aktien à 5000 K, zusammen also 100.000 K für die zu errichtende Deutschösterreichische Torfindustriegesellschaft zeichne.

Wir haben Schrems und Admonter Torfplätze gepachtet und es bedeutet für uns eine sehr wünschenswerte Ergänzung für unsere Leichenbestattungsanstalt, wenn wir uns an dieser Gesellschaft beteiligen.

Bgm. Neumann: Zum Worte ist niemand gemeldet. Ich bitte die Damen und Herren, die mit dem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Nach einer Pause:) **Angenommen.**

Beschluß:

Die seitens der Direktion der „Gemeinde Wien — städtische Leichenbestattung“ in Anbetracht der Dringlichkeit erfolgte Zeichnung von 20 Stammeinlagen à 5000 K, das ist 100.000 K für die zu errichtende Deutschösterreichische Torfindustriegesellschaft m. b. H. wird nachträglich genehmigt. Der Direktor der städtischen Leichenbestattung wird ermächtigt, die Gemeinde Wien in dieser Deutschösterreichischen Torfindustriegesellschaft m. b. H. zu vertreten.

13. VII. 1919

69

Das Zillingsdorfer Kohlenwerk der Gemeinde. In einer heute abend beim Bürgermeister stattgehabten Beratung über die Erhöhung der elektrischen Stromgebühren wurde mitgeteilt, daß Soldaten der ungarischen Räterepublik die Ortschaft Neufeld bei Zillingsdorf, wo die Gemeinde Wien ein Kohlenbergwerk besitzt, besetzt haben. Trotz dieser Besetzung werde die ungarische Regierung dem Betrieb des Kohlenbergwerkes keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Der Ort Neufeld liegt auf ungarischem Boden, so daß von deutschösterreichischer Seite keine Einwendung gegen die militärische Besetzung erhoben werden kann, um so mehr als aus dieser Besetzung dem Betrieb des der Gemeinde gehörenden Zillingsdorfer Bergwerkes keinerlei Gefahr zu drohen scheint.

Versorgungsfragen.

Die Kohle.

Bern, 13. Juni. ag. (Mitg.) Die Zeitungen brachten dieser Tage die Mitteilung, daß im Monat Mai 145,000 Tonnen ausländische Kohlen in die Schweiz eingeführt wurden. Das bedeutet gegenüber den vorhergehenden Monaten eine wirkliche Besserung. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß diese Besserung noch lange nicht eine Gleichstellung gegenüber den ohnehin schon eingeschränkten Zufuhren des letzten Jahres bedeutet. Wir haben die gute Zuversicht, daß die folgenden Monate eine weitere Erhöhung der Einfuhrziffern bringen, doch darf an eine Aufhebung der Rationierungsvorschriften nicht gedacht werden, solange wir nicht über gewisse Reserven verfügen. Das wird voraussichtlich noch einige Monate dauern.

Es ist bei der Beurteilung der Lage anhand der Zufuhrziffern zu berücksichtigen, daß aus den bekanntgegebenen Mengen in erster Linie die Bundesbahnen, die Gaswerke und die Privatbahnen bedient werden müssen. Ein großer Teil der in den letzten Monaten namentlich aus Belgien eingeführten Kohle ist zudem qualitativ minderwertig und fällt für den Hausbrandbedarf nicht in Betracht. Es fehlen uns hauptsächlich Qualitätskohlen aus dem Saargebiet für Herd- und Schmiedefeuerung sowie Koks.

Ueber die Gestaltung der Verkaufspreise werden verschiedene Gerüchte über Preisreduktion ungeboren. Es hat das zur Folge, daß die vorhandenen Heizsorten, wie Anthrazit und Eisformbriketts, sehr schwer abzusetzen sind. In den nächsten Tagen erfolgt eine nochmalige Reduktion der Verkaufspreise um durchschnittlich 1 bis 3 Franken pro 100 Kilo. Es wird für das laufende Heizjahr kaum eine nochmalige Preisänderung zu erwarten sein, und empfiehlt es sich daher, den Bedarf an Kohle bestmöglichst schon jetzt zu decken, umso mehr, als doch nicht mit aller Entschiedenheit auf lückenlose Lieferung gerechnet werden kann.

Der neue Tag
17. / III. 1919

17
7a

Schützt die Wälder.

Die Bezirksvorsteher des 13. und 16. Bezirkes haben nachstehenden Aufruf an die Bevölkerung erlassen: In unserer Not wenden wir uns an alle Wiener mit der Bitte, sie mögen uns helfen, die Waldbestände an der Grenze der westlichen Bezirke vor den Verwüstungen zu behüten, denen sie gegenwärtig ausgesetzt sind. Noch immer ziehen an schönen Tagen ganze Scharen von Holzklauern in die im Weichbilde der Stadt Wien oder ihrer unmittelbaren Grenze liegenden Wälder bei Hütteldorf und Ottakring und richten dort arge Verwüstungen an. Sie begnügen sich nicht, die dürren Aeste mit nach Haus zu nehmen. Sie schneiden gesunde Bäume gar nicht forstmäßig um, meist in Meter- oder Fußhöhe und zerstören dadurch den Wald, dessen Ausatmungen wir für unsere Lungen so notwendig brauchen. Es wird ungeheuer viel Schaden gestiftet, teilweise sogar, um mit dem geraubten Holze einen regen Schleichhandel zu betreiben. Weder Polizei und Volkswehr, noch die berufenen Hüter des Waldes, die Forstleute, sind stark genug, dem Unsug, der sich auch auf einen großen Teil des Tiergartens erstreckt, halt zu gebieten. Mit aller Tatkraft müssen wir uns gegen die Schädlinge zur Wehr setzen, wenn wir nicht eines Tages schwerste Einbuße erleiden wollen. Wir rufen die gesamte Bevölkerung Wiens auf, daß sie die für die Volksgesundheit so notwendigen Wälder rette. Sie gehören allen, kein Einzelner hat das Recht, sie niederzulegen. Wir wissen, daß der Wald geschont

werden wird, wenn alle über ihn wachen. Dazu heißt Wiener! Unser Waldbestand ist ein Stück unserer Zukunft, eine Vorbedingung unserer Gesundheit. Macht diesen Satz zum geistigen Eigentum der Waldfreudler und wir hoffen, daß sie freiwillig von ihrem Tun ablassen werden.

19./IV. 1919

72

Das Kohlenwirtschaftsgesetz.

Die Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz vom 23. März 1919 sind mit dem Sachverständigenrat für die Kohlenwirtschaft durchberaten worden. Das Gesetz umfaßt die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft (Sozialisierung des Kohlenvertriebes mit rein wirtschaftlichen Zielen). Durch besondere andere Gesetze wird eine Sozialisierung der Betriebe verfolgt (Betriebsräte, sozialpolitische Gesichtspunkte). Die Sozialisierung der Betriebe fällt in die Zuständigkeit des Reichsarbeitsministeriums. Ein besonderes Gesetz erstrebt die Sozialisierung des Ertrages an Abgaben von der Bergwerksrente — finanzpolitische Gesichtspunkte). Dieses Gesetz fällt in die Zuständigkeit des Reichsfinanzministeriums.

Die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft gliedert sich wie folgt: An erster Stelle steht der Reichskohlenrat, in dem alle an der Kohlenwirtschaft Beteiligten vertreten sind, wie Arbeitgeber, Angestellte, Arbeiter, der Handel, die Verbraucher und die Wissenschaft. Dieses Kohlenparlament umfaßt 50 Mitglieder. Dem Reichskohlenrat stehen zur Seite: 1) ein technisch-wirtschaftlicher Sachverständigenausschuß für Kohlenbergbau, 2) ein technisch-wirtschaftlicher Sachverständigenausschuß für Brennstoffverwertung und 3) ein sozialpolitischer Sachverständigenausschuß für den Kohlenbergbau. Nach dem Reichskohlenrat kommt der Reichskohlenverband (ein Verband der einzelnen Syndikate). In ihm befinden sich drei Aufsichtsratsmitglieder von den Arbeitern, eins von den Angestellten, eins von den Verbrauchern und ein Vorstandsmitglied, das von den Arbeitern vorgeschlagen wird. Die nächste Stelle in der Organisation sind die Kohlen-Syndikate, die für jeden Bergbaubezirk geschaffen werden, und das Gas-Syndikat für das ganze Reich. Für die größeren Syndikate werden zwei bis drei Aufsichtsratsmitglieder von den Arbeitern, eins von den Angestellten und ein Vorstandsmitglied von den Arbeitern vorgeschlagen. Die nächste Instanz sind die Bevollmächtigten des Reiches, die ein ausübendes Veto haben. Zur einheitlichen Vertretung von Wünschen und Anträgen der Verbraucher werden sogenannte Brennstoffämter eingerichtet.

Der gemeinwirtschaftliche Inhalt des Gesetzes umfaßt also: zentrale Organisation, Aufsicht des Reiches, Selbstverwaltung aller Beteiligten, paritätischer Aufbau des Kohlenparlaments, Einfluß von Arbeitern, Angestellten und Verbrauchern in der Exekutive, die Öffentlichkeit der Bildung der Kohlenpreise. (Die letzte Instanz ist hier der Reichswirtschaftsminister mit dem Reichskohlenrat), Sicherung der Preispolitik durch ein Bezugsrecht der Verbraucher unter Bedingungen, die der Reichskohlenrat jährlich bestimmt, das Recht der Gemeinden zur Festlegung von Kleinverkaufspreisen, Auskunftspflicht aller am Kohlenvertrieb Beteiligten. Bei der gemeinwirtschaftlichen Festlegung der Preise, Preisnachlässe und Lieferungsbedingungen findet Prüfung der Höhe und Verteilung des Ertrages auf Produzenten und Händler statt. Volkswirtschaftlich nicht berechnete Handelsgewinne werden beseitigt. Der volkswirtschaftlich berechnete Handel wird erhalten. Verbrauchergenossen-schaften genießen die gleichen Lieferungsbedingungen wie Händler.

Ein Uebereinkommen über die Kohlenversorgung.

Wien, 18. Juni.

Die „Deutschösterreichische Staatskorrespondenz“ meldet: In den letzten Tagen hat in Mährisch-Osttau über Einladung und unter dem Vorsitz des Präsidenten der Kohlenmission des Obersten Wirtschaftsrates Obersten Goodheart eine Beratung der Vertreter der Tschechoslowakei, Polens und Deutschösterreichs über die Verteilung der Kohle aus den für die Kohlenversorgung dieser Staaten hauptsächlich in Betracht kommenden Kohlenrevieren stattgefunden.

Bei den Verhandlungen wurde ein Uebereinkommen entworfen, durch das den wirtschaftlichen Bedürfnissen der drei Republiken möglichst Rechnung getragen und bis zur Wiederkehr normaler Verhältnisse eine gewisse Regelmäßigkeit ihrer Kohlenversorgung erzielt werden soll. Dieses Uebereinkommen soll zunächst auf sechs Monate geschlossen werden. Hierbei ist vorgeesehen, daß alle gegenständlichen Fragen zwischen den drei Staaten einvernehmlich geregelt werden und soferne ein Einvernehmen nicht erzielt würde, eine von den alliierten und assoziierten Mächten einzuziehende Stelle die Entscheidung zu fällen hätte. Dieses Uebereinkommen bedarf noch der Zustimmung der beteiligten Regierungen. Es bildet im Falle seiner Genehmigung die Vorbedingung für die künftige Sicherung der Kohlenversorgung Deutschösterreichs. Diese muß aber infolge der vielfach entgegenstehenden Hindernisse und Schwierigkeiten für die nächste Zeit noch immer als äußerst gefährdet und kritisch bezeichnet werden.

Diese Mitteilung ist von hervorragender Wichtigkeit, weil sie Fragen regelt, die seit vielen Monaten die größten Schwierigkeiten bereitet haben. Es wurde nunmehr über die Aufteilung der Kohlenförderung eine Verständigung erzielt, welche wenigstens die prinzipielle Grundlage für eine Sicherung des Kohlenbedarfes im Rahmen der hiesür vorhandenen Produktionsverhältnisse schafft. Wie schon die Ziffern der Produktionsstatistik zeigen, handelt es sich hierbei um bedeutende Mengen. Die Steinkohlenproduktion der vier Länder: Böhmen, Mähren, Schlesien und Galizien, welche hier der Regelung unterzogen werden soll, umfaßte im Jahre 1915 rund 194 Millionen Meterzentner, und davon entfällt das Schwergewicht auf das Osttrauer Gebiet. Die Kohlengewinnung des Osttau-Markwiner Beckens stellte sich im letzten Friedensjahre 1913 auf 93,6 Millionen Meterzentner und erreichte im Jahre 1917 den höchsten Stand mit 104 Millionen Meterzentner Steinkohle. Im Jahre 1918 trat dann ein Rückgang auf 86 Millionen Meterzentner ein, der sich heuer noch wesentlich verschärfte. Von Monat zu Monat steigerten sich die Ausfälle. Im Monat März betrug die Produktion des Osttrauer Reviers nur mehr 5,1 Millionen Meterzentner, gegen 7,8 Millionen Meterzentner im Oktober 1918 unmittelbar vor dem Umsturze, war also um ein volles Drittel als Folge der vielen Ausfälle und der Verringerung der Arbeitsleistung gesunken. Aus dem Osttrauer Revier und auch aus den übrigen Teilen des tschechischen Staates waren die Zufuhren während der ganzen Zeit seit dem Abbruche des Krieges und dem Zerfall des Reiches ganz ungenügend. Die großen Schwierigkeiten in der Wiener Kohlenversorgung machten sich während des heurigen Winters und bis in die allerletzte Zeit geltend. Sie führten zu den schwersten Drosselungen in dem Verkehre der Bahnen und der Abgabe von Gas und elektrischem Stromes an die städtische Bevölkerung sowie in den wichtigsten Gebieten des täglichen Verbrauches. Auch die Kohlenansammlung und Bevorrätigung für den nächsten Winter ist hiedurch bis jetzt ganz unmöglich geworden.

Nach der oben veröffentlichten Mitteilung soll nun ein Uebereinkommen für sechs Monate getroffen werden, welches die Aufteilung der Kohle aus den maßgebenden Produktionsgebieten auf die drei Staaten, die auf den Konsum aus diesen Ländern angewiesen sind, regelt. Der Abschluß des Uebereinkommens vollzog sich unter dem Einflusse der Entente, was auch daraus hervorgeht, daß ein englischer Offizier den Vorsitz in der Kommission führte. Die Verteilung beschränkt sich nicht auf das Osttrauer Revier, sondern soll alle maßgebenden nördlichen Produktionsgebiete umfassen. Das Osttrauer Gebiet ist das wichtigste. Daneben kommen die übrigen Gebiete der Kohlenproduktion Böhmens, Mährens und Galiziens in Betracht. Die Kohlenförderung dieses ganzen Rayons soll nun nach einem festzustellenden Schlüssel, zwischen den drei Konsumgebieten aufgeteilt werden. Wie dieser Schlüssel beschaffen sein soll, wird nicht mitgeteilt; jedenfalls wird die Bevölkerungsziffer und der bestehende Bedarf für Verkehr, industrielle Produktion und Hausbrauch entsprechend berücksichtigt werden müssen. Für die in Betracht kommenden Fragen wird eine einverständliche Regelung vorgeesehen, und für die Schlichtung von Differenzen, die nicht einvernehmlich geordnet werden können, wird eine von den Alliierten einzuziehende Stelle errichtet werden.

Das ist im Wesen der Inhalt der Abmachungen, soweit er aus der heute veröffentlichten knappen Mitteilung ersichtlich ist. Es wird erklärt, daß hiedurch die Grundlage der Kohlenversorgung Deutschösterreichs geschaffen wurde, daß aber die Lage noch immer äußerst gefährdet und kritisch bleibt. Das Uebereinkommen wird hoffentlich danach angetan sein, die Schranke gegen die Willkür und die starre Ablehnung zu schaffen, die wir in den letzten schweren Monaten so oft empfunden haben. Ein gewisser prozentueller Anteil an der Kohlengewinnung, vielleicht auch eine Minimalquote scheinen für uns immerhin gesichert zu sein. Aus der Andeutung der offiziellen Mitteilung geht aber hervor, daß dieser Anteil auch nur für die allerdringendsten Bedürfnisse schwerlich zureichen dürfte.

Die Kohlenversorgung.

In den letzten Tagen hat in Mährisch-Osterau auf Einladung und unter Vorsitz des Präsidenten der Kohlenkommission des Obersten Wirtschaftsrates Oberst Goober eine Beratung der Vertreter der Tschecho-Slowakei, Polens und Deutschösterreichs über die Verteilung der Kohle aus den für die Kohlenversorgung dieser Staaten hauptsächlich in Betracht kommenden Kohlenrevieren stattgefunden.

Bei den Verhandlungen wurde ein Uebereinkommen entworfen, durch das den wirtschaftlichen Bedürfnissen der drei Republiken möglichst Rechnung getragen und bis zur Wiederkehr normaler Verhältnisse eine gewisse Regelmäßigkeit ihrer Kohlenversorgung erzielt werden soll. Dieses Uebereinkommen soll zunächst auf sechs Monate geschlossen werden.

Hierbei ist vorgesehen, daß alle gegenständlichen Fragen zwischen den drei Staaten einvernehmlich geregelt werden, und soferne ein Einvernehmen nicht erzielt würde, eine von den alliierten und assoziierten Mächten einzunehmende Stelle die Entscheidung zu fällen hätte.

Dieses Uebereinkommen bedarf noch der Zustimmung der beteiligten Regierungen. Es bildet im Falle seiner Genehmigung die Vorbedingung für die künftige Sicherung der Kohlenversorgung Deutschösterreichs, diese muß aber infolge der vielfach entgegenstehenden Hindernisse und Schwierigkeiten für die nächste Zeit noch immer als äußerst gefährdet und kritisch bezeichnet werden.

Das bisher bestandene Uebereinkommen ist am 11. d. M. abgelaufen. Der jetzt neu abzuschließende Vertrag unterscheidet sich von diesem früheren dadurch, daß an ihm auch Polen beteiligt ist, und daß er bereits unter der Ägide der Kohlenkommission des Obersten Wirtschaftsrates zustande gekommen ist.

Abreise einer Kohlenkommission nach Berlin.

Fortdauernde trübe Kohlenlage.

Wie wir von informierter Seite erfahren, begeben sich heute der Vorstand des Kohlendepartements im Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten Ministerialrat Dr. Ploß und der Unterstaatssekretär im Staatsamt für Verkehr Dr. Ellenbogen nach Berlin, um dort neuerliche Kohlenverhandlungen mit der deutschen Regierung anzubahnen.

Das Bestreben der Kommission wird es sein, eine Mehrbelieferung mit Kohlen in ausreichendem Maße zu erzielen. Seit Bekanntwerden der Deutschland diktierten Friedensbedingungen haben sich die Kohlenzuschübe aus den deutschen Revieren außerordentlich verringert. Insbesondere aus Oberschlesien treffen nur völlig unzureichende Mengen ein; der Umstand, daß dieses Land an Polen fallen soll, spielt hierbei mit. Die angelieferte Kohle reicht durchaus nicht hin, um alle Verbraucher proportional damit zu versorgen. Das Nachlassen der ober-schlesischen Lieferungen seit Mitte Mai war um so fühlbarer, als aus dem Ruhrgebiet überhaupt keine Kohle mehr anrollt, die Zuschübe aus dem tschecho-slowakischen Staatsgebiet in letzter Zeit sehr nachließen und der Vertrag mit Polen zwar perfekt ist, jedoch aus diesem Staate infolge der Verkehrsschwierigkeiten noch keine Kohle kam. Die Regierung ist heute mehr denn je auf die Kohlenversorgung durch Deutschland angewiesen.

Keine Differenzierung der Sperrstunden?

Wie uns ferner an maßgebender Stelle mitgeteilt wird, ist an einen weiteren Abbauder Kohlenparmaßnahmen in diesem Sommer nicht zu denken. Auch die von den Kaffeefiedern so hartnäckig geforderte Differenzierung der Sperrstunden im Säckelgewerbe gilt als undurchführbar. Sowohl der Stadtrat als auch das hierin kompetente Staatsamt sprechen sich gegen eine solche Veränderung der seinerzeitigen Abbaufügung aus. Es wird darauf verwiesen, daß die Bevölkerung das Bedürfnis hegt, an den Sommerabenden in den Gasthausgärten zu sitzen, die zumal heute vielen einen bescheidenen Sommerfrischeneros bieten, und daß es daher nicht angeht, die Wirtschaften vor den Cafés zu sperren. Die künfte Kaffeefiederkrise dadurch zu lösen, daß man lediglich die Kaffeehausperre um eine Stunde oder zwei hinauschiebt, erlaubt hinwieder die Kohlenkrise nicht.

28. VII. 1919

77

Neue Braunkohlenpreise. Ab 1. Juli erfährt die Fracht auf tschecho-slovakischem Gebiet durchschnittlich eine Erhöhung um 100 Prozent. Infolge der in letzter Zeit aufgetretenen Erhöhung der Löhne und Gehalte ergibt sich eine wesentliche Steigerung der Kosten. Diese Umstände machen eine Erhöhung der Preise für Braunkohle notwendig. Der Stadtrat hat daher beschlossen, daß die Braunkohlenpreise ab 29. d. wie folgt erhöht werden: Waggonweiser Verkauf ohne Fracht 8.70 Kronen, fuhrweiser und Kleinverkauf 20 Kronen, ungegitterter Braunkohlengrieß 18 Kronen und gegitterter Braunkohlengrieß 16.50 Kronen für den Zentner.

Gefährdete Donaufahrten.

Keine Kohle für die Dampfschiffe.

Während das Reisen auf den Bahnen derzeit bekanntlich zu einer wahren Pein, verbunden mit allen nur erdenklichen Unannehmlichkeiten, geworden ist, bieten die Dampferfahrten auf der Donau auch heute noch dieselben Annehmlichkeiten, wie in der Vorkriegszeit. Die Bequemlichkeit und der Komfort sind auch heute noch die gleichen und nur die Beschränkungen in bezug auf die Kost lassen den Unterschied erkennen, den die Not der Zeit bedingt. Durch das freundliche Entgegenkommen der oberösterreichischen Landesregierung sind aber bei den Linzer Fahrten Tag für Tag die nötigen Lebensmittel, sowohl für die Schiffsmannschaften wie für die Fahrgäste, und zwar zu bestimmten, mäßigen Preisen, gewährleistet, so daß es den Schiffswirten ermöglicht ist, für nur 12 K. eine Mahlzeit zu bieten. Natürlich ist eine solche für eine Mastur nicht geeignet, aber sie ist mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse immerhin ausreichend und dabei vorzüglich zubereitet.

Auf der Strecke von Wien abwärts ruht der Schiffsverkehr derzeit vollständig. Es gibt daher keine Bester und nicht einmal Preßburger Fahrten. Von Wien aufwärts aber ist der gewöhnliche Hochsommerverkehr der Dampfschiffe in vollem Gange. Es geht täglich von Wien um 7 Uhr früh ein Eilschiff und um 10 Uhr abends ein Postschiff nach Linz ab, von dort aber kehrt täglich um 9 Uhr vormittags und um 11 Uhr das Eilschiff nach Wien zurück, wo beide gegen 6 Uhr abends eintreffen. Als Eilschiffe dienen wieder die zwei schönen Bugsdampfer, welche im Jahre 1913 fertiggestellt wurden und früher die Namen „Franz Ferdinand“ und „Sophie Hohenberg“ trugen; jetzt aber heißt der erstere, geführt vom Kapitän Diebland und mit dem vielgerühmten Altmeister der Schiffswirte Babel an Bord, „Johann Strauß“, während aus der „Sophie Hohenberg“ ein „Franz Schubert“ wurde. Auf der Fahrt durch die Wachau begegnet man aber noch immer dem kleinen schmunzenden dortigen Lokalschiff „Marie Valerie“. Auch die Linz-Passau-Dampfer verkehren in altgewohnter Weise.

Die Einreise in Linz vom Schiff aus bietet keinerlei Schwierigkeiten, bei der Abreise jedoch wird das Gepäc der Reisenden vor dem Einsteigen auf das Schiff unter Aufsicht der Herren vom Ernährungsamt auf das genaueste untersucht, ebenso wie das ganze Schiff, so daß jede Sanfterei auf dem Wasserwege, wenigstens bei den Passagierschiffen, auf das gründlichste verhindert wird.

Leider besteht jetzt die Gefahr, daß sich auch diese oberen Donaureisen in aller kürzester Zeit vollständig aufhören werden, weil gegenwärtig schon der letzte Rest der dafür noch vorhandenen Kohle verbraucht wird.

Viktor Silberer.

Die Enquete über den Kohlenbergbau.

Die Gruppe II (Industrie) der Sozialisierungskommission hat gestern ihre Enquete im Rahmen der Beratungen des Gesetzentwurfes über die Bergesellschaftung der Kohlenwirtschaft fortgesetzt und den Fragebogen betreffs des Kohlenbergbaues zum Gegenstand der Debatte gemacht.

Als Experten waren vier Vertreter der Bergwerksbesitzer, beziehungsweise Bergbaudirektionen, zwei Betriebsleiter, zwei Betriebsaufseher und vier Bergarbeiter eingeladen. Zunächst äußerten sich die Experten über die Beschwerden, zu denen der Kohlenbergbau durch Privatunternehmungen für Anestellte und Arbeiter des Bergbaues, für Verbraucher der Kohle und vom allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkt aus Veranlassung gibt, wobei insbesondere darüber verhandelt wurde, ob und inwiefern das Gesetz über die Betriebsräte die Uebelstände zu beheben geeignet ist. Es zeigte sich, daß der Einfluß, der den Betriebsräten durch das am 26. d. in Kraft tretende Gesetz eingeräumt wird, ein großer und die Arbeiterchaft zum großen Teil befriedigender ist.

Es gelangte weiter die Frage, ob die Entwicklung des Bergbaues hinsichtlich der Steigerung der Produktion durch das bisherige Wirtschaftssystem des Privatbetriebes gehemmt wurde, zur Beratung, woran sich die Diskussion über die Vorteile der Vereinigung (Bergesellschaftung) aller oder eines Teiles des deutschösterreichischen Kohlenbergbaues in der Form einer gemeinwirtschaftlichen Unternehmung schloß. Insbesondere wurden die Experten dahin gefragt, inwiefern durch eine derartige Bergesellschaftung die Produktion gesteigert, die Gesteinskosten herabgesetzt und die planmäßige und wirtschaftliche Ausnützung des Kohlenvorkommens in Deutschösterreich gefördert werden könnte. Schließlich wurde über die Bemessung der Entschädigung im Falle einer Enteignung der Bergbauunternehmungen gesprochen.

Die vom Vorsitzenden Baurat Gerbel geführten Verhandlungen dauerten von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Die von den Experten abgegebenen Gutachten und insbesondere die während der Beratung zutage geförderten Daten, die die Produktion der deutschösterreichischen Bergbaue, die Gesteinskosten, die Gewinne und die sonstigen für die Sozialisierungssaktion wichtigen Momente betrafen, bieten eine wertvolle Grundlage für die Beurteilung des Gesetzentwurfes. Die Mitglieder der Gruppe II der Sozialisierungskommission traten hierauf zu einer kurzen Beratung zusammen und beschloßen, nach Verarbeitung des in der Enquete vom 28. Juni betreffend den Kohlenhandel und in der gestrigen betreffend den Kohlenbergbau gesammelten Materials zusammenzutreten und in die meritorische Behandlung des Gesetzentwurfes einzutreten.

Die Kohlennot in Wien.

Wien, 3. Juli.

(Privatmeldung des Ung. Tel.-Korr.-Bureaus.) Der Neue Tag schreibt: In den letzten Tagen kursierten Versuche, die von einer unmittelbar bevorstehenden Kohlenkatastrophe in Wien sprachen. Vorweg sei festgestellt, daß diese Gerüchte den Tatsachen nicht entsprechen, daß in absehbarer Zeit auch nicht an eine weitere Reduzierung der Strom- oder Gasabgabe an die Verbraucher geschritten werden wird. Die Kohlenzuschübe in den letzten Tagen und Wochen reichen hin, um den allerdings stark reduzierten Verbrauch zu decken. Wenn aber eine Katastrophe nicht unmittelbar bevorsteht, so muß doch auf Grund verlässlicher Informationen gesagt werden, daß dies nur auf die warme Jahreszeit und auf die allgemein geringen Ansprüche an Kohle und Kraft zurückzuführen ist, jedoch keineswegs auf eine Besserung in den Kohlenzufuhren. Diese sind nicht nur trotz aller Abmachungen und Versprechungen gesunken, sondern aus einzelnen Produktionsgebieten kommt überhaupt keine Kohle nach Wien. In früheren Jahren wurde im Juli bereits mit der Füllung der Kohlenrutschen in den Bahnhöfen zur Versorgung für den Winter begonnen. Im Juli wurde auch stets Kohle an die Gasverbraucher und einzelnen Haushalte abgegeben. Bisher ist von alledem nichts geschehen. Die Zufuhren reichten eben nur knapp zur Versorgung der Gas- und Elektrizitätswerke aus. Was das bedeutet, kann nur der ermessen, der den großen Umfang der Kohlenversorgung einer Zweimillionenstadt kennt. Es droht also unserer Stadt, wenn nicht in Kürze Außerordentliches geschieht, ein kohlenloser Winter, wie er fürchterlicher und schrecklicher nicht gedacht werden kann. In unterrichteten Kreisen sieht man nur mit Schauern den Wintermonaten entgegen. Man befürchtet die völlige Lahmlegung des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen. Nur Güter werden befördert werden dürfen. Ferner wird die Großindustrie keinen Strom erhalten und die Beleuchtung wie die Beheizung auf ein Minimum beschränkt werden, wie es im vorigen Winter höchstens angedroht war. Die städtischen Elektrizitätswerke haben bisher einen großen Teil ihres Bedarfes aus dem Zillingsdorfer Bergwerke gedeckt. Seit der Kommunistenherrschaft in Ungarn ist die Produktion stark gesunken.

Die Kohlennot im kommenden Winter.

Die Brikketteingänge für Hausbrandzwecke nach dem Gebiet des Kohlenverbandes Groß-Berlin betragen im Monat Juli 119 000 To. gegenüber einem rationierten Bedarf von 200 000 To. Die Fehlmenge beträgt demnach 1 620 000 Zentner. An Schmelzkoks kamen im Berichtsmonat für Hausbrandzwecke 25 512 000 To. gegenüber einem monatlichen Kontingent von 50 000 To. nach Groß-Berlin. Die Fehlmenge beträgt 490 000 Zentner. Diese Zahlen lassen die Frage der Hausbrandversorgung Groß-Berlins im kommenden Winter außerordentlich ernst erscheinen.

Auch die Koksseingänge sind in diesem Sommer so erheblich hinter denen der entsprechenden Monate des Vorjahres zurückgeblieben, daß der Kohlenverband Groß-Berlin sich bereits genötigt sah, die Freigabe der weiteren 30 v. H. der Bezugsscheinmengen für Häuser mit Zentralheizungsanlagen vom 1. August auf den 1. September hinauszuschieben. Ob die Belieferung der Zentralheizungshäuser im gleichen Umfange wie im Vorjahre wird erfolgen können, hängt von der weiteren Entwicklung der Kokszufuhren ab.

Unter allen Umständen kann nicht oft und eindringlich genug auf die Notwendigkeit größter Sparsamkeit im Verbrauch von Hausbrandkohle hingewiesen werden.

6./VII. 1919

83

Deutschösterreich.**Die Kohlenlieferungen aus Deutschland.**

Untlich wird mitgeteilt: In der letzten Zeit sind die Kohlenlieferungen aus dem Deutschen Reiche stark gesunken, wodurch sich im Zusammenhang mit den zu gleicher Zeit verringerten Kohleneinkäufen aus den tschechischen Revieren die Kohlenlage Deutschösterreichs besonders kritisch gestaltet hat. Aus diesem Grunde sind am 27. Juni Unterstaatssekretär Dr. Ellenbogen und Ministerialrat Dr. Klotz vom Staatsamt für Handel und Gewerbe sowie Sektionschef Enderes und Baurat Gostalek nach Berlin gereist, um bei der deutschen Regierung erhöhte Kohlensendungen nach Deutschösterreich zu erwirken.

Diese Verhandlungen haben sich besonders schwierig gestaltet, weil Deutschland unter dem lähmenden Einfluß der Ungewißheit steht, wie sich seine eigene Kohlen-situation unter dem Drucke des Versailler Friedens gestalten wird, da bekanntlich von Deutschland die Lieferung vieler Millionen Tonnen Kohle an die Entente gefordert wird. Trotzdem hat Deutschland vertragsmäßig die bindende Verpflichtung auf sich genommen, die volle, an Deutschösterreich zugesagte Menge von 7000 Tonnen ober-schlesischer Kohle täglich abzu-liefern, sobald der in diesem Revier erzielte Bahn-transport eine bestimmte, in nächster Zeit zu erwartende Höhe erreichen wird. Jedenfalls wird die Kohlenbelieferung der letzten Zeit sofort um etwa 2000 Tonnen erhöht werden. Desgleichen sollen die Kohlenlieferungen aus dem Ruhrrevier, sobald dies nur irgend möglich sein wird, wieder aufgenommen werden. Vereinbarungen über eine weitere Erhöhung der an Deutschösterreich zu liefernden Menge sind in dem Augenblick in Aussicht genommen, in dem eine klarere Situation vor-liegen wird.

Kohle für den Winter aus Deutschland gesichert.

Das Ergebnis der Berliner Verhandlungen.

Gestern ist die deutschösterreichische Kohlenkommission, an der u. a. Sektionschef Enderes, Ministerialrat Dr. Kloss und Baurat Hostalel teilnahmen, aus Berlin zurückgekehrt.

Das Ergebnis der Verhandlungen mit der Berliner Reichsregierung ist zufriedenstellend und kann in kurzen Worten dahin zusammengefaßt werden, daß der Kohlenbedarf für den Winter mit Ausnahme der Kohle für die Wiener Gaswerke gesichert ist. Es sind nämlich mit den Berliner Verhandlungen jetzt so viele Vorarbeiten abgeschlossen, daß man bereits den Rahmen sieht, in welchem sich die künftige Belieferung Deutschösterreichs mit Kohle aus Deutschland bewegt.

Der Vertrag, der nunmehr in Berlin abgeschlossen wurde, sichert uns eine tägliche Belieferung von 7000 Tonnen aus den deutschen Revieren zu.

Der Papierform nach erscheint dieses Ergebnis wohl nicht so günstig, als das eines früheren Abkommens, das uns 7500 Tonnen täglich in Aussicht stellte. Tatsächlich haben wir aber von draußen durchschnittlich täglich nur 3800 Tonnen erhalten, also ungefähr die Hälfte des vertragsmäßig zugesicherten Quantums.

Die bisher gelieferte Menge soll zunächst um ungefähr 2000 Tonnen sofort erhöht werden und nach dem Warenversandt der oberschlesischen Reviere auf 7000 Tonnen in der nächsten Zeit erhöht werden. Die Kohle aus Oberschlesien ist uns für jeden Fall gesichert, gleichgültig, ob Oberschlesien bei Deutschland bleibt oder zu Polen kommt. Im ersteren Falle gilt das Berliner Abkommen, im letzteren der kürzlich in Ostrau abgeschlossene Vertrag, der uns das im Jahre 1918 aus Oberschlesien bezogene Quantum zusichert. Allerdings würde der Bezug aus Oberschlesien, wenn es zu Polen käme, größeren Schwierigkeiten begegnen wegen der Wagenbeistellung, nachdem nach den Friedensvertragsbestimmungen mit dem Lande auch der Wagenpark an Polen fiel, würden die Schwierigkeiten bald behoben sein.

Mit den Gaswerken sieht es allerdings noch immer schlecht aus, da diese vor allem auf die Ostrauer Kohle angewiesen sind. Es würde sich aber auch für dieses Unternehmen der Ausweg ergeben, allenfalls amerikanische Kohle heranzuziehen.

Voraussichtlich keine Sparmaßnahmen.

Die gestern in der Stadtratsitzung von Bgm. Reumann angedrohten Sparmaßnahmen dürften, wie wir von zuständiger Seite erfahren, nicht eintreten. Es findet wohl heute nachmittags eine Sitzung im Staatsamt für öffentliche Arbeiten in dieser Angelegenheit statt, die maßgebenden Behörden machen aber alle Anstrengungen, eine derartige Katastrophe in der jetzigen Zeit zu verhüten und alle Hebel in Bewegung zu setzen, um solche Maßnahmen der Bevölkerung zu ersparen.

Unsere Versorgung.

Die Versorgung Wiens mit Brennholz.

In der heutigen Sitzung des Gemeinderates wurde u. a. die Frage gestellt, wie es mit der Holzversorgung Wiens bestellt sei. Bürgermeister Reumann gab darauf folgende Auskünfte: Die Gemeinde Wien hat mit zahlreichen Gutsbesitzern Niederösterreichs Abdeckungsverträge geschlossen. Der Abtransport des Holzes ist bereits im Zuge und wenn die Verkehrsverhältnisse halbwegs günstig sind, wird es in der kommenden Holzperiode bereits Verwendung finden. Auch in der Umgebung Wiens, im Lainzer Tiergarten, in der Lobau, im Ottakringer und Hütteldorfer Wald, in Purkersdorf und Rekawinkel werden Holzschlägerungen vorgenommen und dürfte auch dieses Holz zu Beginn des Winters in Wien sein. Die Gemeinde würde hienach über eine Menge von rund 118.000 Raummeter Holz verfügen. Gegenwärtig liegen auf den Wiener Lagerplätzen 20.000 Raummeter, doch muß hervorgehoben werden, daß derzeit mangels entsprechender Kohlenvorräte der K ü c h e n b r a n d durch Brennholz der Gemeinde ersetzt werden muß.

Wiener = Stimmen
10./VII. 1919

86

Verwüstung der Wälder um Wien.

Den „Wiener Stimmen“ wird geschrieben:
Täglich schon in aller Frühe kann man Leute, mit
Äxen und Sägen bewaffnet, in die Wälder in der Um-
gebung von Wien ziehen sehen. Gewöhnlich hat man nicht
die Zeit, dem Treiben dieser Leute zu folgen. Tut man
es aber, so kommt einem mitunter das Grauen an, wie
unsere schönen Wälder allmählich verwüstet werden. Die
Leute sägen beliebige Bäume ab, sowohl ganz
junge, als auch sehr wertvolle, kräftige, ältere. Dieses
Umhauen oder Umsägen geschieht meistens in Mannes-
höhe, wo es also am bequemlichsten ist, und kürzlich erst
beobachtete ich, wie Leute, die eben einige junge Bäumchen
angesägt hatten, die Arbeit stehen ließen und sich kräftigere
Stämme aussuchten.

Welche Folgen diese Vorgangsweise nach sich zieht,
beachten die Leute nicht. Dem Wind und Regen schutzlos
ausgesetzt, beginnt das angeschnittene Stück des Baumes
zu faulen, der Stamm wird durch die leichtesten Erschütte-
rungen zum Stürzen gebracht und kann großes Unheil
anrichten.

Den armen Leuten sollen die Produkte des
Waldes nicht verschlossen bleiben, aber diesem sinnlosen
Treiben muß doch Einhalt getan werden. Die Wälder
sind unsere kostbarsten Schätze und sie verdienen eine
ganz andere Behandlung. Sollen die Wälder in der Um-
gebung von Wien so vernichtet werden, wie die Wälder
in Frankreich, die bekanntlich auf die gleiche Weise
bebastet wurden?
Thomas B a n a.

Vorausichtliche Besserung der Kohlenzufuhr.

Die Verhandlungen über die Kohlenlieferungen mit der Tschecho-Slowakai sind in Prag durch unsere Vertretung wieder aufgenommen worden. In hiesigen maßgebenden Kreisen hofft man, daß die neue tschechische Regierung Tuszar den Wünschen Deutschösterreichs eher entgegenkommen wird, da Ministerpräsident Tuszar die kritische Situation in Wien und Deutschösterreich aus eigener Anschauung kennt. Inzwischen hat das Ergebnis der Berliner Verhandlungen bis jetzt noch keinen praktischen Erfolg gezeitigt, da die Kohleneinfuhr aus Oberschlesien in den letzten Tagen überaus gering waren und Streiks die Kohlenförderung behinderten; doch heißt es, daß in der nächsten Woche größere Mengen Kohle aus den ober-schlesischen Revieren nach Wien und Deutschösterreich instradiert werden sollen. Auch die polnische Regierung wird, wie die polnische Gesandtschaft in den letzten Tagen an maßgebender Stelle mitteilte, in der nächsten Zeit mit den Kohlenlieferungen, zu denen sie vertraglich verpflichtet sind, beginnen.

Die Kohlenkrise.

Heute begann im Staatsamt für öffentliche Arbeiten, wie es heißt, unter Teilnahme von Vertretern der Entente, eine Beratung über die Wien drohende Kohlenkatastrophe.

Man hofft, daß es den Einwirkungen der Entente in Prag noch in letzter Stunde gelingen werde, die Kohlenlieferungen aus dem Ostrauer Revier wieder in Fluß zu bringen, so daß für Wien das Schlimmste, das uns jetzt angedroht wird, vermieden werden könnte. Wenn die Zuschübe sich nicht sofort bessern, würde voraussichtlich schon in den ersten Tagen der kommenden Woche, gewissermaßen als Anhang zur montägigen Arbeitsruhe, mit den gefürchteten Sparmaßnahmen begonnen werden müssen.

Die angeordnete Reihenfolge ist ein Symbol. Denn in der Tat liegt eine der Hauptschwierigkeiten unserer Kohlenversorgung in der epidemischen Arbeitsmüdigkeit und Streikluft, die insbesondere die Arbeiterschaft in den Kohlenrevieren ergriffen hat. Der Streikbazillus, von bolschewistisch-spartakistischer Agitatoren mit Berechnung gerade unter Kohlenbergbauarbeitern verbreitet, muß schließlich, wenn nicht bald die Besinnung wiederkehrt, zu einer allgemeinen Katastrophe führen.

Aber nicht nur die Streikepidemie sowohl in den Kohlenrevieren Deutschland als auch der Tschecho-Slowakei sind schuld an unserer Kohlennot, auch der Umstand, daß es unser Auswärtiges Amt bisher noch nicht verstanden hat, zur Tschecho-Slowakei die nach

dem voraussetzlichen Friedensvertrag bis auf weiteres ja auch drei Millionen unserer Volksgenossen umfassen wird, solche Beziehungen herzustellen, die den Lieferungswillen der Prager Regierung zu bessern geeignet wären, drohelt Wiens Kohlenversorgung.

Mitteilungen des Ministerialrates Dr. Kloß.

Zu der heute im Staatsamt für öffentliche Arbeiten stattfindenden Beratung über die etwaigen Betriebseinschränkungen, beziehungsweise weitgehenden Einschränkungen in der Stromabgabe durch die städtischen Elektrizitätswerke erhalten wir von dem Kohlenreferenten im Arbeitsamt, Ministerialrat Dr. Kloß, folgende Mitteilungen:

Schon vor 14 Tagen fand eine Sitzung wegen der Elektrizitätswerke statt, weil schon damals die Lage gefährlich war. Wir haben aber jede derartige einschränkende Maßnahme, wie sie heute bereits notwendig geworden ist, für bedenklich gehalten und alles darangesetzt, um diese Katastrophe von Wien abzuwehren. Wir haben alle in Frage kommenden in- und ausländischen Stellen und ganz besonders die Entente schriftlich und mündlich gebeten, für unsere Kohlenversorgung zu tun, was nur möglich ist. Man hat uns das größte Entgegenkommen zugeeignet, aber der Erfolg ist ausgeblieben. Von Prag sind uns alle Zusicherungen gegeben worden. Auch an die Händler haben wir uns gewendet, die uns ihre Unterstützung zusagten. Telegraphisch haben wir täglich der tschechischen Regierung den Kohleneinlauf mitgeteilt, um jedes Mißverständnis zu beseitigen. Die Förderung in Oberschlesien ist infolge eines ziemlich ausgedehnten Streiks sehr zurückgegangen und beträgt heute ungefähr ein Drittel der normalen Förderung. Die Menge, die wir bisher bekommen haben, bewegt sich zwischen 20 und 40% von dem, was wir tatsächlich erhalten sollten. Es ist uns zuletzt versprochen worden, daß sich die Zufuhren noch Mitte dieser Woche verbessern werden. Nun sind aber alle Wege erschöpft.

Gleichzeitig wurde die inländische Kohle, von der wir nur wenig haben, selbst unter Benachteiligung der übrigen Verbraucher den Elektrizitätswerken zugewiesen, um über die unserer Meinung nach nur kurze kritische Frist hinwegzukommen, bis zu der Zeit nämlich, da wir hoffen, daß die Interventionen der ausländischen Vertreter in Wien von Erfolg begleitet sein würden. Wir haben uns getäuscht. Die inländische Kohle kann das Elektrizitätswerk nicht zur Gänze verwenden, da deren Beschaffenheit zu schlecht ist. Sie muß mit besserer ausländischer Kohle gemischt werden. Da aber diese fast ausgeblieben ist, so war auch dies nicht möglich.

Mit kleinen Sparmaßnahmen ist nicht gedient. Es wird nichts anderes übrig bleiben als die Industrie, das Gewerbe und die Straßenbahn von der Stromabgabe auszuschließen, da das Werk nicht mehr in der Lage ist, selbst nur zwei Tage noch zuzuwarten. Es würde sich um die Aufrechterhaltung der unbedingt notwendigen Straßenbeleuchtung und der Versorgung der Lebensmittelbetriebe mit Strom handeln.

Die Stellungnahme des Stadtrates.

Im Stadtrate kam heute vormittag die Lage der Kohlenversorgung zur Sprache. Der Beratung waren zugezogen: Die Direktoren Karel (Elektrizitätswerke), Menzel (Gaswerke), Spängler (Straßenbahn), Oberinspektor Perchenfelder (Straßenbahn), Magistratsdirektor Dr. Hartl und der Kohlenreferent des Rathauses, Magistratsrat Dr. Fastenbauer. W. Emmerling gab einen Ueberblick über den allgemeinen Stand der Kohlenversorgung, worauf Direktor Karel einen Bericht über die Kohlenvorräte bei den Elektrizitätswerken erstattete. Aus diesem Berichte sind folgende Hauptpunkte hervorzuheben:

Die Ausbeutung in Billingsdorf ist infolge der Besetzung des Bergbaues in Neufeld durch Organe der ungarischen Räteregierung rapid gesunken. (Wurde von uns bereits berichtet. Anm. d. R.) Eine Aushilfe durch Zuschübe von auswärts ist trotz telegraphischer und telephonischer Urgezen bisher nicht erfolgt und alle Zusagen in dieser Richtung wurden nicht eingehalten. Infolgedessen ist der Vorrat der Elektrizitätswerke auf 160 Waggonen zusammengeschmolzen.

Direktor Karel erklärte, er könne dem Stadtrate keinen Vorschlag machen, da hierfür jede Grundlage fehle. Vorschläge können nur von der heute nachmittag stattfindenden Konferenz im Staatsamte für öffentliche Arbeiten gegeben werden. Diese habe er selbst angeregt, da er vor der peinlichen Lage stehe, nicht mehr Sparmaßnahmen, sondern

die vollständige Einstellung des Betriebes vorzuschlagen, wenn nicht ehestens Kohle eintrifft. Dem Staatsamt für öffentliche Arbeiten obliegt es, Klarheit über die Lage zu geben. Dann kann erst ein Beschluß hinsichtlich der zu treffenden Verfügungen erfolgen. Der Stadtrat schloß sich dieser Anschauung an.

Trotz dieser Lage hat Bgm. Neumann Zeit gefunden, einen sechstägigen Urlaub zu nehmen.

sand und die die Entscheidung bringen sollte, wurde kein Bericht ausgegeben, was wohl verrät, daß man auch nach dieser Beratung der Bevölkerung nichts Tröstliches zu sagen vermag.

Die Elektrizitätswerke vor der Katastrophe.

Im Stadtrat berichtete **Emmerling** über den Stand der Kohlenvorräte der städtischen Elektrizitätswerke. Trotz aller Versprechungen des Staatsamtes für Handel, Gewerbe und Industrie und Bauten ist eine Verbesserung in der Kohlenzufuhren des städtischen Elektrizitätswerkes nicht eingetreten. Es erhielt wohl eine kleine Aushilfe von ungefähr achtzig Waggons polnischer Kohle und achtundzwanzig Waggons Graz-Köflacher Kohle, aus Oberschlesien kam aber gar nicht, und auch aus Nordwestböhmen war die Belieferung nicht zufriedenstellend. Der Vorrat der Elektrizitätswerke betrug mit dem gestrigen Tage nur mehr 150 Waggons und da auch Donnerstag das Staatsamt noch keinerlei Hoffnung auf Besserung der Kohlenzufuhr machen konnte, wurde heute telephonisch um die Anberaumung einer Sitzung gebeten, welche sich mit der endlichen Erlassung strenger Sparmaßnahmen beschäftigen soll. Das Ausmaß der Einschränkung hängt von der Erklärung der Regierung ab, ob eine bessere Kohlenzufuhr zu gewärtigen sei; falls diese aber nicht in Aussicht gestellt werden kann, wird man nicht mehr zu bloßen Einschränkungen, sondern zu einer Art Betriebseinstellung der Elektrizitätswerke greifen müssen. Im Gaswerk liegen die Dinge etwas besser. Direktor **Menzel** der städtischen Gaswerke gab die Erklärung ab, daß zwar die Zufuhr für die Gaswerke andauernd ungenügend sei, daß aber eine unmittelbare Gefahr einer Betriebseinstellung der Gaswerke nicht zu gewärtigen sei.

Die Ursache der Kohlenkrise.

Einem unserer Mitarbeiter gab gestern im Staatsamt für öffentliche Arbeiten Ministerialrat **Dr. Kloß** folgende Darstellung:

Unsere Kohlenversorgung ist schon seit Wochen eine so schlechte, daß von einer gleichenden Kohlenkrise gesprochen werden kann. Bei der andauernd unzulänglichen Belieferung für den Wiener Bedarf hätten daher auch schon vor vierzehn Tagen jene einschneidenden Maßnahmen verfügt werden sollen, wie sie jetzt geplant sind. Man hat aber damit gezögert, weil immer wieder von allen Seiten günstige Zusagen und Versprechungen gemacht worden sind. Leider aber sind die meisten dieser Zusagen nicht oder nur unvollständig erfüllt worden. So sind auch jene Belieferungsmengen an ober-schlesischer Kohle, wie sie uns bei den letzten Berliner Verhandlungen von der deutschen Regierung vertragsmäßig zugesichert wurden, nur zu einem verschwindend kleinen Teil geliefert worden, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Fördermengen in den ober-schlesischen Gruben im Monat Juni abermals um 22000 Tonnen weniger betragen als im Monat Mai. Der Ausfall ist so groß, daß in den ober-schlesischen Gruben gegenwärtig im Tag nur 3800 bis 4000 Tonnen Kohlen gefördert werden, während früher die Tagesmenge 12.000 bis 14.000 Tonnen betragen hat. Die Hauptursachen für den Produktionsausfall bilden die immer wiederkehrenden Arbeitseinstellungen, die zum Teil wirtschaftlicher, zum Teil aber auch politischer Natur sind. Jeder Tag, an dem gestreikt wird, bedeutet aber einen Kohlenverlust für Wien von 5000 bis 6000 Tonnen. Völlig

Die Kohlennot.

Die Kohlenkrise, die schon fast in ganz Europa empfindlich auftritt, scheint in Deutschösterreich zur Katastrophe zu treiben. In Wien ist die Kohlennot so groß, daß die städtischen Elektrizitätswerke schon in den nächsten Tagen ihren Betrieb fast vollständig einstellen müssen, wenn nicht noch im letzten Moment rasche Hilfe kommt, von der man allerdings nicht weiß, woher sie zu erwarten sein soll. In den Staatsämtern für öffentliche Arbeiten und für Neuseres sowie im Wiener Stadtrat wurde gestern über die Kohlenfrage verhandelt, aber man hat augenscheinlich bei all den stundenlangen Bemühungen keinen rettenden Ausweg gefunden. Ueber die letzte Beratung, die abends im Staatsamt für Neuseres statt-

versagen die Zufuhren aus Polen, wo man uns trotz aller Versprechungen immer wieder im Stiche läßt. Auch aus Böhmen langen die vertragsmäßig zugesicherten Kohlenmengen nur teilweise ein, so daß sich bedeutende Mischstände ergeben. Der Stand unserer Vorräte ist daher derart zusammen geschmolzen, daß Einschränkungen in jenem Ausmaß, wie wir sie im Winter hatten, keinerlei Wirkung hätten, so daß, wenn schon etwas unternommen wird, nur an einschneidende Maßnahmen gedacht werden kann. Auf alle Fälle müsse ein Rest von Kohlen erhalten bleiben, mit dem wenigstens die öffentliche Beleuchtung aufrecht erhalten werden kann.

Die Beratungen in den Staatsämtern.

Für gestern nachmittag um 4 Uhr war eine Sitzung im Staatsamt für öffentliche Arbeiten anberaumt, in der über die zu treffenden Sparmaßnahmen beraten werden sollte. Die Gemeinde Wien war bei dieser Sitzung durch Vizebürgermeister **Emmerling** vertreten. Die Sitzung wurde, da man zu keinem Ergebnis gelangte, ohne daß ein Beschluß gefaßt worden wäre, abgebrochen. Am Abend fand dann im Staatsamt für Auswärtiges unter dem Vorsitz des Präsidenten **Seitz** und im Beisein des Vizebürgermeisters **Emmerling** eine neuerliche Beratung statt, über deren Ergebnis bisher nichts bekannt geworden ist. Heute Samstag begibt sich Ministerialrat **Dr. Kloß** nach Prag, um neuerlich wegen der Kohlenlieferung bei der tschechischen Regierung vorzutreten.

Die Brennstoffversorgung Deutschösterreichs.

Von Ingenieur Kratochwil, Direktor der Salzburger Eisenbahn- und Trambahn-Gesellschaft wird uns zur Kohlennot folgendes geschrieben: Deutschösterreich besitzt in den Salzburger österreichischen Torfmooren Werte, welche bisher nur wegen einer mangelnden Schienenverbindung nicht für die Allgemeinheit nutzbar gemacht worden sind. Diese Moore besitzen eine Fläche von zirka 1700 Hektar und ergeben bei rund drei Meter Abbautiefe einen Gehalt von 51 Millionen Kubikmeter oder rund eine Million Waggons Torf à 10 Tonnen. Wenn es gelingt, 10.000 Waggons pro Jahr zu erzeugen, und das läßt sich maschinell ohne besondere Schwierigkeiten durchzuführen, so könnte ein Teil des Brenntorfes in ganz Deutschösterreich, nicht nur in Salzburg, zu Hausbrandzwecken wie auch in der Industrie, namentlich zu Dampf- und Kesselfeuerungen, in Brauereien, Salzwerken, Glashütten und Tonwarenfabriken, Ziegeleien, in Eisenwerken, namentlich in Generatoröfen, in der Papierindustrie, im Eisenbahnbetrieb zum Einheizen der Lokomotiven und dergleichen mehr verwendet werden, wobei ebenso viele Waggons Braunkohle erspart oder anderen Zwecken zugeführt werden können. Werden die steiermärkischen Torfmoore gleichfalls in Betracht gezogen, so ergäbe sich eine Erzeugung von jährlich 200.000 Tonnen oder 20.000 Waggons Brenntorf à 10 Tonnen, gleich der 1 1/2 fachen monatlich in Deutschösterreich erzeugten Menge an Braunkohle, also ein Quantum, dessen Gewinnung sicherlich der Mühe wert ist, in nähere Erwägung gezogen zu werden. Der Wert dieser Mengen kann am Erzeugungsorte billigst berechnet, mit 24 Mill. Kr. eingestellt werden. Staatssekretär Ing. Berdill hat es seinerseits unternommen, die Ausbeutung der Torfmoore Deutschösterreichs in die Wege zu leiten und wird es gewiß auch daran nicht mangeln lassen, daß die entsprechenden Gleisverbindungen zwecks rationellem Abtransport der gewonnenen Torferzeugnisse zur Ausführung gebracht werden, um die Torf- und gleichzeitig auch die Glashüttenprodukte der Bahn und der Gemeinwirtschaft näher zu bringen; tiefgründige Teile der Moore sind heute noch weder mit einer Bahn noch mit einem brauchbaren Fahrweg an eine Verkehrsader angeschlossen, somit praktisch eigentlich unzugänglich und liegen daher brach.

Die Kohlennot.

Noch immer keine Besserung!

Den „Wiener Stimmen“ wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Die Versorgung der städtischen Elektrizitätswerke mit Kohle ist andauernd schlecht. Die zur Unterstützung des Elektrizitätswerkes mit Bahnkohle ausbedungene Frist läuft heute ab. Die gegenwärtig unter dieser Bestimmung laufende Kohle kommt aber noch dem bedrängten Unternehmen zu statten. Aber in zwei oder drei Tagen hat es auch damit ein Ende. Die Bahnen haben nichts mehr übrig, um die Elektrizitätswerke weiterhin zu unterstützen. Auf der Nordbahn mußten bereits starke Verkehrseinschränkungen vorgenommen werden, auf der Franz-Josefs-Bahn stehen solche unmittelbar bevor.

Zwei Momente bieten allerdings eine Aussicht auf eine bessere Zukunft. Die Tschechen haben in der letzten Zeit den Polen 200 Kohlenwagen zur Verfügung gestellt, die für den deutschösterreichisch-polnischen Kohlenverkehr bestimmt sind. Damit ist auch der Waggomangel beseitigt, der bisher von den Polen als Ursache der schwachen Belieferung angeführt wurde. Allerdings wird es noch mehr als eine Woche dauern, bis diese Waggonen mit Kohle in Wien eintreffen, vorausgesetzt, daß die Polen die Verladung sofort in Angriff nehmen. Von dem Ausmaße der uns von dort zukommenden Menge hängt aber die Besserung unserer Kohlenverhältnisse ab.

Die zweite Hoffnung ruht darin, daß jetzt nach dem Rücktritte des Staatssekretärs Dr. Bauer das seinerzeit verweigernte Tauschgeschäft, Kohle gegen Waffen und Munition, zustandekommen und die tschechische Regierung den seinerzeit abgeschlossenen Vertrag ratifizieren und die Belieferung Deutschösterreichs mit Kohle energisch in die Hand nehmen wird.

Die Kohlenkrise.**Augenblickliche Besserung der Lage.**

Im allgemeinen ist die Kohlen-situation nicht mehr katastrophal, aber mit Rücksicht auf die herannahende kalte Jahreszeit noch immer sehr bedenklich. Man darf jedoch aus den getroffenen Maßnahmen die Hoffnung schöpfen, daß die geschaffene Organisation noch rechtzeitig ihre Tätigkeit beginnt. Für die schwierige Lage im kommenden Winter kommt der Umstand in Betracht, daß die Wiener Parteien keinen Kohlenvorrat haben. Abgesehen davon, daß die Gas- und Elektrizitätswerke in bedrängter Lage sind. Aber schließlich kann diesen allenfalls mit aller Kraftanstrengung von Tag zu Tag die nötige Kohle zugeführt werden, was natürlich bezüglich der Haus- und Küchenbrandkohle unmöglich ist.

Die augenblickliche Besserung ist auf das Eintreffen einer größeren Menge polnischer Kohle zurückzuführen. Es sind heute 90 Waggon dieser Kohle für sämtliche Verbraucher außerhalb Wiens angerollt, von denen aber guter Teil mit Rücksicht auf die Not in Wien bleiben wird. Auch den Elektrizitätswerken geht es heute etwas besser. Deren Kohlenvorrat ist auf 4961 Tonnen gestiegen, das auf das Doppelte dessen, was am 21. d. zur Verfügung stand. Merkwürdig ist nur, daß trotz dieser Sparmaßnahmen der Kohlenverbrauch dieses Unternehmens steigt. Der Einlauf für die Gaswerke ist zwar etwas geringer, doch kann dieses Unternehmen den Ausfall leichter verschmerzen. Uebrigens sind aus Berlin bereits Nachrichten eingetroffen, daß der Vertrag mit Berlin bezüglich Lieferung oberschlesischer Kohle nach Deutschösterreich in den nächsten Tagen zu wirken beginnen soll.

1./8. 1919

1/8
92**Die Kohlennot im kommenden Winter.**

In einigen Tagen dürften die gegenwärtig noch im Fluß befindlichen Verhandlungen mit der Entente über die ungeheuren Abgaben an Kohle beendet sein. Selbst wenn jedoch Deutschland einige Erleichterungen zugestanden werden, sind die Aussichten auf die Kohlenversorgung in Groß-Berlin sehr trübe. Man muß damit rechnen, daß die Hausbrandbelieferung, die schon im letzten Winter ungenügend war, noch weiter eingeschränkt wird. Da die Haushaltungen vielfach nicht in der Lage sind, sich schon jetzt Vorräte an Torf oder Holz hinzulegen, haben die Gemeinden von den zuständigen Kohlenverteilungsstellen den Rat erhalten, Holz- oder Torflager einzurichten, um der Bevölkerung, wie dies notwendig sein wird, Zuschüsse gewähren zu können.

Die Frage, ob sich der Betrieb der Gasanstalten in der bisherigen Weise durchführen läßt, ist noch durchaus offen, und man wird eher mit einer Verschärfung der Gasperrstunden rechnen müssen als mit einer Milderung. Man ist vor allem bemüht, den einzelnen Werken Vorräte zu sichern, um bei plötzlich eintretenden Störungen in der Zufuhr gegen Ueberraschungen gesichert zu sein. Etwas günstiger sieht die Belieferung mit elektrischem Strom in Berlin aus, weil hier das Kraftwerk Golpa-Bitterfeld einsetzen kann, das durch seine Braunkohlengruben von der Steinkohlenbelieferung unabhängig ist. Die drohende Kohlennot haben wir nicht nur dem Friedensvertrag zu danken, sondern vor allem auch den Streiks in den Kohlenrevieren. Daß diese der schwerste Frevel an dem Allgemeinwohl sind, wird jetzt immer mehr zur Ueberzeugung auch aller verständigen Arbeiter.

Reorganisation der Kohlenbelieferung.

Eine Zweigstelle des Kohlenamtes in Strahhof.

Von wohlunterrichteter Seite erfahren wir: Bei der Belieferung mit oberösterreichischer Kohle, die bekanntlich für die Deckung des Kohlenbedarfes Wiens und Deutschösterreichs von größter Wichtigkeit ist, hatten sich seit einiger Zeit Unzufriedenheiten ergeben, die zu Reklamationen seitens der Beteiligten führten. Ein Teil der Verbraucher wurde mit Kohle ausreichend versorgt, während der übrige Teil leer ausging oder doch nur ein verschwindend kleines Quantum an Kohle erhielt.

Der Leiter des Kohlenamtes im Staatsamt für Handel und Gewerbe Ministerialrat Dr. Rudolf Klob hat sich der Einsicht nicht verschlossen, daß hierin Wandel geschaffen werden müsse, und daß, wenn schon keine Erhöhung der Ausschübe erzielt werden könne, eine gerechtere Belieferung der Verbraucher Platz zu greifen habe. Es wurde daher verfügt, daß die aus den oberösterreichischen Revieren anrollende Kohle — abgesehen von kleineren, für entlegene Gebiete Deutschösterreichs, wie zum Beispiel Tirol, bestimmten Kohlenmengen — nach Strahhof an der Nordbahn zu dirigieren ist, wo seit 1. d. eine Zweigstelle des Kohlenamtes besteht, der es obliegt, die im dortigen Frachtenbahnhof eingeladene Kohle an die Verbraucher gleichmäßig abzu disponieren. Eine solche Maßnahme wäre in der Monarchie nicht durchführbar gewesen, da deren große Ausdehnung verschiedene Einfuhrstellen für die Kohle bedingte, während jetzt Wien, dessen gesamter Frachtenverkehr von Norden her über Strahhof geht, in einem gewissen Sinne Grenzstation geworden ist. Die Organe des Kohlenamtes in Strahhof disponieren nun über die eingeladene Kohle. Da die vertragsmäßig zugesicherte Menge oft nur zu einem Teile eintrifft, soll künftig auch die Belieferung mit Kohle gleichmäßig, das heißt proportional zu den Einkäufen erfolgen. Treiben beispielsweise von 100 angelegten Tonnen nur 40 ein, so soll auch jeder Lieferant (und in der Folge jeder Verbraucher) nicht mehr und nicht weniger als 40 Prozent des nach der feinerzeitigen Verteilung auf ihn entfallenden Kohlenquantums geliefert erhalten. Damit erhofft man behördlicherseits eine kräftigere Bewirtschaftung zu erzielen und eine gerechte, gleichmäßige Belieferung aller Interessenten und Verbraucher anzubahnen zu haben.

Die Kohlenlage.

Wie uns an derselben Stelle mitgeteilt wird, hat sich die Kohlenlage Wiens keineswegs verbessert. Die Einkäufe waren auch gestern allseits sehr gering und decken nach wie vor nicht den Tagesbedarf. Mit besonderer Sorge sieht man dem Winter entgegen. Es besteht die Gefahr, daß, wie gegenwärtig für den Küchenbrand, so wintersüß für den Zimmerbrand nicht genug Kohle vorrätig sein wird.

Bergrabene Kohlenzüge.

Der Korrespondent Wilhelm geht folgende Anregung zu: „In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts geleitete mich einmal der Chefingenieur des nunmehr verschwundenen Döblinger Gaswerkes durch die ausgedehnten Anlagen des Unternehmens und erzählte mir hierbei unter anderem, daß in der ersten Zeit der Leuchtgas erzeugung die Techniker mit den Abfallstoffen, Koks geheißten, nichts anzufangen wußten und schließlich den Koks bloß als Anschüttungsmaterial verwendet haben. So ruhen sicherlich auch heute noch Tausende von Tonnen Koks irgendwo auf Wiener Boden. Als man später dahinter kam, daß Koks auch als Brennstoff verwendet werden könne, wurde dort, wo es nach möglich war, Koks wieder ausgegraben. Vielleicht erinnern sich ältere Menschen, besonders solche, die ihr Veruß Gaswerken näher brachte, daran, wo sich solche Koksgruben befinden, um zu ergründen, ob sich nicht vielleicht ein Tagbau lohnen würde.“

Ein Fachmann teilt uns dazu mit: Bevor mit derartigen Vorhaben, den vergrabenen Koks zu fördern, begonnen würde, müßte man sich durch eine Tiefbohrung an Ort und Stelle veracemtern, ob ein solcher Tagbau über-

haupt rentabel wäre. Dies hängt von der Größe der Schicht und vom Zustand des Koks ab, da es fraglich ist, ob nicht sein Brennwert durch die jahrzehntelange Verwitterung stark gelitten hat. Nur dort, wo größere Mengen von Koks, etwa 1000 Tonnen und mehr, vergraben sind, würde es sich eventuell lohnen, sie zu fördern.

6./8. 1919.

6/8

NA

Betriebseinstellung der Eisfabriken.

Die Kohlennot erzeugt eine neue furchtbare Gefahr für Wien, da die Eisfabriken wegen Kohlenmangels gezwungen sind, ihren Betrieb einzustellen. Die am Samstag vom Bürgermeister *Neumann* für die Eisfabriken erwirkten sechs Waggon Kohlen sind bis Dienstag abend noch nicht in Wien eingetroffen. Ebenso ist es mit den vom Staatsamt für Handel angemeldeten zwölf Waggon. Diese Kohlenmengen sollen schon Samstag abend von der Station Strahhof abgegangen sein, sie haben aber bis jetzt den Nordbahnhof nicht erreicht. Montag abend wurde den Eisfabriken ein Waggon Kohle zugewiesen. Mit dieser Kohle konnte der Betrieb bis Dienstag früh weitergeführt werden. Seither stehen die Eisfabriken still. Um nur das für die Spitäler notwendige Eis erzeugen zu lassen, hat die Gemeinde den Fabriken aus den städtischen Vorräten zwölf Fuhrn Kohle zugewiesen. Damit ist der Betrieb der Eisfabriken für einen halben Tag gesichert.

Die Folgen der Einstellung der Eisfabrikation sind für die Verpflegung geradezu furchtbar. Dadurch ist die Abgabe von süßer Milch ganz eingeschränkt. Die geringen Fleisch- und Fettvorräte werden verderben. So wird vom Allgemeinen Krankenhause gemeldet, daß seine Eisgruben völlig leer sind und die gesamten Lebensmittelvorräte dieser größten Krankenanstalt Wiens verderben müssen, wenn nicht baldige Abhilfe kommt.

Die Kohlenkrise Europas.

Aus St.-Germain, 7. d., wird berichtet: Das Memorandum, das Hoover dem Obersten Wirtschaftsrat über die Kohlenfrage überreicht hat, führt aus, daß nach den angestellten Berechnungen in den europäischen Ländern mit Ausnahme Rußlands und des Balkans im Jahre 1919 nur etwa 443 Millionen Tonnen gegen 680 Millionen im Jahre 1913 gefördert werden dürften. Amerika sei bei weitem nicht imstande, dieses Defizit zu decken, es wäre die Beschaffung des Schiffsraumes auch ein Ding der Unmöglichkeit. Man müsse den Bergwerksbesitzern und den Bergarbeitern klar machen, daß das Schicksal der europäischen Zivilisation jetzt in demselben oder in noch höherem Maße von ihnen abhängt, wie es im nächsten Jahre in den Händen der Lebensmittelproduzenten ruhen wird. Die Produktion lönne und müsse erhöht werden. Hoover schlägt vor, in Europa eine Kontrolle für die Kohlenproduktion und Verteilung der Kohlen zu dem Zwecke zu schaffen, um die Produktion anzuregen und die Verteilung zu regeln.

Gegen die drohende Verteuerung der Kohlenzufuhr.

Gegenwärtig verhandelt die niederösterreichische Landesregierung mit der Genossenschaft der Großfuhrwerker und dem Transportarbeiterverbande, um eine Einigung in Bezug auf eine Erstellung vernünftiger fester Preise für die Kohlenzufuhr zu erzielen. Die derzeit vorliegenden Forderungen würden eine 100 bis 150%ige Verteuerung der Kohlenzufuhr bedeuten. Für die von den Kohlenbahnhöfen entfernteren Bezirksteile Wiens würde dies bedeuten, daß die Zufuhr des Meterzentners Kohle sich auf sechs Kronen stellen würde. Die riesige Verteuerung hängt mit der Einführung des Achtstundentages bei den Fuhrwerkern zusammen, so daß z. B. der Fuhrwerker, der um 5 Uhr früh mit der Pferdefütterung beginnt, um 1 Uhr mittags die Arbeit verläßt. — Die Verweigerung der Arbeitsleistungen wird somit zu einer der wichtigsten Ursachen der allgemeinen Verteuerung und Erschwerung der Lebensverhältnisse der städtischen Bevölkerung.

Die Holzbeschaffung im Winter.

Unter dem Hinweis darauf, daß in wenigen Monaten der Winter eintritt, in der sich die Sorge um das nötige Brennmaterial in dem Approvisionierungsgewerbe, insbesondere in den Brotbäckereien, sowie in jedem Haushalte fühlbar machen wird, stellte heute der Stadtrat Körber an Bgm. Reumann die Anfrage, ob und wie weit für die Aufbringung von Brennholz Vor-

sorge getroffen wurde. StR. Körber regt die Wahl eines Ausschusses von Mitgliedern des Stadt- oder Gemeinderates an, der sich mit der Erfassung von Brennholz zu beschäftigen hätte.

Wiener- Stimmen

8. VII. 1919

W 74
8

W 3

Die Wiener Kohlennot.

Erhöhte Lieferungen aus der Tschecho-Slowakei.

Prag, 8. August. Das „Tagblatt“ meldet, vom 15. August an werden nach Wien erhöhte Kohlenlieferungen abgehen. Wenn es nicht der Mangel an Waggonen, die Wien beizustellen hat, verhindert, werden diese Lieferungen in erhöhtem Maße g l e i c h m ä ß i g fortlaufen.

Eine Protestversammlung der Holzhändler.

**Die gefährdete Wiener Möbelindustrie.
— Gegen die Landesholzstelle. — Zentrale
Bewirtschaftung des Brennholzes.**

Der Reichsverband der Holzhändler hielt kürzlich eine Versammlung ab, in der der Beschluß gefaßt wurde, sich mit der niederösterreichischen Landesregierung wegen Regelung dringender, den heimischen Holzmarkt und die Wiener Möbelindustrie betreffenden Fragen ins Einvernehmen zu setzen und Abhilfe zu fordern.

Im Vordergrund der Beratungen standen die von der niederösterreichischen Landesholzstelle den Holzhandel betreffenden Vorschläge hinsichtlich der festgesetzten Maße. Es wurde darauf hingewiesen, daß im Jahre 1910 der Nutzholzanfall für Niederösterreich zirka 120.000 Festmeter Hart- und zirka eine Million Festmeter Weichholz, der Brennholzanfall 640.000 Festmeter Hart- und 961.000 Festmeter Weichholz betragen hat, daß hingegen für den Export gegenwärtig nicht mehr als 100.000 Festmeter Weichholz in Aussicht genommen sind. Die angenommenen Dimensionen des Holzes seien nach den Vorschlägen aber ausschließlich den Bedürfnissen des Exports angepaßt, während diese Ausmaße keineswegs den praktischen Bedürfnissen der heimischen holzverarbeitenden Industrie entsprechen. Die Wiener Möbelindustrie könne mit diesen Dimensionen das Auslangen absolut nicht finden.

Noch größere Bedenken rufen die Verfügungen bezüglich der Sortierung der Ware hervor. Es sei durchaus nicht im Interesse der Holzproduktion und des Handels gelegen, derartige grundstürzende Änderungen in überstürzter, improvisierter Weise vorzunehmen, ohne vorher die beteiligten Fachkreise gehört zu haben.

Die Versammlung wendete sich auch gegen den Vorschlag auf Errichtung einer Brennholzverteilungsstelle. Es wurde darauf verwiesen, daß sich die Brennholzverteilung durch das Bezirkswirtschaftsamt der Gemeinde Wien, Stelle 8, sehr bewährt habe, und es durchaus unzweckmäßig wäre, eine selbständige zentrale Brennholzverteilungsstelle unter Ausschaltung des Holzgroßhandels zu errichten. Bei der katastrophalen Knappheit der Brennmaterialien würde deren Verteilung durch eine zentrale Bewirtschaftung nur zu den ärgsten Störungen in der Holzversorgung der Bevölkerung führen.

Schließlich wurde auch dagegen protestiert, daß sich die Landesholzstelle das Recht anmaße, die Holzpreise selbst festzusetzen, obwohl sie nur berechtigt sei, Preisautachten an die Landesregierung abzugeben.

12. VIII.

1919, 206

Brennstoffmangel und Approvisionnement.

Die Passivität der Behörden und der Approvisionnementkörperschaften.

Ist die Kohlennot und der heurige Brennstoffmangel schon während des heurigen Herbstlichen Hochsommers eine schwer zu bannende Sorge, so können wir heute noch gar nicht voraussehen, in welcher Weise der herannahende Winter uns in dieser Hinsicht katastrophal treffen wird. Neben Tag stehen wir infolge der vollständig unzureichenden Kohlenzufuhr vor der Einstellung der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke und vor der Zahnlegung unseres gesamten Wirtschaftslebens. Die Aussagen der in den Besitz unserer Kohlenkäufe gelangten Nachfolgestaaten der zerfallenen Oesterreichisch-ungarischen Monarchie und die fortwährenden auf gemeinten Verbrochungen und Verbrüllungen der Ententeemissionen können uns nicht mehr länger darüber hinwegtäuschen, daß wir unaufhaltbar der Verelendung und dem Hungertode entgegengehen, wenn nicht binnen kurzem für eine onhaltende Besserung auf dem Gebiet unserer Brennstoffversorgung alles nur Erdenkliche vorageföhrt wird.

Zur Sicherstellung unserer Lebensmittelkredite mußten wir unsere Forste und Wälder verpfänden und die Reste unseres Goldreichtums abführen, ohne daß uns auf der anderen Seite die Gewähr geboten wird, für den kommenden Winter unser Haus bestellen zu können. Was dies speziell für die deutschösterreichischen Städte und Industriezentren bedeutet, das kann sich nur der ausmalen, der ständigen Einblick in diese traurigen Verhältnisse hat. Die Alpine Montangeiellschaft mußte vor einigen Tagen infolge gänzlichen Kohlenmangels den letzten Hochofen ausblajen. Zahlreiche eisenverarbeitende Industrien stehen infolgedessen vor dem Abbruch der Arbeit. Unsere Bahnen waren genötigt, sich der nötigen Kohlenreserven zu begeben, um nur den Betrieb des Wiener Elektrizitätswerkes aufrechtzuerhalten. Der Eisenbahnverkehr wurde auf ein unzulängliches Mindestmaß eingeschränkt, wodurch das Geschäfts- und Erwerbsleben bis auf das Mark gestoppt wurde. Dies alles inmitten des Hochsommers, der uns in den normalen Zeiten und auch noch inmitten des tobenden Kriegesärmes die Möglichkeit bot, uns für die Winterzeit mit der nötigen Kohle einzudecken.

Die Wiener Kohlenrutschen sind zurzeit größtenteils geleert, und nur mit Mühe und Not gelangt es unter Anbannung aller Reserven, gegenwärtig den Küchenbrand für die Wiener Haushalte auszugeben.

An eine Besserung der Kohlenförderung und an eine Gehuna der Kohlenzuföhren nach Wien ist in absehbarer Zeit, trotz aller Marinerufe Hoobers nicht zu denken, denn das Streikfever unter den Kohlenarbeitern ist zu einer internationalen sozialen Seuche ausgewachsen. Ob das durch den Krieg ausgeblutete und durchfrozene Europa angesichts dieser traurigen Verhältnisse das heuer bevorstehende, und in seinen Schreckenzziffern bis ins kleinste Detail errechnete Kohlendefizit auszuhalten vermag, ist mehr denn je eine Lebensfrage, für Deutschland und das seiner Kohlenkäufe gänzlich beraubte Deutschösterreich ist es aber eine unabsehbare Katastrophe.

Besonders die Wiener Bevölkerung sieht heuer einem Winter mit Schreden entgegen. Angesichts dessen muß es einen fast tragikomisch anmuten, mit welcher Pässigkeit die beteiligten Kreise sich gegenwärtig noch um den Ernst der Situation herumzudrücken versuchen. Wohl haben das Staatsamt für öffentliche Arbeiten und das für Land- und Forstwirtschaft alle erdenklichen Kommercenquenzen abgeholt und noch Auswege herumgesehen. Auch die Stadtgemeinde Wien ließ es sich nicht nehmen, immer wieder auf dieses traurige Kapitel unserer Lebenshaltung hinzuweisen. Schließlich hat man mangels an Kohle den Holzreichtum des Wienerwaldes wenigstens auf dem Bobier eskompliziert, während auf der anderen Seite durch die Selbsthilfe der geängstigten Bevölkerung ein wahrer Raubzug an diesem Naturdenkmal betrieben wird. Man hat es auch nicht verabjäumt, auf

die Möglichkeit der Binderung der Brennstoffnot durch die Heranziehung der Lössleeherei hinzuweisen. Dies alles zusammen aber reicht bei weitem nicht aus, um unserer Millionenstadt für den heurigen Winter einen halbwegs sicheren Trost für eine halbwegs annehmbare Lösung der Brennstofffrage zu bieten.

Der republikanische Amtschimmel, der dem örarischen in seinem Trottergang keine Konkurrenz zu machen scheint, ist in seiner sprichwörtlichen Langsamkeit durchaus nicht jenes Pferd, das uns nur um Notenslänge aus der dräuendsten Not herauszubringen vermag. Kein Wunder daher, daß die vielgeplagte Bevölkerung jetzt von den Männern an den Regierungstischen statt politischer Enunziationen, mit denen verwendungsreich herumgemorren wird, wertvolle praktische Arbeit verlangt.

Und wie es eben damit nicht klappen will, so klappt es auch unten schon gar nicht. Ist es beidelsweise nicht gänzlich unbearbeitlich, daß wichtige Approvisionnementkörperschaften der Stadt Wien, wie beidelsweise die Gastwirtgenossenschaft, unseres Wissens bis heute noch keine definitiven Schritte unternommen hat, um den Mitglievern die nötigen Brennstoffe für den heurigen Winter zu sichern. Den öffentlichen Lokalen, den Kriegs- und Gemeindefischen, den Gastwirtschaften, Kaffeehäusern und Kaffeefischen wird in der heurigen rauhen Jahreszeit, in denen tausende heimische Serje manacs der nötigen Kohle am Stillstand verurteilt sein werden, eine ganz andere Aufgabe zufallen, als für sich allein den geschäftlichen Weiterbestand oder den ungeführten Betrieb zu sichern.

Viele Tausende und Hunderttausende der Wiener Bevölkerung aus allen Schichten werden im heurigen Winter, in dem sie weder ihre Küchen noch die Wohnzimmern heizen können, auf eine Zustudthälte angewiesen sein, in der die Malsigkeit besteht, für einige Stunden des Tages dem Frost und der Kälte entrinnen zu können. Die Sicherung des Brennstoffes für diese Salsitäten ist daher nicht nur eine Geschäfts-, sondern eine öffentliche Gesundheits- und Lebensfrage. Dies alles scheint man in den beteiligten Kreisen aber noch nicht sonderlich ermogen zu haben. Der mohammedanische Streisismus, mit dem sich alle die maßgebenden Faktoren auf ein autes oder böies Rotum verlassen wollen, ist direkt bewundernswürdig. Er gemahnt an die altösterreichische Salsamberei, Gemissenlosigkeit und Engherzigkeit. Es scheint fast, als dürfte der geschäftliche Egoismus der einzelnen ganz gefaloffene Körperkassen davon abhalten, an die notwendigen Vorbragen für die bevorstehenden schlimmsten Zeiten des heurigen Winters zu denken.

Die Zeiten der Geheim- und Geschäftsdiplomatie sind vorüber, vorüber insolange wenigstens, als nicht die Wiederkehr halbwegs normaler Verhältnisse jedem einzelnen die Preisgigkeit an die Hand gibt, nur allein an sich und nicht auch daran zu denken, daß er mit dem ihm vom Staate verlebhenen Recht, ein Geschäft und einen Betrieb zu unterhalten, auch die Verpflichtung übernommen hat, für jene zu sorgen, die ihm durch den Konsum und die Abnahme der von ihm gebotenen Waren die Möglichkeit der Aufrechterhaltung seiner Existenz bieten.

Wenn die maßgebenden Behörden und sämtliche Approvisionnementkörperschaften in bezug auf die Brennstofffrage noch weiterhin in der bisherigen Passivität verharren, so wird die früher lebensüberprüfende Stadt Wien in diesem Winter zu einem eisaen Totfriedhof erstarten.

Brennholz für Wien. — Der Widerstand der Volkswehr. — Die Anwerbung der Arbeitslosen.

Das Projekt stammt von einem Volkswehr-offizier, dem Oberleutnant Lunzer, der aus sich selbst heraus zu der Einsicht gelangte, daß die in der Volkswehr aufgestapelte Arbeitskraft nicht brachliegen dürfe, sondern in den Dienst der Allgemeinheit gestellt werden müsse. Rasch entschlossen ließ der junge Offizier dieser Erkenntnis die Tat folgen. Er sammelte die ihm unterstellten beiden Bzüge um sich und setzte ihnen seine Ideen auseinander. Er legte ihnen dar, daß die Volkswehr, als eine von sozialistischem Geiste erfüllte Institution, die von der Gesamtheit des Volkes erhalten werde, sich wohl nicht zur Förderung irgendwelcher kapitalistischer Sonderinteressen hergeben dürfe, daß sie aber die moralische Pflicht habe, ihr Bestes einzusetzen, um der Not und dem Elend des Volkes zu steuern. Er erklärte ihnen, daß dieser arme kleine Staat auch bei den Soldaten auf produktive Arbeitsleistung nicht verzichten könne, und sein Idealismus wirkte so überzeugend auf seine Leute, daß sie sich ihm zur Durchführung seiner Pläne zur Verfügung stellten.

Gestützt auf diesen ersten Erfolg, erschien Lunzer beim Staatssekretär Dr. Deußlich und verlangte die Unterstützung der Regierung für die Verwirklichung seiner Pläne. Man einigte sich dahin, daß Lunzer vorerst mit seinen eigenen Leuten einen Versuch machen solle.

Die Gemeinde Wien hatte in Kirchberg an der Tiselach Holz gekauft und benötigte für die Schlägerung desselben dringend Arbeitskräfte. Lunzer zog mit seinen 120 Leuten hinaus und machte sich an die Arbeit. Er erhielt die Werkzeuge und das sonstige erforderliche Material von der Hauptanstalt für Sachdemobilisierung, die Verpflegung erfolgte durch das Staatsamt für Volksernährung, die Bezahlung blieb die normierte Löhnung der Volkswehr. Die Mannschaft arbeitete, angefeuert durch das Beispiel ihres Führers, der allen voran vom frühen Morgen bis zum späten Abend Axt und Säge handhabte, bis auf wenige Ausnahmen mit Eifer und Ausdauer. Damit war der Beweis für die praktische Durchführbarkeit des Projektes erbracht.

Damit gab sich Oberleutnant Lunzer jedoch nicht zufrieden. Das Ziel, das ihm vorzuschwebte, war nicht die Schaffung einer roten Arbeitskompanie, sondern die Organisierung der roten Arbeitsarmee.

Er kam nach Wien, um das, was er in seinem Maßstabe bereits mit seinen beiden Bzügen durchgeführt hatte, nun großartig bei der gesamten Volkswehr anzuwenden. Das Staatsamt für Heerwesen förderte nun seine Bestrebungen, wobei es sich vor allem von der Erwägung leiten ließ, daß sich auf dem Wege des Lunzerischen Projektes vielleicht der Abbau der Volkswehr werde bewerkstelligen lassen. Aber mit der Macht unserer Staatsämter ist es bekanntlich nicht weit her. Derselbe Gedankengang, dem Lunzer die Unterstützung der Regierung verdankte, veranlaßte die Soldatenräte, sich dem Plan der Umwandlung der Volkswehr in eine Arbeitsarmee entschieden zu widersetzen. Das alles wurde natürlich nicht ausgesprochen; weder vom Staatsamt noch von den Soldatenräten, die vielmehr erklärten, die Volkswehr dürfe nicht den Arbeitslosen das Brot wegnehmen, die in erster Reihe für die Arbeitsarmee heranzuziehen seien.

Gegen diese Entscheidung der Soldatenräte vermochte weder die Regierung noch Oberleutnant Lunzer etwas auszurichten, der nun gezwungen war, seinen ursprünglichen Plan den gegebenen Verhältnissen anzupassen. Die Leitung der Aktion ging vom Staatsamt für Heerwesen in die Hände des Staatsamtes für soziale Verwaltung über, und in einer heute stattfindenden Konferenz, an welcher Vertreter der Staatsämter für Heerwesen, für soziale Verwaltung, für Volksernährung, der Landesregierung und der Gemeinde Wien teilnehmen werden, soll beschlossen werden, in welcher Weise die Anwerbung, die Entlohnung und die Verpflegung für die zu schaffende rote Arbeitsarmee erfolgen und zu welchen Arbeiten sie herangezogen werden soll.

Die Brennholzbeschaffung für Wien.

Wie die Staatskorrespondenz meldet, hat seit Errichtung der Landesholzstelle, die mit der Erfassung und Verteilung des für den Inlandsbedarf nötigen Holzes, sowie des Brennholzes für Wien betraut ist, das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft auf die Holzbeschaffung keinen unmittelbaren Einfluß mehr. Es ist nunmehr auch die Belassung des vom Staatsamt bestellten Brennholzkommissärs überflüssig geworden. Selbstverständlich wird jedoch das Staatsamt für Land- und Forstwirtschaft seinerseits der äußerst wichtigen und dringenden Frage der Beschaffung von Brennholz für Wien auch weiterhin mit allen Kräften jede ihm mögliche Förderung und Unterstützung angedeihen lassen.

Maßnahmen gegen die Kohlennot.

Eine Entschliebung der Arbeiterführer in der Nationalversammlung.

Wir Weimar, 15. Aug. (Priv.-Tel.) Die als Abgeordnete zu der demokratischen, zur sozialdemokratischen und zu der Zentrumsfraktion gehörenden Arbeiterführer Hue, Imbusch, Hartmann, Gleichauf, Biegler u. a. haben in der Nationalversammlung folgende Entschliebung beantragt:

Zur Verhinderung der furchtbaren Katastrophe, die unser Volk als Folge der außerordentlichen Kohlennot bedroht, sind schnelle und durchgreifende Maßnahmen für eine erhebliche Erhöhung der Kohlengewinnung und für ihren regelmäßigen Abtransport zu den Verbrauchsstellen erforderlich. Alle Beteiligten sollten ihre Kräfte für eine gründliche Verbesserung der Kohlenversorgung einsetzen. Nur so kann das Eintreten einer entsetzlichen Katastrophe verhindert werden, die zweifellos den völligen Zusammenbruch unseres Volkes und seines Wirtschaftslebens bedeuten würde. Die Regierung wird daher aufgefordert, alles zu tun, was geeignet ist, eine bessere Kohlenversorgung herbeizuführen. Als Erfolg versprechende Maßnahme sei vornehmlich zu empfehlen:

1. Erhöhung der Bergarbeiterlöhne auf einen Betrag, der als eine auskömmliche Gegenleistung für die anstrengende bergmännische Tätigkeit anzusehen ist, bessere Belieferung der an besonders starker Unterernährung krankenden Bergarbeiterschaft mit feithaltiger Nahrung, Versorgung mit Berufskleidung und Schutzzeug.

2. allgemeine und besondere Regelung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse im Bergbau durch beschleunigten Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeiter-, Angestellten- und Unternehmerorganisationen, sodann möglichst rasche Vereinheitlichung der Bergarbeiterrechts- und Schutzvorschriften durch ein Reichsberggesetz.

3. vorurteilslose Heranziehung der bereits auf Grund von Organisationsvereinbarungen bestehenden Betriebsräte (wo diese noch nicht bestehen: der Arbeiter- und Angestelltenausschüsse) seitens der Betriebsdirektionen zur Mitberatung und Kontrolle der für die Erhöhung der Produktion geeigneten technischen und sozialpolitischen Betriebsmaßnahmen, ferner zur Mitwirkung bei der Regelung des Gehingewesens und der sonstigen Lohn- und Gehaltsfragen im Rahmen der von den beiderseitigen Organisationen getroffenen Vereinbarungen. Die Betriebsräte (bzw. Arbeiter- und Angestelltenausschüsse) sind auf ihr Verlangen durch die Betriebsleitung über die wirtschaftlichen Betriebsergebnisse zu unterrichten.

4. Erhöhung der knappschaftlichen Krankengelder, Jubiläen-, Witwen- und Waisenrenten auf einen Betrag, der den Lebensverhältnissen besser entspricht, als dies bei den jetzigen Bezügen der Fall ist, Vereinheitlichung des noch immer sehr versplitterten knappschaftlichen Kassenwesens durch ein Reichsknappschaftsgesetz.

5. Vermehrung der Arbeitskräfte in der Kohlenbergwerksindustrie durch Heranziehung der in anderen Industrien und Gewerben beschäftigten bergbaukundigen Arbeiter, sowie durch geeignete Arbeitslose, umfassende Arbeitsnachweisregelung auf paritätischer Grundlage.

6. Schnellste und großzügige Beschaffung von Wohnungen in der Nähe der Kohlenwerke, Verbesserung der Fahrgelage für die in größerer Entfernung von den Werken wohnenden Arbeiter, vorzugsweise Belieferung der Baustoffindustrie (Ziegel, Zement, Kalk usw.) und des Baugewerbes mit Brennstoffen und anderem Betriebsmaterial, Reichsbeitriffs für den Wohnungsbau in den Kohlenbezirken, vorzugsweise Belieferung der Kohlenruben, Kolereien und Zirkelfabriken mit Arbeitsmaschinen (Wagger, Pressen, Bohrmaschinen, Ventilatoren u.), Erntemaschinenteilen, Transportgeräten (Förderwagen u.), Holz, Schmier- und Leuchtöl, Geschossmaterial, Lampen, überhaupt mit allen Betriebsmaterialien und Geräten, die zur Einrichtung und Durchführung einer gesteigerten Brennstoffgewinnung unentbehrlich sind. Werke, die vorgenannte Maschinen, Betriebsmaterialien und Geräte liefern, sind bei der Kohlenversorgung zu bevorzugen.

8. möglichst vollständige Ausnutzung einer Betriebsanlage. Einlegung von zwei vollen Förderflößen, stärkste Belegung aller ergeblichen Flöße.

9. Vermeidung von Feierschichten durch regelmäßige Bestellung der benötigten Eisenbahnwagen, beschleunigte Herstellung und Reparatur von Lokomotiven und Güterwagen, möglichst umfangreiche Beanspruchung der Wasserstraßen für den Kohlentransport.

10. Durchführung von gesetzlichen Maßnahmen, welche die Kohlengewinnung (Stein- und Braunkohlen) im Sinne des Sozialversicherungsgesetzes nach gemeinwirtschaftlichen Maßnahmen regeln.

Das Holz der Gemeinde.

Deutschösterreich ist außerordentlich arm an Rohstoffen; nur Holz steht uns in etwas größerem Ausmaß zur Verfügung. Doch müssen wir damit in erster Reihe den Warenaustausch mit dem Ausland besorgen, in zweiter Linie erst können wir unseren Eigenbedarf an Nutz- und Brennholz decken. Es versteht sich daher von selbst, daß mit diesem wichtigen Artikel möglichst haus-

halterisch gewirtschaftet werden muß. Dies ist nur möglich, wenn wir das Holz dem freien Handel entziehen. Aufgabe von Staat, Land und Gemeinde muß es daher sein, Holz jeder Sorte in die eigene Bewirtschaftung zu nehmen. Von den Vertrauensmännern der städtischen Holzreparaturwerkstätten in Stammersdorf geht uns nun folgende Mitteilung zu, die deutlich zeigt, wie von einzelnen Organen der Gemeinde Wien dem Grundsatz der Gemeinwirtschaft zuwider gehandelt wird: In den genannten Werkstätten lagern ungefähr 30 Waggons Eichenholz, das nach dem Zusammenbruch vom Aerar übernommen wurde. Das Holz ist bereits in Daubenform geschnitten und kann daher anderweitig als Nutzholz nicht mehr verwendet werden. Die Gemeinde Wien will dieses Holz dem Händler Bla u, der das höchste Preisangebot gestellt hat, verkaufen. Es fragt sich, ob es nicht vorteilhafter wäre, wenn die Gemeinde dieses Holz, das einen Faszinhalt von 40.000 bis 50.000 Hektoliter ergibt, in eigener Regie verarbeiten würde. Die fertigen Fässer könnten im Kompensationsweg gegen Lebensmittel eingetauscht werden. Jugoslawien braucht notwendig Fässer; ebenso Ungarn, das nach einem Bericht der „Weinzeitung“ nur den vierten Teil seines Faszbedarfes für die kommende Weinernte gedeckt hat. Findet die Gemeinde Wien die Verarbeitung in eigener Regie für nicht lohnend, wäre es immer noch besser, das Holz an die hiesigen Faszbindereien abzugeben und dadurch gleichzeitig der Arbeitslosigkeit zu steuern, als das Holz einem Händler zu überlassen, der voraussichtlich Buchergeschäfte damit treiben wird. Solange freilich die Verfügung über das Holz in den Händen des Herrn Regierungsrates Stern liegt, der am 16. d. in einer Sitzung im Rathause erklärte, man könne das Holz, falls es liegen bleiben sollte, immer noch als Brennholz verkaufen, wird die Gemeinde nicht mit Nutzen wirtschaften. Man muß sich vergegenwärtigen, daß das Holz allein für den Hektoliter Faszinhalt 40 bis 50 Kronen kostet. Die Angelegenheit ist sehr dringend, die Weinernte steht kurz bevor und Fässer werden benötigt.

Brennholzversorgung durch die Gemeinde Wien.

In der letzten Stadtratssitzung beantwortete Bürgermeister Reumann eine Interpellation des Stadtrates Körber wegen der Versorgung mit Brennholz für den kommenden Winter. Der Bürgermeister führte aus:

Es ist richtig, daß sich infolge der Kohlennot ein großer Verbrauch von Brennholz schon jetzt ergibt und hiedurch auch ein Mangel an Brennholz zu gewärtigen ist. Die Vorkehrungen, welche das Bezirkswirtschaftsamt, Stelle 8, zur Bekämpfung des Brennholzmangels getroffen hat, sind folgende: Der Einlauf des Brennholzes erfolgt durch Abschluß in Abstockungsverträgen mit zahlreichen Gutsbesitzern von Niederösterreich. Ein Teil des Bedarfes wird auch durch den waggonweisen Anlauf von bereits geschlägertem Holz gedeckt. Es sind die derzeit in Wien lagernden Holzvorräte durch die notwendige Beistellung des Ersatzes des Küchenbrandes durch Holz ständig im Schwinden begriffen und der Verbrauch hält mit dem Einlauf neuer Quantitäten nicht gleichen Schritt. Das Hauptaugenmerk des Amtes ist daher auf die möglichste Forcierung der Beförderung des bereits geschlägerten Holzes nach Wien gerichtet. Auf Grund der Abstockungsverträge ist ein bedeutendes Quantum bereits der Gemeinde gesichert. Das Bezirkswirtschaftsamt wird das Hauptaugenmerk darauf richten, daß mindestens für die Bäckereien und sonstigen Approvisionierungsgewerbe Brennstoffe auf Lager gehalten werden. Ich habe übrigens gegen den Antrag des Stadtrates Körber wegen der Schaffung eines Ausschusses von einigen Mitgliedern nichts einzuwenden.

Die Holzrayonierung unmittelbar bevorstehend.

Wie die Korrespondenz Herzog erfährt, steht die Veröffentlichung des Erlasses der niederösterreichischen Landesregierung über die Holzrayonierung unmittelbar bevor. Die Beschleunigung war umso mehr geboten, als sowohl die Großhändler als insbesondere die Kleinhändler die Ankündigung der Holzrayonierung dazu benutzten, um sprunghaft mit den Holzpreisen in die Höhe zu gehen und in allen jenen Fällen, in denen die geforderten Bucherpreise nicht bezahlt wurden, die Lieferung verweigerten. Die Holzhändler haben sich zu der maßlosen Erhöhung umso mehr ermutigt gesehen, als verlautete, daß sich der Preis des rayonierten Holzes auf mindestens 60 Heller für ein Kilogramm stellen werde. Unter diesem Preis wurde in der verfloffenen Woche überhaupt nicht mehr abgegeben, zumeist jedoch wurden 70 Heller, ja sogar 72 Heller für ein Kilogramm Holz verlangt. Gleichzeitig mit der Verordnung wird auch ein *Maximumpreis* für Holz festgesetzt werden, der nach eingehenden Beratungen mit den Brennholzindustriellen vereinbart werden wird. Der Preis für ein Kilogramm Holz dürfte sich auf höchstens 40 bis 42 Heller stellen.

Unsere Versorgung.

Bedorfehende Festsetzung des Holzpreises.

Eine Anfrage im Stadtrat.

In der vorigen Woche ist bekanntlich das auch an dieser Stelle wiedergegebene Gerücht verbreitet worden, daß der Höchstpreis für Holz mit 60 Sellern per Kilo festgesetzt werden soll. Ein hiesiges Spätabendblatt hat dann das Seinige dazu beigetragen, um im Volke die Vorstellung wachzurufen, als handle es sich um eine unabänderliche Tatsache und gewisse Holz- und Kohlenhändler haben dann diese Aufregung im Volke dazu benützt, um mit ihren Holzpreisen innerhalb weniger Tage von 44 auf 60 Seller hinaufzugehen. Diesem unerschämten Treiben will man nun anscheinend doch ein Ende machen. In der Landesholzstelle fand nämlich heute eine Sitzung statt, an der sich die Vertreter der Gemeinde Wien und drei Abgesandte der Holzhändler beteiligten. Wie verlautet, wurde in dieser Versammlung beschlossen, bereits in den nächsten Tagen eine Verordnung hinauszugeben, durch welche die niederösterreichischen Waldungen für den Brennholzbedarf der Gemeinde Wien reserviert werden. Der Preis soll angeblich mit 40 Sellern per Kilogramm festgesetzt werden, wovon ein noch zu bestimmender Prozentsatz den Händlern zufallen wird, die nicht, wie es ursprünglich hieß, von der Verteilung gänzlich ausgeschaltet werden sollen. Hinsichtlich der Art, wie diese Verteilung vorgenommen wird, liegen bis jetzt ebenso wenig bestimmte Beschlüsse vor, wie hinsichtlich des Holzquantums, das im kommenden Winter jedem einzelnen Haushalt zugewiesen werden wird.

StR. Körber hat seinerseits in der letzten Sitzung des Stadtrates mit Rücksicht auf die allgemeine Not an Holz und Kohle die Frage an den Bürgermeister gerichtet, welche Maßnahmen bisher zur Bekämpfung des Brennholz mangels ergriffen worden sind. Bürgermeister Reumann führte daraufhin u. a. folgendes aus: „Die Vorkehrungen, welche das Bezirkswirtschaftsamt zur Bekämpfung des Brennholz mangels getroffen hat, sind folgende: Der Einkauf des Brennholzes erfolgt durch Abschluß von Abstoßungsverträgen mit zahlreichen Gutsbesitzern von Niederösterreich. Ein Teil des Bedarfes wird auch durch den waggonweisen Ankauf von bereits geschlägerten Holz gedeckt. Es sind die derzeit in Wien lagernden Holzvorräte durch die notwendige Beistellung des Ersatzes des Kleckenbrandes durch Holz ständig im Schwinden begriffen und hält der Verbrauch mit dem Einkauf neuer Quantitäten nicht gleichen Schritt. Das Hauptaugenmerk des Amtes ist daher auf die möglichste Forcierung der Zufuhr des bereits geschlägerten Holzes nach Wien gerichtet. Auf Grund der Abstoßungsverträge ist ein bedeutendes Quantum von Brennholz bereits der Gemeinde Wien gesichert. Es hat daher das Bezirkswirtschaftsamt mit dem Landeshauptmannstellvertreter Widholz Rücksprache gepflogen. Das Bezirkswirtschaftsamt wird das Hauptaugenmerk immer darauf richten,

daß zumindest für die Bäckereien und sonstige Approvisionierungsgewerbe Brennstoffe auf Lager gehalten werden. Ich habe übrigens gegen den Antrag des Herrn StR. Körber bezüglich der Schaffung eines Ausschusses von einigen Mitgliedern nichts einzuwenden.“

Die Brennholzrationierung.

Anmittelbar bevorstehend. — Höchstpreise. — Der Bürgermeister über die Holzversorgung.

Wie wir bereits in der Vorwoche berichteten, steht die Verordnung der niederösterreichischen Landesregierung betreffend die Holzrationierung unmittelbar bevor. Die Bescheinigung in der Publikation des Erlasses war um so mehr geboten, als sowohl die Großhändler wie auch insbesondere die Detailisten die Ankündigung der Holzrationierung dazu benutzten, um sprunghaft mit den Holzpreisen in die Höhe zu gehen und in allen jenen Fällen, in denen die geforderten Bucherpreise nicht bezahlt wurden, die Lieferung von Holz zu verweigern. Die Holzhändler haben sich zu der maßlosen Erhöhung der Holzpreise um so mehr ermutigt gesehen, als verlautete, daß sich der Preis des rationierten Holzes auf mindestens 60 Heller pro Kilogramm stellen werde. Unter diesem Preis wurde in der verflossenen Woche überhaupt nicht mehr abgegeben, meist jedoch 70 Heller, ja sogar 72 Heller pro Kilogramm Holz verlangt. Gleichzeitig mit der Verordnung betreffend die Holzrationierung wird auch ein Maximalpreis für Holz nach eingehenden Beratungen mit den Brennholzindustriellen festgesetzt werden. Der Preis für ein Kilogramm Holz dürfte sich nach unseren Informationen auf 40 bis 42 Heller pro Kilogramm stellen.

Bürgermeister Neumann über die Brennholzversorgung.

In der letzten Stadtratsitzung beantwortete Bürgermeister Neumann eine

Interpellation des Stadtrates Rörber wegen der Vorsorge mit Brennholz für den kommenden Winter. Der Bürgermeister führte aus:

Es ist richtig, daß sich infolge der Rohlennot ein großer Verbrauch von Brennholz schon jetzt ergibt und hierdurch auch ein Mangel an Brennholz zu gewärtigen ist. Die Vorkehrungen, die das Bezirkswirtschaftsamts, Stelle 8, zur Bekämpfung des Brennholzmangels getroffen hat, sind folgende: Der Einkauf des Brennholzes erfolgt durch Abschluß von Abstoßungsverträgen mit zahlreichen Gutsbesitzern von Niederösterreich. Ein Teil des Bedarfes wird auch durch den wagenweisen Ankauf von bereits geschläagertem Holz gedeckt. Es sind die derzeit in Wien lagernden Holzvorräte durch die notwendige Beistellung des Erlases des Küchenbrandes durch Holz ständig im Schwinden begriffen, und der Verbrauch mit dem Einlauf neuer Quantitäten hält nicht gleichen Schritt. Das Hauptaugenmerk des Amtes ist daher auf die möglichste Forcierung der Bringung des bereits geschläagerten Holzes nach Wien gerichtet. Auf Grund der Abstoßungsverträge ist ein bedeutendes Quantum von Brennholz bereits der Gemeinde Wien gesichert. Das B. W. U., Stelle 8, wird das Hauptaugenmerk immer darauf richten, daß zumindest für die Bäckereien und sonstigen Approximationsgewerbe Brennstoffe auf Lager gehalten werden.

Die Kohlennot.**Debortstehende Einschränkung des Personenzugsverkehrs.**

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist für die nächste Zeit an eine Wiederherstellung des Schnellzugsverkehrs nicht zu denken. Es wird vielmehr in nächster Zeit auch eine ganze Reihe von Personenzügen, und zwar auf allen Bahnen eingestellt werden. Schuld an dieser neuerlichen Einschränkung des Bahnverkehrs ist die Kohlennot, die jetzt infolge der Einwirkungen der Unruhen und Streiks in Oberschlesien geradezu katastrophale Formen anzunehmen droht. Die oberschlesische Kohlenzufuhr ist in den letzten Tagen zur Gänze eingestellt worden und auch aus der Tschechoslowakei und aus Polen wird von Tag zu Tag weniger angeliefert. Die Versorgung der Bahnen, wie der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke gestaltet sich daher mehr und mehr zu einem unlösbaren Problem. Die Simmeringer Elektrizitätswerke verfügen derzeit nur noch über einen Vorrat, der selbst bei stärkster Einschränkung des Betriebes nicht einmal mehr für eine Woche reicht. Tritt nicht bereits in den nächsten Tagen eine Besserung in der Kohlenzufuhr ein, so ist eine teilweise Einstellung der Elektrizitätswerke in Simmering kaum noch zu vermeiden, denn die Zeit, wo man auf die Kohlenreserven der Staatsbahnen zurückgreifen konnte, ist jetzt vorüber. Auch an eine stärkere Heranziehung des Kohlenbergwerkes von Zillingdorf ist augenblicklich nicht zu denken. Die Direktion der Bergbaugewerkschaft Zillingdorf will jetzt zwar Bohrungen vornehmen lassen, um sich dann neue Brubennetze zusprechen zu lassen. Doch bis diese neuen Brubennetze praktisch nutzbar gemacht werden können, werden viele Monate vergehen.

Ueber die Technik, die bei diesen Arbeiten zur Anwendung gelangen wird, macht die Rathauskorr. folgende Mitteilungen: Um überflüssige Schürfungen zu vermeiden, will die Direktion der Braunkohलगewerkschaft Zillingdorf ein neues Verfahren in Anwendung bringen, welches sowohl in Ungarn, als in Deutschland in den letzten Jahren mit Erfolg angewendet wurde. Dieses Verfahren besteht darin, mittels eines Apparates, Schwermasse genannt, Richtung und Lage von Schichten des Bodens zu ermitteln. Die Direktion hat sich mit dem Vorstande der Lehranzel für höhere Geodäsie an der Technischen Hochschule in Wien, Hofrat Dr. Richard Schumann, welchem derzeit ein solcher Apparat zur Verfügung gestellt ist, ins Einvernehmen gesetzt, damit diese Arbeiten auf dem Freischürfgebiete der Gewerkschaft in Zillingdorf durchgeführt und das Ergebnis in der Form eines Lagerplanes des Kohlenflözes der Direktion zur freien Verfügung überlassen wird. Hofrat Schumann hat sich hiezu bereit erklärt, doch müßte die Gemeinde Wien die Mehrkosten beisteuern. Die Gesamtkosten dieser Vermessungsarbeiten dürften einen Betrag von 55.000 Kronen erreichen.

Amlich wird erklärt: Mit Rücksicht auf die durch die Einstellung des Schnellzugsverkehrs auf den deutsch-österreichischen Staatsbahnen hervorgerufene erhöhte Inanspruchnahme der Personenzüge, deren Vermehrung derzeit wegen der Kohlennot nicht erfolgen kann, wird die Bevölkerung eindringlichst aufgefordert, in der nächsten Zeit Vergnügungsfahrten und andere nicht unumgänglich notwendige Reisen unbedingt zu unterlassen. Die deutsch-österreichische Staatseisenbahnverwaltung ist mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln nicht in der Lage, dem derzeitigen Verkehrsbedürfnisse Rechnung zu tragen. Da sie sich durch die immer ungünstiger werdende Kohlenlage gezwungen sieht, eine weitere Einschränkung im Personenzugsverkehr ins Auge zu fassen, muß sie die verständnisvolle Einsicht der Bevölkerung anrufen und auf die

aus der Ueberfüllung der Züge sich für die Sicherheit und Gesundheit der Reisenden ergebenden schwerwiegenden Folgen besonders aufmerksam machen.

Sollen die Kohlenpreise noch erhöht werden?

Die Nationalversammlung hat empfohlen, die Bergarbeiterlöhne zu erhöhen und den Bergarbeitern eine bessere Ernährung zu verschaffen. Jeder gerecht denkende Mensch wird dem zustimmen. Die Bergarbeit ist eine so anstrengende, daß ihre Ausüher unbedingt wirtschaftlich begünstigt werden müssen, damit sie bei Kräften bleiben und sich auch einen Notgroschen für die frühzeitige Invalidität ersparen können. Die Bergarbeiterlöhne sind wirklich nicht hoch, nicht wenige andere Arbeitergruppen, deren Tätigkeit weniger anstrengend ist, wie die der Bergleute, erhalten schon höhere Löhne. Wenn vorzugsweise die Sauer und Förderer, deren Arbeit die schwerste und wichtigste im Bergbau ist, eine namhafte Lohnaufbesserung erhalten, dann dürfen die Nichtbergarbeiter daraus durchaus nicht den Schluß ziehen, daß nun deswegen auch sie im Lohn besser gestellt werden müssen. In der Nationalversammlung hat der Genosse S u e mit vollem Recht gesagt, die Bevölkerung, auch die übrige Arbeiterschaft, müßte sich wieder daran gewöhnen, daß der Bergarbeiterlohn höher sein müsse, als die Entlohnung der übrigen Arbeiter, sonst würden wir die nötigen Arbeitskräfte für den Bergbau nicht wieder gewinnen. Davon hängt unsere Kohlenversorgung ab.

Mit einer namhaften Lohnerhöhung für die Bergleute muß man also ganz einverstanden sein. Nur fragt es sich, ob eine solche Lohnerhöhung ohne eine weitere Kohlenpreiserhöhung möglich ist. Die Vertreter der Bergwerksunternehmer halten das nicht für möglich. Betrachten wir uns aber die jetzt schon zu zahlenden Kohlenpreise, dann kann man die Erklärungen der Bergwerksunternehmer nur mit großem Mißtrauen entgegennehmen. Zum Beleg dafür sollen einige Kohlenpreisangaben folgen. Sie verstehen sich alle pro 10 Tonnen frei ab Werk. Hinzu kommen noch Eisenbahnfracht, Um- und Abladefosten, Lagerkosten, Transportkosten bis vor's Haus oder frei Keller. Wir nennen nur die Preise ab Werk, da diese für die Beurteilung der Becheneinnahmen maßgebend sind.

Es kosteten durchschnittlich 10 Tonnen ab Werk:

	Ober-säch-sische Stückkohle	Ober-säch-sische Ruß I		
1914 (vor Krieg)	135 M.	135 M.		
1918	295 "	300 "		
1919 I. Viertel	440 "	445 "		
1919 II. Viertel	580 "	560 "		
1919 letzter Preis	770 "	770 "		
	Säch-sische Waschkörpel	Säch-sische Waschwürfel		
1918/14	150-170 M.	200 M.		
1918	448 M.	450 "		
1919 I. Viertel	616 "	750 "		
1919 II. Viertel	750 "	900 "		
	Mitteldeutsche Förderkohle (Braunkohle)	Mitteldeutsche Rümpelkohle (Braunkohle)	Mitteldeutsche Braunkohle- Briketts	
1913/14	25-28 M.	32-37 M.	75-90 M.	
1918	94 "	106 "	212-240 "	
1919 I. Viertel	180 "	185 "	370 "	
1919 II. Viertel	170 "	220 "	500 "	
	Westfäl. Anbragat M.	Westfäl. Ruß III M.	Westfäl. Koks M.	Westfäl. Steinl.-Briketts M.
1918/14	275-300	150	200-230	185
1918	480-545	380	425-500	945
1919 I. Viertel	650	500	700	850
1919 II. Viertel	980	-	1100	-

Pro Tonne ab Werk in Westfalen kosteten in Mark:

	Januar 1914	Januar 1918	Januar 1919	Juli 1919
Steinkohlen-Briketts	19	80,80	49,90	82,50
Hüttenkoks 25,40	18	85,20	61,50	107,70

Das sind doch schon gewaltige Preiserhöhungen. Das eine Werk berechnet höhere, das andere niedrigere, je nach der Qualität usw., wir haben etwa die Mittelpreise genannt. Sie sind nun gegen die Zeit vor dem Kriegsausbruch 400, 500 und noch mehr Prozent hinaufgesetzt. In den Lieferungscheinen, die den Kohlenhändlern zugehen, wird gesagt, die Leistung der Bergarbeiter sei nur noch halb so hoch, auch zum Teil nicht einmal die Hälfte von dem, was vor dem Kriege üblich war. Wenn das stimmt, dann würde dies doch nicht viel mehr als eine Verdoppelung der Gestehungskosten bedingen. Auch seien die Löhne um das Doppelte und Dreifache erhöht worden. Selbst wenn das zutrifft (was die Arbeiter bestreiten), dann würde dadurch immer noch nicht die gewaltige Preissteigerung gerechtfertigt. Wenigstens müssen bei den jetztigen fabelhaft hohen Preisen die Bergarbeiterlöhne erhöht werden können, ohne daß deshalb eine weitere Preissteigerung notwendig ist. Die Regierung darf sich

von den Bergwerksunternehmern keinen blauen Dunst vor-machen lassen. Die Betriebskosten der Bechen müssen einmal von unparteiischen Sachverständigen sehr kritisch nachgeprüft werden. Wie soll die arme Volksmasse sich noch mit Kohlen und Briketts auch nur einigermaßen versorgen können, wenn die Preistreibeerei so weitergeht?

Die Kohlkatastrophe.

Industrie und Gewerbe ohne Kohle.

Von informierter Seite erhalten wir über die Kohlsituation des heutigen Tages folgende Aufschlüsse:

Die Kohlenzuflüsse sind nach wie vor völlig unzulänglich, die Lage trostlos. Aus Oberschlesien lief seit Montaa keine Kohle ein. Die noch auf der Strecke befindlichen Kohlentransporte werden nach ihrem Eintreffen größtenteils den Staatsbahnen zugewiesen, damit der Verkehr, wenn auch in sehr eingeschränktem Maße, aufrechterhalten werden kann; ein kleiner Teil wird dem hiesigen Approvisionierungsbetrieb zugute kommen.

Unserer nach Berlin gerichteten Bitte, uns aus anderen Revieren, etwa aus dem Ruhrgebiet, Kohlen zu senden, konnte nicht entsprochen werden, da Deutschland infolge der Lage in Oberschlesien selbst großen Mangel an Kohle hat. Heute kam die Nachricht, daß die Pazifizierung Oberschlesiens gut fortschreite und man hoffen darf, daß nach Ablauf einer Woche mit den Verladungen für Deutschland Österreich begonnen werden kann. Die Kohlenlieferungen aus der Tschecho-Slowakei waren in letzter Zeit gleichfalls sehr gering.

Um wenigstens eine notdürftige Versorgung der Wiener Bevölkerung aufrechtzuerhalten, sah sich das Kohlenamt des Staatsamtes für Handel heute veranlaßt, zu verfügen, daß bis auf weiteres nur an die Spitäler und die wichtigsten Lebensmittelbetriebe sowie an die Kleinkohlenhändler Kohle und Koks abgegeben werden dürfen. Die gewerblichen und industriellen Betriebe werden daher in nächster Zeit keine neue Kohle erhalten.

Die Lage des städtischen Elektrizitätswerkes und der städtischen Gaswerke ist nach wie vor sehr kritisch, doch droht unmittelbar keine Einstellung dieser Betriebe, da sie nicht aus Oberschlesien, sondern aus Nordwestböhmen und Mährisch-Ostrau mit Kohle versorgt werden.

Der Leiter des Kohlenamtes, Ministerialrat Dr. Rudolf Loh, befindet sich auf der Rückreise aus Prag, wo die Verhandlungen mit der

tschecho-slowakischen Regierung zum Abschluß gelangten. Man hofft auf Grund dieser Verhandlungen auf eine reichere Belieferung mit tschecho-slowakischer Kohle, doch wird jedenfalls einige Zeit verstreichen, bis eine dadurch erzielte Besserung der Kohlsituation fühlbar wird.

Die Generaldirektion der Südbahn teilt mit: Wie bereits wiederholt verlautbart wurde, mußten infolge der herrschenden Kohlenkrise einschneidende Einschränkungen des Fahrplans in ähigen Zugverkehres Platz greifen. Diesem Umstände wird indes seitens des Publikums nicht in genügendem Maße Rechnung getragen. Besonders an Samstagen und Sonntagen ist der Zubrang der Fahrgäste ein weitaus größerer als die zu Gebote stehenden Plätze abzufördern vermögen. Die sich hieraus ergebenden, für Bahn und Reisende gleich peinlichen Mißstände treten in besonders fühlbarer Weise an Samstagen bei den Zügen Nr. 37 (Wien Südbahnhof ab 4 Uhr 20 Min. nachm.) und Nr. 157 (Wien ab 7 Uhr abends) zutage.

Daher kann künftighin an Samstagen bei diesen beiden Zügen in Wien Südbahnhof und Meidling nur eine beschränkte Anzahl von Fahrkarten zur Ausgabe gelangen, um so mehr, als an Sonn- und Feiertagen der Personenzug Nr. 40b (Bayerbad-Meidling ab 7 Uhr 15 Minuten abends, Wien Südbahnhof an 9 Uhr 31 Minuten abends) nicht geführt werden kann. Da sonach für die die vorgenannten Züge vorzugsweise benützbenden Ausflügler in das Schneeberg- und Margebiet nur wenig Gelegenheit zur Rückfahrt am Sonntag besteht, kann die Südbahn für diese auch keinerlei Gewähr übernehmen.

Es ergeht daher insbesondere an die Bewohner dieses Gebietes, und zwar in deren eigenstem Interesse, das dringende Ersuchen, derlei Ausflüge an Samstagen, beziehungsweise Sonntagen bis auf weiteres tunlichst zu vermeiden. Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß ab morgen Freitag bei dem um 8 Uhr 10 Minuten früh von Wien Südbahnhof abgehenden Personenzug Nr. 31 bis auf weiteres Fahrkarten nur mehr nach den von Wiener-Neustadt südlich gelegenen Stationen zur Ausgabe gelangen werden.

Die Kohlenkatastrophe.

In der gestrigen Stadtratsitzung stellte Stadtrat Schmid folgenden Antrag: Die Kohlennot ist in Deutschösterreich und besonders in Wien zu einer Katastrophe geworden, und es muß alles aufgeboten werden, um dem Brennstoffmangel wenigstens teilweise abzuwehren, daher muß auch auf solche Brennstoffe gegriffen werden, die bisher als minderwertig kaum in Betracht gezogen wurden. Dies gilt insbesondere auch vom Torf, der sich in Deutschösterreich in größeren Lagern vorfindet, hauptsächlich aber nur zur Erzeugung von Torfmüll und Torfstreu ausgenützt wird. Der Torf kann aber nicht nur als Dünger, ferner zu hygienischen und Isolationszwecken, sondern auch im Wege der Verkohlung, Verkokung und Brickettierung als Brennstoff zur Kesselheizung benützt werden. Da die Gemeinde in Schrems und Admont eigene Torfbetriebe besitzt, so wird beantragt, daß in den städtischen Betrieben zu Schrems und Admont Versuche gemacht werden, um die Eignung des dort lagernden Torfes zur Verkohlung, Verkokung und Brickettierung festzustellen. Im Falle der Gelingen dieser Versuche wären geeignete Vorschläge behufs Erweiterung unserer Torfbetriebe zu erstatten.

Die Holzrahonierung.

Wie die Korrespondenz Herzog von informierter Seite erfährt, wird die Verordnung betreffend die Holzrahonierung unbedingt noch im Laufe dieser Woche erscheinen, um dem derzeit betriebenen Wucher mit Holz ein Ende zu machen. Die Nachrichten über die trostlose Kohlsituation haben beargwöhnlicher Weise den Ansturm des Publikums auf die ohnedies sehr geringen Holzvorräte noch bedeutend erhöht und bereits zu fabelhaften Schleichhandelspreisen geführt.

Die gestern im Präsidium der Landesregierung unter Vorsitz des Oberforstrates Adam abgehaltene Sitzung hat die Richtlinie der hinauszuweisenden Verordnung festgestellt, sich jedoch mit Rücksicht auf eine Reihe nicht zu umgehender schwerer Einriffe in das Privatrecht veranlaßt gesehen, vorher noch bei der Finanzprokurator die diesbezügliche Äußerungen einzuholen. Die Landesregierung ist bemüht, ein gewisses Mindestkontingent an Holz für Wien zu erlassen und auch nach Wien zu bringen. Dieses Quantum wird zu möglichst billigen Zwangspreisen an die Bevölkerung abgegeben werden, wobei unbedingt ein Preis von höchstens rund 40 Heller pro Kilogramm verstanden wird. Alle jene, die sich bereits mit Holz eingedeckt haben, werden von dem rahonierten Holz nichts erhalten, und werden die Behörden sich davon überzeugen, ob nicht auch Parteien die Holzkarte in Anspruch nehmen, die sich bereits mit Brennholz versehen haben.

Theodor Storms sämtliche Werke in acht Bänden. Herausgegeben von Albert Köster. Erster Band. Im Insel-Verlag zu Leipzig. Preis geheftet M. 6.—, in Halbleinen M. 9.—, in Kalbpergament M. 13.50.— Der vorliegende Band ist der erste einer auf acht Bände berechneten Ausgabe von Theodor Storms sämtlichen Werken. Er bietet neben einer Einleitung, in der zahlreiches ungedrucktes Material verwertet ist, zunächst die von Storm selbst nach strengster Kritik anerkannten und zusammengefaßten Gedichte in einer neuen Anordnung, eine Nachlese von zerstreuten und ungedruckten Gedichten, sowie zehn Novellen aus der Frühzeit und den Potsdamer Jahren. Die Grundsätze dieser Ausgabe, die der Herausgeber, der bekannte Leipziger Literaturhistoriker Albert Köster, in den Berichten der Sächsischen Gesellschaft der Wissenschaften entwickelt hat, lassen erkennen, daß die Methoden wissenschaftlicher Editionstechnik hier zum erstenmal auf einen neueren Dichter angewendet wurden. Es galt, den Text der Stormschen Dichtungen von den Willkürlichkeiten der Drucker zu befreien, wobei jedoch alle Eigenarten, die aus Storms Dialekt flossen, gewahrt geblieben sind. Indem der Herausgeber 220 Druck- und Handschriften bis auf den Buchstaben und die Interpunktionszeichen verglich, war es ihm möglich, den Text an mehr als 1550 Stellen zu berichtigen und damit den ganzen Rhythmus, die letzte, aber auch entscheidende Reinheit von Storms Vortrag wiederherzustellen. Mit dieser Ausgabe deren weitere Bände in

Die andauernde Kohlennot.

Eine wesentliche Änderung in der unheimlichen Kohlsituation ist auch im Laufe des gestrigen Tages nicht zu verzeichnen und die Gefahr von katastrophalen Einschränkungen im Verkehr und in den Industriebetrieben bleibt noch immer in bedrohliche Nähe gerückt. Aus Oberschlesien sind gestern 148 Waggons eingelangt, von denen der größte Teil den Bahnen zugewiesen werden mußte, da deren Vorräte vollständig erschöpft sind, so daß die Gefahr besteht, daß außer den schon durchgeführten Einschränkungen beim Schnellungsverkehr auch noch weitere Einschränkungen bei den Personenzügen Platz greifen müssen. Aber auch bei diesen geringen Zuschüben aus den obereschlesischen Revieren handelt es sich nur um solche Waggons, die irgendwo stehen geblieben waren, also nur sogenannte Nachzügler, da seit Montag die Verladung für Deutschösterreich nährlich eingestellt worden ist. Neue Transporte aus Oberschlesien dürften auch dann, wenn der Streit beigelegt werden sollte, nicht so bald zu erwarten sein, da diese immerhin einige Zeit brauchen, bis sie nach Wien gelangen. Das Staatsamt für öffentliche Arbeiten hat sich, wie uns mitgeteilt wird, an die deutsche Regierung mit dem Ersuchen um Zuweisung von Kohlen aus dem Ruhrrevier gewendet, was aber mit dem Hinweis darauf abschlägig beschieden wurde, daß zurzeit Deutschland selbst unter großem Kohlenmangel leidet und von der Gefahr weitgehender Einschränkungen in den Industriebetrieben und im Verkehr bedroht wird.

Aus dem Ostrau-Karwiner Revier liegt die Meldung vor, daß sich die Ergebnisse in den Fördermengen in der letzten Zeit einigermaßen gebessert haben. Im verfloffenen Monat Juli sind dort 6.146.423 Meterzentner gegen 5.655.411 Meterzentner im Juni gefördert worden, womit die Kohlenproduktion im Revier seit dem Ansturz das erstemal die Ziffer von sechs Millionen Meterzentner überschritten hat. Die von dort einlangenden Kohlenmengen bleiben aber trotzdem sehr minimal, und auch gestern sind aus Ostrau nur 105 Waggons eingetroffen, die dem städtischen Gaswerk überwiesen wurden. Da auch weiter die Einkäufe von böhmischer Braunkohle sehr gering sind, hat das Staatsamt für öffentliche Arbeiten angeordnet, daß vorläufig nur die Spitäler, die wichtigsten Approvisionierungsgewerbe und die Kleinkohlenhändler Kohlen zugewiesen bekommen, während für industrielle und gewerbliche Betriebe die Belieferung ein für allemal eingestellt wurde. Die Sorge muß eben sein, den Eisenbahnbetrieb wenigstens in beschränktem Ausmaß noch aufrecht zu erhalten, und den Betrieb der wichtigsten Approvisionierungsgewerbe für einige Zeit sicherzustellen, da man vorläufig nicht weiß, wie man über die schwere Krise hinwegkommen wird. Was die amerikanische Kohle betrifft, so haben wir bereits vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß auf Grund der Preisstellungen, wie sie für einige deutsche Städte vorliegen, für Deutschösterreich das Kilogramm auf 1.20 Kronen zu stehen kommen würde. Nach den Mitteilungen, die im Stadtrat gemacht wurden, zeigt sich, daß unsere Berechnung eher zu niedrig war, da sich auf Grund dieser Offerten das Kilogramm Kohle auf 1.60 Kronen stellen würde. Man wird aber, wenn die Kohle zu bekommen ist, trotzdem nicht davor zurück-

schrecken, auch diese finanzielle Last auf sich zu nehmen, um Wien vor der äußersten Katastrophe zu bewahren. In Prag unterhandelt gegenwärtig Ministerialrat Dr. Hlož mit der tschecho-slovakischen Regierung wegen einer besseren Kohlenbelieferung, und es bleibt das Resultat, das erzielt werden kann, noch abzuwarten.

Kommt Kohle aus Böhmen?

Paris, 21. August. (Agence Havas.) Nach dem „Matin“ verpflichtete sich die Tschecho-Slowakei, Deutschösterreich die nötigen Kohlen zu liefern. Der Orient-Express hat gestern abend seinen Dienst wieder aufgenommen und verkehrt wie bisher.

Prag, 21. August. (Telegraphenkompanie.) Wie das „Prager Tagblatt“ erzählt, hat die amerikanische Mission beim Präsidenten Masaryk vorgesprochen, um die Führung dreier Schnellzüge in der Woche nach Wien durch Kohlenlieferungen wieder zu ermöglichen. Der Präsident hat die Kohlenlieferungen zugesagt, es wird nur noch die Antwort der deutschösterreichischen Regierung abgewartet, die noch im Laufe des heutigen Abends oder längstens morgen vormittag eintreffen dürfte, worauf der Schnellzugsverkehr mit Wien wieder aufgenommen werden kann.

Torf als Brennmaterial.

Auch in der gestrigen Stadtratsitzung wurde neuerlich über die andauernde Kohlennot beraten. Stadtrat Schmid stellte dabei folgenden Antrag: Die Kohlennot ist in Deutschösterreich und besonders in Wien zu einer Katastrophe geworden und es muß alles aufgeboten werden, um dem Brennstoffmangel wenigstens teilweise abzuwehren, daher muß auch auf solche Brennstoffe gegriffen werden, die bisher als minderwertig kaum in Betracht gezogen wurden. Dies gilt insbesondere auch vom Torf, der sich in Deutschösterreich in größeren Lagern vorfindet, hauptsächlich aber nur zur Erzeugung von Torfmüll und Torfstreu ausgenützt wird. Der Torf kann aber nicht nur als Dünger, ferner zu hygienischen und Isolationszwecken, sondern auch im Wege der Verkohlung, Verkolung und Brickettierung als Brennstoff zur Kesselheizung benützt werden. Da die Gemeinde in Schrems und Admont eigene Torfbetriebe besitzt, so wird verlangt, der Stadtrat wolle beschließen, daß in den städtischen Betrieben zu Schrems und Admont Versuche gemacht werden, um die Eignung des dort lagernden Torfs zur Verkohlung, Verkolung und Brickettierung festzustellen. Im Falle des Gelingens dieser Versuche wären geeignete Vorschläge zur Erweiterung unserer Torfbetriebe zu erstatten.

Die Holzrationierung unmittelbar bevorstehend.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll die Holzrationierung unbedingt noch in dieser Woche erscheinen, um dem Wucher mit Holz ein Ende zu machen. Die Landesregierung arbeitet gegenwärtig daran, ein gewisses Mindestkontingent an Holz für Wien zu erfassen und auch nach Wien zu bringen. Dieses Quantum soll zu möglichst billigen Zwangspreisen abgegeben werden, wobei unbedingt ein Preis von höchstens 40 Heller pro Kilogramm verstanden wird. Was die Herkunft des Holzes betrifft, so denkt man zunächst an den Wienerwald sowie an die Wälder an der Donau.

Der Vertreter des Niederöstr. Bauernbundes, der der heutigen Sitzung im Präsidium der Landesregierung beimohnte, sprach die volle Bereitwilligkeit der Bauernschaft aus, helfend einzugreifen und bat nur um den Schutz des geringen Waldbesitzes der Kleinbauern. Die Landesregierung will auch an die Arbeiterräte in der Provinz appellieren, helfend einzugreifen, um jeder Umgehung der Zwangsverordnung zu begegnen. Was die zu erwartenden Holzrationen betrifft, so wird es angesichts der geschilderten Transportchwierigkeiten gut sein, keine allzu großen Hoffnungen zu erwecken, zumal auch Verraubungen von Holztransporten befürchtet werden müssen.

Die Schuld an unserer Kohlennot.

Eine aufklärungsbedürftige Frage.

Die Kohlenkrise dauert an. Bisher hieß es immer, unsere Regierung hätte wohl von den maßgebenden Stellen der Nachbarstaaten mündliche und schriftliche Zusicherungen für ausreichende Kohlenzufuhr erhalten, aber die Lieferungen seien in stark vermindertem Ausmaß eingetroffen, wenn nicht gänzlich ausgeblieben. Nun wurde gestern in einer Meldung die Schuld den Wiener Amtsstellen zugeschrieben.

Demgegenüber wird vom Staatsamt für Verkehrswesen geltend gemacht, daß gegen die Verteilung der Kohle auf die einzelnen Bahnlinsen schon deshalb keine derartigen Vorwürfe erhoben werden können, weil die Entente missionen bisher noch gar keine Gelegenheit hatten, sich von der Lieferungs ziffer und der Aufteilung der Kohle zu überzeugen. Sie werden erst heute in die Statistik Einsicht nehmen. Von der Kohle wurden bisher durchschnittlich 87% der zugesicherten Menge geliefert. Die Steinkohlenlieferung für die Schnellzüge ist in der ersten Hälfte August bis auf 23% der erforderlichen Menge gesunken. In früheren Monaten wurde der Ausfall durch Steinkohle aus den oberschlesischen Revieren gedeckt. Dies ist aber wegen des dortigen Streiks nicht mehr möglich.

Auf Ersuchen des Staatsamtes für Verkehrswesen hat gestern eine amerikanische Kommission beim Präsidenten Masaryk vorgeschlagen, um die Aufrechterhaltung des Entente-Schnellzuges zu ermöglichen. Dieser wird auch tatsächlich heute zum erstenmal wieder verkehren, da infolge der Bemühungen der amerikanischen Kommission in Prag heute 28 Waggons Steinkohle aus Ostrau zur Wiederaufnahme dieses Schnellzuges eingelangt sind. Die Aufnahme der Schnellzüge Wien-Prag kann erst erfolgen, wenn auch für sie die nötige Kohlenmenge einlangt.

Der gesamte Kohleneinlauf hat sich gegenüber den Vortagen nicht gebessert. Aus Ostrau kamen nur die für den Ententeschnellzug bestimmten Waggons mehr an und die Lieferung aus Oberschlesien ist gleich unbefriedigend wie gestern.

Soweit die Verkehrsamtsdarstellung. Es bleibt die Frage offen, welche deutschösterreichische Amtsstelle für die unhaltbaren Verhältnisse die Verantwortung trägt. Darüber muß bald Klarheit geschaffen werden. Die Bevölkerung hat dieses Versteckenspiel endlich satt. Es geht nicht an, durch ungerechtfertigte Ausrede auf andere Regierungen Deutschösterreich vor dem ganzen Auslande um seinen letzten Kredit zu bringen und vielleicht noch neue Schwierigkeiten zu schaffen. Ist die Prager Regierung ihren Verpflichtungen nachgekommen, wohin ist dann die Kohle gekommen? Ist trotz der Bereitwilligkeit der Tschechen nicht die erforderliche Kohlenmenge geliefert worden, wer hat dann die ausreichende Lieferung aus irgend einem Grunde verhindert?

Pachtung von Kohlengruben durch die Gemeinde Wien.

Im Stadtrat lag heute ein Uebereinkommen vor, das die Gemeinde Wien mit Frau Kamille de Maje, der Besitzerin der Kohlenbergbaue „Steinkohlenbergbau zu Hinterholz“, „Steinkohlenbergbau zu Groß-Hollenstein“, „Steinkohlenbergbau zu Rogelsbach“ und „Großfauerlesen“ abschließt. Die Besitzerin überläßt die Aufschließung, Zubarmachung, Förderung und Gewinnung von Steinkohle in ihren sämtlichen Gruben und Freischürfen. Als Kaufschilling verpflichtet sich die Gemeinde, während des Uebereinkommens des vom 1. Juli 1919 an zehn Jahre dauert, für jeden Meterzentner gewonnener verkaufsfähiger Kohle ein Entgelt von 30 Hellern zu entrichten. Die Gemeinde erwirbt mit einem Aktientapital von 15 Millionen Kronen 51% der Aktienanteile.

Nur die Bergarbeiter können uns retten.

Erklärungen des Staatssekretärs Zerbil.

Graz, 22. August. Staatssekretär Zerbil hat gestern die Funktionäre der Berghauptmannschaft Klagenfurt und der Revierbergämter Graz und Söben in der Burg in Graz empfangen und bei dieser Anlaß ihnen Nachstehendes mitgeteilt:

In den letzten Tagen der vorigen Woche erschien der amerikanische Oberst Goodgear, der bisher mit der Kohlenbewirtschaftung befaßt war, bei mir und teilte mir mit, daß die Arbeit unter seiner Leitung gestandene Kommission aufgestellt und durch eine internationale Kommission mit dem Sitz in Paris ersetzt wird. In dieser Kommission sind England, Frankreich, Italien, Polen, die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Amerika bis zum 1. September vertreten. Deutschland und Österreich haben in dieser Kommission keinen Vertreter, doch wurde Deutschland zugesichert, daß es einen technischen Sachverständigen für diese Kommission entsenden dürfe. Dem Staat Österreich ist auch die Entsendung eines solchen Sachverständigen bisher nicht zugestanden worden. Amerika soll deshalb nur bis zum 1. September in der Kommission vertreten sein, weil die Kohlenversorgung Europas eine europäische Angelegenheit sei, an der Amerika kein Interesse habe.

Nun haben wir natürlich das größte Interesse an dem Verbleiben Amerikas in dieser Kommission, weil gerade mit Rücksicht auf das Desinteressent Amerikas an der europäischen Kohlenversorgung wir uns von dem Vertreter Amerikas die weitestgehende Objektivität in dieser Kommission erwarten. Außerdem bedürfen wir ebenso wie Deutschland eines sachverständigen Vertreters bei dieser Kommission, damit wir wenigstens eine direkte Verbindung mit der internationalen Verteilungskommission haben. Ich habe daher im Wege des Staatsamtes des Außenministeriums diese beiden Forderungen beim Obersten Wirtschaftsrat in Paris angemeldet.

Oberst Goodgear teilte mir weiters mit, daß nach den über die Kohlenwirtschaft angestellten Studien um zweihundert Millionen Tonnen jährlich

mehr gefördert werden könnten,

wenn eine entsprechende Ausbeutung aller in Betracht kommenden europäischen Kohlenvorkommen Platz greifen würde. Die Entente lege daher den größten Wert darauf, daß jeder Staat seine Kohlenvorkommen so intensiv als nur möglich ausbeute und sie habe deshalb als Ansporn in die Richtlinien, die die Pariser Kohlenverteilungskommission für die Kohlenverteilung anwenden wird, die Bestimmungen aufgenommen, daß die einzelnen Staaten nur in dem Maße aus der gesamten europäischen Kohlengewinnung beliefert werden sollen, als sie sich selbst im Verhältnis ihrer Kohlenvorkommen an der allgemeinen europäischen Kohlenförderung beteiligen, das heißt wenn Österreich zum Beispiel nur 80 Prozent der Friedensförderung auszubringen in der Lage ist, so wird Österreich nicht nur aus den eigenen Kohlenrevieren durch den Rückgang der Förderung weniger Kohle erhalten als im Frieden, sondern es wird auch für diesen Rückgang der Förderung noch dadurch bestraft, daß es dementsprechend auch weniger Kohle aus der allgemeinen europäischen Kohlengewinnung zugewiesen erhält. Bedenkt man, daß Österreich nur über so wenig Kohlenvorkommen verfügt, daß es nur 12 Prozent des Bedarfs zu bedenken hat, und daß auch bei intensivster Ausnützung der Kohlenvorkommen als eine wesentliche Besserung der trostlosen Situation in der Kohlenversorgung Österreichs nicht zu denken ist, daß eine Besserung vielmehr nur durch Einlieferung von Kohle aus anderen Staaten erzielt werden könne; bedenkt man weiter, daß bei der Unterernährung unserer Bergarbeiter und der sonstigen Wirtschaftslage in unseren Bergbaubetrieben es trotz aller Anstrengungen sehr schwer fallen wird, die Friedensförderung überall zu erreichen, so wird es klar, daß diese Bestimmung in den Richtlinien für die Verteilung der Kohle aus nicht österreichischen Revieren

eine besondere Härte für Österreich

bedeutet. Auf diesen Einwand wird von der Entente erwidert, daß sie auf der sofortigen weitestgehenden Ausnützung aller europäischen Kohlenvorkommen, so klein sie auch sein mögen, unbedingt bestehen müsse und daß sie nach dem Grundsatz „Gott hilft dem, der sich selbst hilft“ von dem festgesetzten Richtlinien nicht abgehen könne. Aus dem können die Herren entnehmen, welcher Gefahr wir entgegengehen, wenn wir nicht in kürzester Zeit die Friedensförderung und die Friedensleistung erreichen. Dies kann erreicht werden:

1. Durch Erschließung neuer Kohlenvorkommen in Österreich;
2. durch eine Vermehrung der Arbeiterschaft im Bergbau und
3. durch eine Vermehrung der Leistungsfähigkeit.

Was die

Erschließung neuer Kohlenvorkommen

anlangt, so habe ich gemäß einer in der Nationalversammlung seinerzeit abgegebenen Erklärung dahingewirkt, daß durch entsprechende Investitionen die Förderung in verschiedenen Bergbaurevieren gesteigert, durch Eröffnung neuer Grubenfelder ein gesteigerter Ertrag erreicht wird. Dies gilt insbesondere von der Wolfsgraben-Trauntalergarbe, wo unter Beteiligung des Staates und des Landes Oberösterreich fünfzehn Millionen investiert werden, und von dem Kohlenvorkommen im Bezirk von Bosco de Majo, in der Nähe von Lung und Pöls, wo gleichfalls unter Beteiligung des Staates, der Gemeinde St. Pöllen und verschiedener Interessenten im politischen Bezirk Amstetten mit diesen Mitteln neue Gruben in Erschließung begriffen sind. Auch bezüglich einer rationaleren Ausnützung der Kohlenvorkommen im Grazer Becken habe ich das Erforderliche veranlaßt. Nach die Vermehrung der Arbeiterschaft ist in den einzelnen Revieren soweit als möglich durchgeführt, leider ist dabei mitunter eine Grenze dadurch gezogen, daß es an Unterlunftsgelegenheiten für die Arbeiter gebricht. Und das ist jetzt ihre Aufgabe, der Bergarbeiterschaft die Situation, die ich vorhin geschildert habe, zur Kenntnis zu bringen und darauf hinzuwirken, daß die Tagesleistung jedes einzelnen nach Möglichkeit gesteigert werde. Ich bin mir bewußt, daß die Bergarbeiterschaft

unter dem Mangel an Lebensmitteln schwer leidet.

Ich habe aber auch aus der Fühlungnahme mit der Bergarbeiterschaft die feste Überzeugung erhalten, daß die Bergarbeiterschaft in Treue zur jungen Republik stehend, die Lasten auf sich nehmen und helfen wird, um die so drohende Gefahr abzuwenden und den Bestand der Republik nicht zu gefährden, denn daran, daß wir genügend Kohle zur Verfügung haben, hängt heute alles. Ein Winter, der uns in dem jetzigen Zustand der Kohlenversorgung treffen würde, wäre unerträglich. Wie sollen wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen, wenn es uns an dem Stoff fehlt, die Betriebe zu erhalten und neu in Schwung zu

bringen. Was nützen uns die Lebensmittel, die uns die Entente zuschiebt, wenn es uns an Heizmaterial gebricht, sie zu verbrennen? Und wie verheerend auf die Volksgesundheit muß es wirken, wenn wir nicht imstande sind, die Wohnstätten wenigstens notwendigerweise zu beheizen? Ein solcher Zustand müßte die ganze Bevölkerung zur Verzweiflung bringen, und ich sage nicht zu viel, wenn ich behaupte,

daß die ruhige Entwicklung Österreichs heute auf den Schultern der Bergarbeiterschaft ruht.

Ich habe all dies, als ich in Feldkirch war, durch den Staatskanzler dem Ministerpräsidenten Clemenceau mitteilen lassen, ich habe noch eingehender Schilderung unserer Lage gebeten, man möge dem Deutschen Reich die Befreiung von fünfzehntausend Tonnen Saarkohlen erlassen und uns teils aus dem Saargebiet, teils aus Oberschlesien diese 15.000 Tonnen zuwenden, um eine drohende Katastrophe abzuwenden. Es hat bisher nichts genutzt. Wir haben unabhängig mit der Tschechoslowakei und mit Polen verhandelt und nur durch Anstrengungen jedweder Art ist es bisher gelungen, eine vollständige Stockung jedes Wirtschaftslebens zu verhindern. Aber wir leben sozusagen von der Hand in den Mund und auf die Dauer ist dieser Zustand unerträglich. Dazu steht zu befürchten, daß durch den großen Streik in Oberschlesien auch die bisherigen Zuschüsse aus diesen Revieren in den letzten Tagen dieser Woche ausbleiben werden. Auch für Deutschland wird dieser Streik von der verhängnisvollsten Wirkung sein, denn die internationale Kohlenverteilungskommission hat festgelegt, daß bei Beurteilung der Förderungsmöglichkeit

Streiks für sie keine Entschuldigungsverboten.

Nach all dem, was ich den Herren eröffnet habe, hängt nunmehr das Maß, in dem wir mit Kohle beliefert werden sollen, in erster Linie von uns ab. Wenn es uns gelingt, durch rationellere Ausnützung der bisher in Exploitation stehenden Kohlenvorkommen, durch Erschließung neuer Reviere, durch Vermehrung der Arbeiterschaft und durch Anspannung der Arbeitskraft die Friedensförderung zu erreichen oder sie zu überschreiten, so wird nach den Richtlinien der internationalen Verteilungskommission auch die Zuteilung aus den Revieren der Nachbarstaaten eine entsprechende sein, und es steht dann zu erwarten, daß wir nicht einen Winter der Verzweiflung durchmachen müssen.

Und nun meine Herren, wollen Sie all dies der Bergarbeiterschaft zur Kenntnis bringen und ihr mitteilen, daß ich die bringende Bitte an alle richte, in Erfassung des Ernstes der Situation und durch Anspannung ihrer Arbeitskraft zu helfen, die Gefahr eines wirtschaftlichen Zusammenbruches abzuwenden.

Die Kohlenkrise.

Hoffnung auf eine Besserung der Zufuhren.

In der unleidlichen Kohlen-situation ist gestern eine leichte Entspannung eingetreten. Ministerialrat Dr. Kloss aus dem Staatsamt für öffentliche Arbeiten, der mit der tschechischen Regierung über eine bessere Kohlenversorgung unterhandelte, ist gestern wieder in Wien eingetroffen, und das Ergebnis seiner Bemühungen ist ein neuer Vertrag, mit welchem die Lieferungen von bestimmten Kohlenmengen an Deutschösterreich bis zum 31. Dezember vereinbart wurden und dessen Verlängerung bis zum 31. März des nächsten Jahres vorgesehen ist. In dem Vertrag werden, wie Dr. Kloss mitteilt, bestimmte Liefermengen für den Wiener Haus- und Küchenbrand, für die Eisenbahnen und für die städtischen Werke festgesetzt, wogegen sich Deutschösterreich verpflichtet, im Kompensationswege Waren und Demobilisierungsgüter an die tschechische Regierung zu liefern. Bestimmt wurde, daß die Kompensationswaren in einem bestimmten Prozentverhältnis zum Werte der jeweilig in einem jeden Monat gelieferten Kohlenmenge stehen müsse, wobei die ausbrüchliche Zusage gegeben wurde, daß die entsprechenden Kohlenlieferungen aus der tschechischen Republik nach Deutschösterreich schon in der aller-nächsten Zeit beginnen werden.

Diese Zusage läßt immerhin die Hoffnung aufreizen, daß wir auch diesmal über den toten Punkt hinübergeleitet werden, wenn gleich auch zu verfrühten rosigen Erwartungen kein Anlaß vorliegt. Zunächst haben wir bei solchen Versprechungen und Verträgen schon mehrmals recht unangenehme Erfahrungen gemacht, und dazu kommt jetzt noch der Umstand, daß, wenn in Böhmen einmal die Häbenernie begonnen, haben wird, neue Schwierigkeiten im Transport unvermeidlich sein werden. Schon im Frieden erlitt dabei der Verkehr arge Hemmungen und sie werden in diesem Herbst, wo mit vollkommen abgenügtem und unzulänglichem Eisenbahnmateriale bestimmt gerechnet werden muß, wahrscheinlich viel größer sein. Wir haben gestern an den Zahlen der Förderungs-ausweise im Ostrauer Revier gezeigt, daß im verfloffenen Monat die geförderte Kohlenmenge im Vergleich zu früheren Ergebnissen immerhin eine Steigerung aufweist, so daß die Vermutung nahe liegt, daß die Kohlenkrise vor allem auch eine Transportkrise sei. Ministerialrat Dr. Kloss bestätigt nun diese Auffassung, indem er darauf hinweist, daß in Böhmen vielfach verfügbare Kohle vorhanden ist, daß es jedoch an dem genügenden Wagenpark für den Abtransport mangelt. So bekommen wir auch jetzt die Säulen, die sich die alte Monarchie im Eisenbahnwesen zu schulden kommen ließ, hat zu spüren. Man hat bei den Investitionen für die Eisenbahnen gespart, und die alten Fahrbetriebsmittel immer nur höchst unzulänglich ergänzt, so daß der Zusammenbruch bei den gewaltigen Transportleistungen während des Krieges um so rascher und sicherer kommen mußte. Dazu sind unsere Reparaturwerkstätten für die Eisenbahnen technisch rückständig, und auch die Bezahlung des mit den Reparaturen betrauten Personals, die bei den Bahnen weit hinter der in der Privatindustrie üblichen Entlohnung zurückbleibt, übt auf die Arbeitsleistung einen ungünstigen Einfluß. Man darf also unter solchen Umständen nicht verkennen, daß, soweit die Kohlenkrise mit der Transportkrise zusammenhängt, ihre Besserung auf ungewein große Schwierigkeiten stößt. Auch die Bemühungen der alliierten Eisenbahnmission in Wien, die sich sofort, als ihr die kritische Lage unserer Bahnen bekannt wurde, mit ihrer Vertretung in Prag in Verbindung setzte, hat vorläufig den Erfolg gehabt, daß die tschechische Regierung den deutschösterreichischen Eisenbahnen sofort eine größere Menge an Steinkohlen zur Verfügung stellte und sich zur Lieferung von täglich 500 Tonnen verpflichtete, womit der Verkehr wieder gesichert werden konnte. Auch von der deutschen Regierung ist gestern die Verhandlung eingelangt, daß

sich die Verhältnisse in Oberschlesien allmählich klären, so daß die Hoffnung besteht, daß man nächste Woche wieder mit der Verladung von Kohlen nach Deutschösterreich beginnen könne. So besteht also augenblicklich wieder die Hoffnung, daß uns das Vergste, das uns drohte, erspart bleiben dürfte und daß die Stadt Wien vor allem von den Schrecken einer neuen fürchterlichen Heimsuchung verschont bleiben werde. Eine rosige Stimmung freilich läßt dieser schwache Lichtblick keineswegs aufkommen und die schwere Sorge für den kommenden Winter bleibt bestehen, die uns immer wieder daran gemahnt, wie bellarm dieses Land und vor allem diese Stadt geworden ist.

Erschließung neuer Kohlenfelder durch die Gemeinde Wien.

Der Stadtrat hat gestern den Beschluß gefaßt, daß die Gemeinde Wien das bisher völlig brach gelegene Kohlengebiet der nördlichen Kalkalpen in Niederösterreich für die Kohle-gewinnung erschließen möge. Die städtischen Elektrizitätswerte haben die Verhandlungen im Februar d. J. begonnen, die sich mit Rücksicht auf die notwendigen sachmännischen Untersuchungen, probeweisene Erschließungen und anfänglich widerstreitenden Lokalinteressenten sehr langwierig gestalteten. Schließlich ist es dennoch gelungen, bei den Verhandlungen, die unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Krennmann stattfanden, ein volles Einvernehmen zu erzielen. Dem vom Stadtrat Breitenner erstatteten Referat und den vom Direktor Karol gegebenen Aufschlüssen ist darüber zu entnehmen:

Der in Betracht kommende Bergbau, dessen derzeitige Eigentümerin Frau Camilla de Majo ist, liegt in der Blaus- und Triasformation, ist seit längerer Zeit bekannt und geologisch oft bearbeitet worden. Er erstreckt sich von Gresten und Lung im Osten bis Grohau und Groß-Pollenstein im Westen und umfaßt ungefähr 25 Kilometer. Die abführenden Schichten sind mit 487 Freischürfen bedeckt, außerdem sind sieben alte, 60-einfache und 24 Doppelgrubenmaße verliehen. In diesem Gebiet sind folgende abführende Gebirgszüge sicher festgelegt: Ganz im Süden der Lunzer See-Zug, der vom Lunzer See durch das Hbbstal bis Götting führt und von dort südwestlich abstreicht. Der Pollenreithergzug von Lung bis Götting. Der Pramelreithergzug von Lung über Rogelsbach bis Groß-Pollenstein. Diese drei Ätze bilden ein geschlossenes Ganzes. Nördlich davon befindet sich in einer Separatmulde das Schurgebiet vom Oberland, welches aber noch wenig erschlossen ist. Nördlich von diesen Ätzen erstreckt sich schließlich vom Grohau im Westen über Waibhofen und Hinterholz bis Gresten im Osten das Blausvorkommen der sogenannten Grestenerschichten. In diesen Flözgruben wird schon von altersher Bergbau auf Steinkohle betrieben, doch bisher nur mit ganz unzureichenden Mitteln. Die Kohle selbst ist eine sehr gute Steinkohle von 5600 und 7200 Kalorien Heizwert. Die besseren Gänge eignen sich zur Gaserzeugung, sie sind koksbar und typische Schmiedekohle. Die Kohle der Grestenerschichten ist weich und zerfällt, die Kohle der Grestenerschichten ist kompakt, ergibt einen größeren Sortenfall und wird daher auch als Hausbrandkohle Verwendung finden können. Die eingeholten Gutachten stimmen darin überein, daß es möglich wäre, die Förderung noch im laufenden Jahre auf täglich zehn Waggons zu bringen. Ueber die weitere Entwicklung gehen die Ansichten auseinander, doch äußern sich vorsichtige Experten dahin, daß es gelingen werde, binnen Jahresfrist mindestens zwanzig Waggons täglich zu fördern. Bei sehr weitgehender Aufschließung, die allerdings den maschinellen Betrieb zur Voraussetzung hat, kann auch eine wesentlich darüber hinausgehende Steigerung erhofft werden.

Ueber die finanzielle Gestaltung dieses Projektes ist nachstehendes hervorzuheben: Es wird eine Aktiengesellschaft mit dem Kapital von 15 Millionen Kronen gegründet, an dem die Gemeinde Wien mit 51 Prozent beteiligt sein wird. Das Staatsamt für Handel und Gewerbe hat eine Subvention von 500.000 Kronen zugesagt. Für eine umfassende Aufschließung des gesamten Bergbaubereiches wird allerdings ein größerer Betrag, und zwar mindestens 24 Millionen Kronen nötig sein, doch dürfte für die ersten Jahre das vorhandene Kapital genügen, von welchem vorerst 4 bis 5 Millionen Kronen eingezahlt werden sollen. Das Einkommen mit der gegenwärtigen Besitzerin ist im Wesen ein zehnjähriger Pachtvertrag, der eine Abgabe von 30 Heller für den Meterzentner geförderter verlaufs-fähiger Kohle auf den bereits verlehnten oder auf Grund von erstellten Aufschlüssen zur Verleihung gelangenden Grubenmassen vorsieht. Der Gemeinde Wien und der von ihr errichteten Gesellschaft steht eine Option auf weitere zehn Jahre unter den gleichen Bedingungen zu. Ebenso sind Bedingungen wegen kaufweisem Übergang des gesamten Bergbaubereiches nach Ablauf von acht Jahren getroffen worden.

Der Referent bedauerte schließlich, daß die gegenwärtige Gesetzgebung nicht die Handhabe bietet, diese trotz des großen Notstandes an Kohle so wenig ausgenützten Freischürfen kurzer Hand in Beschlag zu nehmen und daß auch das Sozialversicherungsgesetz noch tramer der Erledigung harret.

Krennmann verwies darauf, daß die Verhandlungen zu Beginn, als noch Lokalinteressenten den Pachtpreis hinauf-lättierten, sich ungemein schwierig gestaltet haben und daß die größte Fähigkeit aufgewendet wurde, um den vorliegenden Vertrag zu erwirken. Es war dies umso schwieriger, als in der ersten Zeit vom städtischen Elektrizitätswert selbst der Firma de Majo ein Anbot gestellt wurde, das wesentlich höher war, als das gegenwärtige.

Das Abkommen wurde einstimmig genehmigt.

27. VIII. 1919

130

Die Ausbeutung der Torfmoore.

Die Staatsverwaltung hat die ihr nach dem Abforstungsgesetze zustehende Berechtigung bekanntlich der alpenländischen Torfindustrie-Gesellschaft m. b. S. übertragen. Diese Gesellschaft ist mit den Vorarbeiten zur Auswertung der Torfmoore in Liffen in Kärnten, Wörtschach in Obersteiermark, Vamprechtshausen in Salzburg, Windischgarsten in Oberösterreich beschäftigt. Es soll auf diesen Mooren großzügig Brenntorf- und — soweit möglich Streutorf erzeugt werden, auf den ebenfalls in Einrichtung befindlichen Mooren in Gutlach und Maubli in Salzburg nur Torfstreu. Leider wird mit dem Torfstich erst im Frühjahr kommenden Jahres begonnen werden können. Im kommenden Jahre dürften, wie man in der Regierung annimmt, 600.000 Meterzentner Brenntorf und 30.000 Meterzentner Streutorf zur Verfügung stehen.

Der Holzeinschlag für den nächsten Winter.

Nachdem das Reichswirtschaftsministerium zur Hebung der heimischen Industrie und der Holzverarbeitenden Gewerbe sowie angesichts der drohenden Kohlennot für das Wirtschaftsjahr 1920 einen um $\frac{1}{2}$ höheren Einschlag Brennholz gegenüber demjenigen des Wirtschaftsjahres 1913 vorgesehen hat, hat, wie die „Korrespondenz Piper“ zu melden weiß, das Preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten die Regierungen mit entsprechender Anweisung versehen. Wenn bei der Einschlagsvermehrung namentlich Holzarten berücksichtigt werden müssen, nach denen größere Nachfrage herrscht, ist zunächst auf die Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz zu mäßigen Preisen allergrößter Wert zu legen, dann aber auch auf die Beschaffung von Schwell-, Papier-, Bau-, Möbel- und Tischlerholz und im Interesse des Bergbaues auf Grubenholz.

Beim Absatz von Brennholz ist dem Bedürfnis der Minderbemittelten durch freihändigen oder meistbietenden Verkauf mit beschränktem Käuferzutritt in erster Linie Rechnung zu tragen, auch die Fortführung des Betriebes der auf Holzbrand angewiesenen Bäckereien zu gewährleisten; erst wenn dem voll und ganz genügt ist, dürfen öffentlich meistbietende Verkäufe von Brennholz ohne Käuferbeschränkung abgehalten werden. Den gemeinnützigen Siedlungs- und Baugesellschaften ist das für ihre eigenen Bauten erforderliche notwendige Holz auch fernerhin zu Vorzugspreisen auf vorherige rechtzeitige Anmeldung zur Verfügung zu stellen. Anforderungen von Handwerker- und ähnlichen Verbänden auf Abgabe von Nugholz zur Wiederaufnahme der kleinen Betriebe sind wohlwollend zu prüfen; bei Bedürftigkeit kann die Ueberweisung von Holz zu einem mit dem Werte des Holzes verträglichen mäßigen Preise erfolgen. Holzabgaben zu Vorzugspreisen oder in festgesetzten Mengen an besondere Zweige der Holzverbrauchenden Industrien sind für den kommenden Einschlag nicht in Aussicht genommen.

Der Möglichkeit, daß ausländische Käufer unter Ausnutzung des niedrigen Marktkurses bestrebt sein werden, Holz einzukaufen, wird durch Ausfuhrverbote und sonstige Maßnahmen vorgebeugt werden. Zur Sicherstellung besonderer Abnehmerkreise sind Versteigerungen mit beschränktem Bieterkreise angeregt, z. B. Brennholz für den örtlichen Bedarf, Nugholz für kleinere Handwerker usw.

Mit dem Einschlag wird unter Heranziehung aller verfügbaren geeigneten Arbeiter baldmöglichst begonnen werden, damit schnellstens größere Holzmengen, insbesondere Brennholz, zum Verkauf gestellt und noch rechtzeitig, wenn angängig, unter Benutzung des Wasserweges, den Verbrauchsarten zugeführt werden können.

Vorwärts
27. VIII. 1919

132

Freigabe der Kartoffelbewirtschaftung?

Die landwirtschaftlichen Interessenten machen in der letzten Zeit eifrige Propaganda für die Freigabe der Kartoffelbewirtschaftung. Wie wir hören, soll sogar das preussische Landwirtschaftsministerium bereit sein, sich für die Aufhebung der Zwangswirtschaft einzusetzen. Die Sache sieht zunächst ganz harmlos aus, hat aber ihre sehr bedenklichen Seiten. Einmal läßt sich noch gar nicht beurteilen, ob die diesjährige Kartoffelernte so gut ausfallen wird, wie das nach dem guten Gedeihen der Frühkartoffeln, die von der günstigen Witterung der letzten Zeit außerordentlich profitiert haben, den Anschein hat. Ferner kommt hinzu, daß mit einer Freigabe der Kartoffelbewirtschaftung die Organisation der Versorgung stark gefährdet wird. Bisher wurden die riesigen Lebensmitteltransporte im engsten Einvernehmen mit der Eisenbahnverwaltung planmäßig bewerkstelligt. Die Planmäßigkeit der Versorgung wird gewiß nicht dadurch gefördert, daß dem freien Handel die Möglichkeit gegeben wird, die Kartoffeln je nach der örtlichen Marktlage an Plätze zu leiten, wo sie gar nicht verbraucht werden. Daraus entsteht nämlich eine Belastung für die Eisenbahn, die bei dem heutigen Kohlenmangel und den durch sie bedingten Transport Schwierigkeiten geradezu verhängnisvoll auf die Verteilung selbst zurückwirken muß. Ganz abgesehen davon, daß die Freigabe der Kartoffeln die Preise in die Höhe treibt — der Hafer ist seit seiner Freigabe auf das dreifache gestiegen! —, ist dann die große Frage, ob die Märkte, die der Kartoffeln am meisten bedürfen, auch ausreichend beliefert werden. Da wir immer noch auf die Einfuhr von Lebensmitteln angewiesen sind und es auch auf Jahre hinaus bleiben werden, aber nicht beliebig viel einführen können, ist es doch zweifellos sehr bedenklich, wenn man einzelne Lebensmittel einfach von der planmäßigen Bewirtschaftung ausschließt. Auch hier kann man aus der Freigabe des Hafers lernen. Verfüttern doch die Landwirte heute, nachdem der Hafer 2½mal so teuer ist wie das übrige Getreide, vielfach Brotgetreide, um aus dem Verkauf des Hafers recht viel zu erzielen. Dieser kommt an den Produzentenbörsen häufig stark mit Gerste gemischt auf den Markt. Ähnlich wird es auch sein, wenn die Kartoffelbewirtschaftung freigegeben wird. Auch hier würde dann das Interesse der Landwirte am Absatz zu erhöhten Preisen vor das Interesse an der allgemeinen Versorgung treten, das für die Reichsstellen allein entscheidend sein soll. Welche Folgen das für die Lebensmittelwirtschaft im allgemeinen haben würde, braucht hier nicht mehr dargelegt zu werden.

So gesehen, entpuppt sich die Forderung der landwirtschaftlichen Interessenten als ein Manöver, in die Lebensmittelbewirtschaftung weitere Bresche zu legen, bis dann die ganze Organisation wertlos wird. Das ist ein Spiel mit verdeckten Karten, vor dem nicht genug gewarnt werden kann.

Dem Verbraucher kann es nach dem Gesagten nicht zweifelhaft sein, wie er zu entscheiden hat. Wir möchten nur wünschen, daß das Landwirtschaftsministerium seine Stellungnahme nicht festlegt, ohne die Verbraucher, die nicht am Handel interessiert sind, vorher gehört zu haben, sonst dürfte es sich nur allzu bald erweisen, daß eine überstürzte Freigabe der Kartoffelbewirtschaftung den Volksinteressen geradezu ins Gesicht schlägt.

Die Beschlagnahme der Waldbestände Niederösterreichs.

Wie berichtet, spricht die gestern kundgemachte Verordnung der niederösterreichischen Landesregierung die Beschlagnahme sämtlicher Waldbestände Niederösterreichs hinsichtlich des Brennholzanfalles sowie der bereits geschlägerten Brennholzer, soweit sie sich noch in niederösterreichischen Revieren befinden, aus. Die einzelnen Wald-, beziehungsweise Holzbesitzer werden von den politischen Bezirksbehörden die Weisungen bekommen, an welche Gemeinden sie binnen einer bestimmten Frist ein bestimmtes Holzcontingent abzuliefern haben, das dann jede Gemeinde in ihrem Bereiche unter bestimmten Voraussetzungen dem Verbrauch zuführt.

Diese Verordnung bemüht sich bei aller Schärfe ihrer Bestimmungen, das ständige Zurollen von Holz in die Gemeinden, insbesondere nach Wien, in keiner Weise auch nur einen Tag zu stören oder gar zu unterbinden. Deshalb ist ihr Wirkungsbeginn um vierzehn Tage hinausgeschoben, damit in der Zwischenzeit die politischen Bezirksbehörden die Möglichkeit haben, jenen Wald-, beziehungsweise Holzbesitzern, die lieferungsbereite Mengen haben, die neuen Lieferungsempfänger bekanntzugeben. Ein besonderer Ansporn, rasch zu liefern, liegt darin, daß der Waldbesitzer seinen Wald nach Schlägerung und Ablieferung der vorgeschriebenen Menge automatisch wieder freikommt und nach diesem Zeitpunkt neue Lieferungsverträge mit Privaten auf Grund des freien Vertragsrechtes abschließen kann. Zum Freiwerden der Waldbestände genügt sogar schon die Bereitstellung des Brennholzes auf einem zufahrbaren Lagerungsort. Allerdings wird der Waldbesitzer im eigenen Interesse gut tun, selbst die Zufuhr zur nächsten Bohn-, beziehungsweise Schiffstation — selbstverständlich gegen Erfaß der Kosten — zu veranlassen, weil er bei der bloßen Bereitstellung noch vier Wochen die Gefahr trägt, was bei den jetzt zahlreichen Holzdiebstählen von nicht geringer Bedeutung ist.

Die Verordnung setzt bloß Höchstpreise für das Holz am Stocke fest, während die Kosten der Schlägerung und der Abfuhr der freien Vereinbarung im ortsüblichen Ausmaß unterliegen. Die stets wachsenden Arbeitslöhne werden zweifellos eine große Zahl von Arbeitslosen anlocken und das Ergebnis der Schlägerungen vervielfachen. Gegen säumige Waldbesitzer sind Zwangsmahregeln vorgesehen. Zuwiderhandeln gegen diese Verordnung und gegen Entscheidungen und Verfügungen, die auf Grund derselben erlassen werden, hat empfindliche Geld- und Freiheitsstrafen zur Folge.

Eine allgemeine Bewirtschaftung des Brennholzes ist nicht beabsichtigt. Der Handel mit Holz aus den übrigen Ländern Deutschösterreichs und aus dem Ausland ist frei. Die Regierung beabsichtigt lediglich, der Masse der arbeitenden Bevölkerung eine sichere Menge billigen Brennholzes zu verschaffen, ohne den Weltmarktpreis für Holz in Wien zu verschleiern und das ständige Zurollen auswärtiger Hölzer unnötig zu erschweren. Den Bedenken, daß das billige enteignete Holz keine Waggons und Schiffe zum Transport nach Wien finden und nur teures Holz kommen werde, ist dadurch die Grundlage entzogen, daß die niederösterreichischen Landesbahnen bereits den Auftrag erhalten haben, Gemeindeholztransporte auf Grund dieser Verordnung unter allen Umständen bevorzugt zu befördern, und daß an die übrigen Bahn- und Schiffsverwaltungen das gleiche Ersuchen gestellt werden wird, dem diese zweifellos nachkommen werden. Die Landesregierung wird sich auch an die Berufsorganisationen der Eisenbahner und Schifffahrt angestellten wenden, deren Mitwirkung und Unterstützung in diesem Belange erwünscht wird. Sache der Gemeinde Wien wird es nun sein, den gewaltigen Apparat aufzubringen, der die Holzmenagen rechtzeitig übernimmt und richtig und billig an die Verbraucher verteilt.

Heizung und Heizen.

Von Dipl.-Ing. E. Lakowitz.

Die übenden Spätsommer-Tage haben uns allsehr verweinet, nicht daran zu denken, daß ihnen kalte Tage folgen werden und daß wir in wenigen Monaten mit Schmerzen werden überlegen müssen, wie wir unsere Ofen heizen sollen. Wohl dem, der rechtzeitig vorzorgen konnte und irgend ein Brennmaterial sich auf dem Boden oder in dem Keller gelagert hat. Die Sorgen, die er sich beim Anlauf gemacht hat, werden sich lösen, sobald es im Zimmer warm ist, und er wird sehen, daß schließlich jeder Brennstoff brennt. Allerdings wird oft viel morgens der Ofen vollgefüllt wurde und dann schon artig ohne unser Zutun bis zum Abend weiterbrannte, ist es nicht, wenn im Kessel statt des Holz oder Drahtes Kohle und im Kessel Ofen statt eines technischen Einrichtungs, und seine richtige Bedienung verlangt technische Kenntnisse.

Doch vor der Frage: „Wie soll ich heizen?“ kommt die Frage: „Wo soll ich heizen?“ Auch die Wohnungsnot hat dafür ist uns schon leichter gemacht, denn die Wohnung hat dafür gesorgt, daß uns weniger Räume zur Auswahl stehen. Trotzdem wird es von wesentlicher Bedeutung für unsern material-Verstand und unsern Verstand sein, wenn wir uns über die wärmetechnischen Eigenschaften der uns zur Verfügung stehenden Räume erst einmal klar werden. Wärme ist eine Energie-Form, die wie alle Kräfte, wenn sie aus dem Gleichgewicht gebracht sind, das Bestreben hat, den früheren Gleichgewichtszustand wieder herzustellen. Es ist jedem bekannt, daß zwei Wasserbehälter, deren Spiegel auf verschiedenen Höhen liegen, sich auf eine Höhe einstellen, Aus dem gleichen Grunde eine Leitung verbunden werden. Das höhere Fluid hat die Tendenz, sich dem niederen auszugleichen, solange ihm das Bestreben, sich mit dem niederen auszugleichen, solange ihm so ist es mit der Wärme. Wird die Tür von einem warmen Raum zum benachbarten kalten geöffnet, so strömt die Wärme nach diesem solange ab, bis in beiden Räumen die gleiche Temperatur herrscht. Aber während es uns möglich ist, die Wärme zu unterbrechen und den Dampf abzusperren, können wir der Wärme nicht völlig den Fluß unterbinden. Alle Körper sind eben wärmeleitend, die einen bessere, die anderen schlechtere Leiter, und vor allem ist die Luft selbst wärmeleitend. So strömt ohne Unterbrechung vom wärmeren Raum zum kälteren die kalte Wärme, durch Dachstuhl- und Sandsteinmauern, Fensterglas und Holz, und wir heizen immer den kalten Winter tag draußer mit.

Aber die eingehenden Baustoffe verhalten sich bezüglich ihrer wärmedurchlässigkeit sehr verschieden. Zur schätzbarsten ist Glas.

So sind die Fenster die Hauptwärmeverluste, und es ist zu bedenken, daß schon ein Doppelfenster den Wärmeverlust der Fensterfläche auf die Hälfte herabsetzt. Gutes Schließen der Fenster, Verwahren der Undichtigkeiten, Vorhänge oder Vorläden können dem Abfluß der Wärme starken Widerstand entgegensetzen, wie überhaupt Wandoberfläche im Innern die Wärmewirkung in ähnlicher Weise mindert, wie eine äußere Verkleidung mit Breitem, Fennerreißig oder andern Stoffen. Genau so wie die Außenwände entziehen aber die an unbeheizte Nebenräume grenzenden Außenwände dem beheizten Raumes die Wärme. Es ist also bei der Wahl des zu beheizten Raumes auf die Flächenabmessung, Lage und Beschaffenheit der Außenwände und auf die benachbarten Räume zu achten. Ein Zimmer mit zwei Außenwänden, an offene Lichtschächte grenzende, über Vorfabriken liegende Räume sind zu vermeiden, Zimmer neben den Küchen, Vorräumen, Bädern zu bevorzugen. Von günstigem Einfluß sind in den Wänden hochgeführte Kamine und vor allem die über und unter dem eigenen Zimmer liegenden Räume, wenn sie beheizt werden. Es wird sich also sehr empfehlen, darauf Rücksicht zu nehmen, welches Zimmer der unter mir wohnende Hausgenosse beheizt, oder überhaupt vorher mit den übrigen Hausbewohnern sich ins Einvernehmen zu setzen. Ein gegenseitiges Entgegenkommen und eine wechselseitige Rücksichtnahme kann leicht dahin führen, daß in allen Stockwerken die übereinander liegenden Räume beheizt werden. Damit ist nur allen Mietern gebietet.

Eine viel geübte Sitte muß aber im Winter völlig aufgegeben werden: das Öffnen der Fenster in den dem beheizten Zimmer benachbarten Schlafräumen während des ganzen Tages. Wer sich einmal die Mühe macht, die Wärme-Verluste zu berechnen, wenn ein angrenzende Zimmer mit der Außenluft unmittelbar in Verbindung steht, und diese Wärme-Verluste in Kohlenverbrauch für den Monat umrechnet, der wird niemals mehr das Fenster des Schlafzimmers länger als unbedingt nötig offenlassen. Dabei ist dieses übertriebene Lüften ganz überflüssig. Öffnet man das Fenster eines warmen Zimmers, so strömt die warme Luft mit ziemlich großer Geschwindigkeit hinaus, denn die warme Luft hat eine höhere Spannung als die kalte Luft draußen, infolgedessen herrscht im warmen Raum ein „Überdruck“. Je länger der Austausch der warmen und kalten Luft dauert, je geringer also der Temperaturunterschied zwischen innen und außen ist, desto geringer wird auch der Überdruck und desto langsamer geht der Luftaustausch von statten. Schließlich hört er auf, wenn nicht dem Raum neue Wärme zugeführt wird. Diese Wärme wird den an die beheizten Räume grenzenden Umfassungswänden entzogen. Die Wände „kälten aus“. Das lange Lüften hat also gar keinen Zweck. Es wird das gleiche Ergebnis erreicht, wenn man nur wenige Minuten gründlich durchlüftet, aber es nicht dazu kommen läßt, daß den Wänden Wärme dauernd entzogen wird. Morgens und abends die Fenster einen Augenblick ordentlich aufzueren, genügt den äußersten hygienischen Anforderungen, vorausgesetzt, daß das Schlafzimmer nicht zugleich Aufenthaltsraum am Tage ist. Regelmäßige Ventilation sind oft bei

Stoketts und Speisefammern zu beobachten. Ist bei Stoketts auch eine stärkere Lüftung nötig, so wird es auch hier genügen, nur vorübergehend das Fenster zu öffnen. Bei Speisefammern liegt im Winter das Bedürfnis, das Fenster aufzusperrern, meist nicht vor. Beide Räume entziehen bei Nachlässigkeit ihrer Behandlung in wärmetechnischer Hinsicht der Wohnung mehr Wärme als man annehmen geneigt ist. Achtsamkeit bei der Wahl des zu beheizenden Raumes und auf alle wärmeraubenden Umstände wird mangelnden Brennstoff sparen helfen, der dem eigenen Wohlgegnen zugute kommen wird.

Auf die Frage: „Wie soll ich heizen?“ werden wir in einem zweiten Artikel antworten.

30. VIII 1919

30
175

Anfrage des StR. Körber:

Nur einige Monate trennen uns von der kalten, rauhen Winterszeit und die Sorge um das nötige Brennmaterial macht sich in jedem Haushalte immer mehr fühlbar. Aber auch für die Approvisionierungsgewerbe, insbesondere die Brotbäckereien, bedeutet der Mangel an Brennmaterial große Gefahr. Die Aussichten auf eine einigermaßen hinreichende Menge von Kohlen sind überaus traurige. Ich erlaube mir daher an den Herrn Bürgermeister die Anfrage zu richten, wie weit für die Aufbringung von Brennholz Vorkehrungen getroffen wurde?

Weiters stelle ich die Anfrage, ob es nicht zweckdienlich wäre, wenn ein Ausschuss von einigen Mitgliedern des Stadt- oder Gemeinderates gebildet würde, welcher sich mit der Aufgabe wegen Erfassung von Brennholz beschäftigen möchte?

In Beantwortung dieser Anfrage erklärt der Bürgermeister:

Es ist richtig, daß sich infolge der Kohlennot ein großer Verbrauch von Brennholz schon jetzt ergibt und hiedurch auch ein Mangel an Brennholz zu gewärtigen ist. Die Vorkehrungen, welche das Bezirkswirtschaftsamt, Stelle 8, zur Bekämpfung des Brennholzmangels getroffen hat, sind folgende: Der Einkauf des Brennholzes erfolgt durch Abschluß von Abstockungsverträgen mit zahlreichen Gutsbesitzern von Niederösterreich. Ein Teil des Bedarfes wird auch durch den waggonweisen Ankauf von bereits geschlägerten Holz gedeckt. Es sind die derzeit in Wien lagernden Holzvorräte durch die notwendige Beistellung des Ersatzes des Küchenbrandes durch Holz ständig in Schwinden begriffen und hält der Verbrauch mit dem Einkauf neuer Quantitäten nicht gleichen Schritt. Das Hauptaugenmerk des Amtes ist daher auf die möglichste Forcierung der Bringung des bereits geschlägerten Holzes nach Wien gerichtet. Auf Grund der Abstockungsverträge ist ein bedeutendes Quantum von Brennholz bereits der Gemeinde Wien gesichert, doch sind durch die Schaffung der neuen Landesholzstelle insofern Schwierigkeiten entstanden, als diese Stelle das Recht zur Beschaffung von Brennholz auch schließlich für sich in Anspruch nimmt und den freien Ankauf durch die Gemeinde Wien förmlich hindert. Es hat daher das Bezirkswirtschaftsamt, Stelle 8, diesfalls eine Vorstellung überreicht und auch mit dem Herrn Landeshaupmannstellvertreter Widholz Rücksprache gepflogen, doch ist bis jetzt eine endgültige Entscheidung in dieser Frage nicht erfolgt. Das Bezirkswirtschaftsamt, Stelle 8, wird das Hauptaugenmerk immer darauf richten, daß zumindest für die Bäckereien und sonstige in Approvisionierungsgewerbe Brennstoffe auf Lager gehalten werden. Ich habe übrigens gegen den Antrag des Herrn StR. Körber, bezüglich der Schaffung eines Ausschusses von einigen Mitgliedern nichts einzuwenden.

Vorwärts
1. IX. 1919

25
1
136

Kohlennot und Nahrungsmittelversorgung.

Die allgemeine Kohlennot bedroht auch die Nahrungsmittelversorgung des deutschen Volkes in hohem Grade. Die Nahrungsmittel müssen bekanntlich durch Verarbeitung in maschinellen Betrieben, wie Graupen- und Grießmühlen, Teigwarenfabriken usw., hergestellt werden; dabei ist man auf die größeren leistungsfähigen Betriebe angewiesen, die mit Maschinen arbeiten. So kann man bei der Graupenherstellung nicht auf Windmühlen zurückgreifen, und Werke, die mit Wasserkraft betrieben werden, stehen längst nicht so viel zur Verfügung, wie benötigt werden. Ueber die Nahrungsmittelmengen, welche notwendig sind, gibt nachstehende Tabelle Auskunft. Es wurden zur Nahrungsmittelversorgung für das neue Winterjahr angefordert:

	insgesamt in 1000 t	pro Monat in 1000 t
Teigwaren	140	11
Reis und Zwieback	21	1,8
Grieß	120	10
Hafernahrungsmittel	200	17
Graupen	240	20
Kindergerstenmehl	15	1,2
Kartoffelgö und Graupen	15	1,2

Da im vorigen Jahre die Aufrechterhaltung der Ernährung der Bevölkerung nur mit Hilfe der Nahrungsmittel möglich war, muß das Ausbleiben von Kohlen für die Nahrungsmittelbetriebe geradezu katastrophal auf diesen wichtigen Zweig der Lebensmittelversorgung wirken. Es muß daher unter allen Umständen, auch im Interesse der Ernährungslage, angestrebt werden, die Kohlenförderung zu heben.

3./IX. 1919

137

Der Vorsitzende gibt folgenden Antrag des **GN. Heinrich Schmid** und Genossen bekannt:

Die Kohlennot ist in Deutschösterreich und besonders in Wien zu einer Katastrophe geworden und es muß wohl alles aufgeboten werden, um den Brennstoffmangel wenigstens teilweise abzuheben. Es muß nunmehr auch auf solche Brennstoffe gegriffen werden, die bisher als minderwärtig, zu Heizzwecken nur spärlich Verwendung gefunden haben. Dies gilt besonders vom Torf, der sich in Deutschösterreich in größeren Lagern vorfindet, hauptsächlich aber nur zur Erzeugung von Torfmüll und Torfstreu ausgenützt wird. Der Torf kann aber nicht nur als Dünger, ferner zu

hygienischen und Isolationszwecken ausgenützt, sondern auch im Wege der Verkohlung, Verlokung und Brickettierung als Heizmaterial für Kessel verwendet werden.

Da die Gemeinde Wien in Schrems und Admont eigene Torfbetriebe besitzt, stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Stadtrat wolle beschließen, daß in dem städtischen Torfbetrieben zu Schrems und Admont Versuche gemacht werden, um die Eignung des dort lagernden Torfs zur Verkohlung, Verlokung und Brickettierung festzustellen. Im Falle des Gelingens dieser Versuche wären geeignete Vorschläge behufs Erweiterung unserer Torfbetriebe zu erstatten. (S. gesch. Behdlg.)

Schluß der Sitzung.

Die Kohlennot eine Transportfrage.

Der ungemein starke Kohlenmangel, der sich bei uns immer wieder zu einer regelrechten Katastrophe auszuwachsen scheint, ist nach den bisherigen Erfahrungen in den anderen Ländern eine internationale Erscheinung. Soweit man die Berichte darüber verfolgt, machen sich in Frankreich, England und selbst in Amerika Produktionsausfälle bemerkbar, die mit den allgemeinen Folgen des Krieges zusammenhängen. Fachleute haben auch bereits während des Krieges auf diese Schwierigkeiten, die nach dem Kriege eintreten werden, aufmerksam gemacht und sich mit der Frage einer rationelleren Ausnützung der Brennstoffe beschäftigt.

Mit dem ganz allgemeinen Rückgang in der Kohlenproduktion müssen wir rechnen, wenn wir genötigt sein werden, Auslandskohlen in stärkerem Maße für unsere Versorgung heranzuziehen. Nicht nur daß die einzelnen Länder ihre Abgabe aus Gründen der Eigenversorgung werden beschränken müssen, hängt auch die Preisgestaltung mit dem verminderten Angebot naturgemäß zusammen, durch die uns schließlich Grenzen bei der Einfuhr gezogen werden. Vor Kriegsausbruch hatten England, Deutschland, Frankreich, Belgien, Rußland und Oesterreich-Ungarn zusammen eine jährliche Steinkohlenförderung von rund 593 Millionen Tonnen, die im Jahre 1918 auf etwa 430 Millionen Tonnen gesunken war. Nachdem seit dieser Zeit weitere starke Ausfälle in der Kohlenförderung in England, Schottland und in Oberschlesien zu verzeichnen sind, dürfte der Förderungsausfall für das Jahr 1919 voraussichtlich eine weitere Verschlechterung zu verzeichnen haben. Von den 593 Millionen Tonnen, die in den genannten sechs Staaten vor Kriegsausbruch gefördert wurden, entfielen auf Deutschland allein 130 Millionen Tonnen. Dessen Fördermenge beträgt aber heute nur noch 55 Prozent, so daß, wenn man noch weiter mit der Tatsache rechnet, daß der ganze Versorgungsplan stark unter der Transportnot leidet, der Kohlenmangel Deutschlands Volkswirtschaft sehr stark ungünstig beeinflusst und daß sich daraus vor allem die mangelnden Zuschübe bei uns sehr leicht erklären lassen.

Bei der Wichtigkeit und Bedeutung, die der Deutschen Kohlenproduktion im Frieden zukam, ist es natürlich auch zu verstehen, wenn die deutschen Bahnen eine ganz ungeheure Leistung für die Versorgung mit diesem Brennstoff zu bewältigen hatten. Der Kohlentransport hat auf den deutschen Bahnen im Jahre 1912 etwa vierzig Prozent des gesamten Güterverkehrs ausgemacht und im Ruhrrevier allein betrug er sogar mehr als sechzig Prozent. Der Versand war am stärksten in den Sommermonaten, wo die Kohlevorräte für den industriellen und öffentlichen Bedarf angesammelt wurden, während im Herbst und Winter die Transportleistung schwächer wurde, weil mit dem Einsetzen der Ernte in jedem Jahre Waggomangel eintrat. Diese Schwierigkeit machte sich aber heuer bereits in den ersten Sommermonaten bemerkbar und in einzelnen Kohlenrevieren mußten bereits Halbenbestände angesammelt werden, die nicht abtransportiert werden konnten. Im Juli rechnete man tatsächlich mit 700 bis 2000 Wagen täglich, die für den Kohlentransport verlangt, aber nicht beigelegt werden konnten, und im August soll die tägliche Fehlziffer sogar bereits 5000 bis 6000 Wagen ausmachen.

Bei uns wurde in der alten Monarchie, so oft im Herbst Transport Schwierigkeiten eintraten, von den amtlichen Stellen der Waggomangel immer geleugnet. Wir hatten aber im Winter 1907 bis 1908 beispielsweise bei der Nordbahn unter so starken Transport Schwierigkeiten zu leiden, daß damals die Eisenwerke in Wittowitz allein 400 Wagen Kohlen mit der Achse verfrachten mußten, um ihren Betrieb aufrecht erhalten zu können, und die Industriellen alarmierten die gesamte Öffentlichkeit, um sie auf die Unzulänglichkeit der betriebstechnischen Einrichtungen unserer Eisenbahnen aufmerksam zu machen. Diese Mängel sind vor dem Kriege nirgends behoben worden und sowohl die baulichen Anlagen bei unseren Bahnen als auch die Zahl und die Ausstattung der Güterwagen und Maschinen blieben weit hinter den Anforderungen des Verkehrs zurück. Der gewesene Generalinspektor der österreichischen Eisenbahnen Dr. Gerstl hat sich damals ganz offen darüber beklagt, daß die Aufträge, die er den Privatbahnen zum Ausbau ihrer unzulänglichen Betriebsrichtungen wiederholt erteilte,

nicht eingehalten und vom Eisenbahnministerium sogar wiederholt aufgehoben worden sind. Daß bei uns mit Lokomotiven gefahren wurde, die dreißig bis vierzig Jahre in Betrieb waren, während anderwärts von Fachleuten die Abnützungszeit mit zehn Jahren festgesetzt ist, wurde wiederholt in der Öffentlichkeit beanstandet.

Während des Krieges war nun die Inanspruchnahme unserer Bahnen eine so gewaltige, daß man heute ruhig von einem betriebstechnischen Bankrott reden kann. Was noch an volldem Eisenbahnmateriale vorhanden ist, ist vollständig abgenützt und an der Grenze der Gebrauchsfähigkeit angelangt. Die Reparaturwerkstätten können heute ihre Aufgaben umso weniger bewältigen, weil auch hier die Widerleistung des Personals, die mit der schlechten Ernährung zusammenhängt, in Betracht zu ziehen ist. Wenn nun die Tatsache heute auch schon bei uns feststeht, daß in den Kohlenrevieren Kohle auf die Halde gestürzt werden muß, weil sie schon während des Sommers nicht wegtransportiert werden konnte, wie erst wird es im Herbst werden, wenn der Ernte- und Rübentransport unsere Bahnen belastet? Im „Vorwärts“ hat kürzlich Otto Hue eine internationale Regelung der Kohlenversorgung verlangt, die durch eine internationale Kommission bewerkstelligt werden müßte. Ihre Aufgabe müßte vor allem die Regelung der Transportfrage sein, die heute die allergrößte Schwierigkeit verursacht und die sich nur lösen läßt, wenn alle Staaten zusammenwirken, um den Gefahren, die uns drohen, rechtzeitig zu begegnen. Die Transport Schwierigkeiten, die uns schon im Frieden genug zu schaffen machten, bedrohen uns heute mit katastrophalen Folgen, wenn nicht rechtzeitig der Weg gefunden wird, wie sich durch Zusammenwirken aller Staaten die Krise beseitigen läßt.

Fr. L.

Die Wiener Kohlentatastrophe.

Vollständige Einstellung des Straßenbahnverkehrs. — Weitgehende Sparmaßnahmen.

Spät abends wird gemeldet:

Heute nachmittags fand unter Vorsitz des Staatskanzlers Dr. Kerner eine Beratung statt, die sich mit der ungünstigen Kohlenlage Wiens befaßte. An derselben nahmen Staatssekretär Ing. Zerdik und Unterstaatssekretär Dr. Ellenbogen, Landeshauptmann Sever, Bgm. Reumann und Bizeman, Emmerling, Polizeipräsident Schöber, Sektionschef Schüller, Min.-Rat Dr. Kloss, die Direktoren Karel und Menzel und die Referenten teil.

Staatssekretär Ing. Zerdik und Ministerialrat Dr. Kloss legten dar, daß von der gesamten Friedensförderung Europas derzeit nur mehr 60% erzeugt werden und Oesterreich kaum 10% seines Bedarfes aus eigener Produktion zu decken vermag, trotz aller Maßnahmen der Regierung. Die Tschecho-Slowakei hat für Wien seit geraumer Zeit nur zirka ein Viertel der vertragsmäßig zugesicherten Menge angeliefert. Die Polen können infolge der tschechischen Weigerung der Wagenaushilfe aus der Liquidierung faktisch nur täglich 500 Tonnen nach Wien senden. Deutschland liefert von dem vertragsmäßigen Quantum zirka 40 Prozent. Die Vorräte des Elektrizitätswerkes sind vollständig erschöpft, auch das Wiener Gaswerk kann seinen Betrieb nur zur Not aufrecht erhalten, ohne für den Winter vorsorgen zu können, und steht täglich vor der Gefahr der Einstellung. Der Küchenbrand kann nicht einmal zur Hälfte ausgegeben werden, Haus-

brandkohle überhaupt nicht. Die Ergebnislosigkeit aller Verhandlungen zwingen nun unverzüglich zu entscheidenden Maßnahmen.

Es wurde bestimmt, daß ab Sonntag, den 21. September l. J., früh, der elektrische Straßenbahnverkehr zur vollständigen Einstellung kommt, daß weiters alle Gast- und Kaffeehäuser sowie die Gastore um 8 Uhr abends gesperrt werden. Die elektrischen Aufzüge werden wieder außer Betrieb gesetzt, außer für Schwerverkranke. Die bisherigen Sparmaßnahmen für den Lichtverbrauch werden neuerdings eingeschärft. Voraussichtlich werden binnen Kürze auch die Betriebe von Industrie und Gewerbe, die Züchtungsbetriebe usw. von dem ohnehin fargen Bezuge elektrischer Energie ausgeschlossen werden müssen, wenn nicht eine Besserung der Kohlenbelieferung in aller kürzester Zeit zu erreichen ist.

Zur Beratung der Details der Durchführung dieser Maßnahmen findet Donnerstag, den 18. d. M., im Staatsamt für öffentliche Arbeiten um 5 Uhr nachmittags eine Konferenz mit den betroffenen Interessenten statt.

Unmittelbar nach Durchführung dieser Maßnahmen wird Staatssekretär Ingenieur Zerdik mit Sektionschef Schüller und Hofrat Dr. Kloss nach Prag und Berlin fahren, um durch mündliche Verhandlungen neuerlich den Versuch zu machen, diese Nachbarstaaten zu einer verstärkten Kohlenbelieferung zu bewegen, damit einem vollständigen Zusammenbruch vorgebeugt wird.

Die Gefährdung der Hauswirtschaften.

Der allgemeine Mangel an Brennmaterial bedroht auch die Hauswirtschaften. Daß wir im Winter kein Brennmaterial zum Heizen der Zimmer haben werden, ist leider schon bittere Gewißheit, aber es ist auch gar nicht zu ermessen, wie es in der kurzen Zeit bis zum Winter möglich werden soll, auch nur die bescheidenen Mengen für den Küchenbrand zu beschaffen, wie er bisher ausgegeben wird. Man muß heute schon damit rechnen, daß im Winter weder genug Kohle noch genug Holz beschafft werden kann, um es jedem Haushalt zu ermöglichen, zu kochen. Auch viele Tausende Kochherde werden im Winter verfallen müssen. Das Verhängnis ist unabweidbar und wir müssen uns heute schon mit der Frage befassen, wie die Bevölkerung vor dem Verhungern gerettet und ernährt werden kann, ohne daß die einzelnen Familien ihr Mahl zu Hause bereiten.

Auf Anregung des Staatssekretärs für Volksernährung fand in den letzten Tagen in diesem Staatsamt eine Konferenz statt, in der über diese Lebensfragen Wiens beraten wurde. An ihr nahmen auch Vertreter der Gemeinde Wien teil. Es wurden jene Maßnahmen erörtert, die getroffen werden können, falls die Haushaltungen in größerer Anzahl außerstande wären, sich die Mahlzeiten auf dem eigenen Herd zu bereiten. Bei dieser Besprechung wurde zunächst festgestellt, daß in den Wiener Kriegs- und Gemeinschaftsküchen aller Art bei turndringender Abgabe der Mahlzeiten im Notfall insgesamt gegen eine Million Menschen verköstigt werden können. Durch entsprechende Mehrzuweisung von Lebensmitteln sollen die Kriegsküchen in die Lage versetzt werden, allgemein auch Abendmahlzeiten abgeben zu können. Die Vermehrung der Anzahl der Küchenteilnehmer wird selbstverständlich eine entsprechende Erhöhung der Lebensmittelzuweisungen notwendig machen, für welche das Staatsamt für Volksernährung Sorge tragen will. Zur Bereitstellung der erforderlichen Materialien wurde von den Vertretern der zuständigen Stellen die Versicherung gegeben, daß die Kriegsküchen unter allen Umständen in bevorzugter Weise so wie die Krankenanstalten versorgt werden. Zur Ernährung der Personen, die außerhalb des Haushaltes zu verköstigen sein werden, wurde auch erwogen, größere Gasthausküchen insbesondere in den Vorstädten für Zwecke der Massenauspeisung heranzuziehen. Hierüber werden nächste Woche Verhandlungen mit den betreffenden Stellen, insbesondere auch mit der Genossenschaft der Gastwirte folgen.

Bei der Besprechung wurde insbesondere auch von den Vertretern der Gemeinde Wien auf die großen technischen Schwierigkeiten hingewiesen, die durch die Verköstigung außerhalb der Haushaltung, besonders wegen der rationierten und rayonierten Artikel entstehen, da hierdurch Änderungen im Rationensystem und weitreichende Ausrayonierungen stattfinden müßten. Die Fragen sind nicht leicht zu lösen. Man kann nicht einfach den Leuten, die in Gemeinschaftsküchen essen, alle Lebensmittelkarten abnehmen, weil sie sonst kein Frühstück über den zwei Mahlzeiten in den Gemeinschaftsküchen überhaupt nichts zu essen hätten. Aber auch die Rationen auf der Karte zu teilen, in das Erfordernis der Gemeinschaftsküche und den Rest für den Hausgebrauch, ist schwierig. Und dann: wie sollen sich die Leute das Frühstück kochen, wenn sie kein Brennmaterial haben? Es ist eine fast übermenschliche Aufgabe, die Frage zu lösen, wie Wien im Winter vom Verhungern gerettet werden soll. Auch in der nächsten Woche wird weiter darüber beraten, wie man die drohende Katastrophe von der Stadt abwenden kann.

Wien in Not.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung“.)

Wien, 22. Septbr. Die Kohlenkrise in Wien hat sich bisher nicht im Geringsten gebessert, sondern eher noch verschärft. Der Kohleneinkauf für das Elektrizitätswerk ist minimal. Das Gaswerk hat nur noch Vorräte für wenige Tage und steht vor der Frage der Betriebseinstellung. Die Kohlenvorräte der Eisenbahnen sind so zusammengeschmolzen, daß eine Einschränkung des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen in unmittelbare Nähe gerückt ist. An öffentlichen Verkehrsmitteln verfügt Wien heute nur noch über sieben Automnibusse, die die Straße Nordbahnhof—Schottenstör befahren, und über ein kleines Teilstück der Vorortlinien der Stadtbahn, das aber für die Massenbeförderung wenig in Betracht kommt, zumal nur sechszüge mit einer geringen Waggonzahl verkehren. Zu diesen Katastrophen kommt nun der Wettersturz, der gestern eingetreten ist. Die Temperatur ist gestern auf 6 Grad zurückgegangen, und im Laufe des heutigen Tages ging über Wien ein wolkenbruchartiger Regen bei heftigstem Sturme nieder. Diese Ungunst des Wetters läßt mit Rücksicht auf die vielfach mangelhafte Bekleidung und Beschuhung der Bevölkerung ein hartes Ausbleiben der Krankheiten befürchten. Von Ersatzfuhrwerken, wie in Berlin seinerzeit während des Straßenbahnerstreiks, ist in Wien nichts zu sehen. Die Fiaker, Einspänner und Chauffeur der Mietautomobile haben den gestrigen und heutigen Tag zu den kolossalsten Preisüberschreitungen benützt, zumal das gestrige Dörrbrot trotz der Ungunst des Wetters von Tausenden besucht war. Die industriellen und gewerblichen Betriebe, wie auch die staatlichen und städtischen Ämter leiden dadurch, daß die Angestellten und Arbeiter mit großen Verspätungen eintreffen. Namentlich beim Telephonbetrieb macht sich dies störend geltend, da ein Teil der weiblichen Bedienung heute früh überhaupt ausgeblieben ist.

Eine Besserung der Lage steht bisher nicht in Aussicht, obwohl heute einige nicht unerfreuliche Meldungen von auswärts vorliegen. So wird gemeldet, daß der deutsche Reichspräsident Ebert den österreichischen Vertreter Prof. Hartmann, der ihm die Kohlennot Wiens schilderte, die Zusage machte, sich sofort mit den betreffenden Ministerien ins Einvernehmen zu setzen und für eine sofortige Lieferung Österreichs mit Kohlen nach Kräften Sorge zu tragen. Ebert wies dabei aber auf die drückenden Verpflichtungen hin, die Deutschland Frankreich gegenüber auf sich nehmen mußte, wodurch es ausgeschlossen erscheint, daß die Lieferungen aus Deutschland allein die österreichische Kohlennot zu beseitigen imstande sein werden. Ferner hat der tschechische Gesandte dem Staatskanzler heute mitgeteilt, daß der Prager Ministerrat das zwischen den Vertretern Deutsch-Österreichs und der Tschecho-Slowakei am 18. August abgeschlossene Kohlenabkommen ratifiziert habe. Danach würde Deutsch-Österreich monatlich ansehnliche Mengen aus der Tschecho-Slowakei erhalten. An eine Besserung der Lage durch diese Lieferungen ist jedoch erst dann zu denken, wenn diese Kohlenquantitäten tatsächlich nach Wien zur Verladung gelangen. Bisher verquänten die Tschechen die Kohlenfrage immer noch mit politischen Angelegenheiten, und der Staatskanzler sah sich erst gestern genötigt, eine Abordnung des tschecho-slowakischen Nationalausschusses in Wien, der die Forderung nach Errichtung tschechischer Schulen in Wien vorbrachte, in seiner Antwort ausdrücklich darauf zu verweisen, daß er einen Zusammenhang dieser Frage mit der Kohlenversorgung Wiens nicht zugeben könne. Diese Frage werde streng im Geiste des Friedensvertrages gelöst werden. Der Wiener Bürgermeister hat sich gleichfalls pessimistisch über die Kohlenlage ausgesprochen und bei dieser Gelegenheit auf eine zweite Katastrophe hingewiesen, der die Stadt Wien entgegengehe. In der Vormoche mußten bereits 230 Waggon s Mehl aus dem eisernen Bestande entnommen werden, und jetzt sind weitere 40 Waggon freigegeben worden.

27. IX. 1919

153

Vorsitzende: Bgm. Reumann, die BB. Emmerling und Hof.

I. Bürgermeister: Der Gemeinderat ist beschlussfähig.

Meine Damen und Herren! Der Wiener Gemeinderat nimmt seine Arbeiten in einer Zeit wieder auf, in der die vielgeprüfte Stadt Wien von einer furchtbaren Katastrophe ereilt wird. Die bisherige Kohlennot hat einem gänzlichen Mangel an Kohle Platz gemacht, der unsere gesamte Wirtschaft zu vernichten droht. Die Anstrengungen, die staatlicherseits und von Gemeindegewegen erfolgten, blieben fruchtlos. Zusicherungen, die gemacht wurden, erfüllten sich leider nicht. So kann Deutschösterreich nicht leben! Der Anschluss an Deutschland, der diesen Staat lebensfähig gemacht hätte, wurde nach dem Friedensvertrage verwehrt. (Rufe: Wird noch kommen!) Geknebelt, in seiner freien Bewegung gefesselt, ist Deutschösterreich, ist Wien angewiesen auf die Hilfe der Entente, auf die Hilfe derer, die uns zur Unfreiheit verurteilt haben.

Wir standen heute Vormittag vor der Gefahr, daß der Straßenbahnbetrieb augenblicklich eingestellt wird, denn die Zufuhr von Kohle sank neuerlich. Der verfügbare Kohlenvorrat betrug nur mehr 1.5 Waggons. (Rufe: Hört! Hört! — Bewegung.) Die Maßnahmen, die beschlossen wurden und am Sonntag in Kraft treten — gänzliche Einstellung des Straßenbahnverkehrs, 8 Uhrsperrung aller Lokale und der Haustore — sind schwer zu ertragen. Dabei droht in naher Frist die Sistierung der Stromabgabe für industrielle Zwecke und damit ein gewaltiges Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Geradezu völlig entmutigend ist aber der Gedanke, daß diese noch nie in einer Großstadt dagewesenen Einschränkungen sich schon in der guten Jahreszeit, in den Monaten bescheidensten Kohlenverbrauches ereignen; wie soll es erst werden, wenn die Tage kürzer werden, die Kälte hereinbricht, wenn die Zufuhren naturgemäß Störungen unterliegen?

Meine Damen und Herren! Von dieser Stelle aus appelliere ich an die Wiener Bevölkerung, auch diesen harten Schlag mit jenem bewunderungswürdigen Mut, jener märtyrerhaften Aus-

dauer zu tragen, mit der sie bisher Hunger und Not aller Art geduldig erlitten hat. Die Hand ist aber zum Schwur erhoben (Beifall und Händeklatschen), niemals wieder eine Zeit kommen zu lassen (Lebhafter Beifall), in der einige wenige Herrscher so grauenvolles Unglück über ein Volk heraufbeschwören können. (Bravorufe und Händeklatschen.)

Die Entente hat uns den Frieden diktiert! Sie trägt eine furchtbare, alles Menschenmaß übersteigende Verantwortung, wenn sie unserem Zusammenbruch untätig zusieht! So erkläre ich die Gemeinderatsitzung, in der wir konstatieren müssen, welches schweres Unglück uns ereilt hat, für eröffnet.

Die Kohlenforge.

Bürgermeister Reumann gab gestern dem Gemeinderat einen kurzen Bericht über die Kohlenversorgung. Nach dem jetzigen Stande in Wien könnte die Gemeindeverwaltung nicht die Verantwortung übernehmen, am Montag den Straßenbahnverkehr wieder aufzunehmen. Die Einläufe sind noch immer gänzlich ungenügend; an jedem der letzten Tage erhielten die Elektrizitätswerke nicht einmal die Hälfte, manchmal nicht einmal ein Viertel der 900 Tonnen zugeführt, die das Werk beim beschränkten Straßenbahnbetrieb täglich braucht. Der Verkehr auf den Straßenbahnen und auf den elektrischen Bahnen nach Baden und Pörfing wird im Auftrage des Staatssekretärs Zerdil aufgenommen. Der Bürgermeister und die Gemeindevertretung kann darüber keine Entscheidung mehr treffen, da sie ja das Ergebnis der Prager Verhandlung nicht kennt. Sie müssen aber annehmen, daß der Staatssekretär Zerdil mit dem Vizebürgermeister Emmerling solche verlässliche Zusicherungen in Prag erhalten hat, daß der Staatssekretär mit ruhigem Gewissen die bestimmte Weisung erlassen konnte, daß am Montag die Sperrmaßnahme für den elektrischen Bahnbetrieb aufzuheben ist. Der Bürgermeister, der auch heute nur diese Hoffnung und keine Kohle hatte, ist natürlich nicht ohne Sorge, was aus seinen Ausführungen auch deutlich hervorklang. Selbstverständlich muß er die Verantwortung für die Verfügung dem Staatssekretär Zerdil überlassen, der sie getroffen hat. Das hat er auch öffentlich ausgesprochen, worüber sich die Christlichsozialen, denen dabei nicht ganz angenehm zu Mute ist, sehr aufregten.

Die Mitteilung des Bürgermeisters.

Bürgermeister Reumann verlas zu Beginn der gestrigen Sitzung einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Kohlenzufuhr:

Die Zustände haben bisher eine Besserung nicht erfahren. Im Gegenteil, es hat sich gezeigt, daß sie konstant abnehmen. Auch der nordwestböhmische Kohleneinlauf, der für den Betrieb der elektrischen Straßenbahn in die Wagshalde fällt, hat sich bisher nicht günstiger gestaltet. Er betrug für den Hausbrand am 22. und 23. d. je 465 Tonnen, am 24. 339 Tonnen, bei den Elektrizitätswerken liefen am 22. 485 Tonnen, am 23. 167 Tonnen, am 24. 125 Tonnen und am 25. 224 Tonnen ein. (Die Elektrizitätswerke brauchen bekanntlich 900 Tonnen [90 Waggon] täglich, wenn die Straßenbahn in Betrieb ist. Die Red.) Ausführliche Nachrichten über die Ergebnisse der Prager Verhandlungen liegen zwar noch nicht vor, doch scheint der Schluß nicht unbegründet, daß diese Verhandlungen eine Besserung der Kohlenversorgung erwarten lassen.

Alles weitere muß ich vollständig dem Herrn Staatssekretär überlassen, die Gemeinde trifft künftighin, wenn es wieder zu Katastrophen kommt, keine Verantwortung. Der Staatssekretär hat dieses Telegramm entsendet, da er wohl die Gewissheit hat, daß der Betrieb wieder aufgenommen werden kann. Wenn nun der Herr Staatssekretär die Versicherung gibt, daß der Verkehr aufgenommen werden kann, werde ich keinen Moment zögern, den Verkehr aufnehmen zu lassen. So steht die Sache für mich... (Die Christlichsozialen machen erregte Zwischenrufe, auf die von den Sozialdemokraten energisch geantwortet wird.) Nachdem sich der Sturm gelegt hatte, fährt der Bürgermeister fort:

Der Dank an die Bevölkerung.

Es hat uns allen schwere Sorge gekostet, sieben Tage lang von der Bevölkerung die Verantwortung zu haben. Ich muß sagen, daß ich beglückt davon war, daß dieses Telegramm vom Staatssekretär eingelangt ist. Ich glaube, daß ich aus dem Herzen aller spreche, wenn ich der Wiener Bevölkerung den Dank dafür ausspreche, daß sie diese Last mit so großer Geduld getragen hat, die sie auch noch Samstag und Sonntag zu tragen haben wird. Von den Sperrmaßnahmen wird also die Bestimmung bezüglich des Straßenbahnverkehrs außer Kraft gesetzt werden, er wird aufgenommen, ebenso der elektrische Verkehr von Wien nach Baden und nach Pörfing. Was die Sperre anlangt, wird sie bis 8 Uhr aufrecht erhalten, und der Staatssekretär hat sich vorbehalten, nach seiner Rückkehr einen Bericht zu erstatten und die Angelegenheit wegen der weiteren Sperrmaßnahmen in die Hand zu nehmen. Die Kommission weilt gegenwärtig in Berlin, um dort entsprechende Abmachungen zu treffen, und wird dann in Prag die Abschlußverhandlungen vornehmen. Ich bitte, dies vorläufig zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe Ihnen damit mitgeteilt, in welcher Situation wir uns gegenwärtig befinden.

27/IX. 1919

Die Kohlenberhandlungen in Berlin.

Berlin, 26. September. Die deutschösterreichische Delegation traf heute in Berlin ein und es fanden nachmittags beim Reichskommissär für die Kohlenverteilung Verhandlungen wegen der Belieferung Deutschösterreichs statt. Der Reichskohlenkommissär erläuterte zunächst die schwierige Kohlenlage Deutschlands und die unzureichenden Abtransportmöglichkeiten aus dem oberschlesischen Revier. Insbesondere wurde darauf verwiesen, daß die Wagengestellung am gestrigen Tag, das ist den 25. September, im oberschlesischen Revier nur 3500 Wagen erreichte, und daß vereinbarungsgemäß eine Wagengestellung von förderfähig 6500 Wagen nötig ist, um die Lieferung von 7000 Tonnen täglich nach Deutschösterreich zu ermöglichen. Der Reichskohlenkommissär erklärte sich von der schwierigen Notlage Deutschösterreichs überzeugt und stellte in Aussicht, daß die vertragsmäßig festgesetzte förderfähige Menge zur Anlieferung gelangen werde. Die Steigerung der derzeitigen Lieferung hänge jedoch vor allem von der Wagengestellung ab. Mit Rücksicht darauf, daß die Belieferung Deutschösterreichs demnach zunächst eine Transportfrage darstellt, werden die Verhandlungen morgen nachmittag im Ministerium für öffentliche Arbeiten fortgesetzt werden. Die deutschösterreichische Delegation dürfte spätestens am Montag in Wien eintreffen.

Beratung der Regierung.

Amtlich wird gemeldet: In fünfstündiger Sitzung hat sich der Kabinettsrat heute zunächst mit den Ernährungsvorsorgen und den damit im Zusammenhang stehenden finanziellen Maßnahmen beschäftigt. Weiter wurden die Forderungen der Staatsbahnbediensteten sowie der übrigen Staatsangestellten und endlich eine Reihe von gesetzgeberischen und administrativen Aufgaben erörtert.

Die Beschaffung der Lebensmittel im Wege des Einkaufes in den Ententeländern gestaltet sich in zweifacher Beziehung immer schwieriger. Einerseits sind die Herstellungskosten beträchtlich höher als die Absatzpreise im Inland und andererseits wird die Beschaffung der notwendigen Kredite täglich schwieriger. Der Kabinettsrat hat insbesondere über die Kreditbeschaffung weitgehende Beschlüsse gefaßt. Angesichts der finanziellen Bedrängnis konnte der Kabinettsrat bei den Forderungen der Staatsangestellten trotz langwieriger Debatten heute noch zu keinem endgültigen Beschluß gelangen, weil die Bedarfsfrage noch nicht gelöst ist.

Wegen der Zuwendungen an die Länder wurde beschlossen, mangels einer gesetzlichen Grundlage für weitere Zuwendungen den Staatssekretär für Finanzen zu ermächtigen, gegen nachträgliche Genehmigung der Nationalversammlung zunächst Vorläufe in der Höhe des unerläßlichsten Bedarfes an die Länder zu geben und die Frage einer Länderdotations einer eigenen Länderkonferenz vorzubehalten.

Weiter beschloß der Kabinettsrat, der Nationalversammlung einen vom Staatssekretär für Justiz vorgelegten Entwurf eines neuen Pressegesetzes sowie einen Entwurf eines Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Journalisten (Journalistengesetz) zu unterbreiten.

Schließlich wurde eine vom Staatsamt für Heereswesen vorgelegte Vollzugsanweisung über die weitere Gewährung von Zuschüssen für Unterhaltsbeiträge an Angehörige von Kriegsgefangenen genehmigt.

Die Kohlenfrage.

Die Kohlenfrage hat sich nur ganz wenig gebessert. Gestern kamen über Smilund 69 Waggons gegen 22 am Freitag. Die Elektrizitätswerke erhielten am Freitag 8 Waggons aus dem Brüxer Revier, 37 aus Oberschlesien und 23 Wagen aus Polen. Das sind insgesamt 68 Waggons. Wenn die Straßenbahn im beschränkten Maße, wie es zuteil der Fall war, fährt, brauchen die Elektrizitätswerke täglich 90 Waggons. Auch die Freitagsgüterfuhr reichte also nicht aus, um beim Straßenbahnverkehr den Betrieb der Elektrizitätswerke aufrecht zu erhalten. Auch die 79 Waggons Strauer Kohle, die die Gaswerke am Freitag erhielten, decken nicht den Tagesbedarf dieser Werke, der 110 Wagen beträgt. Die Zahlen zeigen, daß von einer Wirkung der Prager Verhandlungen noch nichts zu verspüren ist. Daraus kann aber noch nicht geschlossen werden, daß die Tischehen ihre Versprechungen nicht einhalten. Die Zusicherungen wurden Donnerstag gegeben. In die Gruben konnten also die Weisungen, mehr Kohle nach Wien zu senden, erst Donnerstag abend oder Freitag früh kommen. Dann erst würde die Kohle verladen — vorausgesetzt, daß genügend Waggons bereit standen — und hernach könnten die Züge erst abgeschickt werden. Es ist also nicht unverständlich, daß gestern noch keine größeren Kohlenlieferungen in Wien einliefen; dagegen besteht die technische Möglichkeit, daß in der Nacht oder heute Sonntag die ersten größeren Mengen der in Prag zugesicherten Kohle in Wien ankommen.

Der Straßenbahnverkehr wird Montag früh auf jeden Fall aufgenommen. Die Plage der Straßenbahnlosen Zeit hat damit ein Ende und nach dem Prager Telegramm des Staatssekretärs für Handel und Gewerbe muß man wohl hoffen, daß von nun an genug Kohlen einlaufen werden, so daß der Betrieb dauernd gesichert ist. Die bürgerliche Dehpresse, der es darauf ankommt, die leidende Bevölkerung durch die Ankündigung noch neuer Unannehmlichkeiten zu erregen, hat nun auch die Nachricht gebracht, daß die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung mit der Wiedereröffnung des Straßenbahnverkehrs den Preis der Fahrkarte auf eine Krone erhöhen werde. Das ist natürlich nicht wahr. Niemand hat die Fahrpreiserhöhung gewollt, niemand an sie gedacht. Die Meldung ist eine blanke Erfindung und bewußte freche Lüge, wie auch die andere Nachricht bürgerlicher Zeitungen, daß die Gemeinde die Elektrizitätswerke und die Gaswerke an Amerikaner verkaufen wollte. Auch daran ist kein wahres Wort, wie ja jeder vernünftige Mensch von selber einsehen müßte, daß Sozialdemokraten, zwar Kapitalisten Gas- und Elektrizitätswerke ganz gern abnehmen und sozialisieren, nie aber städtische Werke Kapitalisten ausliefern werden. Alle diese Lügen der bürgerlichen Presse bilden nur einen Teil der perfiden Hege gegen die Arbeiter und der sozialdemokratischen Partei, die man durch Lügen und Verleumdungen herabsinken und befudeln will, weil man in Wahrheit gegen sie nichts vorzubringen vermag. Die Arbeiter werden sich durch solche gruselige Erdichtungen von Fahrpreiserhöhungen die Freude an der Wiederkehr der Straßenbahnwagen nicht vergällen lassen und am Montag die so schwer entbehrt Straßenbahn gewiß mit Genugtuung begrüßen.

Die Kohlennot bedroht auch die Eisenbahnen. Die andauernd ungünstige Kohlenlage zwingt zu den weitestgehenden Sparmassnahmen im Kohlenverbrauch der Eisenbahnen. Deshalb erklärt es die Staatsbahndirektion für ausgeschlossen, am Samstag im Nahverkehr der West- und der Franz-Josefs-Bahn Erforderniszüge zu sichern. Sie macht daher neuerdings aufmerksam, Ausflugs- und Bergnützungsfahrten am Sonntag zu unterlassen.

Zur Holzversorgung Wiens.

Gestern fand bei der niederösterreichischen Landesregierung unter dem Vorsitz des Landeshauptmannstellvertreters Widholz eine Beratung über die Holzversorgung Wiens statt, an der Vertreter der Landesholzstelle, der Gemeinde Wien und der Genossenschaft der Holz- und Kohlenhändler teilnahmen. Es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß es trotz der bestehenden großen Schwierigkeiten gelingen werde, eine ausreichende Beschaffung der Stadt Wien mit Holz für diesen Winter zu erreichen. Um alles Erforderliche möglichst rasch und wirksam durchzuführen, wurde beschlossen, daß die für die Holzausbringung, für die Verfrachtung und für die Verteilung berufenen Stellen im engsten Einvernehmen und unter Vermeidung jeder bürokratischen Verschleppung arbeiten müssen. Die Unterbehörden sind angewiesen, die Holzausbringung für Wien im Sinne der Verordnung auf das nachdrücklichste zu fördern. Die Genossenschaft der Holz- und Kohlenhändler erklärte, sich in vollkommen uneigennützig Weise in den Dienst der Sache zu stellen.

Der Morgen
30. IX. 1919

158

Kohle kommt!

Aus Mährisch-Osterau wird uns telegraphiert: Der Vorsitzende der Kohlenkommission Oberst Nutt hat aus dem oberschlesischen Revier bindende Zusagen der Berliner Regierung für erhöhte Kohlenzuschüsse nach Oesterreich mitgebracht.

Die günstigen Förderergebnisse in Oberschlesien lassen erhoffen, daß sich diese Zuschüsse in nächster Zeit noch erhöhen werden.

Die Sozialisierung der Kohle.

Das Privatmonopol im Bergbau ist zum Tode verurteilt. Es ist für diese Verurteilung schon seit langen Jahren reif und überreif gewesen. Und viel wirtschaftliche Schädigung und noch mehr politische Erbitterung hätte erspart werden können, wenn sie rechtzeitig vollstreckt worden wäre; die Zustände in Rheinland-Westfalen hätten sich dann sehr wahrscheinlich niemals zu so verhängnisvoller Verwirrung wie heute gesteigert. Aber in der politischen Niedergangszeit vor dem Kriege fehlte weiten Kreisen Einsicht und Interesse; es fehlte vor allem den Partei- und Reaktionsbürokraten, diesen großen Verberbern der Politik (der sozialdemokratischen Partei genau so wie den bürgerlichen), der ernsthaften Wille in die Frontlinie zur Tat. So kommt die Sozialisierung der Kohle erst jetzt, nach der Revolution, und auch erst vier Monate nach ihrem Ausbruch. Aber sie kommt. Und die große Aufgabe ist nun, dafür zu sorgen, daß sie richtig gemacht werde, mit radikaler Entschlossenheit ebenso wie mit kluger Kenntnis der Realitäten, so, daß die Herrschaft des Privateigentums über dieses wichtige Wirtschaftsgut der Nation und die damit verbundenen Möglichkeiten der Ausbeutung des Arbeiters, des Verbrauchers und der Gesamtwirtschaft endgültig und vollständig beseitigt werden, daß aber zugleich die neu zu schaffende Gemeinwirtschaft tüchtig und wirtschaftlich funktioniere.

Die Leitung der Kohlenwirtschaft, bisher ausschließlich durch die Monopolorganisation der privaten Behebersitzer und nach deren Interesse gehandhabt, muß einem gemeinwirtschaftlichen Organ übertragen werden, in dem neben den Unternehmern die Arbeiter, neben den Produzenten auch die Konsumenten und, mit entscheidender Stimme bei den wichtigsten Entscheidungen, das Reich als Vertreter der Allgemeininteressen zu sitzen hätte — die Monopolspitze muß sozialisiert werden. Das war der Gedanke, den wir hier zuerst im August 1915 in die Debatte warfen. Er hat sich seitdem erst langsam, aber dann immer erfolgreicher durchgesetzt. Er liegt auch den Vorschlägen der Sozialisierungs-Kommission, sowohl dem der Mehrheit wie dem der Minderheit, zu Grunde. Beide wollen die gesamte deutsche Kohlenwirtschaft einem Kohlenrat unterstellen, von dessen hundert Mitgliedern je 25 auf die Bergwerksunternehmungen, die Arbeiter und Beamten der Bergwerke, die Verbraucher und das Reich entfallen; beide wollen auch dem Reich besondere Vorrechte, insbesondere bei der Preisfestsetzung, verleihen. Hier nach aber trennen sich in der Sozialisierungs-Kommission Mehrheit und Minderheit. Sie machen getrennte Vorschläge. Und diese Vorschläge und ihre Begründung, die wir im Zweiten Morgenblatt vom 12. d. M. im Wortlaut wiedergegeben haben, sollte jeder mit Aufmerksamkeit studieren, der für die Grundprobleme der deutschen Revolution, die den nicht nur eine politische, sondern auch eine soziale Revolution ist und sein muß, Verständnis gewinnen will. Viel Geist und viel Klugheit steckt in diesem hochinteressanten Bericht für den, da die andere Presse ihn durchweg wieder nur in unzureichenden Auszügen ihren Lesern unterbreitet hat, hoffentlich der Vorschlag verwirklicht werden wird, den wir für die Sitzungsberichte und die Aktenstücke der Nationalversammlung bisher vergeblich propagiert haben, nämlich, daß er in einer ganz billigen Sonderausgabe möglichst sofort den breitesten Schichten zur Verfügung gestellt werde.

Will man die beiden Vorschläge der Kommission auf eine Formel bringen, so kann diese lauten: Beide erklären sich entschieden gegen die Verstaatlichung in der bisherigen Form, deren auch von uns oft betonte völlige Unzulänglichkeit sie auf Grund der kontraktualistischen Verhandlungen mit den Sachverständigen so überzeugend und mit solcher Schärfe dar- tun, daß sie sogar die Entstaatlichung des bisherigen staatlichen Bergwerksbesitzes fordern. Aber die Kommissionmehrheit will eine sozialisierte Trustorganisation, die Kommissionminderheit eine sozialisierte Kartellorganisation. Die Minderheit will das Notwendige, die Mehrheit das Ganze sozialisieren.

Zum ersten Male wird somit in dem von der (sozialistischen) Mehrheit ausgearbeiteten Vorschlag der Versuch unternommen, dem vieldeutigen Programmwort „Vergesellschaftung“ eine praktische Ausbeutung zu geben, die über die in der reichlich platten sozialdemokratischen Deutungs-literatur vor dem Kriege beliebten Uebersetzungen, Verstaatlichung, Kommunalisierung und Vergenossenschaftung ernsthaft hinausgeht. Wie eine privatkapitalistische Trustbildung vor sich geht, ist bekannt: Die bis dahin selbständigen Unternehmungen eines Gewerbebezuges werden zusammengezwungen, das Eigentum an ihnen wird einer neu errichteten Gesellschaft übertragen, die Besitzer von Aktien und Obligationen der bisherigen Gesellschaften erhalten im Austausch gegen ihre bisherigen Besitztitel Aktien und Obligationen der neuen Gesellschaft, an die Stelle der Vielzahl der Unternehmungen tritt die Einzahl, aber mit grundsätzlich unverändertem Kapitalrecht der Besitzer. Und hier setzt nun der Mehrheitsvorschlag mit einer ganz neuen Konstruktion ein. Er will wie bei der Trustbildung einen neuen Wirtschaftskörper — „Deutsche Kohlegemeinschaft“ — schaffen, dem alle Eigentumsrechte an Bergwerken

usw. einschließlich der staatlichen Bergwerke übertragen werden sollen. Aber die bisherigen Besitzer sollen nicht mit Aktien, sondern nur mit festverzinslichen konvertierbaren Obligationen der neuen Unternehmung entschädigt werden. Sie haben also nur noch den Zinsen-, nicht mehr den Gewinnanspruch; sie sind Gläubiger, nicht Aktionäre der neuen Unternehmung, sie haben also auch nicht die Mitverwaltungsrechte, die dem Aktionär in der Generalversammlung bei der Wahl des Aufsichtsrates usw. zustehen. Führung und Kapitalbesitz sind getrennt; die Führung liegt dem Kohlenrat ob, der wie ein Parlament die grundsätzlichen Entscheidungen trifft, der für Einzelfragen Ausschüsse einsetzt und der insbesondere auch das „Reichskohlendirektorium“ ernannt, die aus fünf Mitgliedern bestehende Exekutive mit einem Präsidenten an der Spitze, auf dessen Antrag dann der Kohlenrat den ganzen deutschen Kohlenbergbau in 20 bis 25 Bezirke einteilen soll, mit Generaldirektoren für jeden Bezirk und Direktoren für jede Beche. Die Gewinne aber, die nach ausreichenden Rückstellungen und nach den Ueberweisungen an einen reichlich zu bemessenden Ausgleichsfonds verbleiben, sollen dem Reiche zustehen.

Also ein Trust, bei dem das Kapital nichts mehr zu sagen hat, aus dem es keine Unternehmergewinne erzielt, ein Trust, dem zwar das gesamte Bergwerkseigentum übertragen wird, der aber seinem Wesen nach „sachlich ebenso einen Bruch mit dem System des Privateigentums im Kohlenbergbau bedeutet, wie einen prinzipiellen Bruch mit dem System der Lohnarbeit trotz Aufrechterhaltung der Rechtsform des Lohnes“. Die Konstruktion ist außerordentlich interessant — ist sie ebenso sicher? Das ist die Frage. Zunächst ein finanzieller Einwand: Der neue Wirtschaftskörper soll wirtschaftlich vollkommen selbständig sein, sein Etat nicht veroulet mit dem Etat des Reiches, auch sein Kredit von dem des Reiches vollkommen unabhängig. Aber ist er kreditfähig? Er hat kein Garantiekapital, wie die Aktiengesellschaft in ihrem Aktienkapital, er hat nicht die Garantiefähigkeit eines öffentlich-rechtlichen Verbandes, die in dessen Steuerrecht beruht, er hat kein Eigenkapital, sondern nur Besitz und Schulden in gleicher Höhe, wenn man nicht in Rechnung stellen will, daß er die zu übernehmenden Werte niedriger als billig bezahlt. Er soll nach dem Plane gerecht bezahlen. Dann aber ist, selbstverständlich, der Zinsenzug nicht beseitigt, er ist als Zinsanspruch auf Schuldverschreibungen in dem zugebilligten Umfange sogar gestärker als die mit dem jeweiligen Ertrage schwankende Aktiendividende. Und wer trägt, bei dem Fehlen jeden Eigenkapitals, etwa entstehende Verluste? Sollen bei schlechter Konjunktur die Obligationszinsen reduziert werden? Das würde den Kredit vermindern. Oder sollen die Kohlenpreise unabhängig von der Wirtschaftskonjunktur immer so bemessen werden, daß die Zinsen und sonstigen Erfordernisse unbedingt gedeckt werden können? Das könnte zu einer schweren Gefahr für das Wirtschaftsleben werden. Und um so mehr, je unrationeller der Trust funktioniert. Das aber führt zu der wichtigsten Frage. Daß ein Trust erhebliche wirtschaftliche Vorteile vor einem Kartell haben kann, ist oft erörtert worden. Das Kartell muß auch die schwächeren Unternehmungen mitschleppen, der Trust kann sie stilllegen (was freilich gerade bei unterirdischen Vorkommen wie der Kohle auch sehr schwere wirtschaftliche, finanzielle und, wegen der Gefährdung ganzer Gemeinden, soziale Schädigungen bringen kann), der Trust hat stärkere Mittel zur Durchsetzung betriebstechnischer Fortschritte und anderes mehr. Aber schon das Kartell birgt infolge des verminderten Wettbewerbs die schwere Gefahr der Bürokratisierung, der Trust verschärft diese Gefahr der Verkröcherung, und beim sozialisierten Trust erscheint diese Gefahr ganz besonders groß. Der Mehrheitsbericht betont mit sehr eindringlichen Worten die Notwendigkeit, daß der Leitung Kraft, Entschlußfähigkeit, Unternehmungsfreude und Verantwortungsbewußtsein bewahrt bleiben müssen. Er verlangt deshalb für die Leitenden auch Gehälter und Lantlemen in einer Höhe, daß die sozialisierten Wirtschaftskörper mit der privaten Industrie um die besten Kräfte konkurrieren können. Aber der Minderheitsbericht weist darauf hin, daß große Unternehmerintelligenzen überhaupt — und jedenfalls heute noch, wo ihnen andere Erwerbszweige in reichem Maße zu völlig freier Betätigung offenstehen — nicht zur Annahme von Direktorenposten zu bringen sind. Und wenn man sich auch eine allmähliche Sozialisierung der Unternehmer-Psychologie vorstellen und wünschen kann, daß eben die Größe der Schaffensmöglichkeit und ihre Losgelöstheit von allen engen eigenen Interessen in einem solchen neuen Wirtschaftskörper gerade die Besten anziehe, so ist doch eines nicht zu übersehen: die Zahl der in einem Gewerbebezuge mitratenden und mitarbeitenden Unternehmerintelligenzen, durch das private Kartell und den privaten Trust schon außerordentlich eingeschränkt, wird im sozialisierten Trust noch viel mehr zusammenschrumpfen. Die Aufsichtsräte, die Leiter der kreditnehenden Banken usw. haben in der Montanindustrie, wie überhaupt, gewiß nicht immer einen heilsamen Einfluß geübt und oftmals sogar direkt das Gegenteil. Aber oftmals auch kamen gerade von ihnen die befruchtenden Ideen und die maßgebenden Anregungen. Das würde umsomehr ausgeschaltet sein, je losgelöster der neue Wirtschaftskörper von dem übrigen Wirtschaftsleben arbeiten würde. Der Mehrheitsvorschlag selbst zeigt schon eine Verlegenheit, wenn

halten kann, soweit das im Kunstwerk seinen Ausdruck findet. Dem Prinzip nach ist für ihn das Denken in der Anschauung nicht unterschieden vom Denken in Begriffen. „Anschauliches Denken“ ist Burgers schöpferisches Wort. Nach einer Einleitung (vgl. *Frankfurter Zeitung* vom 12. März 1917) mag er trotz

formvollendeter Sprache und spannender Darstellung ein Bild allgemein deutscher Geschichte aufgerollt. Durch die Benutzung bisher unbekannter gebliebener Quellen werden ganz neue teilweise überraschende Resultate gezeitigt, vor allem wird eine die „durch der Parteien Hag und Günst“ stark vererrte Geschichte jener heimat

18. III. 1919

18
8

Bericht der deutschen Sozialisierungskommission über den Kohlenbergbau.

Wien, 17. März.

Die deutsche Sozialisierungskommission hat einen umfangreichen Bericht über die Bergesellschaftung des Kohlenbergbaues erstattet. Die Beratungen innerhalb der Kommission haben zu keiner Einigung geführt, so daß ein gemeinsamer Bericht nicht erstattet wurde, sondern die Mehrheit und die Minderheit der Kommission ihre Vorschläge gesondert unterbreiten. Ein Einvernehmen ist innerhalb der Kommission über die Verstaatlichungsfrage erfolgt. Uebereinstimmung bestand auch hinsichtlich der Notwendigkeit einer staatlichen Beeinflussung der Kohlenwirtschaft. Sie wurde in dem Bericht damit begründet, daß die Kohle die Grundlage des gesamten Wirtschaftslebens bilde und davon abgesehen, der größte Teil des Kohlenbergbaues in monopolistischen Syndikaten und Konventionen vereinigt sei. In der Verstaatlichungsfrage hatte die Kommission einhellig die Ansicht, daß das gegenwärtige System des Staatsbergbaues den wirtschaftlichen Bedürfnissen nicht entspreche und eine Erweiterung des Einflusses der Gesamtheit und eine völlige Umgestaltung der heutigen Verhältnisse voranzutreiben hat. Die Kommission lehnte jedoch jede Ausdehnung des Staatsbetriebes ab, solange nicht die wirtschaftliche Tätigkeit des Fiskus von seiner politischen und verwaltungsmäßigen losgelöst sei und solange nicht mit dem Bürokratismus in den Staatsbetrieben gebrochen werde.

Zu welchen Schlussfolgerungen und Anträgen kommen nun die Mehrheit und die Minderheit der Kommission in ihren getrennten Berichten? Die Mehrheit spricht sich zunächst gegen den Staatskapitalismus und die Rathenausgaben Pläne aus und erklärt, daß als letzte Möglichkeit eine Sozialisierung bleibe, die bei aller Rücksicht auf die derzeitige schwierige Lage auf dem Boden des sozialistischen Prinzips ruhe. Die Wünsche der Arbeiter bezüglich des Neuaufbaues der Wirtschaft seien im wesentlichen auf die Demokratie in den Betrieben mit einheitlicher Leitung der ganzen Industrie, Ausschaltung des Kapitals als herrschender Macht gerichtet. Die Mehrheit lehnt es ab, den Kohlenbergbau in einen bürokratischen Staatsbetrieb zu überführen, desgleichen lehnt sie die Aufrechterhaltung des privatkapitalistischen Systems unter Kontrolle ab. Die Organisation müsse so gestaltet werden, daß der Initiative der Leitung, der Arbeitsfreudigkeit aller im Betriebe Tätigen der weiteste Spielraum offenste. Ueber die Gesamtorganisation der deutschen Kohlenwirtschaft äußert sich die Mehrheit dahin, daß die Kohlegemeinschaft, der neue Wirtschaftskörper, wirtschaftlich und rechtlich Subjekt der deutschen Kohlenwirtschaft sein soll. Obwohl die Kohlegemeinschaft so organisiert werden soll, daß sie ihre Rechtsstellung nur im Dienste der Allgemeinheit erfüllen kann, ist die Mehrheit (in diesem Punkte auch die Minderheit) der Ansicht, daß diese Rechtsstellung so frei als möglich sein und der deutschen Kohlenwirtschaft einen weiten Rahmen geben soll. Die Entscheidung aller technischen und ökonomischen Fragen des Kohlenbergbaues wäre daher der deutschen Kohlegemeinschaft zu überlassen und ihre Befugnisse sollen nach Ansicht der Kommission nicht geringer sein, als die einer Aktiengesellschaft. Dem Reiche sollen außer der Aufgabe als Hüter der allgemeinen Interessen folgende Befugnisse gegenüber der Kohlegemeinschaft vorbehalten sein: Die Preispolitik der Kohlegemeinschaft unterliegt der Tarifhoheit des Reiches; Preisfestsetzungen sind daher vom Reiche zu genehmigen. Die Vornahme von Rechtsgeschäften (Verpändungen usw.) ist an die Zustimmung des Reiches gebunden; die Finanzen der Kohlegemeinschaft sind von den Reichsfinanzen unabhängig zu machen, doch fließen Uberschüsse der Kohlegemeinschaft dem Reiche zu. Die Kohlenwirtschaft soll einem Kohlenrat unterstellt sein, der aus 100 Mitgliedern besteht (je 25 entfallen auf Rechen, Arbeiter, Konsum und Reich). Der Reichskohlenrat besorgt die Leitung der Kohlegewinnung, setzt die Förderhöhe fest, bestimmt die Betriebsmethoden, die Preise und leitet auch die Verteilung der Kohle. Die Exekutive wird in die Hand eines Reichskohlendirektoriums gelegt, das aus fünf Mitgliedern besteht, die nicht dem Kohlenrat angehören, und das alle Geschäfte der deutschen Kohlegemeinschaft auf Grund des alljährlich vom Kohlenrat aufgestellten Budgets besorgt. Der Kohlenrat wird die Leitung des deutschen Kohlenbergbaues in 20 bis 25 Bezirke durchführen. An der Spitze eines Bezirkes steht ein vom Reichskohlendirektorium bestellter Generaldirektor. Auch die Direktoren der Rechen werden vom Reichskohlendirektorium ernannt. Die Mehrheit ist für die Einbeziehung der Braunkohlen sowie der Koks-, Bitumen- und Nebenproduktenerzeugung in die Kohlegemeinschaft. Die Majorität der Kommission hält die vollständige Enteignung des staatlichen und privaten Kapitals für richtig und ist für die Enteignung gegen Entschädigung auf Grund des Durchschnittsreinertrages einer zehnjährigen Periode vor dem Kriege ein. Die Entschädigungssumme wird durch richterliche Kommissionen unter Beiziehung von Sachverständigen festgestellt, die Auszahlung erfolgt in festverzinslichen konvertierbaren Obligationen der Kohlegemeinschaft. Die Absatzorganisation soll nach den Vorschlägen der Mehrheit weiter vereinfacht und verbilligt werden. Die Mehrheit schlägt die Sozialisierung des Großhandels ohne Einschränkung vor.

Die Anträge der Minderheit der Kommission gehen nicht so weit. Sie ist der Ansicht, daß eine völlige Sozialisierung des Bergbaues

abzulehnen sei und schon durch eine Sozialisierung des Gewinnes eine Ausschaltung der monopolistischen und kapitalistischen Macht erreicht werden könnte. Auch die Mehrheit ist übrigens der Ansicht, daß neben der Sozialisierung des Bergbaues der Privatindustrie auch fernerhin eine Betätigung im Bergbau eingeräumt werden müsse. Der Minoritätsbericht betont aber, daß es gegenwärtig notwendig sei, den größten Teil des deutschen Bergbaues in seiner Organisation zu belassen, in welcher das Privatkapital den stärkeren Einfluß besitzt und daß auch bei einer allmählichen Sozialisierung des Wirtschaftslebens ein Industriezweig aus seiner Verbindung mit der privatkapitalistischen Wirtschaftsverbundung nicht herausgerissen werden dürfe. Die Vorschläge der Minderheit gehen dahin, daß die allmähliche völlige Sozialisierung, wie dies die Majorität vorschlägt, zwar nicht ausgeschlossen erscheine, daß aber beim Bergbau auf die gegenwärtigen Verhältnisse Rücksicht genommen werden müsse. Insbesondere die Veränderungen auf dem Gebiet der Kohlenausnutzung und -verwertung müßten hierbei berücksichtigt werden. Der Minoritätsbericht schlägt schließlich eine Differentialrentensteuer, ferner eine Zentralorganisation der Kohlenwirtschaft und eine Neuordnung des staatlichen Kohlenbergbaues vor. Hinsichtlich der Differentialrentensteuer wird gesagt, daß der Kohlenbergbau in Deutschland unter abnehmendem Ertrage stehe und sich daher eine Differentialrente der unter günstigeren Verhältnissen arbeitenden Rechen entwickele habe. Im Laufe der nächsten Jahre werde diese differentielle Gebahrung bei den Rechen nach krasser hervortreten. Eine Steuer, die die schlecht rentierenden Kohlenwerke ganz freilasse, würde gleichwohl für den Staat eine erhebliche Einkommensquelle bedeuten. Die Veranlagung der Steuer wäre so gedacht, daß die Gruben in Qualitätsklassen eingereiht werden, wobei Abbaue von nicht ergiebigen Flözen in eine niedrigere Klasse einzureihen wären. Die Veranlagung der Steuer müßte in Zeiträumen von drei bis fünf Jahren, die Festsetzung der Steuerhöhe alljährlich nach den Arbeitslöhnen und den sonstigen differenziellen Kosten vor sich gehen. Hierbei wären die seit dem Jahre 1914 erwachsenen und in Zukunft entstehenden Differentialrenten sogleich in voller Höhe zu besteuern. Die älteren Rentengewinne müßten mit Rücksicht auf neue Erwerber von Anteilen zunächst nur mit einem Zelle (etwa 25 Prozent) erfaßt werden und jedes Jahr mit fünf Prozent mehr zur Besteuerung gelangen, so daß in absehbarer Zeit das ganze Renteneinkommen verschwunden wäre. Der Ertrag aus einer derartigen Steuer wäre wahrscheinlich höher als der Ertrag der deutschen Kohlensteuer. Ueber die Organisation der Kohlenwirtschaft sagt der Minoritätsbericht: Ein deutscher Kohlenrat soll Träger aller gesellschaftlichen Befugnisse sein und aus hundert Mitgliedern bestehen. Seine Aufgaben hätte der Kohlenrat durch Ausschüsse zu erfüllen; das Hauptpensum der Arbeit sollte ein Direktorium leisten, an dessen Spitze ein Präsident stünde, dem das Vetorecht bei Preiserhöhungen und sonstigen die Allgemeinheit betreffenden Beschlüssen zustehen soll. Die Aufgabe des Kohlenrates wäre, die Grundlinien für die Kohlenwirtschaft in Förderung und Absatz festzulegen, ein Preisniveau aufzulegen und die Kontrolle über den gesamten Bergbau und die Verteilung der Kohle auszuüben. Hinsichtlich der Anlegung neuer Schächte ist die Minorität dafür, vorläufig für die Dauer von fünf Jahren überhaupt jeden Neuausschluß an die Zustimmung des Kohlenrates zu binden, und zwar mit Rücksicht auf den bestehenden Mangel an Kapital und im Interesse einer entsprechenden technischen Ausstattung der Neuanlagen. Dem Kohlenrat wäre die gesamte Absatzorganisation direkt zu unterstellen, die Direktoren der Syndikate von ihm zu ernennen. Es wäre ferner auf eine zweimäßige Umgestaltung der bisherigen Syndikatsorganisationen hinzuwirken. Die Minorität sieht davon ab, jetzt Vorschläge für die sofortige Umgestaltung jener Absatzorganisation zu erlassen, die als Käufer von Syndikatsstahle den weiteren Betrieb besorgen, da die Minderheit der Meinung war, daß der Einfluß des Kohlenrates auf die Syndikate genügen werde, um eine Verbesserung und Verbilligung der Absatzorganisation herbeizuführen. Sie erklärt jedoch gleichzeitig, daß der Exporthandel und der Handel auf deutschen Plätzen mit ausländischem Wettbewerb nicht ausgeschaltet, sondern unter Kontrolle und Gewinnbeteiligung der Rechen oder Syndikate weiter bestehen sollte. Die Mehrheit vertritt dagegen die Ansicht, daß die Auslandskonkurrenz wegen des Mangels an Kohle nicht schwer fühlbar sein werde. Die Minorität hält wieder den Kohlenmangel für eine nur vorübergehende Erscheinung und erwartet in kurzer Zeit den Kampf um die Absatzmärkte. Das Renteneinkommen, das die Mitglieder von Kohlenhandelsgesellschaften ohne jede Arbeit, wie erklärt wird, beziehen, müsse daher baldmöglichst abgebaut werden. Die Minorität denkt an eine allmähliche Erfassung der Gewinne aus den Handelsgesellschaften, wobei insbesondere die Zeit, innerhalb welcher die Teilhaber von Handelsgesellschaften diese Zwischengewinne bezogen haben, berücksichtigt werden soll. Der Minoritätsbericht betont weiter die Notwendigkeit der Aufhebung der Privatregale. Hinsichtlich der Umgestaltung der fiskalischen Ertrag- und Rechnungswesen, Anstellung sämtlicher Beamten auf Privatvertrag, Abtrennung der Bergwerksverwaltung von der allgemeinen Staatsverwaltung. Für Gebiete mit zehn bis zwölf Millionen Tonnen Förderung sollen rein wirtschaftliche Organisationen (in aktienmäßiger oder sonstiger wirtschaftlicher), nötigenfalls in einer öffentlich-rechtlichen Form geschaffen werden. Privatkapital soll sowohl aus dem Kohlenbergbau als auch aus Konsumentenkreisen unter Aufrechterhaltung der staatlichen Mehrheit herangezogen werden. Die Minderheit ist der Ansicht, daß schon der Ankauf der „Hibernia“-Gesellschaft eine Preisgabe der Vorzüge privatwirtschaftlicher Organisation bedeute, ihre weiteren Vorschläge gehen auf eine den Privataktiengesellschaften völlig angepasste Wirtschaftsorganisation für die Staatswerke hinaus.

eben jetzt mit seiner Kohlenversorgung in die Enge geratenen Wiener Gaswerke überlassen, alles Andere aber für den Bedarf Wiens an Hausbrandkohle und für die Industrie verwendet werden. Die Versorgung Wiens mit Hausbrandkohle liegt nun seit Monaten im Argen. Kaum daß auch nur der Küchenbrandbedarf halbwegs gedeckt werden konnte, vom Zimmerbrand ganz zu geschweigen. Darin wird nunmehr eine Erleichterung eintreten. Da aber das Herannahen der wärmeren Jahreszeit allmählich wieder eine Verringerung dieses Bedarfes bringen muß, wird sich in absehbarer Zeit auch von da aus wieder eine Erleichterung der Schwierigkeiten ergeben. Neben der Hausbrandkohle kommt übrigens auch noch die Kohle in Betracht, die in gewissen Gewerksbetrieben in Wien verbraucht wird. Sie haben sich in den letzten Monaten vielfach zum Feiern gezwungen gesehen, jetzt aber werden sie endlich den nötigen Betriebsstoff bekommen. Damit ist nun wieder ein Hebel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Wien angelegt.

Wie für die Haushaltungen und Gewerbe in Wien, so verspricht diese Vergrößerung der Kohlenlieferung Oberschlesiens aber auch für die Industrie in Deutschösterreich eine sehr erfreuliche Hilfe. Der ganze Bedarf ist mit dem, was jetzt zugeführt werden soll, freilich auch nicht entfernt gedeckt, und so wird es nötig sein, die Belieferung je nach der Dringlichkeit und wirtschaftlichen Nutzbarkeit abzustufen. Deshalb werden vor Allem jene Betriebe mit Kohle bedacht werden, die dank ihrer Verbindung mit einer Wasserkraft in der Lage sind, mit der geringsten Menge Kohle die größte Leistung zu erzielen. Weiters jene Betriebe, die ihren Standort in den gewissen Zentren der Arbeitslosigkeit haben, in Orten mit zahlreicher Arbeiterbevölkerung, die aber bisher zufolge des Kohlenmangels der Arbeitsmöglichkeit entbehren mußte. In die Reihe dieser Distrikte fällt selbstverständlich auch das Gebiet von Wiener Neustadt und Umgebung, ein Gebiet, in dem die Arbeitslosigkeit sich allmählich immer höher gesteigert und zu immer ärgeren Mißständen geführt hat. Schließlich kommt hier aber auch die Porzellanindustrie, vor Allem die Ziegeleien und Zementwerke in Betracht. Diese drei Gruppen werden also bei der Aufteilung der Kohlenlieferung wohl im Vordergrund stehen. Dabei wird die Wiederkehr halbwegs normaler Betriebsverhältnisse übrigens ja auch den anderen Industriezweigen zugute kommen. Denn der endliche Arbeitsbeginn in diesen zunächst zu berücksichtigenden Betrieben bildet bei der Unentbehrlichkeit ihrer Erzeugnisse mit einer Voraussetzung für das endliche Wiederaufleben auch einer ganzen Reihe anderer Industrien.

Sehr wichtig ist es auch, daß die Vergrößerung der ober-schlesischen Kohlenlieferung nun auch einen größeren Zuschuß an das Wiener Elektrizitätswerk ermöglichen wird. Ganz abgesehen davon, daß dies die allmähliche Aufhebung der Sparmaßnahmen in der elektrischen Beleuchtung und bei den Wiener Straßenbahnen ermöglichen muß, wird eben auch davon wieder ein Antrieb zur Vermehrung der Arbeitsgelegenheit ausgehen. In der letzten Zeit waren die auf elektrischen Kraftantrieb angewiesenen Gewerks- und Industriebetriebe gezwungen, die Arbeitszeit bis auf 30 Stunden wöchentlich einzuschränken, eine Einschränkung, die wieder im Gesamtbetriebe, in der Verringerung der Arbeitsgelegenheit zutage treten mußte. Die Vergrößerung der Belieferung des städtischen Elektrizitätswerkes wird nun auch von dieser Seite her auf die Arbeitslosigkeit lindernd einwirken.

Zur Lieferung ober-schlesischer Kohle wird sich binnen ganz kurzer Zeit übrigens auch noch die Sicherung einer entsprechenden, wenn auch keineswegs so großen Menge polnischer Kohle gesellen. Die Entscheidung über diese Lieferung soll in einer voraussichtlich noch heute hier abzuhaltenden amtlichen Beratung fallen und vermutlich werden sich Vertreter der deutsch-österreichischen Regierung unmittelbar danach nach Polen begeben, um mit der dortigen Regierung die letzten Einzelheiten des Lieferungsvertrages zu vereinbaren. So eröffnen sich denn jetzt endlich wirklich gute Aussichten für eine Belebung der industriellen Tätigkeit und mit ihnen, im gleichen Maße auch für die endliche Schaffung von Arbeitsgelegenheit, also wohl auch für die Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Der Neu
2

Kohle gegen die Arbeitslosigkeit.

Die Berliner Verhandlungen der Vertreter Deutschösterreichs über den Bezug ober-schlesischer Kohle haben ein sehr befriedigendes Ergebnis erzielt. Künftig wird Oberschlesien das Zweieinhalbfache seiner bisherigen Lieferung an Kohle an Deutschösterreich abgeben. Das bedeutet allerdings noch lange nicht eine völlige Behebung der jetzt schon so lange empfundenen Kohlennot, aber das Ärgste der Krise ist damit doch überwunden! Wenn nicht ganz besondere Störungen eintreten sollten, Störungen etwa in der Verfrachtung oder in der Lieferung aus den übrigen Gebieten, so aus Ostrau und dem böhmischen Braunkohlenrevier, ist damit, man kann es getrost sagen, nun auch für Wien das Ärgste in der Kohlennot als geschwunden anzusehen.

Wie gemeldet worden ist, hat die preussische Regierung sich zur täglichen Lieferung von 7000 Tonnen verpflichtet. Bei dem Ernst und Nachdruck, mit dem diese Lieferung vom Reichskohlenkommissar zugesagt worden ist, ist zudem auch gar nicht zu zweifeln, daß die Lieferungs-zusage diesmal auch wirklich vollinhaltlich eingehalten werden wird. Bis zum Neujahr! Derart, daß ein Zurückbleiben der Sendungen eben nur unter dem Druck ganz unvorhergesehener, wohl auch gar nicht zu erwartender Hindernisse befürchtet werden darf.

Bei der Größe der diesmal vereinbarten Lieferungs-menge ist nun auch schon auf eine Belebung der industriellen Tätigkeit zu hoffen. Und damit gewinnt dieser Kohlenabschluß seine besondere Bedeutung: er kann zum Ausgangspunkt für ein Zurückgehen der Arbeitslosigkeit werden.

Von der jetzt vereinbarten Lieferung Oberschlesiens wird ja eben nur soviel für den Verbrauch beansprucht werden, wie es im Hinblick auf die dringlichen Bedürfnisse der Staatseisenbahnverwaltung unerlässlich ist. Ein anderer, übrigens sehr geringer Teil — Oberschlesien liefert nur sehr wenig Gaskohle — wird dem

3./IV. 1919

28

Kohlenpreise und Kohlentarife.

Die bestandenenen Verbandstarife wurden für den Güterverkehr seitens der neugegründeten Nationalstaaten mit 1. April d. J. gekündigt. Im Vordergrund des Interesses steht die Frage der Kohlentarife. Bisher bestanden direkte Tarife für die Ausfuhr österreichischer Kohlen nach dem Auslande. Die Frachttarife für deutsche Kohle nach Oesterreich waren in Sellern erstellt. Infolge der Kündigung dieser Tarife werden nun die Frachttarife wie folgt gebildet: Deutsches Vorporto in Bfennigen bis zur ehemaligen Reichsgrenze. Von Oberberg wird, falls die Kohle nicht etwa über eine ehemalige galizische Grenzstation zur Einfuhr gelangt, bis zur deutschösterreichischen Landesgrenze der Frachtsatz nicht mehr in deutschösterreichischen, sondern in tschecho-slowakischen Kronen, die bekanntlich ein hohes Agio haben, eingehoben. Ab deutschösterreichischer Landesgrenze tritt schließlich der Tarif der deutschösterreichischen Staatsbahnen in deutschösterreichischer Währung in Kraft.

Die hauptsächlichste Verteuerung der Frachttarife ergibt sich durch die Tatsache, daß nicht mehr durchgerechnet, sondern die Kohle im gebrochenen Verlehere verbracht wird. Den geringsten Anteil an der erheblichen Erhöhung haben die deutschösterreichischen Staatsbahnen, die auch vermöge der kurzen Strecke, die die Kohle auf deutschösterreichischen Linien durchläuft, überhaupt nicht in der Lage wären, irgend einen nennenswerten Teil der Erhöhung für das Vorporto bis zur Landesgrenze weitzumachen. Insgesamt verteuert sich die Kohle durch die Abfertigung im gebrochenen Verlehere und die Kurzdifferenz um zirka 190 bis 240 K. pro zehntonigem Waggon. Zu dieser Verteuerung tritt noch die Erhöhung hinzu, welche ab 1. April d. J. seitens der schlesischen Steinkohlenwerke beschlossen wurde und die einschließlich deutscher Reichskohlensteuer 144 Mark pro 10 Tonnen beträgt; umgerechnet zum derzeitigen Kurse von 206 Heller ergibt dies eine Erhöhung von insgesamt K. 296.64 + 190. — = K. 486.64 oder rund K. 490. — pro 100 Meterzentner.

Diese Belastung wird neuerdings sowohl die industriellen Betriebe als auch die privaten Verbraucher sehr erheblich treffen. Wenn man auch heute grundsätzlich auf dem Standpunkte steht, daß die Hauptsache die ist, Ware zu erhalten, und niemand mehr nach dem Preise fragt, erscheinen doch derartige Belastungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung, zumindest in dem Augenblicke, in welchem die industriellen und die kaufmännischen Kreise wieder gezwungen sein werden, normal zu kalkulieren und den Rechenstift zur Hand zu nehmen. Berücksichtigt man noch, daß die erheblichen Mehrkosten, die den deutschösterreichischen Staatsbahnen durch die leistungswahrenden Gehaltsaufbesserungen und Lohnregulierungen entstanden sind, auch den Staatsbetrieb belasten, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die deutschösterreichischen Bahnen angesichts dieser Erhöhungen, die durch die Aufhebung der direkten Tarife entstehen, nicht unerhebliche Verluste zu tragen haben werden. Selbstverständlich werden auch die in der tschecho-slowakischen Republik gelegenen Betriebe und Industrien durch diese Art der Tarifierung betroffen werden. Allerdings wird dies dort weniger zum Ausdruck kommen, weil diese Industrien zumeist mit Kohle, die in der tschecho-slowakischen Republik gefördert wird, versorgt werden, während Deutschösterreich zur Gänze auf die Einfuhr fremder Kohle angewiesen ist. Ferner wird diese Erhöhung für den tschecho-slowakischen Industriellen auch deshalb viel weniger fühlbar werden, weil er seine Produkte in tschecho-slowakischer Währung bezahlt und ihn das Agio nicht trifft, das sich dem deutschösterreichischen Verbraucher durch die Anrechnung der tschecho-slowakischen Krone ergibt.

Dieses Moment wird zweifellos in späterer Zeit entsprechende Berücksichtigung finden müssen. Dabei ist keineswegs zu übersehen, daß die tschecho-slowakischen Bahnen doch auch auf die Einnahmen aus diesen sehr erheblichen Transporten angewiesen sind und daß immerhin der Zeitpunkt kommen wird, wo die Bahnen, um diese Transporte zu erhalten, sich zu einem gewissen wirtschaftlichen Entgegenkommen veranlaßt sehen dürften. Offensichtlich ist die Zeit nicht allzu fern, in der auch auf die wirtschaftlichen Anforderungen Deutschösterreichs von anderer Seite entsprechend Rücksicht genommen wird.

Die Erhöhung der Kohlenpreise.

Die Oberschlesische Kohlenkonvention hat wie wir schon telegraphisch berichtet haben, eine Erhöhung der Preise für oberschlesische Kohle um 12 Mark pro Tonne, beziehungsweise um Mark 1.20 pro Meterzentner beschlossen. Dieser Meldung wurde hinzugefügt, daß diesem Beschlusse der Einspruch des preussischen Handelsministers gegenüberstehe, der auch die Zustimmung zu der beabsichtigten Preissteigerung im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier verweigert. Allein dieser Einspruch würde, wenn er aufrecht erhalten wird, die Inlands-, aber nicht die Auslandspreise berühren. Wir haben schon berichtet, daß die Wiener Großkohlenfirmen im Anschlusse an die von der Kohlenkonvention erhöhten Preise sowie infolge der durch die Verteuerung der Markvaluta und der Durchbrechung der Tarife herbeigeführten Verteuerung der Kohlenbezüge eine Erhöhung der Preise für oberschlesische Kohle in Kraft treten lassen werden und sich bezüglich des Ausmaßes mit dem Staatsamt für öffentliche Arbeiten in Fühlung gesetzt haben. Nach der Berechnung der Kohlenfirmen sollen die Preise um etwa 5 K. für 100 Kilogramm hinaufgesetzt werden. Sackkohle kostet heute ab Bahnhof K. 19.06, sie würde sich nach der Erhöhung auf rund 24 K. pro Meterzentner belaufen, wozu noch die Zustellung ins Haus mit K. 2.50 zu rechnen wäre. Der Friedenspreis stellte sich am 1. April 1914 auf K. 3.92.

Neutralisierung des Ostrau-Karwiner Reviers.

Seit längerer Zeit wird der Gedanke erörtert, das Kohlengebiet unter zwischenstaatliche Verwaltung zu stellen, und die gegenwärtig in Teschen tagende Entente-Kommission hat dies kürzlich der Friedenskonferenz in Versailles vorgeschlagen, um den im Revier wohnenden drei Nationalitäten (Deutschen, Tschechen und Polen) in gleicher Weise gerecht zu werden und den bestehenden Arbeiterunruhen wenigstens die nationalen Ursachen zu entziehen. Sie erwartet hievon eine Hebung der Kohlenproduktion und gleichmäßigere Verteilung an die einzelnen Nationalstaaten. Hierzu wird uns aus dem Kreise der Werksbesitzer geschrieben: Der Gedanke hat jedenfalls viel Befechendes und würde beispielsweise es den Gewerkschaften, welche ihre Betriebsstätten im Revier, jedoch ihren Sitz anderswo, namentlich in Deutschösterreich, haben, und derzeit unter dem Druck der Verhältnisse und zur Vermeidung von Doppelbesteuerungen zu einer Sitzverlegung gezwungen sind (eine solche Verlegung wurde dieser Tage auch von der Oesterreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft beschlossen), ermöglichen, ihren derzeitigen Sitz beizubehalten, was durch insbesondere Deutschösterreich vor großen Verlusten bewahrt würde. Allerdings gehört zur Ausführung des Vorschlages die Schaffung einer einheitlichen autoritären Staatsgewalt, deren das Revier nach den letzten Vorkommnissen nicht entraten kann. Auch ist die Zustimmung der Tschechen, welche derzeit Besitzer, wenn auch vorläufig nicht glückliche Besitzer des Reviers sind, Vorbedingung. Die Tschechen würden es aber weit lieber sehen, daß deutschösterreichische Arbeiter in großer Zahl als Gegengewicht gegen die polnischen Arbeiter in das Revier kämen.

Feuilleton.

Einstr wie jest.

Ein Beitrag zum Kapitel der Wiener Kohlennot.

Wir Wiener haben seit unsres Lebens das Brennmaterial nicht zu so wahnwitzigen Preisen bezahlt und abendlein so sehr gefroren wie in diesem Winter. Und wenn uns auch heute die Sonne etwas freundlicher lacht, so ist damit die Sorge um die tägliche Kohle noch lange nicht geschwunden.

Da mag es uns zum Troste gereichen, daß der Brennstoffmangel nicht erst eine Erscheinung von heute ist, sondern auch in früherer Zeit den Bürgern manche Not und den Behörden viel Kopfzerbrechen schuf. Den Holzbedarf der Stadt Wien hatte in der älteren Zeit vor allem der Wiener Wald zu decken, dessen weitgedehnte Forste zum Überfließen der Babenberger, dann der Dabsbürger, waren. Die Verwaltung des kaiserlichen Wiener Waldes samt der Ausübung der damit verbundenen Herrschaftsrechte oblag seit Beginn des sechzehnten Jahrhunderts dem Waldamte in Burkersdorf. Außer dem Landesfürsten waren hier auch einige geistliche Stifte, in untergeordnetem Maße weltliche Herren begütert.

Querst griff man auf die Wien zunächst gelegenen Wälder; da aber die Neuverbindung der abgeholten Bestände der Mutter Natur überlassen blieb und der Holzbedarf mit der Zunahme der Stadtbevölkerung wuchs, mußten immer weiter entfernte Be-

stände nutzbar gemacht werden. Damit stiegen in ganz ungleichem Verhältnisse die Schwerezeiten der Zufuhr infolge der ekenden und bei nältem Wetter grundlosen Straßen des Wiener Waldes. Den Holztransport besorgten zum größten Teile Bauern und die im Untertanenverhältnisse zum Waldamte stehenden Hüttler, soweit sie über Zuchtvieh verfügten. Besonders arg gestaltete sich der Holzmangel nach der zweiten Türkenbelagerung Wiens. Die Türken hatten in der Umgebung der Hauptstadt schrecklich gehaust, die Wohnstätten verbrannt, die Menschen getötet oder in Gefangenschaft weggeführt. Jahre nachher fand man noch im Wiener Walde da und dort menschliche Gebeine, stumme Zeugen jener angstvollen Tage. Infolge der großen feudischen Vermistungen war der Holzbedarf für den Wiederaufbau der Gebäude sehr groß, und überdies fehlte es an Zugvieh, das die Türken größtenteils geraubt hatten. Damals wäre es den Wienern in Hinsicht auf die Brennstoffversorgung übel ergangen, wenn nicht kurz vorher die Schwedat mit ihren Zupflüssen zum Triftbetriebe eingerichtet worden wäre. Bei Baden, eine Zeitlang bei Lagerburg, ferner bei Möstsdorf wurde das Triftholz aufgefangan, und von hier aus kam es auf der Achse nach Wien. So hatte man sich auch die bis dahin verschlossenen Waldgebiete um Klausen-Leonoldsdorf bis zum Schöpfwuthbar gemacht. Aus den der Donau zu gelegenen Teilen des Wiener Waldes aber brachte man das Holz zum Wasser und von dort, auf Hüllen verladen, nach Wien.

Auf die Dauer reichten jedoch alle diese Ausläufe nicht aus. Der Holzmangel nötigte dazu, auch aus größerer Entfernung Holz

herbeizuholen, wofür in erster Linie der billige Wasserweg auf der Donau zur Verfügung stand.

Wien hatte damals mehrere Holzlagerplätze, so für das auf der Donau gebrachte Holz in der Rossau, an der Weißgerberstraße und in der Leopoldstadt, für das auf der Straße einlangende besonders vor dem Rärntertor und für das aus dem kaiserlichen Wiener Walde stammende beim Schottentor. Auf den Holzplätzen wurde das Holz unter marktpolizeilicher Aufsicht verkauft. Die Regierung bemühte sich, im Wege von Verordnungen, wie der „Holz-Verkettenverordnung“ vom Jahre 1753, der „Brennholz-Gesetz- und Ordnung“ vom Jahre 1758, die Käufer vor Ueberschneidung zu schützen. Die Marktpolizei übten die Holzseher. Sie sahen auf ordentliches Maßermaß und gute Holzfortierung. Das Ausladen der Hölzer und das Verführen auf dem Platze der Raine die „Holzseher“ und die „Legerinnen“. Die Holzabfuhr für die Käufer übernahmen bürgerliche Fuhrleute, die sogenannten „Fliegenschützen“, die einen eigenen Fuhrdienst auf den Marktplätzen eingerichtet hatten.

Für das Holz heimischer Herkunft galt, abgesehen von einigen Ausnahmen, ein von der Behörde aufgestellter Preisstuf, die Holzlieferung. Das sibirische Holz war freigegeben. Dieses betrug damals ungefähr 70 Prozent der Gesamtmenge. Durch die amtlich festgesetzten Preise wurden auch die freien niedergehalten, so daß diese höchstens um einen Gulden über jene stiegen. Im Jahre 1758 kostete eine Klafter Buchenscheiter bei einer Scheitlänge von drei

ner Mittbürger n versteht. So zerfas, den er ignis, das an- „Dauerhaftig- wegen sogar war, bestand rzehn, bürnem Kohlenkauf, allen, Unkraut hiegel geformt, ogen. Die Res- m Jahre 1794 ns seitens des gium auf zehn eugung dieses , jährlich sechs 5 Gulden für

re Städte auf. zum Beispiel diesem Grunde Juden“, freistatrat Lager- n mußte. Es umfangreiche rft, diese von b Ausschlägen ab alle öffent- ch der mineras war eben eine Städte Jahr- q das Gehien ter — wie in deren völliges

Beilage

Neues ... 4. IV. 1919

5./IV. 1919

5/4
32

Referent Baugoin berichtet zur Zahl 4631, G.W. 712/19, und beantragt:

1. Den überzähligen bei der „Gemeinde Wien — städtische Gaswerke“ auf Kriegsdauer aufgenommenen Aushilfskräften wird in dem Falle eine Abfertigung gewährt, als sie mit Zustimmung der Direktion das Dienstverhältnis lösen oder bis zu einem von der Direktion für sie einzeln festgestellten Termine auf ihre Stelle freiwillig verzichten.

Die Abfertigung beträgt: a) Für Ersatzbeamte, Ersatzbeamtinnen, Ersatzkassiere und Ersatzgeldbeinhaber bei einer Dienstzeit seit 1. Jänner 1918 das Achtfache des Wochenbezuges (Taggeld, Kriegszulage), bei einer Dienstzeit seit dem 1. Jänner 1917 das Zwölfwache des Wochenbezuges (Taggeld, Kriegszulage) und bei einer Dienstzeit mit dem Antritte vor dem 1. Jänner 1917 das 16fache des Wochenbezuges (Taggeld, Kriegszulage). b) Für die übrigen Kriegsaushelfer bei einer Dienstzeit seit 1. Jänner 1918 das Vierfache des Wochenbezuges (Taggeld, Kriegszulage), bei einer Dienstzeit seit dem 1. Jänner 1917 das Achtfache des Wochenbezuges (Taggeld, Kriegszulage), bei einer Dienstzeit mit dem Antritte vor dem 1. Jänner 1917 das Zwölfwache des Wochenbezuges (Taggeld, Kriegszulage). Diese Abfertigung erhöht sich für jene Hilfskräfte, die am Tage ihres Austrittes über drei Jahre in städtischen Diensten in Verwendung stehen, für jedes weitere vollstreckte Vierteljahr um einen Wochenlohn.

2. Falls diesen Kriegsaushelfern ein Anschaffungsbeitrag nicht bereits in den letzten beiden Monaten vor dem Tage ihres Austrittes ausbezahlt wurde, erhalten sie überdies noch einen Anschaffungsbeitrag.

3. Insoferne Kriegsaushelfern seit länger als drei Monaten Dienstkleider zugewiesen sind, wird ihnen diese nach Ablieferung der Knöpfe und der Egalisierung, jedoch mit Ausnahme der Dienstlappe belassen. Das in ihrem Besitz etwa befindliche zweite Dienstkleid jedoch nur dann, wenn sie es länger als ein Jahr zugewiesen haben.

4. Diese Abfertigungen werden auch jenen Kriegsaushelfern nachträglich ausbezahlt, welche seit dem 1. November 1918 infolge Rückkehr der einberufenen ständigen Angestellten als überflüssig entlassen wurden.

Absätze 1 bis 3 angenommen; zu Absatz 4 ist neuerlich bis zur nächsten Stadtrats-Sitzung zu berichten.

SrR. Weigl gibt die Anregung, die im Absatz 4 vorgesehene Frist auf 1. Jänner 1919 abzuändern.

(P. Z. 4654, M.D. 2223.) Dem Schriftleiter Ludwig Wiener wird für die Dauer der Leitung des „Amtsblattes der Stadt Wien“ eine in die Pension nicht einrechenbare Ergänzungszulage von 400 K jährlich bewilligt.

WB. Neumann berichtet zur P. Z. 4657, M.Abt. XIX 735, betreffend Kosten für die bevorstehenden Landtags-, Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen, und beantragt:

1. Für die Durchführung der Wahlen in den ersten n.-ö. Landtag wird zur Ausgabe-Rubrik LII, P. 32 ein Zuschußkredit von 880.000 K, für die Durchführung der Wahl in den Gemeinderat zur Ausgabe-Rubrik I, P. 4 ein solcher von 420.000 K und für die Wahlen in die Bezirksvertretungen ein auf Ausgabe-Rubrik II, P. 3 zu verrechnender Kredit von 450.000 K bewilligt. Diese Beträge sind zu ihrer Bedeckung auf das Anlehen pro 1918 zu verweisen.

2. Zum Zwecke der Durchführung dieser Wahlen wird der Magistrat ermächtigt, bis zum Wahltag zur Bewältigung der sich anlässlich der Durchführung der Wahlen ergebenden Schreibarbeiten Aushilfschreibkräfte nach dem jeweiligen Bedarfe, jedoch nur bis zur Höchstzahl von 400 Personen unter den im Berichte vom 20. März 1919, M.Abt. XIX 735, enthaltenen Bedingungen aufzunehmen.

3. Den Mitgliedern der Wahlbehörden, den bei der Durchführung der Wahlen verwendeten Beamten und Dienern werden die im oberwähnten Berichte beantragten Entschädigungen, beziehungsweise Gebühren gewährt.

SrR. Baugoin beantragt: Die Erhöhung der Gebühren für die Beamten, Diener und das ständige Hilfspersonale hat mit 26. Februar zu beginnen.

SrR. Müller beantragt: Zu sämtlichen Sitzungen der Wahlbehörden sind auch die Ersatzmänner einzuladen, denen für ihre Teilnahme an den Sitzungen dieselbe Entschädigung gebührt wie den Mitgliedern.

(Referenten-Antrag und Zusatz-Anträge angenommen; P. 1 a. Gk.)

(P. Z. 4659, Samml. 192.) Dem 1872 verstorbenen Maler Eduard Bitterlich wird ein Ehrengrab auf dem Zentral-Friedhofe gewidmet.

Schluß der Sitzung.

Obmänner-Konferenz.

Bericht über die 112. Sitzung vom 16. Dezember 1918.

Vorsitzende: Bgm. Dr. Weiskirchner und WB. Hoff.

Anwesende: WB. Rain und Neumann, die Gk. Schmid, Dr. Hein, Dr. v. Dorn, Skaret, Emmerling, Mag.-Dir. Pawelka, die Direktoren Karel, Menzel und Spängler, Ob.-Kom. Dr. Lorenz, Insp. Verchenfelder.

Schriftführer: Mag.-Ob.-Kom. v. Radler.

WB. Hoff eröffnet die Sitzung und legt vor den Ausweis der Zentralstelle im Rathause vom 11. Dezember 1918, die Tabelle über den Stand der Anmeldungen für den gesetzlichen Unterhaltsbeitrag vom 15. Dezember 1918, die Marktamtsberichte vom 10. Dezember 1918 und den Physikatsbericht über die Zeit vom 2. bis 15. Dezember. (Diese Ausweise und Tabellen werden im Anschlusse an diesen Bericht veröffentlicht.)

Kohlenversorgung.

Mag.-R. Dr. Fastenbauer berichtet über das Ergebnis der mit der tschecho-slowakischen Regierung in Angelegenheit der Kohlenversorgung Wiens in Prag geführten Verhandlungen und führt aus, daß das Ergebnis der Reise im ganzen minder günstig gewesen sei, aber es bestehe doch die Hoffnung, daß die Zusagen jetzt im größeren Umfange eingehalten würden. Es sei ein Uebereinkommen geschlossen zwischen Deutschösterreich und

Staatssekretär Zerdit über Deutschösterreichs Kohlenversorgung.

Die eigene Produktion jetzt und in Zukunft — Die Krise überwunden. — Befriedigende ober-schlesische Zusätze.

In der Nationalversammlung brachte gestern Abgeordneter Seidl eine Anfrage ein, betreffend die Kohlenversorgung Deutschösterreichs.

Staatssekretär Ing. Zerdit

Beruft sich in Beantwortung dieser Anfrage zunächst auf seine Rede vom 12. Dezember 1918, in welcher er über die kritische Lage sprach, in die Deutschösterreich hinsichtlich der Deckung seines Kohlenbedarfes geraten ist, als das alte Österreich zusammenbrach. Der monatliche Brennstoffbedarf Deutschösterreichs ohne Deutschböhmen und das Sudetenland beträgt 1.150.000 Tonnen Kohle und 110.000 Tonnen Holz, von welchem durch Produktion in Deutschösterreich nur die verschwindende Menge von 180.000 Tonnen, also zirka ein Zehntel des Bedarfes gedeckt wird; neun Zehntel müssen durch Zufuhren aus dem Auslande sichergestellt werden.

Von den Kohlenvorräten des alten österreichischen Staates, die auf 46 Milliarden Tonnen Einheitskohle von sachmännlicher Seite geschätzt wurden, entfällt auf Deutschösterreich nur zirka 1/4 Milliarde, also 1/4 Prozent. Auch bei intensiver Steigerung der Kohlenproduktion kann nur ein geringer Teil des Kohlenbedarfes durch eigene Erzeugung gedeckt werden. Wollte man den gesamten Kohlenbedarf Deutschösterreichs durch inländische Kohle decken, so wären unsere Kohlenfelder in zirka zwanzig Jahren total erschöpft. Während der Kohlenvorrat in den in Deutschböhmen gelegenen Revieren mit mehr als elf Milliarden geschätzt.

Diese Streiflichter beleuchten groß, was für Deutschösterreich der endgiltige Verlust der deutschen Gebiete Böhmens bedeuten würde. Wenn nicht schon die heisse Liebe zu unseren Nationsgenossen für uns Veranlassung zu zähen Kämpfen um diese Gebiete bedeutete, so müßte die Sorge um unsere Existenz uns diesen Kampf aufzwingen. Denn die Sicherstellung des Kohlenbedarfes ist die unerlässliche Voraussetzung des Wiederaufbaues für die Wirtschaft in Deutschösterreich, insofern wir nicht eine schwere Unterlassungsfünde des „ancien régime“ gutgemacht und den kostbarsten Schatz unserer Alpen, die Wasserkraft, zur Gänze der Volkswirtschaft nutzbar gemacht haben. Der Ausbau der Wasserkraft läßt sich auch bei forcierter Tätigkeit nicht von heute auf morgen bewerkstelligen, und so drängt sich unmittelbar der Gedanke auf, durch Erschließung neuer Kohlenbergbau in unseren Gebieten und durch Steigerung der Förderung in den bestehenden Bergbaubetrieben Deutschösterreichs den eigenen Kohlenersatz zu heben und über die schwerste Zeit hinwegzuhelfen, bis durch die ausgebauten Wasserkraft, durch die Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reich und durch geordnete Handelsbeziehungen zu den Zulieferungsstaaten in diesem Belange Hilfe kommt.

Die Ursachen der geringen Produktion liegen in folgendem: Es fehlt gerade gegenwärtig an geschulten Bergarbeitern, weil viele der slawischen Bergarbeiter nach dem Zusammenbruch fortgezogen sind. Es könnten beim Kohlenbergbau in Deutschösterreich sofort 1500 Bergarbeiter Beschäftigung finden, doch müßte die Hälfte davon geschult sein. Leider besteht unter den Arbeitslosen nur eine geringe Neigung, sich dem Bergmannsberufe zuzuwenden, und auch eine Rückwanderung deutscher Bergarbeiter aus den böhmischen Revieren ist vorläufig nicht zu bemerken. Die Leistung des einzelnen Bergarbeiters ist gegenüber der Zeit vor dem Kriege bedeutend gesunken. Die geringere Leistung ist durch den Zustand der Betriebsrichtungen, durch die infolge schlechter Ernährung herabgesetzte körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter, durch Verwendung zahlreicher ungeschulter Arbeiter und durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch die Achtstundenschicht verursacht.

Deutschösterreich verfügt über kein einziges unangeschlossenes Kohlenvorkommen, aus dem in kurzer Zeit eine Förderung zu erwarten ist, die für die Kohlenversorgung wesentlich ins Gewicht fallen könnte. Solange daher Mangel an geschulten Bergarbeitern herrscht, und Maschinen sowie andere Betriebsmittel für den Bergbau nur schwer zu beschaffen sind, halte ich es für zweckmäßiger, die Kräfte nicht zu zersplittern, sondern die Bergarbeiter zunächst den im Betrieb stehenden Kohlenbergbau zuzuführen und die Leistungsfähigkeit dieser Gruben zu steigern, weil hier eine Vermehrung des Arbeiterstandes und Verbesserung der Einrichtung in einer Erhöhung der Förderung sofort in Erscheinung tritt.

Wenn ich auch meine nächste Aufgabe im Interesse der Steigerung der Kohlenproduktion darin erblicke, die Bergbauunternehmungen in ihren Bestrebungen auf Hebung der Kohlenförderung mit allen Mitteln zu unterstützen und andererseits dahin zu wirken, daß Leistungsfähigkeit und Arbeitslust der Bergarbeiter durch ausreichende Verpflegung und auskömmliche Löhne gehoben werde, so werde ich doch nicht unterlassen, mit aller gebotenen Strenge gegen jene Bergbauunternehmungen einzuschreiten, welche es ohne stichhaltige Gründe verabsäumen, ihrer gesetzlichen Betriebspflicht nachzukommen oder die zur Steigerung der Kohlenproduktion ergangenen Aufträge zu erfüllen.

Zur Verringerung der Kohlennot hat das Staatsamt für öffentliche Arbeiten auch auf einem ihm bisher ferne gelegenen Gebiet Schritte eingeleitet. Sie bezwecken die Ausbeutung der Deutschösterreich in großen Mengen zur Verfügung stehenden Torfmoore. Diese wurden bisher nur im geringen Maße für die Gewinnung von Brenntorf oder Streuforf ausgenutzt, sie liegen auch landwirtschaftlich zum größten Teile brach. Es sollen die großen Moore in Steiermark, Kärnten, Salzburg und Oberösterreich soweit möglich, sofort, sonst in möglichst kurzer Frist in Ausbeutung genommen werden. Wegen der Beschaffung der hierzu notwendigen Torfbagger sind bereits Schritte unternommen worden. Die Ausbeutung der Torfmoore soll im gütlichen Wege erfolgen, im Notfalle mit Zuhilfenahme eines Enteignungsgesetzes, dessen Entwurf heute zur Beratung steht.

Alle vorerwähnten Maßnahmen sind jedoch, eine so wertvolle Beihilfe sie auch für die Kohlenversorgung bieten, gleichwohl nicht geeignet, den Kohlenmangel Deutschösterreichs zu beheben. Die einzige Möglichkeit, eine durchgreifende Besserung der Kohlenlage Deutschösterreichs herbeizuführen, liegt ausschließlich in der Steigerung der Einfuhr ausländischer Kohle. Für die Einfuhr kommen in Frage: der tschechoslowakische, der polnische und der jugoslawische Staat, ferner das Deutsche Reich. Mit allen genannten Staaten haben wir nunmehr nach Überwindung der vielfachen Hemmnisse Verträge auf Kohlenlieferungen geschlossen. Von den uns vertragsmäßig zustehenden Mengen konnten wir aber bisher trotz aller Interventionen nur einen Teil jener Mengen erhalten, die für Wien und für die Bahnen bestimmt sind, während für alle anderen Verbraucher Deutschösterreichs, insbesondere für die Industrie trotz eifrigster Vorstellungen eine Belieferung nicht erzielt werden konnte. Lediglich die Bahnen erhalten nunmehr die in einer neuen Vereinbarung festgesetzten Mengen im vollen Umfange, während die Belieferung der Stadt Wien nach wie vor eine außerordentlich ungünstige ist. Auf diesen Umstand ist es zurückzuführen, daß in Wien immer neue Verschärfungen der Sparsmaßnahmen bei Verwendung von Gas und elektrischem Strom verfügt werden mußten, Einschränkungen, die immer tiefer und einschneidender in das wirtschaftliche Gerippe und in das Leben jeder einzelnen Familie eingriffen. In der jüngsten Zeit ist die Belieferung der Kohle für die Bahnen und für Wien tatsächlich bereits gestiegen, die Belieferung der Industrie, wie überhaupt des übrigen Gebietes Deutschösterreichs mit Kohle aus Böhmen konnte aber bisher trotz aller Bemühungen noch nicht erzielt werden.

Es war in den letzten Wochen notwendig, zu den einschneidendsten Sparsmaßnahmen zu greifen, die insbesondere die Wiener Bevölkerung schwer getroffen haben, und ich glaube, es ist meine Pflicht, hier der Bevölkerung dafür zu danken, daß sie in Würdigung der schwierigen Verhältnisse diese beispiellose Bebrüdungen mit solcher Geduld ohne Widerrede ertragen hat.

Mit dem polnischen Staate wurde gleichfalls ein Vertrag auf Kohlenlieferungen aus dem Dombrowaer Reviere geschlossen. In diesem Vertrage wurde das Abholen der Kohle mit eigenen Wagen vereinbart. Dies wurde jedoch bisher aus dem Grunde unmöglich, weil infolge der Kämpfe zwischen den Tschechen und Polen die Eisenbahnstrecke Dzieditz-Oderberg lange Zeit hindurch unfahrbar war. Gegenwärtig ist die Strecke bereits frei. Wir bedürfen aber zur Beistellung von Wagen nach Polen der Zustimmung der Tschechen, da wir bisher noch einen gemeinsamen Wagenpark besitzen. Von den Tschechen wird aber die Erteilung dieser Bewilligung an die Bedingung geknüpft, daß die Rückleitung der beigestellten Wagen verlässlich gesichert ist. Wir haben daher bei den hiesigen Vertretern der Entente die Beistellung von Begleitmannschaft für die zu führenden Kohlenzüge erbeten, die uns auch in Aussicht gestellt wurde. Es steht daher die Zustimmung der tschechischen Regierung zur Beistellung von Kohlenwagen in sicherer Aussicht, so daß voraussichtlich bereits in den nächsten Tagen mit dem Zulieferer der Kohle aus Polen zu rechnen ist.

Ähnliche Mengen erhalten wir auch vom jugoslawischen Staate aus Trifail

auf Grund eines mit diesem Staate geschlossenen Kompensationsvertrages.

Die Lieferungen aus Westfalen sind nur geringfügig.

Die Einlieferung von Kohle aus Oberschlesien war zunächst durch die vielen Arbeiterbewegungen ungünstig beeinflusst. Das Deutsche Reich hat trotz besten Willens und lange Zeit hindurch nicht jene Hilfe gewährt, die wir zur Behebung unserer drückenden Notlage dringend benötigten. Ich habe mich veranlaßt gesehen, die ursprünglich in Berlin geführten Verhandlungen in Weimar fortzusetzen und dort dem Reichspräsidenten Ebert und den Mitgliedern des deutschen Kabinetts die schwierige Situation, in der wir uns befinden, eingehend zu schildern. Ich kann hierbei feststellen, daß ich für unsere Lage bei der Reichsregierung vollstes Verständnis gefunden habe und daß es uns nach der Rückkehr nach Berlin bei den Verhandlungen mit dem Reichskohlenkommissar Geheimrat Stütz gelungen ist, eine fixe Vereinbarung zu treffen. Wie nicht anders zu erwarten, haben die deutschen Reichsstellen durchaus Wort gehalten. Die gemachten Zusagen wurden sofort in die Tat umgesetzt und nach den mir zugekommenen Nachrichten werden die vereinbarten Kohlenmengen nicht nur täglich im vollen Maße zur Verladung gebracht, sondern sogar überschritten. (Beifall.)

Ich habe mich veranlaßt gesehen, zunächst eine entsprechende starke Belieferung der Bauindustrie in Aussicht zu nehmen, um es ihr zu ermöglichen, Ziegel und Zement zu erzeugen. Der Staatsrat hat in der früheren Regierungsperiode einen bedeutenden Kredit für die Durchführung von Notstandsarbeiten vorgeesehen. Einer raschen Inangriffnahme der Notstandsarbeiten stand aber der Mangel an Zement entgegen. Man kann daher auch vielfach nicht an die Ruharmachung der Wasserkraft scheitern, für deren Ausbau das Vorhandensein von Zement eine unerlässliche Voraussetzung bildet.

Ich habe das Empfinden, daß wir den Tiefstand der Kohlenversorgung hinter uns haben und daß es nun bergan geht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Das Kohlenproblem.

In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung brachte Abg. Geinl eine Anfrage betreffend die Kohlenversorgung des Reiches ein.

Staatssekretär Ingenieur Verdil gab folgende Auskünfte: Der monatliche Brennstoffbedarf Deutschlands ist ohne die deutschen und das Sudetenland beträgt 1.150.000 Tonnen Kohle und 110.000 Tonnen Holz, von welchem durch Produktion im Reich des deutschösterreichischen Kohlengebietes nur die verbleibende Menge von 130.000 Tonnen, also circa ein Zehntel des Bedarfs, gedeckt wird. Sollte man den gesamten Kohlenbedarf Deutschlands durch inländische Kohle decken, so wären unsere Kohlenfelder in circa zwanzig Jahren total erschöpft. Während der Kohlenvorrat in Deutschland mit einer Viertel Milliarde errechnet wurde, erweist der Kohlenvorrat in den in Deutschland gelegenen Revieren mit mehr als elf Milliarden arell, was für Deutschland bedeutendste Verfügbare Kohlenmenge ist. Die endgültige Verfügbare Kohlenmenge ist die Sicherstellung des Kohlenbedarfes ist die unerlässliche Voraussetzung des Wiederertragens für die Wirtschaft in Deutschland. Der Ausbau der Wärfkraft läßt sich auch bei fortgesetzter Tätigkeit nicht von heute auf morgen bewerkstelligen.

Die Zahl der deutschösterreichischen Bergbau, die 1918 42 betrug, wurde zwar auf 59 vermehrt, doch ist die Menge der erzeugten Kohle gegenüber der Zeit vor dem Kriege wesentlich geringer; während die deutschösterreichischen Kohlenbergbau im Jahre 1913 monatlich 23 Millionen Tonnen geliefert haben, war die unvollständige Förderung im Januar

und Februar 1919 wenig über anderthalb Millionen Tonnen.

Es fehlt gerade gegenwärtig bei den leistungsfähigsten Bergbauern an geschulten Bergarbeitern, hauptsächlich infolge des Abgangs der jugoslawischen Bergarbeiter. Leider besteht unter den Arbeitslosen nur eine geringe Neigung, sich dem Bergmannsberufe zuwenden. Die Leistung des einzelnen Bergarbeiters ist gegenüber der Zeit vor dem Kriege von sieben Meterzentner pro Schicht auf vierzehnhalb Meterzentner, also sehr bedeutend gesunken.

Die Wollfagg-Brannthaler Kohlenwerke, die circa 80 Millionen Tonnen Kohlenvorrat mit circa 80 Millionen Tonnen errechnet wurde, beschäftigt noch in diesem Jahre im Wollfagg Revier ein neues Kohlenfeld, das circa 100 Millionen Tonnen Kohlenvorrat mit circa 100 Millionen Tonnen errechnet wurde. Dieses Kohlenfeld ist durch die Wollfagg-Brannthaler Kohlenwerke in Besitz genommen, im Ueberdies sind die Betriebsverhältnisse ausserordentlich günstig. Die Wollfagg-Brannthaler Kohlenwerke sind im Besitz der Wollfagg-Brannthaler Kohlenwerke, die im Besitz der Wollfagg-Brannthaler Kohlenwerke sind. Die Wollfagg-Brannthaler Kohlenwerke sind im Besitz der Wollfagg-Brannthaler Kohlenwerke, die im Besitz der Wollfagg-Brannthaler Kohlenwerke sind.

Der Aufschwung einer leistungsfähigen Kohlenarabe nimmt meist einen sehr langen Zeitraum in Anspruch, eine sofortige Hilfe in der gegenwärtigen Kohlennot kann nur durch die Erzeugung aller etwa getriebenen Grubenfelder nicht ersetzt werden. Sobald Bergarbeiter und Betriebsmittel zur Verfügung stehen, wird

auch an die Erschließung milder erzielbarer Grubenfelder geschritten werden. Schon jetzt ist namentlich in Steiermark eine größere Anzahl von kleineren Bergbauern in Betrieb. Eine besondere Bedeutung kommt der Wiederbesetzung des Steinkohlenbergbaues in der Gegend von Kund, Waidhofen, Pöchlitz und Wehr zu; es ist bereits eine Unternehmung in Bildung begriffen, an der sich insbesondere die Eisenindustrie beteiligen werden und der voraussichtlich auch der Staat beitreten wird.

Zur Verringerung der Kohlennot ist das Staatsamt für öffentliche Arbeiten auch an die Frage der Ausbeutung der deutschösterreichischen Kohlenfelder in großen Mengen zur Verfügung stehenden Kohlenvorräte herangetreten. Deutschösterreich hat bei 2000 Kohlenmooren mit einer Fläche von fast 30.000 Hektar, wovon mindestens 20.000 Hektar für Brennen und Streutrocknung ausgenutzt werden können. Maschinell gewonnenes Prestorf hat einen Heizwert, der dem einer mittleren Braunkohle (3500 bis 3800 Kalorien) gleicht, so werden genug Maschinen in Betrieb gesetzt, so können jährlich 5000 Waggons Streutrocken- und 300 Waggons Prestorf erzeugt werden, bei Anstellung einer größeren Anzahl von Maschinen läßt sich die Erzeugung von Prestorf umdrehen auf 8 bis 10.000 Waggons jährlich steigern.

Es wurde mit den Ländern, in denen Kohlenmoore ihrer Ausbeutung harren, Fühlung genommen, und es ist beabsichtigt, mit diesen Ländern ein gemeinschaftliches Unternehmen zu bilden.

Alle vorerwähnten Maßnahmen sind gleichwohl nicht geeignet, den Kohlenmangel Deutschlands zu beheben. Die einzige Möglichkeit, eine durchgreifende Besserung der Kohlenlage Deutschösterreichs herbeizuführen, liegt ausschließlich in der Steigerung der Einfuhr für ausländischer Kohle.

kommen in Frage: der tschechoslowakische, der polnische und der jugoslawische Staat, ferner das Deutsche Reich. Mit allen genannten Staaten haben wir mannigfaltige Verträge auf Kohlenlieferungen geschlossen.

Am 11. Dezember 1918 wurde mit der tschechoslowakischen Regierung in Prag ein Vertrag auf Lieferung mit Kohle und Holz geschlossen. Nach diesem Vertrag ist aus den einzelnen Revieren des tschechoslowakischen Staates ein beträchtlicher Anteil der Förderung an Deutschland zu übertragen, während für alle anderen Verbände der deutschösterreichischen Industrie, insbesondere für die Industrie, trotz dringender Verhältnisse, eine Lieferung nicht erzielt werden konnte. Aber auch die Mengen, die für die Bahnen und für Wien geliefert wurden, bilden nur einen Teil der für diese im besagten Vertrag festgesetzten Mengen. Lediglich die Bahnen erhalten nunmehr die in einer neuen Vereinbarung festgesetzten Mengen im vollen Umfang.

Mit dem polnischen Staate wurde gleichfalls ein Vertrag auf Kohlenlieferungen aus dem Dombröwer Revier abgeschlossen. In diesem Vertrag wurde, da dem polnischen Staate ein zu geringer Waggonpark auf Verfügung steht, das Abkochen der Kohlen mit eigenen Waggons vereinbart. Wir beabsichtigen aber zur Deckung von Waggons nach Polen der Zustimmung der Tschechen, da wir bisher noch einen amerikanischen Waggonpark besitzen. Von den Tschechen wird aber die Erteilung dieser Bewilligung an die Bedingungen getnüpft, daß die Rückleitung der beschafften Waggons verläßlich gesichert ist. Es steht die Zustimmung der tschechischen Regierung

Die Kohlennot Deutschösterreichs.
Rede des Staatssekretärs Serdil in der Nationalversammlung.

Auf eine Anfrage des Abg. Seini über den Stand der Kohlenversorgung in Deutschösterreich gab Staatssekretär Serdil in der Nationalversammlung in einer längeren Rede sehr umfassenden Bescheid. Er teilte zunächst mit, daß Deutschösterreich einen Monatsbedarf von 1.150.000 Tonnen Kohle und 117.000 Tonnen Holz habe, aber kaum den zehnten Teil dieser Menge selbst gewinnen. Man ersehe daraus,

was für Deutschösterreich der endgültige Verlust Deutschböhmens mit seinen mächtigen Kohlenrevieren bedeuten würde. Die Erschließung neuer Grubenfelder und intensivere Ausnutzung der alten sei in Aussicht genommen, hoffe aber augenblicklich auf große Schwierigkeiten.

Ausbeutung der Torfmoore.

Zur Verringerung der Kohlennot hat das Staatsamt für öffentliche Arbeiten auch auf einem ihm bisher fern gelegenen Gebiete Schritte eingeleitet. Sie bezwecken die Ausbeutung der Deutschösterreich in großen Mengen zur Verfügung stehenden Torfmoore. Diese wurden bisher nur in geringem Maße für die Gewinnung von Brenntorf oder Strentorf ausgenützt, sie liegen auch landwirtschaftlich zum größten Teile brach. Deutschösterreich hat bei 2000 Torfmoore mit einer Fläche von fast 30.000 Hektar, wovon mindestens 20.000 Hektar für Brenn- und Strentorfgewinnung ausbeutet werden können. Stichtfähige Torfmoore stehen in fast allen Ländern (Kärnten, Tirol, Steiermark, Oberösterreich, Salzburg) zur Verfügung. Werden genug Maschinen in Betrieb gesetzt, so können jährlich 5000 Waggons Brenntorf und 300 Waggons Strentorf erzeugt werden, bei Aufstellung einer größeren Anzahl von Maschinen läßt sich die Erzeugung von Brenntorf umföhr auf 8000 bis 10.000 Waggons jährlich steigern.

Gleichzeitig kann aus Torfstreu in großem Maße gewonnen werden, womit einem fühlbaren Mangel der Landwirtschaft abgeholfen wäre.

Schließlich sollen die abgetorften Flächen der Landwirtschaft dienstbar gemacht werden, was in Rücksicht auf den verhältnismäßig hohen Stickstoffgehalt des Torfbodens besondere Aussichten auf Erfolg hat.

Es sollen die großen Moore in Steiermark, Kärnten, Salzburg und Oberösterreich, soweit möglich sofort, sonst in möglichst kurzer Frist in Ausbeutung genommen werden. Wegen der Beschaffung der hierzu notwendigen Torfbagger sind bereits Schritte unternommen worden. Die Auseinandersetzung mit den Torfmoorbessizern soll in gütlichem Wege erfolgen, im Notfall mit Zuhilfenahme eines Entzignungsgesetzes, dessen Entwurf heute zur Beratung steht.

Die Kohlenlieferungen aus dem Auslande.

Hierauf sprach Staatssekretär Serdil über die Lieferungen aus dem tschecho-slowakischen, polnischen und jugoslawischen Staate und aus dem Deutschen Reiche, mit welchen allen wir Verträge hierüber abgeschlossen haben. Der tschecho-slowakische Staat hat immer nur einen Teil der vereinbarten Mengen geliefert, so daß auf die Industrie nichts entfiel und die Bevölkerung Wiens die größten Einschränkungen auf sich nehmen mußte.

Mit dem polnischen Staate wurde ein Vertrag auf Lieferung von Kohlen aus dem Revier von Dombrowa geschlossen. Die Zufuhrstrecke war infolge der Kämpfe zwischen Tschechen und Polen lange unpassierbar, aber jetzt ist sie frei, und da die Entente die notwendige Beistellung von Begleitmannschaft zugesagt hat, so wird schon in den nächsten Tagen die Zufuhr der polnischen Kohle beginnen.

Jugoslawien liefert nur kleine Mengen aus dem Triester Revier.

Die Hilfe Deutschlands.

Besondere Hindernisse machten es begreiflich, daß das Deutsche Reich trotz besten Willens uns lange Zeit hindurch nicht jene Hilfe gewähren konnte, die wir zur Behebung unserer drückenden Notlage dringendst benötigten. Gleichwohl haben die deutschen Regierungsstellen sich nach besten Kräften bemüht, uns zu unterstützen, und haben uns selbst zur Zeit der geringen Förderung eige Menge von 1500 Tonnen täglich zur Verfügung gestellt, die nahezu zur Hälfte den Bahnen und zum kleineren Teile der Stadt Wien überwiesen wurde.

Als sich Deutschlands Situation gebessert hatte, haben wir in Verhandlungen in Berlin und Weimar dem Reichspräsidenten Ebert und den Mitgliedern des deutschen Kabinetts die schwierige Situation, in der wir uns befinden, eingehend geschildert. Ich kann hierbei feststellen, daß ich für unsere Lage bei der Reichsregierung vollstes Verständnis gefunden habe und daß es uns nach der Rückkehr nach Berlin bei den Verhandlungen mit dem Reichskohlenkommissär Geheimrat Stitz gelungen ist, eine fixe Vereinbarung dahin zu treffen, daß uns aus den ober-schlesischen Revieren täglich 7500 Tonnen Kohle angeliefert werden, wobei ich vom Reichskohlenkommissär noch die Zusage erhielt, daß er sich nach Möglichkeit bemühen werde, bei Verbesserung der Wagengestellung ein über die vereinbarte Menge hinausgehendes Quantum unserer Republik zur Ver-

fügung zu stellen. Wie nicht anders zu erwarten, haben die deutschen Reichsstellen durchaus Wort gehalten. Die gemachten Zusagen wurden sofort in die Tat umgesetzt, und nach den mir zugekommenen Nachrichten werden die vereinbarten Kohlenmengen nicht nur täglich im vollen Maße zur Verladung gebracht, sondern sogar überschritten (Beifall.) Ich bin überzeugt, daß ich mich mit dem hohen Hause eines Sinnes weis, wenn ich bei diesem Anlasse dem Herrn Reichspräsidenten Ebert, den deutschen Reichsministern und dem Reichskohlenkommissär Geheimrat Stitz für ihr besonders entgegenkommen, trotz der schwierigen Lage, in der sich auch Deutschland befindet, den wärmsten Dank der deutschösterreichischen Regierung ausspreche. (Zustimmung und lebhafter Beifall.) In den von mir eben angegebenen Vertragsmengen sind die Zufuhren, die wir aus Westfalen erhalten, nicht inbegriffen, so daß diese Zufuhren, die allerdings nicht regelmäßig eintreffen, noch ein Superplus bedeuten.

Kohle für die Industrie.

Ich hoffe zuversichtlich, daß mit der gesteigerten Kohlenzufuhr aus Oberschlesien nunmehr das kritische Stadium unserer Kohlenlage behoben ist und sich diese auch infolge der in Kürze zu erwartenden Einfuhr aus Polen noch wesentlich verbessern wird. Durch die aus Oberschlesien zur Verfügung gestellten Kohlenmengen sind wir endlich in die Lage versetzt, der leider gänzlich daniederliegenden Industrie wenigstens einigermaßen zu helfen und vorläufig einzelnen besonders wichtigen Betrieben die Wiedereröffnung zur Ermöglichung, was vom Standpunkte der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von größter Wichtigkeit erscheint. (Zustimmung.)

Ich habe mich veranlaßt gesehen, zunächst eine entsprechende starke Belieferung der Bauindustrie in Aussicht zu nehmen, um es ihr zu ermöglichen, Ziegel und Zement zu erzeugen. Das Vorhandensein dieser Baumaterialien ermöglicht die Schaffung einer Reihe von Arbeitsgelegenheiten, erscheint daher als ein besonders geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und ist die Ermöglichung des Bauens auch ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Selbstverständlich wird es auch nötig sein, die übrigen Industriezweige nach Möglichkeit mit Kohle für Betriebszwecke zu beliefern, und es wird dies insbesondere möglich werden, sobald durch den Einfluß der polnischen Kohle noch eine Verbesserung unserer Kohlenversorgung möglich geworden ist. Es schwebt mir dabei insbesondere vor, die Eisenindustrie wieder in Tätigkeit zu setzen, um solcherart gesuchte Kompensationsartikel, wie zum Beispiel Lokomotiven, als Austauschobjekte für Lebensmittel und verstärkte Kohlenbelieferung zu gewähren.

Nicht zuletzt erscheint es geboten, durch entsprechende Belieferung der Bahnen den total daniederliegenden Eisenbahnverkehr wieder zu heben und durch ehesten Abbau der Sparmaßnahmen die Belastung des Gewerbes und der gesamten Bevölkerung zu beseitigen.

Ich habe das Empfinden, daß wir den Tiefstand der Kohlenversorgung hinter uns haben und daß es nun bergangeht. (Lebhafter Beifall und Gändellatschen.)

Der neue 13. IV.

Die Zukunft des Wiener Schwerverkehres.

2. Die Gasloksverfrachtung.

Der Wiener Bedarf an Gasloks wird zum größten Teile von den beiden städtischen Gaswerken in Simmering und Leopoldau gedeckt. Güttenloks und ein verhältnismäßig geringes Quantum Gasloks wird wohl auch mit der Bahn angeliefert und fällt daher unter unsere letzte Betrachtung, welche die Abfuhr von Brennmaterial von den zentralen Kohlen- und Koksagern behandelt. Die Produktion der Gaswerke Leopoldau und Simmering ist nicht gleich groß. Derzeit überwiegt die Kokszeugung in Simmering, und zwar erreicht sie ungefähr das Doppelte des Ausstoßes des Gaswerkes Leopoldau. Schätzungsweise kann man die durchschnittliche Produktion auf 20- bis 30.000 Bahnwagen im Jahre schätzen. Davon entfallen zwei Drittel auf die Wintermonate, und zwar in die Zeit von Oktober bis März, der Rest in die Sommermonate. Das heißt, es werden innerhalb ungefähr 120 bis 150 Arbeitstagen 13- bis 20.000 Bahnwagen zu verfrachten sein, während der Rest von 7- bis 10.000 Bahnwagen sich auf ungefähr 200 Tage verteilt. In der Zeit der sogenannten starken Abfuhr wird daher ein Tagesquantum von 100 bis 150 Bahnwagen zu bewältigen sein, wovon 60 bis 70 Bahnwagen auf Simmering, 40 bis 50 Bahnwagen auf Leopoldau entfallen würden, bis durch den Ausbau des Leopoldauer Werkes das Schwergewicht der Verfrachtungen dorthin verlegt werden müßte.

Infolge der geographischen Lage der beiden Koksproduktionsstätten zu den Hauptkonsumzentren Wiens wird selbstverständlich bei der Einrichtung eines entsprechenden Verkehrs Rücksicht auf die Verteilung der Koks mengen nach Bezirken genommen werden müssen. Es wird sich zum Beispiel empfehlen, den Ausstoß des Gaswerkes Simmering nach allen Bezirken von I bis XVII zu verfrachten, wobei der II. Bezirk nur zum Teil zu beliefern wäre, und etwa die Linie Praterstraße—Hauptallee als Grenze dienen würde. Dem Gaswerk Leopoldau wären der Rest des II. Bezirkes und die weiteren Bezirke XVIII, XIX, XX und XXI zuzuweisen.

Gegenwärtig wird der Verkauf und zum Teile auch die Abfuhr des Kokes von der Länderbank besorgt, insofern nicht die Käufer eigenes Fuhrwerk beisteuern. Es ist aber zweifelsohne eine Forderung der Zeit, daß dieser Zwischenhandel, der gänzlich überflüssig erscheint, beseitigt wird, und daß die Gemeinde Wien selbst, als Vertreterin der Allgemeinheit, den Verkauf der städtischen Koksproduktion, ebenso wie die Abfuhr in die Hand nimmt, weil nicht einzusehen ist, warum auch hier noch ganz überflüssige Vermittlungsstellen eingeschaltet werden müssen, welche den Geschäftsgang gewiß nicht vereinfachen, ihn zum Schaden der Konsumenten verteuern und auch der Gemeinde Wien noch die Möglichkeit nehmen, kleine Ueberschüsse zu erzielen, die jetzt von dem Generalkontrahenten in wesentlich höherem Maße in Anspruch genommen werden.

Gerade der Koksverkehr bietet Gelegenheit für die programmatische Einrichtung eines städtischen Schwerverkehres, welcher der Natur der Sache nach, soweit er sich auf das Reichbild Wiens erstreckt, ausschließlich mit elektrischen Fahrzeugen zu besorgen wäre, so daß auch die Energielieferung durch die städtischen Elektrizitätswerke erfolgen kann und insoweit auch in diesen Belangen die Gemeinde Wien Selbstverwalterin ist. Die Maximalabfuhr von 100 bis 150 Bahnwagen im Tage wird natürlich nicht ausschließlich durch Gemeindefuhrwerk besorgt werden müssen, da auch noch viele Käufer, große Fabriken, Industrie- und Handelsunternehmungen aller Art, eigenes Fuhrwerk zum Abtransport benötigen werden. Wir werden jedoch nicht fehl gehen, wenn wir annehmen, daß 60 Prozent des Ausstoßes durch das Fuhrwerk der Gemeinde abzustreichen sein werden, so daß wir immerhin mit 60 bis 90 Bahnwagen täglich rechnen müssen.

Nach den Handelsgebräuchen beläuft sich die Verfrachtungseinheit, Fuhr genannt, auf 35 Meterzentner. Mit Rücksicht auf die Verkürzung der Lade-, Ablade- und Beladezeiten wird man trachten, den Lastträger von der Zugmaschine zu sondern, das heißt, man wird statt gewöhnlicher Lastautos, welche die Last mit sich führen, also Last-Tragewagen darstellen, mit Zugmaschinen und Anhängern arbeiten, und zwar wird man für je eine Zugmaschine 3 bis 4 Anhängewagen in Aus-

wieder zerlegbaren Schüttwannen auskräftet, in welche der zugeführte Koks abgekippt wird. Ueber beide Fragen hat Schreiber dieses bereits Projekte ausgearbeitet, wie überhaupt die ganze Angelegenheit bereits technisch und kaufmännisch genau studiert und ausgearbeitet vorliegt. Es ist nur leider auf dem beschränkten zur Verfügung stehenden Raume nicht möglich, in Details einzugehen.

Nachdem unter Berücksichtigung der abgekürzten Entladefristen und durch das Beladen ebenfalls infolge der Benützung von Schüttrinnen und einer besonderen Rangiereinrichtung die Möglichkeit besteht, die Zugmaschinen ununterbrochen zwischen den Abfuhr- und Zufuhrstellen pendeln zu lassen, wird man für jeden Zugwagen die Möglichkeit von 3 bis 4 Abfuhr im Tage gewiß in Aussicht nehmen dürfen, je nach der Länge der Arbeitszeit. Bei drei Abfuhr zu je 2x35 Meterzentner, die in 2 kurz gekoppelten Zweiradkarrn abgeführt werden können, beläuft sich die Ausfuhr einer Zugmaschinengarnitur auf rund 2 Waggons täglich, das heißt, man wird in den Wintermonaten etwa 30 bis 40 Garnituren beim Gaswerk Simmering und etwa die Hälfte beim Gaswerk Leopoldau vorsehen müssen. Hierzu wird es notwendig sein, besondere Garagen, Ladestationen und Reparaturwerkstätten zu schaffen und auch für eine tüchtige Betriebsleitung an jeder Stelle und eine einheitliche, erstklassige Oberleitung zu sorgen. Gerade auf dem Gebiete des Elektroverkehrs gibt es bisher nur wenige Fachleute, obwohl es infolge der Neuheit dieser Betriebsart unumgänglich notwendig ist, nur durchaus erfahrene und hervorragende hiezu befähigte Techniker an die Spitze zu stellen, damit der ganze Apparat klappert und nicht durch äußere kleine Schwierigkeiten oder den Mangel einer speziellen Organisation, welche die Eigenheiten des Elektrobetriebes zu berücksichtigen hat, das Unternehmen unrentabel arbeitet.

Die Garagen und Ladestationen werden vorteilhaft so gewählt werden müssen, daß die Leerfahrten von und zu denselben vor Antritt und nach Beendigung des Dienstes, sowie zum Zwecke des Batteriewechsels möglichst gering ausfallen. In unserem besonderen Falle werden hier wohl Schwierigkeiten kaum entstehen und der Verfasser hat sich schon seinerzeit, als er sich für die Frage zum ersten Mal interessierte, Anlaß genommen, Erkundigungen einzuziehen, wie die Verhältnisse in der Nähe der Gaswerke bezüglich der Grundbeschaffung liegen. Auf dem Wege vom städtischen Gaswerk zur Stadt liegen eine Menge preiswerter Gründe, die besonders geeignet wären, eine große Garage und Reparaturwerkstätten-Anlage aufzunehmen, in deren unmittelbarer Nähe auch Starstromableitungen liegen, so daß die Kraftleitungen nicht übermäßig viel kosten würden. Das gleiche wie für Simmering gilt für Leopoldau, und man wird daher kaum mehr als 4 bis 6 Kilometer Leerfahrten für jede Zugmaschine im Tage rechnen müssen, selbst wenn man einen ein- bis zweimaligen Batteriewechsel in Aussicht nimmt und die ungünstigsten gelegenen, seinerzeit besichtigten Gründe wählt.

Für jeden Zugwagen kommen 3 bis 4 Doppelanhänger in Betracht und da insgesamt 50 bis 60 Zugmaschinen in Dienst gestellt werden müßten, wozu noch Reserven von ungefähr 5 bis 10 Stück zählen, wäre die Zahl der Anhänger mit dem Drei- bis Vierfachen zu beziffern. Gleichwohl würden die Garagen keine überflüssige Ausdehnung erhalten, da die Einstellräume durchaus nicht für die Anhängewagen eingerichtet werden müssen. Denn von diesen wird der größte Teil auch über Nacht in den Höfen der Gaswerke verbleiben, zum Teil auch in den Fabrikshöfen, wo dieselben zur Entladung abgestellt wurden. Nur ein Rest, die Reserven, sowie diejenigen, die

17
17./IV. 1919
42

Zur neuen Kohlenwirtschaft.

W Berlin, 14. April. Reichswirtschaftsminister Wiffel
eröffnete heute die Beratung des Sachverständigen-
rates für Kohlenwirtschaft mit folgender Ansprache:

Während draußen in den Kohlenbezirken eine miß-
leitete Arbeiterschaft unsere zerrüttete Volkswirtschaft voll-
kommen zum Erliegen zu bringen droht, erscheint es fast zweck-
los, hier die Beratungen für den Aufbau einer gesünderen Zu-
kunft zu beginnen. Trotzdem dürfen wir neben den Bemühun-
gen, dort draußen im Revier zunächst einmal wieder die Arbeit
in Gang zu bringen, es nicht verschmähen, mit größter Beschleu-
nig die festen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die in die-
ser Zeit des ziellosen Kampfes wieder ein fruchtbares Mit-
einander- und füreinanderarbeiten sichern sollen.

In dem Sozialisierungsgesetz werden die großen Grund-
linien gegeben, nach denen das Volk arbeiten soll. In dem
Kohlenwirtschaftsgesetz finden Sie die Durchführung die-
ser Gedanken für die Kohlenwirtschaft. Aber auch dieses Gesetz
warnte nur die Umrisse andeuten, die Form geben, in die der
Inhalt hineinzuzwängen ist. Dazu sind Sie berufen. Zum er-
sten Male tagt eine Versammlung, in der alle an einem Wirt-
schaftszweig Beteiligten: Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Ver-
braucher, kraft Gesetzes zusammenberufen sind, um die Ge-
schicke ihres Wirtschaftsgebietes in gemeinsamer Reichskohlenrat-
tungsgebend zu beeinflussen. Der zukünftige Reichskohlenrat
der als Selbstverwaltungskörper mit größter Nachvollkommen-
heit die Kohlenwirtschaft führen soll, wird nach dem Gesetz ab-
sichtlich zusammengesetzt sein, wie der heute hier tagende Sachver-
ständigenrat. Ihre Verhandlungen in diesen drei Tagen wer-
den also die erste Probe darauf sein, ob der hoffnungstrobe
Gedanke richtig ist, daß die Zusammenarbeit aller beteiligten
Kreise von einem Geiste der Versöhnlichkeit und des
gegenseitigen Verstehens geleitet werden könne, der
allein ein Wiedererstehen kräftiger Wirtschaftsgebilde aus dem
jetzigen wirtschaftlichen Chaos verspricht! Auf Ihre Arbeit
richten sich deshalb die Wände aller der Bienen, die den Weg zu
einer Besserung der deutschen Zukunft nur in einer Zusammen-
arbeit aller produktiven Kräfte sehen. Ich zweifle nicht, daß
Ihre Beratungen getragen sein werden vom besten Willen, der
Gesamtheit zu dienen. Aus allen Ecken der Kohlenwirtschaft
zu vertreten, sondern um Ihre Spezialkenntnisse und Erfah-
rungen der Erreichung des im Kohlengesetz aufgestellten Zieles
dienlich zu machen, um der Gemeinwirtschaft abge-
schlossen. Es gilt, ihr Inhalt zu geben. Wer dabei den Ver-
such machen wird, Sonderinteressen zu dienen, wird der Welt
nicht gerecht werden. Ich bin des festen Glaubens, meine
Herren, daß Sie alle ihr gerecht werden!

Zu dem materiellen Inhalt Ihrer Verhandlungen hier
einige Worte. Das Kohlenwirtschaftsgesetz enthält in den vor-
liegenden 88 Vorschlägen nichts von dem unmittelbaren Ein-
fluß der Arbeiter im Produktionsprozeß, von der finanziellen
Beteiligung des Reiches an der Kohlenwirtschaft, dem Recht an
den Lagerstätten. Die erste Frage wird, wie Sie wissen, im
Reichsarbeitsministerium bearbeitet, die zweite Frage im
Reichsfinanzministerium; auch an die dritte Frage werden wir
baldigst herangehen. Aus der vorliegenden Gesetzgebung konn-
ten diese Fragen als Sondergebiete unbedingt ausgeschaltet
werden.

Die Kohlenwirtschaft wird durch das vorliegende Gesetz auf
dem Wege von der Sache zum Verbraucher geregelt.
Diese Regelung erstreckt sich also in erster Linie auf den Vertrieb.
Diese Regelung erstreckt sich aber auch auf die Produktion und den
Verbrauch. Diese Ausstrahlung, d. h. die Beziehungen des hier
behandelten Gebietes zu dem der Produktion und dem des Ver-
brauchs, sollen ohne unmittelbares Eingreifen in Produktion und
Verbrauch untersucht und geklärt werden und auf diese Weise auch
Produktion und Verbrauch beeinflussen. Diesem Zwecke sollen die
wirtschaftlich-technischen Gesellschaften dienen, wie die sozialpoli-
tische Gesellschaft ihre Tätigkeit dem Schwierigsten innerhalb des
Produktionsprozesses, der Arbeiterfrage, widmen soll.

Als Grundsatz für unser gesetzgeberisches Arbeiten habe ich in
Weimar die Forderung aufgestellt: kein sprunghaftes
Experimentieren, sondern organische Fortent-
wicklung aus dem Vorhandenen.

nicht Revolution, sondern Evolution!

In der Durchführung dieses Grundsatzes werden Sie immer
wieder den Gedanken finden, daß wir gesetzlich festlegen wollen
nur das, was als notwendig und wirtschaftlich klar erkannt
wurde und feststeht. Darüber hinaus soll lediglich die Möglichkeit
gegeben werden, auch weiter einzugreifen, wenn die gemeinschaft-
lichen Interessen es verlangen. Deshalb wird überall der Rahmen
so weit gespannt, daß jeder radikale Eingriff gemacht werden
kann, daß er aber nur gemacht zu werden braucht, wenn der Reichs-
kohlenrat in seiner immer klarer sich herausbildenden Einsicht den
wichtigsten Rechte des Reichskohlenrats und in unklaren Fällen
keine Maßbestimmungen, sondern kann Bestimmungen.

Einen weiteren Punkt möchte ich auch hier wie in Weimar her-
vorheben: Gemeinwirtschaft kann nur betrieben werden von einer
Zentralstelle aus. Die Zentralisation aber birgt Gefahren in sich:
Sie kann zur Bürokratisierung führen und zur Verminderung
oder gar zum Aufhören des Wettbewerbs. Welches ist dem wirt-
schaftlichen Ergebnis abträglich und muß deshalb vermieden wer-
den, damit nicht der ganze Zweck: den Wirtschaftsprozess wirt-
schaftlicher zu gestalten, in sein Gegenteil verkehrt wird. Als
Mittel zur Vermeidung dieser Mißstände werden Sie in unseren
Vorschlägen erkennen, daß den unteren Instanzen möglichst
Selbständigkeit gewährt wird, und daß die höheren Instanzen
nur durch allgemeine Richtlinien gebunden sein, sonst aber mög-
lichst nicht von Amts wegen, sondern nur auf Anruf oder zur
Beseitigung von Mißständen eingreifen sollen. Wir wollen also

Ausbeutung der Torfmoore in Deutschösterreich.

Die Nationalversammlung hat den Gesetzentwurf über die Inanspruchnahme von Grundstücken zur Torfgewinnung genehmigt und damit ist endlich auch in Deutschösterreich der Ausbeutung der Torfmoore freie Bahn geschaffen. Bisher scheiterte dies schon daran, daß kein Enteignungsrecht für die Nutzung von Torfflächen bestand. Die Torfgewinnung war deshalb in der Hauptsache nur dem Grundeigentümer möglich. Darin soll es nun anders werden. Zunächst ist eine gemischt-wirtschaftliche Unternehmung geplant, an der sich der Staat, die Länder, in denen die Torfterrains liegen, und bis zu einem gewissen Maße, zur Aufbringung des nötigen Kapitals auch Private und Industrien beteiligen sollen. Diese Unternehmung soll unter der Bezeichnung „Deutschösterreichische Torfindustrie-Gesellschaft m. b. S.“ ins Leben treten. Vorläufig ist die Aufstellung von 4 Torfwerken mit einem Anlagekapital von 6,65 Mill. K. und einem Betriebskapital von 1 1/2 Mill. K. geplant.

Das neue Gesetz über die Inanspruchnahme von Grundstücken zur Torfgewinnung verpflichtet den Grundbesitzer, die zur Torfgewinnung geeigneten Grundstücke an die Staatsverwaltung gegen angemessene Entschädigung zur Abtastung zu überlassen. Nach Abschluß der Torfgewinnung sind diese Grundstücke ihrem Eigentümer dann in kulturfähigem Zustande zurückzugeben. Wenn diese Dienstbarkeit aber mehr als fünf Jahre beansprucht, kann der Grundbesitzer auch die völlige Ablösung des Grundstückes gegen angemessene Entschädigung verlangen. Sie besteht in einem dem gemeinen Grundwerte gleichkommenden Kapitalbetrage. Für die bloß zeitliche Ueberlassung wird dagegen eine Jahresrente im Ausmaße des Wertes der aus dem Grundstücke bisher bezogenen Jahresnutzung und außerdem eine Vergütung für den im abgelaufenen Jahre entnommenen Torf gewährt. Das Rechtsverhältnis, das da geschaffen wird, ist unstreitig sehr bemerkenswert. Es entspricht einem Pachterverhältnis, dessen Abschluß aber nicht auf freier Willensäußerung beider Teile, sondern nur des einen Teiles, des Bestandnehmers beruht, während dem anderen Vertragserteile, dem Bodenbesitzer, das Enteignungsrecht des Staates gegenübertritt. Etwa wie bei einem Bahnbau, dessen Unternehmung das Recht eingeräumt erhält, die zum Bau und Betriebs der Bahn nötigen Parzellen zeitweilig zu beanspruchen oder für immer zu enteignen.

Für die endliche Lösung des Torfproblems in Deutschösterreich war dieses Gesetz wirklich unabwetzlich. Denn bisher hatten wir vielfach Torfflächen ohne gewinnungserreichte Besitzer und andererseits gewinnungslustige Unternehmung ohne Torfflächen! Das jetzt verkündete Gesetz soll da eine Brücke schlagen, die Brücke zwischen dem, der Torf gewinnen will, und den Torfländereien. Und je eher dies erreicht wird, umso besser! Denn Deutschösterreichs Besitz an Kohlenbergbau ist so unverhältnismäßig gering, daß, sollen wir nicht dauernd hunderte Millionen nach dem Auslande schicken, der möglichste Ersatz der Kohle durch andere Heizstoffe, und zu ihnen zählt eben auch Torf, dringendst geboten ist. Deutschösterreich verfügt tatsächlich über die nötigen Voraussetzungen hierfür in seinen Moorterrains. Es zählt etwa 2000 Moore mit einer Flächenausdehnung von fast 30.000 Hektar, von denen mindestens 2000 Hektar zur Erzeugung von Brenntorf für Industrie- und Hausbrandzwecke, sowie zur Lieferung größerer Mengen von Torfstreu herangezogen werden könnten. Unter ihnen befinden sich 346 Moore mit schon bestehenden Torfstichen, Moore, aus denen wenigstens 20.000 Waggons Trockentorf und 3000 Waggons Torfstreu ohne besonders große Investitionen erzielbar wären. Und da der Heizwert des Brenntorf — 3500 bis 3800 Kalorien — dem einer Braunkohle mittlerer Güte beiläufig gleichkommt, so kann schon auf diesen Torfflächen der Heizwert von ebensoviel Wagenladungen Braunkohle, also von 20.000 Waggons Braunkohle, gesichert werden.

In erster Linie kommen für diesen Abbau des Torfes die fast 1000 Hektar messenden Moore im Ennstal, unter ihnen das Woersbacher, Selztaler, Pürgschacher und Krumauer Moor mit mehr als 600 Hektar, das Waid- und Bür-Moos im Salzburgischen mit 700 Hektar und die Windischgarlener Moore mit 130 Hektar und die Böhmervald-Moore bei Walkern mit rund 550 Hektar in Betracht. Zunächst sollen nun 4 Torfwerke im Woersbacher Moor (Oberfelder), im Bleisbäcker Moor am Ossiacher See, im Waid-Moor bei Lamprechtshausen-Salzburg

1. IV. 1919

69

Internationalisierung der Kohlenversorgung im ehemaligen Oesterreich-Ungarn.

Der Oberste Wirtschaftsrat der alliierten Mächte in Paris hat beschlossen, die Kohlen-erzeugung im alten Oesterreich-Ungarn und in Polen sowie die Verteilung der Kohlen innerhalb dieser Gebiete unter eine einheitliche Leitung zu stellen. Sie hat mit der praktischen Handhabung dieser außerordentlich wichtigen Angelegenheit die interalliierte Mission be-
traut, die gegenwärtig auch mit der Sanierung der Eisenbahnfragen beschäftigt ist.

Die Nachricht wird mitlich bekanntgegeben, entsprechend ihrer Bedeutung und Wichtigkeit. Deutschösterreich verfügt über kaum nennenswerten Kohlenlager und ist auf die Einfuhr von über 12 Millionen Tonnen Kohlen angewiesen. Das alte Wirtschaftsgebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie ist reich an Lager aller Kohlenarten und hätte bei entsprechender Erschließung auf jede Kohleneinfuhr verzichten können. Ungeachtet dieses Umstandes ist insbesondere in Deutschösterreich in der vergangenen Friedenszeit eine sehr ansehnliche Menge an ober-schlesischer Steinkohle eingeführt worden, die sich hauptsächlich für Hausbrandzwecke gut eignet und in Wien eine ausgedehnte Verwendung fand. Durch die Auflösung der ehemaligen Monarchie ist nun der deutschösterreichische Staat des Anteiles an den Kohlenlagern fast völlig verlustig geworden, er ist in der Frage der Kohlenversorgung von seinen Lieferanten abhängig, die aber in erster Linie für ihre eigenen Bedürfnisse sorgen.

Die Kohlenproduktion Europas ist im Verlaufe dieses furchtbaren Krieges in einer geradezu katastrophalen Weise zurückgegangen. Die Kohlenförderung hat in einigen Revieren aus den verschiedensten Gründen bis auf 50 Prozent abgenommen, und es wird keine leichte Aufgabe sein, die Sanierung der durch den Krieg veranlaßten Mißstände mit Erfolg zur Durchführung zu bringen. Wenn nun der Oberste Wirtschaftsrat der Alliierten in Paris allen Ernstes darangeht, eine Steigerung der Kohlenproduktion im alten Oesterreich-Ungarn und eine Verteilung der geförderten Kohle auf die einzelnen Wirtschaftsgebiete einzuleiten, so werden die Schwierigkeiten wohl sehr bedeutend, aber dennoch zu überwinden sein. Den Vereinigten Staaten ist es während des Krieges gelungen, ihre Kohlenproduktion von 490 Millionen Tonnen des Jahres 1913 auf 540 Millionen Tonnen im Jahre 1917 zu erhöhen, um die Bedürfnisse der heimischen Kriegsindustrie zu decken. In England dagegen ist die Kohlenproduktion von 290 Millionen Tonnen des Jahres 1913 auf 245 Millionen Tonnen, insbesondere infolge der Einberufung der Bergarbeiter zur Kriegsdienstleistung, gesunken. Amerika hat nach den letzten Nachrichten die jährliche Lieferung von neun Millionen Tonnen Kohle für Italien übernommen, um an Stelle Englands den italienischen Kohlenbedarf zu 75 Prozent zu decken.

Deutschösterreich ist in einer ähnlichen Situation wie Italien, es hat ungefähr den gleichen Kohlenbedarf, und es muß darauf bedacht sein, seine daniederliegende Wirtschaftstätigkeit in absehbarer Zeit wieder aufnehmen zu können. Der amtlich verlautbarte Beschluß der alliierten Mächte will nun sowohl die Erzeugung als auch die Verteilung der verfügbaren Kohlenmengen der selbständigen Verfügung der Nationalstaaten entziehen und gewissermaßen eine Internationalisierung der Kohlenversorgung im mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiete schaffen.

Die Kohlenproduktion ist vorwiegend eine Arbeiterfrage, weil insbesondere der Kohlenbergbau auf manuellen Betrieb angewiesen ist, die Leistungsfähigkeit und der Leistungswille des Bergarbeiters sind in der vorangegangenen Kriegszeit in äußerst nachteiliger Weise beeinflußt worden. Es wird eine sehr wichtige Aufgabe für die Alliierten sein, die Leistungsfähigkeit des Bergmannes, die im Kriege um 50 Prozent abgenommen hat, durch verbesserte Ernährung entsprechend zu heben, es wird aber auch nötig sein, die Regelung der

Kohlenfragen in die Wege zu leiten, um den Arbeitswillen des Bergmannes aufrechtzuerhalten. Die gesteigerte Kohlenproduktion ist aber auch eine Frage der Kohlenbeschaffung für den maschinellen Betrieb, der insbesondere in den letzten Jahren sich ein ausgedehntes Feld im modernen Bergbau erobert hat. Es wird Aufgabe der Entente sein, die im Kriege genutzten Maschinen im Bergbaubetrieb entsprechend zu ersetzen und für die Beschaffung dieser insbesondere im Frieden von Deutschland bezogenen Maschinen Sorge zu tragen.

Die Kohlenverteilung wird in Zukunft wohl in erster Linie durch die Entente erfolgen. Die Entente wird die verfügbaren Kohlenmengen entsprechend den Lebensbedürfnissen der einzelnen Staaten regeln müssen und bei der Aufteilung alle Momente in Betracht zu ziehen haben, welche für die einzelnen Nationalstaaten von Belang sind. Die Kohlenverteilung wird in weiterer Folge hauptsächlich eine Frage des Transports sein, und die Entente will offenbar daran teilnehmen, wenn die Wiederherstellung der im Kriege stark herabgesunkenen Leistungsfähigkeit der ehemals österreichisch-ungarischen Eisenbahnen in Angriff genommen wird. Durch den Beschluß der Alliierten ist ein Gedanke zur Tat herangereift, der an dieser Stelle bereits vor längerer Zeit erörtert worden ist: die Notwendigkeit der Schaffung eines europäischen Kohlenverteilungsplanes mit Rücksicht auf die Kohlennot Europas. Durch die Regelung der Kohlenversorgung im Bereiche des früheren österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes und Polens wird damit der Anfang gemacht.

Ueber die Vorgänge, welche mit der Entscheidung der Entente zusammenhängen und bestimmend waren, erfahren wir:

Der Oberste Wirtschaftsrat in Paris ist von den hier weilenden Missionen über den Stand der Kohlenversorgung unterrichtet worden, und in dieser Beziehung mag auch eine Reise aufklärend gewirkt haben, die jüngst von staatlichen Funktionären nach Prag unternommen wurde und der sich auch ein Mitglied einer fremdländischen Mission angeschlossen hatte.

Die Vereinbarungen Deutschösterreichs mit der Tschecho-Slowakei gehen dahin, daß wir einen perzentuellen Anteil der tschecho-slowakischen Kohlenproduktion für die Versorgung Wiens und der Bahnen erhalten sollen. Es langt jedoch kaum die Hälfte der für Wien in Rechnung gestellten Braunkohlenmengen ein, dagegen wird die für die Bahnen bestimmte Quantität in dem zugestandenem Ausmaße eingehalten. Die Steinkohlenlieferungen aus Mährien-Ostau, die in erster Linie die Gaswerke alimentieren sollen, erreichen nicht ein Drittel der in Aussicht gestellten Mengen. Nun ist die Kohlenproduktion in Böhmen, an der wir je nach dem Revier nach verschiedenen Prozentsätzen einen Anteil haben sollen, geringer als ehemals, aber bei der Verteilung scheint der Ausfall zu Lasten Deutschösterreichs gebucht zu werden und wird von diesem getragen, nicht aber auch von dem tschecho-slowakischen Staate. Es wird dies um so härter empfunden, als derzeit aus dem westfälischen Gebiete infolge der Wirren in dem holländischen Durchzugsgebiete und der drohenden Beschlagnahme von Kohlentransporten keine Ergänzung einlangt. Eine Stütze bilden wohl die oberschlesischen Transporte — 7500 Tonnen pro Tag —, aber diese werden in mannigfacher Weise in Anspruch genommen und wären allerdings bedroht, wenn die Meldungen über einen sich vorbereitenden Generalstreik in Oberschlesien zutreffen.

Eine Besserung der Kohlenlage soll nun in zweifacher Richtung herbeigeführt werden: Es soll nicht nur die gesamte Kohlenproduktion, sondern auch die Verteilung unter die Leitung der Alliierten gestellt werden. Man wird also zunächst eine intensivere Arbeit der Arbeiter in die Wege leiten, und in dieser Beziehung ist es charakteristisch, daß die Oberleitung dem Lebensmittellieferanten Hoover übertragen wurde. Gesteigerter Arbeit wird man durch eine bessere Ernährung der Arbeiter, also auf durchaus friedlichem Wege, herbeiführen.

Die Aktion wird sich auch, wie angekündigt wird, auf Polen erstrecken. Mit Polen schweben eben Verhandlungen wegen reichlicherer Kohlenlieferungen nach Deutschösterreich, für welche die Wagen beizustellen wären, aber ein Resultat ist noch nicht zu verzeichnen, und ist in Aussicht genommen, die einschlägigen Verhandlungen eventuell in Warschau weiterzuführen. Eine Entscheidung hierüber liegt jedoch derzeit nicht vor.

Staatssekretär Zerbit über die Kohlenfrage.

In einer auf der Wieden stattgehabten Versammlung sprach Staatssekretär Ing. Zerbit über die Kohlenfrage und führte unter anderem aus:

Deutschösterreich produziert nur ein Zehntel seines Kohlenbedarfes. Im Anfange des Bestandes der Republik hat die Regierung sehr traurige Erfahrungen mit den Verträgen mit den Nationalstaaten gemacht, die Vereinbarungen wurden nie eingehalten. Nur das Deutsche Reich blieb stets seinen Versprechungen treu. Bei meinem letzten Aufenthalt in Berlin hat die deutschösterreichische Regierung trotz der schweren wirtschaftlichen Lage des Deutschen Reiches auch hinsichtlich der Kohlenfrage vollstes Verständnis gefunden. Schon am ersten Tage der Verhandlung wurden wir mit Kohle überliefert. Wir werden dafür sorgen müssen, auch noch andre Maßregeln als lediglich hinsichtlich der Kohleneinfuhr mit Rücksicht auf die Valuta und das ständige Abhängigkeitsverhältnis zu ergreifen. Torf wird jetzt für Heizzwecke dienstbar gemacht. Es ist möglich, mit nicht allzu großem Aufwand 10.000 Waggons Torf im Jahre zu gewinnen. Vor allem muß man an den Ausbau der Wasserkraft denken. Doch fehlt es da wieder an Kohle und Baumaterialien. Die Bauindustrie wurde sehr ausreichend mit Kohle dotiert, wodurch die mit dieser Industrie zusammenhängenden Gewerbe wieder Verdienst finden und es dadurch möglich sein wird, langsam der Arbeitslosigkeit Herr zu werden.

Die Brennholzversorgung Wiens für den Winter 1919/1920.

Als vor zwei Jahren die allgemeine Misere der mangelhaften Kohlen- und Holzversorgung begann, hatte Wien sehr viel Glück. Die zwei letztverflossenen Winter waren nicht übermäßig streng und die härteste Kälteperiode war nicht übermäßig lang. Wären aber diese zwei äußerst glücklichen Zufälle nicht eingetreten, dann hätte, insbesondere im heurigen Winter, der äußerst empfindliche Mangel an Kohle und Holz zu einer unabsehbaren Katastrophe geführt.

Mit solchen glücklichen Zufällen darf aber ein staatlicher und städtischer Haushalt nicht rechnen; bleiben sie aus, so muß man dagegen gewappnet sein.

Es ist daher Pflicht der in der Frage der Kohlen- und Brennholzversorgung maßgebenden Ämter, voranzusehen, daß unsere privaten Haushalte noch durch längere Zeit, sicherlich aber im Winter 1919/1920 an dem Mangel an Kohle und Holz empfindlich leiden werden. Die Kohlenversorgung ist dabei ganz und gar von der gesamten sozialen und politischen Lage abhängig, daher von den mit dieser Frage beschäftigten Ämtern allein nicht lösbar. Aber selbst bei günstigeren Verhältnissen in der späteren Kohlenzufuhr als jetzt — normal werden sie noch lange nicht sein — werden die vielleicht einlangenden größeren Kohlenmengen von den öffentlichen Betrieben (Gaswerke etc.) und von der Industrie zum größten Teil aufgezehrt werden. Es wird somit für die privaten Haushalte nur ein verschwindender, jedenfalls sehr geringer Rest verbleiben.

Das Brennholz wird daher für die Haushalte der Wiener Bevölkerung eine noch weit höhere Bedeutung erreichen, als es bis nun hatte. Die fehlende Kohle durch Brennholz gänzlich zu ersetzen, wird die Millionenstadt Wien wie in der Lage sein. Die Holzversorgung Wiens wird aber für den Winter 1919/1920 eine viel weitergehende werden, als sie es für den verflossenen Winter war.

In den letzten zwei Wintern war man bestrebt, die Brennholzbeschaffung nicht nur aus Niederösterreich, sondern auch von weit her durchzuführen. In letzterer Beziehung hat sie infolge der politischen und sonstigen Verhältnisse von Ungarn, Kroatien, Dalmatien, russisch-Polen etc. vollkommen versagt;

aus Oberösterreich, Steiermark, Böhmen, Mähren etc. kamen sehr geringe Zuschüsse, da sich diese Länder infolge der eigenen Brennholznot gegen die Ausfuhr verschlossen; die von den Wiener Brennholzhändlern auf den Markt gebrachten Brennholzer erreichten und haben heute Preise, die sie den Minder- und Mindestbemittelten vollkommen unerreichbar machten. So mußte die Deckung für Wien zumeist aus Niederösterreich selbst erfolgen. Der herrschende große Brennholzmangel führte zu dem holzhändlerischerseits lancierten und höchst ausgiebig fruktifizierten, für den Konsumenten aber höchst nachteiligen Kauf und Verkauf des Holzes in Waggonladungen nach Gewicht, welcher Usus sich jetzt im Detailhandel vollkommen eingebürgert hat. Die vermögende Klasse war hiedurch allerdings in die Lage versetzt, mit großen, für diese Kreise aber jedenfalls minder spürbaren Opfern den Ausfall an Kohle bis zu einem gewissen Grade durch Holz zu decken. Bei den Minder- und Mindestbemittelten war dies aber nicht der Fall, und so entstanden als Auswüchse dieser Zustände seitens der Mindestbemittelten Holzdiebstahl und Holzfrevel in einem erschreckenden, noch nie dagewesenen Umfange, die zum Beispiel dem Lainzer Tiergarten, nach Angabe maßgebender Persönlichkeiten desselben, zirka 10.000 Raummeter Frevel- und Raubholz kosteten. Allerdings war hier das hauptsächlich gestohlene Holz zumeist nicht eine Hilfe aus der Not für seine Sammler, sondern ein Handelsartikel, der unglaublich fruktifiziert wurde.

Derartige Verhältnisse erweisen aber die dringende Notwendigkeit, Wien für den kommenden Winter besser und sicherer mit Brennholz zu versorgen, als es bis nun geschehen ist.

Dieser sind nun in der näheren und weiteren Umgebung Wiens genügende Quellen vorhanden. An die Staatsforste des Wiener Waldes wird man sich in erster Linie halten müssen. In der näheren und weiteren Umgebung Wiens bilden ihre Buchenbestände ein großes Reservoir von hartem Brennholz; auch Nadelholz findet sich in genügenden Mengen. Der Staat hat also als Besther in diesem Falle die Pflicht, mit seinen Vorräten nicht zu geizen, sondern sie zu den tunlichst billigsten Preisen der Gemeinde Wien in den notwendigen Mengen greifbar zu machen, in der selbstverständlichen Voraussetzung, daß das Material preiswert an den letzten Konsumenten gelangt.

Aber auch die größeren privaten Waldbesitzer in der näheren und weiteren Umgebung Wiens müssen dies tun. Dabei dürfte im Falle der Weigerung allerdings mit der Beschlagnahme von für diese Aktion geeigneten Waldungen nicht gezögert werden. Daß bei einem gütlichen Entgegenkommen und der Vermeidung der Beschlagnahme der Privatwaldbesitzer höhere Stockzinsen, also Holzpreise des stehenden Holzes, fordern und erhalten wird als der Staat, ist selbstredend, da der letztere bei dieser sozialpolitisch höchstbedeutsamen Aktion sich mit einem kleineren Reinertrag wird begnügen müssen. Weiter dürfen höhere Schlägerungs- und Bringungslöhne, die von den Schlagunternehmern gefordert werden, von der Durchführung der Aktion nicht abschrecken, da sie ein Ausfluß der schwereren Lebensmittelbeschaffung für die Arbeiter und der hohen Löhne der Pferdetransporte sind.

In großen ganzen werden sich, mit Rücksicht auf die Variabilität der Waldverhältnisse und der sich daraus ergebenden Preise, bei einer großen Aktion die Gegenläufe ausgleichen, abgesehen davon, daß in Fällen, in denen zu hohe Stockzinsen seitens des Gutsbesitzers verlangt werden, im Wege der Beschlagnahme eine bedeutende Verabfolgung des Stockzinses erzielt werden kann und Fälle, bei denen zu hohe Arbeitslöhne infolge der Lage des Objektes und sonstiger Verhältnisse nötig wären, aus der Aktion ausgeschieden werden können.

Jedenfalls hat aber der Bezug des Brennholzes aus der Umgebung Wiens eine größere Sicherheit der zeitgerechten Anlieferung als die Zulieferung desselben aus weiteren Entfernungen, falls es nicht gelingt, schon während des Sommers in der Zeit des schwächeren Verkehrs entsprechend große Holzmassen nach Wien zu bringen. Andererseits besteht bei Holzbezügen aus der Umgebung Wiens die Möglichkeit, wenn die Gemeinde Wien über die nötigen leistungsfähigen Lastautos nicht selbst verfügen sollte, sich die Holzlieferung durch leistungsfähige Autotransportunternehmungen, von denen mehrere in der letzten Zeit in Wien entstanden sind, zu sichern.

Ein andres höchst wichtiges Moment für die ausreichende zeitgerechte Brennholzbeschaffung Wiens bildet die Arbeiterfrage. Die Arbeiterbeschaffung war bisher vielfach nicht ganz ihrem Zwecke entsprechend. Der Hauptteil der Arbeiter muß dem Stande qualifizierter Holzarbeiter angehören, weil ihre Leistungen sonst, wie sich gezeigt hat, quantitativ und insbesondere qualitativ nicht sonderliche Art sind und daher die nötigen Holzmassen in der verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit, die für ihre Beschaffung noch zur Verfügung steht, nicht erzeugt werden können. Es genügt nicht, wie vielfach be-

hauptet wurde, Leute zu verwenden, die im Kriege die Holzschlägerung angeblich erlernt haben. Die Fällungen an der Front waren nicht waldfleglich und rationell, im Gegenteil, den Waldungen, die jetzt für Schlägerung herbeigezogen werden, darf nicht Schaden zugefügt werden, zudem muß die Holzfällung und Holzausforstung eine rationelle sein. Ungeschulte Holzhaue sind zudem bei der Schlägerung und Bringung, insbesondere bei bergigem Terrain, Lebensgefahren ausgesetzt. Auch verzehrt der leistungsunfähige Arbeiter die gleichen Lebensmittelmengen wie der arbeitstüchtige.

Der springende Punkt der ganzen Brennholzakktion ist aber die Verpflegung der Holzarbeiter. Diese müssen bedeutende Zubußen an Nahrungsmitteln erhalten, wenn ihre quantitative Leistung entsprechen soll. Die räumlichen Lebensmittelmengen genügen unbedingt nicht. Bis nun müssen die Unternehmer, welche Holzschlägerungen führen, sich die nötigen Nahrungsmittelzweigen im Schleichhandel beschaffen. Dies führt selbstredend zu einer abnormen Steigerung der Erzeugungskosten und damit der Holzpreise. Es müssen daher seitens des Staatsamtes für Volksernährung den Schlägerungsunternehmungen die nötigen Zubußen, insbesondere an Fett, Mehl, Kartoffeln, Hülsenfrüchten, in genügenden Mengen zur Verfügung gestellt werden. Dies wird aber nicht allein für die Wiener Schlägerungsarbeiten, sondern auch bei jenen Holzschlägerungen, die beispielsweise für Wiener-Neustadt, St. Pölten, Krems usw. geführt werden. An der Misere der Verpflegung hat bisher die Aktion der Brennholzbeschaffung in empfindlichster Weise gekrankelt.

Andererseits muß für das in Wien einlangende Brennholz durch die Bereitstellung einer genügenden Zahl praktisch geeigneter feuer- und diebstahrsicherer, genügend großer Holzvorratsplätze vorgesorgt werden und die rasche Verkleinerung und Spaltung des einlangenden Brennholzes ermöglicht werden, damit es halbwegs austrocknen kann. Dies setzt allerdings voraus, daß die Zufuhr des im Wald erzeugten Holzes nach Wien tunlichst forciert wird. Für diese Zwecke sind aus den Demobilisierungsgütern eine genügende Anzahl von Sägen zur Verfügung gestellt worden.

Auch in dem System der Holzabgabe sind einschneidende Verbesserungen notwendig, da sich im Verkauf durch die Kleinhändler bedeutende Mängel und Uebervorteilung des Publikums ergeben. Die Vernässung des Holzes, die spekulative Trennung des schlechteren Materials vom besseren und der Verkauf des letzteren zu höheren Preisen unter dem Vorwande, daß dies nicht das billige Gemeindeholz sei, benachteiligen das Publikum, namentlich die Minder- und Mindestbemittelten in der empfindlichsten Weise.

Torf und Torfversorgung.

△ Mit dem Eintritt der besseren Jahreszeit, die leider dieses Jahr etwas allzulange auf sich warten ließ, hat auch überall der Torfabbau wieder eingesezt.

Vieles läßt sich jetzt gutmachen, was früher gesündigt wurde, woran freilich oft weniger die Initiative und Organisation, als vielmehr die Zeitumstände, oder, besser gesagt, die Pflöchlichkeit schuld war, mit der man zufolge des Kohlemangels an die Ausbeutung unserer Torfmoore gehen mußte. Schon 1917 mangelte es an Erfahrung, an der rechtzeitigen Beschaffung maschineller Anlagen, die zudem oft schwierig zu beschaffen waren, an geschulten Arbeitskräften, Umstände, die auch noch jetzt mitspielen, sodaß es langer Zeit bedurfte, um eine genügende Menge Trodentorfs in den Winter hineinzuretten, wozu noch eine Menge behördlicher Vorschriften kamen, die dem Ganzen nach Kräfte den nötigen Hemmschub anlegten, ohne den bei uns nur leider einmal nichts abläuft.

Im Gegensatz zu Deutschland, das beispielsweise allein in der Provinz Hannover Torffelder von bis 1400 Quadratkilometer Umfang mit 12 bis 14 Meter Mächtigkeit besitzt, und sodann zu Holland und den skandinavischen Staaten, verfügt die Schweiz nicht über große Torfschätze. Nach unvollständiger Schätzung besitzt sie rund 250 Torfmoore mit etwa 5000 Hektaren Umfang. Zu den größten Torfmooren gehören diejenigen der Gegend von Orbe (Bavois, Entreroche, Orny, Pompables und Arney) mit zusammen 9,3, sodann das „Große Moos“ (grande tourbière) im Kanton Bern mit 9, die „Grande Tourbière“ im Kanton Freiburg mit 8,8, das Einsiedler Moor mit 3,5, das Moor von Kaltbach-Rottwil mit 2,9 und das Moor von Les Ponts-de-Martel im Kanton Neuenburg mit rund 2 Millionen Kubikmeter Inhalt. Im ganzen wird nach neuesten Schätzungen die ausbeutbare Torfmenge auf etwa 65 Millionen Festmeter berechnet. Die meisten Moore liegen innerhalb der schweizerischen Hochebene; die kleinere Zahl in den Boralpen und dem Jura. Zudem sind viele bereits völlig oder wenigstens teilweise abgebaut, sodaß eine Ausbeute im Großen nur an wenigen Orten stattfinden kann.

Nahtorf enthält 70 bis 90 Prozent Wasser, 1 bis 8,5 Prozent Asche und entwickelt im besten Falle 1000 Wärmeeinheiten; Halbtrodentorf enthält 40 bis 60 Prozent Wasser, 3 bis 17 Prozent Asche und ergibt 1000 bis 2900 Wärmeeinheiten; Trodentorf enthält noch immer 10 bis 30 Prozent Wasser, 4 bis 25 Prozent Asche und leistet günstigstenfalls 4600 Wärmeeinheiten. Im weitem variiert aber die Heizkraft des Torfes, je nachdem es leichte (Fasertorf), mittel- oder ganz schwere Ware ist. Da nun im Handel mit Brennmaterialien wieder Erleichterungen eingetreten sind, so seien nachstehend die Analysen einiger Torfe wiedergegeben, die umso wichtiger sind,

lustig werden, wenn er nach den ersten Kinderfällen abtreten muß und der Bodenpaul einspringt.“

mit Torf ist aber wegen der immer noch bestehenden Kohlenkrise eine dringende Notwendigkeit.

Da die Trocknung des Torfes an der Luft aber auch vom Wetter abhängig ist und selbst bei guter Witterung mindestens 25—40 Tage erfordert, so versuchte man schon lange die künstliche Trocknung und wurden eine große Anzahl von Verfahren patentiert, die sich aber nicht als lebenskräftig erwiesen und mit Vorsicht zu beurteilen sind. Maschinelle Anlagen spielen überhaupt bei rationellem Torfabbau eine große Rolle, wie Baggermaschinen und die Torfpreßmaschinen, in denen der Torf zerkleinert und die homogene Masse am vorderen Ende wieder ausgestoßen und gepreßt wird. Sie verliert aber dabei kein Wasser, muß also in Stücke geteilt und getrocknet werden. Aber durch die bei der Behandlung erfolgende innige Vermengung des Torfes wird dieser sogenannte Maschinentorf nach der Trocknung kompakter und schwerer; der Heizwert der Ware nimmt zu und sie eignet sich für industrielle Feuerungen und auch für den Transport besser. Auch bietet diese Verarbeitung den Vorteil, minderwertige Torfe mit besseren zu vermischen, sodaß die erstern noch verwendungsfähig werden. Es existieren gegenwärtig auf schweizerischen Torffeldern etwa 120 solcher Torfausbeutungsmaschinen verschiedener Systeme, die in Bavois und Le Chenit (Waadt), in Collombey (Valais), in Couvet und Les Ponts-de-Martel (Neuenburg), in Ins (Bern), in Sales und La Rogerne (Freiburg), in Fentrieden (Aargau), in Eschlikon und Andwil (Thurgau), in Zuzwil (St. Gallen), in Ramsen (Schaffhausen) und Sonten (Appenzell S.-Rh.) Aufstellung gefunden haben, um nur einige Ortschaften zu nennen. Die schweizerische Maschinenindustrie hat sich an deren Herstellung hervorragend betätigt, wie die Firmen Gebrüder Bühler in Uster, Birchler und Pfugl in Zürich, die Ludwig von Rosschen Werke in Gerlafingen, J. Bobst et fils und Ludwig Zwahlen in Lausanne, K. Rueh in Brugg und die Ateliers de Construction de mécanique in Yveroy.

Die Regelung der Reichskohlenwirtschaft.

Berlin, 10. Juni. (Telegr.)

Über die Pläne, die bezüglich der Kohlenwirtschaft im Reich bestehen, ist an dieser Stelle schon mehrfach berichtet worden. Die von der Reichsregierung hierzu ausgehenden Vorschläge sind nun im Laufe der letzten Monate von dem eigens zu diesem Zweck eingesetzten Sachverständigenrat mehrfach durchberaten, nachgeprüft und umgestaltet worden und haben sich mittlerweile zu einem Gesetzentwurf verdichtet, der allem Anschein nach in der jetzt vorliegenden Form Aussicht auf endgültige Annahme hat. Allerdings wird es sich kaum ermöglichen lassen, die Neuregelung unserer Kohlenbewirtschaftung, wie das geplant war, schon zum 1. Juli d. J. in Kraft zu setzen. Vielmehr hat der erwähnte Sachverständigenrat einen Aufschub um einen Monat verlangt, so daß also, wenn die Nationalversammlung den Entwurf annimmt, die neue Kohlenbewirtschaftung am 1. August d. J. in Wirksamkeit treten würde.

Nach Maßgabe des vorliegenden Entwurfs soll der Vertrieb der Kohle und zwar ebensowohl der Steinkohle wie der Braunkohle und auch der Vertrieb von Koks durch Syndikate übernommen werden, die in den einzelnen Verbrauchsbezirken zu errichten sind. Zu diesem Zweck werden folgende Kohlenbezirke im Deutschen Reich gebildet:

1. Bezirk des ober-schlesischen Steinkohlenbergbaues,
2. Bezirk des nieder-schlesischen Steinkohlenbergbaues,
3. Bezirk des Steinkohlenbergbaues von Oberkirchen, Barfinghausen, Abbenbüren und den benachbarten Steinkohlenbergwerken,
4. Bezirk des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaues,
5. Bezirk des rheinischen Steinkohlenbergbaues,
6. Bezirk des Saarsteinkohlenbergbaues,
7. Bezirk des sächsischen Steinkohlenbergbaues,
8. Kohlenbergbaubezirk des rechtsrheinischen Bayerns,
9. Bezirk des Braunkohlenbergbaues östlich der Elbe,
10. Bezirk des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues, westlich der Elbe, einschließlich des Kohlenbergbaues bei Kassel,
11. Bezirk des rheinischen Braunkohlenbergbaues nebst Westerwald und Freistaat Hessen.

Mehrere Bezirke können durch Beschluß des Reichskohlenrats vereinigt werden. Die Besitzer der Kohlenbergwerke jedes Bezirkes haben sich zu einem Kohlenyndikat zusammenzuschließen.

Besitzer eines Kohlenbergwerks im Sinne des Gesetzentwurfs ist, wer ein Kohlenbergwerk auf eigene Rechnung betreibt. Der Zusammenschluß muß bis 30. Juni 1919 vollendet sein. Ist er bis zu diesem Zeitpunkt nicht vollendet, so wird er durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers herbeigeführt. Die Besitzer selbständiger Kokerien, Brückenschieber und anderer Werke, die bei der Verarbeitung von Brennstoffen Brennstoffe gewinnen und abgeben, haben auf Verlangen des Reichskohlenverbandes einem Kohlenyndikat beizutreten.

Besitzer von Kohlenbergwerken und Werken der letztgenannten Art, die den Betrieb ihrer Werke erst nach der Bildung der Kohlenyndikate beginnen, müssen den Kohlenyndikaten beitreten, sobald ihre Werke lieferungsfähig sind. Vor dem Beitritt sind sie zur Lieferung von Brennstoffen an Dritte, zu Verträgen über solche Lieferungen und zum Selbstverbrauch, außer dem Zehnjahresverbrauch, nur mit Zustimmung des Kohlenyndikats befugt, dem sie beizutreten haben. Auf Abschluß gerichtete Verträge sind nichtig. Treten sie dem Kohlenyndikat nach Abschluß einer vom Reichswirtschaftsminister nach Anhörung des Reichskohlenverbandes gesetzten Frist nicht bei, so führt der Reichswirtschaftsminister ihren Beitritt durch Verordnung herbei.

Wie schon früher mitgeteilt, ist auch eine Syndikalisierung der Gasanstalten in Aussicht genommen. Hierüber bestimmt Paragraph 14 des Entwurfs: Die Besitzer der Gasanstalten im Deutschen Reich, die Koks erzeugen, haben sich zu einem Gastofsyndikat zusammenzuschließen. Gaswerke, die außer den für ihren eigenen Betrieb verbrauchten Koks im letzten Geschäftsjahre nicht mehr als 250 Tonnen abgesetzt haben, brauchen, wenn der Koks lediglich für den Verbrauch in den Gebieten der von dem Gaswerk mit Gas versorgten Gemeinden abgesetzt wird, dem Syndikat nur auf dessen besonderes Verlangen beizutreten. Besitzer einer Gasanstalt im Sinne dieses Gesetzes ist, wer eine Gasanstalt auf eigene Rechnung betreibt. Welche Einrichtungen als Gasanstalten anzusehen sind, entscheidet im Zweifel der Reichskohlenverband.

Die Kohlenyndikate, das Gastofsyndikat und die deutschen Freistaaten, die als Besitzer von Kohlenbergwerken mehreren Kohlenyndikaten angehören, haben sich zum Reichskohlenverband zusammenzuschließen.

Das Stimmrecht der Mitglieder des Reichskohlenverbandes ist in der zweiten Hälfte jedes Geschäftsjahres festzusetzen. Es ist nach dem Absatz zu bestimmen, den die Mitglieder jedes Syndikats bzw. der Bundesstaaten in dem letzten Geschäftsjahre hatten. Bei der Berechnung des Absatzes sind alle Brennstoffe auf Steinkohlen umzurechnen und eine Tonne Braunkohlenbriketts 1,2 Tonnen Kohle aus dem rechtsrheinischen Bayern, 2 Tonnen Westwälder und Kasser Braunkohle, 3 Tonnen Rohbraunkohle anderer Bergwerke, 0,5 Tonnen Gastofskoks, 0,75 Tonnen Zehnkofskoks, 1,10 Tonnen Steinkohlenbriketts einer Tonne Steinkohle gleichzusetzen. Sonstige Brennstoffe sind so zu bewerten, wie es bei der Festsetzung des Stimmrechts innerhalb der Syndikate im Verhältnis zu den oben aufgeführten Brennstoffen geschieht. Jede angefangene Million Tonnen Absatz gibt eine Stimme. Die Freistaaten sind zur Ausübung ihres Stimmrechts im Reichskohlenverband nur befugt, wenn sie in der Angelegenheit, in der abgestimmt wird, in allen Kohlenyndikaten auf die Ausübung ihres Stimmrechts verzichten. In diesem Falle vermindert sich das Stimmrecht der Kohlenyndikate entsprechend.

Die Bergwerke der Bergwerksgesellschaft Hibernia zu Herne gelten dabei als Bergwerksbesitz des Freistaates Preußen.

Der Reichskohlenrat besteht aus 50 Mitgliedern, die sich wie folgt zusammensetzen: 15 Vertreter der bergbaulichen Arbeitgeber, 15 Vertreter der bergbaulichen Arbeiter, zwei Vertreter der technischen bergbaulichen Angestellten, ein Vertreter der kaufmännischen bergbaulichen Angestellten, drei Vertreter der Kohlenhändler, zwei Vertreter der Arbeitgeber der kohlenverbrauchenden Industrie, zwei Vertreter der Arbeiter der kohlenverbrauchenden Industrie, zwei Vertreter der kohlenverbrauchenden Kleingewerbetreibenden, zwei Vertreter der Genossenschaften, ein Vertreter der städtischen Kohlenverbraucher, ein Vertreter der ländlichen Kohlenverbraucher, ein Sachverständiger für Kohlenbergbau, ein Sachverständiger für Kohlenforschung, ein Sachverständiger für Verkehrsweisen, ein Sachverständiger für Dampfkesseltechnik.

Die Mitglieder werden wie folgt bestimmt: 12 Vertreter der bergbaulichen Arbeitgeber und die Vertreter der bergbaulichen Arbeitnehmer und technischen und kaufmännischen Angestellten werden von der Fachgruppe Bergbau der „Arbeitsgemeinschaft“ (Reichsanzeiger vom 18. November 1918 Nr. 272) gewählt. Bei Auswahl der 12 Vertreter soll jeder Kohlenyndikatsbezirk nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Zwei Vertreter der Bergwerksbesitzer werden vom preussischen Minister für Handel und Gewerbe ernannt. Die Vertreter des Kohlenhandels werden vom Deutschen Industrie- und Handelsrat auf Vorschlag von Kohlenhändlerverbänden gewählt. Die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter der kohlenverbrauchenden Industrie werden von der „Arbeitsgemeinschaft“ gewählt. Die Vertreter der kohlenverbrauchenden Kleingewerbetreibenden werden vom Deutschen Handwerks- und Gewerbetag gewählt. Die übrigen Mitglieder werden nach Anhörung von beteiligten Körperschaften und Interessenvertretungen vom Reichswirtschaftsminister ernannt.

Der Reichskohlenrat bildet drei Sachverständigenausschüsse, nämlich den technisch-wirtschaftlichen Sachverständigenausschuss für Kohlenbergbau, den technisch-wirtschaftlichen Sachverständigenausschuss für Kohlenverwendung, den sozialpolitischen Sachverständigenausschuss für Kohlenbergbau. Der Reichskohlenrat leitet die Brennstoffwirtschaft nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen unter Oberaufsicht des Reiches. Er genehmigt die Gesellschaftsverträge des Reichskohlenverbandes und der Syndikate sowie die Geschäftsordnung der Sachverständigenausschüsse. Das gleiche gilt für Änderungen. Er hat das Recht, allgemeine Richtlinien für die Brennstoffwirtschaft zu geben, insbesondere zur Ausschaltung unwirtschaftlichen Wettbewerbs und zum Schutz der Verbraucher. Er trifft alljährlich in den ersten drei Monaten des Jahres Bestimmungen, unter welchen Bedingungen die Verbraucher, die mindestens eine Wagenladung von 15 Tonnen Brennstoffen ab Wert, Umschlagsplatz oder Stapelplatz abnehmen, diese Brennstoffe beziehen können. Er kann die Zeit der Bezüge für die Verbraucher, deren Bestellungen nicht auf innerhalb des Jahres regelmäßig wiederkehrenden Lieferungen gerichtet sind, auf die Monate April bis einschließlich Juli beschränken. Er sorgt für einheitliches Zusammenarbeiten des Reichskohlenverbandes und der Sachverständigenausschüsse. Er hat das Recht, von den Sachverständigenausschüssen, dem Reichskohlenverband, den Syndikaten, den Besitzern von Kohlenbergwerken, Werken im Sinne der Vorschrift des Paragraphen 4 und Gasanstalten, den Kohlenhändlern und Kohlenverbrauchern, sowie Vereinigungen von solchen, Auskunft über brennstoffwirtschaftliche Verhältnisse zu verlangen. Auskunft darf nicht verlangt werden, wenn sie das Betriebsgeheimnis, insbesondere die Geheimhaltung von Ideen, gefährden würde, die gesetzlich schutzfähig sind. Behörden und Selbstverwaltungskörper sind zur Amtshilfe verpflichtet.

Der Reichskohlenverband überwacht die Durchführung der allgemeinen Richtlinien und Entscheidungen des Reichskohlenrats und erledigt die Ausführungsbestimmungen dazu. Er beauftragt die den Syndikaten obliegende Regelung der Förderung des Selbstverbrauchs und des Absatzes der Brennstoffe. Er stellt Grundsätze auf für die Bestimmung der Selbstverbrauchsrechte der Syndikatsmitglieder (Hüttenwerke, Selbstverbraucher, bergbauartige Staatslieferungen usw.). Er kann den Absatz der einzelnen Syndikate nach Gebiet und Menge begrenzen. Er genehmigt die allgemeinen Lieferungsbedingungen der Syndikate. Er bestimmt und veröffentlicht die Brennstoffverkaufspreise unter Berücksichtigung der Vorschläge der

Syndikate und der Interessen der Verbraucher. Diese Preise können bestimmt werden ab Wert, Umschlagsplatz oder ab Stapelplatz. Anspruch auf einen bestimmten Beförderungsweg ist nicht gegeben. Die Festsetzung der Preise kann für mehrere Verkaufsstellen auf einheitlicher Frachtgrundlage erfolgen. In besonderen Fällen können Preise frei Empfangsstation bestimmt werden. Er gibt Richtlinien für die Preisnachlässe heraus. Er sorgt dafür, daß Verbraucher-genossenschaften und deren Vereinigungen bei sonst gleichen Voraussetzungen mit Wiederverkäufern gleichbehandelt werden. Er sorgt dafür, daß jedem Verbraucher, der mindestens eine Wagenladung von 15 Tonnen Brennstoffen ab Wert, Umschlagsplatz oder Stapelplatz abnimmt, die Möglichkeit gegeben ist, die Brennstoffe gemäß jeweils vom Reichskohlenrat festzusetzender Bedingungen gegen Barzahlung zu beziehen. Er ist für Fragen der Ein- und Ausfuhr zuständig. Er ist befugt, die Geschäftsbücher und -papiere seiner Mitglieder einzusehen, und Vorlage von Nachweisungen binnen bestimmter Frist zu verlangen.

Über die Stellung und Aufgaben der Syndikate sagt der Entwurf u. a. folgendes: Die Syndikate überwachen die Durchführung der Richtlinien, Anordnungen und Entscheidungen des Reichskohlenrats und Reichskohlenverbandes und regeln im Rahmen der genannten Vorschriften die Förderung, den Selbstverbrauch und den Absatz der Brennstoffe ihrer Gesellschafter. Sie bestimmen insbesondere die Selbstverbrauchsrechte ihrer Gesellschafter. Volkswirtschaftlich begründete Selbstverbrauchsrechte lassen sie bestehen. Neue Selbstverbrauchsrechte bewilligen sie, wenn die wirtschaftlichen Gründe, die für sie sprechen, gegenüber den Rückwirkungen, die ihre Einräumung auf die übrigen Erzeuger und Verbraucher ausüben werden, überwiegen. Sie setzen die Selbstverbrauchs- und Verkaufsaufsätze ihrer Gesellschafter und die Befugnis zur Übertragung der Verkaufsaufsätze fest. Sie veräußern die ihnen von ihren Gesellschaftern zur Verfügung zu stellenden Brennstoffe im eigenen Namen für Rechnung der Gesellschafter. Sie sind befugt, durch Satzungsbestimmungen ihren Gesellschaftern die Veräußerung im Lande, abfahrl und in anderen Fällen zu überlassen, in denen eine solche Vereinfachung gemeinwirtschaftlich unbedenklich ist.

Das Reich führt die Oberaufsicht über die Brennstoffwirtschaft. Es kann vom Reichskohlenrat, den Sachverständigenausschüssen, dem Reichskohlenverband und den Syndikaten von den Besitzern der Kohlenbergwerke, der Werke im Sinne der Vorschrift des Paragraphen 4, Abs. 4, und der Gasanstalten, von den Kohlenhändlern und Kohlenverbrauchern sowie Vereinigungen von solchen Auskunft über brennstoffwirtschaftliche Verhältnisse verlangen. Es ist befugt, an allen Beratungen des Reichskohlenrats, der Sachverständigenausschüsse, des Reichskohlenverbandes und der Syndikate oder ihrer Organe durch Bevollmächtigte teilzunehmen und die Beschlüsse der genannten Stellen, durch die sie ihre Befugnis überschreiten, die Befehle verletzen oder das öffentliche Wohl gefährden, mit aufschlebender Wirkung unter Angabe der Gründe zu beanstanden. Der Beanstandung muß es jedoch binnen zwei Wochen seine endgültige Entscheidung folgen lassen, sonst tritt die Beanstandung außer Kraft. Es kann die vom Reichskohlenverband festgesetzten Verkaufspreise nach Anhörung des Reichskohlenrats und Reichskohlenverbandes herabsetzen. Es kann nach Anhörung der Gliedstaaten Einrichtungen treffen, durch die die Brennstoffverbraucher bestimmter Bezirke in die Lage versetzt werden, ihre Wünsche und Anträge einheitlich geltend zu machen. Es kann die Gliedstaaten ermächtigen, diese Einrichtungen zu treffen. Die dem Reich nach diesem Gesetz zustehenden Befugnisse werden vom Reichswirtschaftsminister ausgeübt.

Die Gemeinden mit mindestens 10000 Einwohnern und für die übrigen Gemeinden die Kommunalverbände sind befugt, nach Anhörung von Vertretern der Brennstoffhändler und Brennstoffverbraucher ihrer Bezirke und unter Zugrundelegung der vom Reichskohlenverband festgesetzten Großverkaufspreise örtliche Kleinverkaufspreise und die Nebenabgaben für Zufuhr einzustellen festzusetzen.

10./VI. 1919

10
68

NZ
23
75

Unsere Kohlenversorgung und das neue Wirtschaftsabkommen mit Deutschland.

△ Unsere Kohlenversorgung ist um einen Schritt weiter gekommen; das neue Wirtschaftsabkommen mit Deutschland ist ratifiziert worden.

Uns erfreut daran verschiedenes. Einmal die Offenheit, mit der die einzelnen Bedingungen, sowie die daran sich schließenden beidseitigen Erwägungen bekanntgegeben wurden, und nicht zuletzt der Abbau der Preise.

Zunächst die Preise. Wir erhalten 30.000 Tonnen Ruhrkohle zu Viehweiden zum Tonnenpreise von 110 Fr. (altes Abkommen: 200 Fr.); 7500 Tonnen Ruhrkohle zum Tonnenpreise von 93 Fr. (183 Fr.); 7500 Tonnen Gasstückkohle und Gasstücke zum Tonnenpreise von 96 Fr. (186 Fr.), und 5000 Tonnen Maschinenkohle zum Tonnenpreise von 93 Fr. (183 Fr.). Die Preise verstehen sich ab Zeche mit einer Tonnenbelastung von rund 30 Fr. bis zur Grenze. Wie verlautet, sollen hinsichtlich dieser bedeutenden Preisermäßigung Hinweise auf die belgische Konkurrenz von Erfolg gewesen sein, womit sich also die Ueberlegung endlich erfüllte, der wir seit langem Raum gaben und die dahin ging, daß, wenn erst einmal uns die andern Lieferungsgebiete offen ständen, dies preisermäßigend wirken müßte. Unsere Erfolge bei den Verhandlungen mit den Ententestaaten haben den deutschen Wirtschaftspolitikern die Augen geöffnet, nicht zu frühe, aber noch zu rechter Zeit, wenn freilich einrichtige Kreise Deutschlands den Standpunkt des ancien régime schon längst verurteilten und einige Blätter, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“, dieser Frage alle nötige Beachtung schenkten, indem sie schon vor einem halben Jahre schrieben: „Das alte Wirtschaftsabkommen, das noch unter dem Drucke unserer militärischen Handelsabteilung zustande kam und in kurzschichtigster Weise den Brennstoff für Hausbedarf und Industrie unerträglich verteuerte, hat die Schweiz dazu gedrängt, sich nach Möglichkeit von der deutschen Kohlenausfuhr zu emanzipieren.“ Gerade in den letzten Tagen vor der Ratifizierung des neuen Abkommens hatte dieser Gegenstand erneut die Aufmerksamkeit der Presse des Reiches gefunden, und auch die deutsche Handelskammer in der Schweiz, der die mißliche Stimmung, die sich zufolge der unerhörten Kohlenpreise in der Schweiz herausgebildet hatte, unmöglich entgehen konnte, hatte ernstlich auf die Schädigungen aufmerksam gemacht, welche die deutsche Kohlenpolitik im Auslande geboren hatte. Wir möchten hier einer erneuten Auslassung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ Raum geben, welche allen diesen Erscheinungen gerecht wird: „Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch unsere Auslandskohlenpolitik in den Ländern, die von uns Kohle beziehen, recht viel Widerspruch findet. So läßt zum Beispiel die Deutsche Handelskammer in der Schweiz eine abfällige Kritik an der Preispolitik der deutschen Regierung, die die Preise für die nach der Schweiz zu liefernde Kohle unter dem Gesichtspunkte, daß die deutsche Valuta zu stützen sei, übermäßig hoch normiert habe, ohne doch dadurch die deutsche Valuta vor dem Sinken bewahrt zu haben. Die Kammer ist nach Rundfrage bei schweizerischen Industriellen zu der Ueberzeugung gekommen, daß die von Deutschland in der Schweiz aufgenommenen Valutakredite in den Kreisen der Verbraucher sehr viel böses Blut machten und daß diese Kreise wohl lieber einen etwas höheren Preis zahlen würden, als einen neuen Valutakredit übernehmen. Aber niemand habe auch nur im entferntesten an eine Verdoppelung des Preises gedacht. Wohl aber hat die damalige deutsche Regierung in dem Wirtschaftsabkommen mit der Schweiz letztere vor die Alternative gestellt, entweder keine Kohle zu bekommen oder den geforderten Phantasiapreis auf der Grundlage von 180 Fr. die Tonne ab Zeche anzunehmen. Daß dies keine vernünftige Preispolitik war, bedarf keiner

Museinanderhebung. Es war die Kunst des Unmöglichen. Man wollte durch künstliches Hochschrauben der Preise auf ein unerträgliches Niveau die deutsche Valuta stützen; man verärgerte dadurch die ganze Schweiz — und die Valuta sank weiter. Die Kammer beruft sich bei ihrem Urteil auf einen der wichtigsten Grundsätze des Geschäftslebens, der auch von der Preispolitik beachtet werden muß, daß nämlich ein gesundes Geschäft nur dann möglich ist, wenn beide Teile verdienen. Werden Preise gefordert, bei denen nur einer verdient und zwar Wucherpreise einzieht, während der andere glatt zusetzt, so ist das eine Politik, die sowohl vom volkswirtschaftlichen, wie vom allgemein politischen Standpunkt aus als ruhmlos bezeichnet werden muß. Ein großer Teil der Mißstimmung, die in weiten Kreisen der Schweiz gegenüber Deutschland Platz gegriffen hat, geht auf die Mißachtung des Grundsatzes Leben und Lebenlassen durch die deutsche Preispolitik zurück. Auch die Preispolitik Deutschlands hat den so oft beklagten Mangel der allgemeinen deutschen Politik an Verständnis für die Denkweise des Auslandes in erschreckender Deutlichkeit gezeigt.“

Hinsichtlich der jetzigen Preislage wird erklärt, „daß die deutsche Kohle jedenfalls gegenüber der belgischen, englischen und amerikanischen Kohle infolge der geringen Frachtpfesen billiger zu stehen komme“. In dieses Kapitel gehören auch die so äußerst geringen Mengen von Saarkohle, über die wir gegenwärtig verfügen. Wir vermuteten schon lange, daß diesem noch andere Gründe als zeitweilige Transportkrisen und Streiks zugrunde lägen, mit welchen dies offiziell begründet wird. Die erwünschten Aufklärungen hierüber gaben neulich die „Märner Nachrichten“, denen dazu aus sehr gut informierten Kreisen des Kohlenhandels folgende Ausführungen zuzugingen: „Bekanntlich sind der Schweiz von französischer Seite monatlich 60.000 Tonnen Saarkohle zu 120 Fr. die Tonne zugesichert. Aus bisher unbekanntem Gründen aber waren die Zufuhren an Saarkohle stets außerordentlich gering. Nun stellt sich heraus, daß die französischen Behörden den Saargrubenbesitzern für die nach der Schweiz gelieferte Tonne Kohle nur 40 französische Franken zahlen, während die der französischen Industrie zugeführte Saarkohle viel höhere Preise erzielt. Es ist einleuchtend, daß die Grubenbesitzer ihre Kohle in erster Linie jenem Bezüger liefern, der mehr bezahlt. Und da wird die Schweiz, wenn die ihr zurollende Tonne nur mit 40 Fr. bezahlt wird, immer das Nachsehen haben. Nun aber darf festgestellt werden, daß die Schweiz den französischen Behörden für die Tonne Kohle nicht 40 französische Franken, sondern 120 Schweizerfranken, die je nach dem Kurse in Paris 150 und mehr französische Franken ausmachen, zu bezahlen hat. Also müssen, wenn der Grubenbesitzer nur 40 Fr. erhält, von den etwa 150 französischen Franken, die die Schweiz an Frankreich bezahlt, 100 bis 110 französische Franken irgendwo aufgehalten werden. Es ist unzweifelhaft, daß der Grund der geringen Zufuhren an Saarkohlen in erster Linie in der vorgenannten Finanzfrage zu suchen ist.“ Sollte sich dies bestätigen, so ist hierin eine schwere Schädigung unseres Wirtschaftslebens zu erblicken, gegen welche mit allen Mitteln angeknüpft werden müßte. Deren Beseitigung aber hätte eine Vermehrung der Zufuhr aus dem Saargebiete und damit eine weitere Verbilligung der deutschen Kohle zur Folge, Grund genug, um dieser Frage alle Aufmerksamkeit zu schenken.

Aber freilich, die deutschen Lieferungen müssen nun auch durchgeführt werden, und in die Freude über die glücklich zu Ende geführten Verhandlungen mischen sich einige schwerwiegende Bitternisse. Kaum daß Mitte Mai das rheinisch-westfälische Syndikat einen Ausschlag von 20 Mark auf die Tonne Kohle und von 30 Mark auf die Tonne Koks verlangte und durchsetzte, so wurden die Preise mit 11. Juni erneut heraufgesetzt, und zwar pro Tonne Kohle allgemein um 10, für Koks um 15, für Schlammkohle, Mittelprodukte und minderwertige

Feinkohle um 2,50, für Preßkoks 1—3 um 18, für Britetts um 11,75 Mark. Zur Begründung dienen immer die gleichen Dinge: Hohe Löhne, geringe Förderung, die Streikfolgen usw. usw. Wir müssen dieser Erscheinung alle Beachtung schenken; denn sonst könnte bei dieser Schraube ohne Ende der Fall eintreten, daß das ganze Wirtschaftsabkommen illusorisch würde, genau wie das letzte.

Und nun kommt gleich die andere bittere Nuß: „Deutschland“, heißt es in den begleitenden Erwägungen zum Abkommen, „wird, soweit die Verhältnisse, insbesondere die Benützung des Rheines und der rechtsrheinischen Bahnen, dies gestatten, alles irgend mögliche tun, um über die oben angegebene Menge hinaus Ausfuhrbewilligungen für Kohle zu erteilen. Es wird in dem ernstesten Bestreben, die Schweiz mit Kohle zu versorgen, das Mögliche tun, um die Lieferer zur Lieferung anzuhalten, den Transport zu fördern.“ Die von uns oft beleuchteten Verhältnisse im Ruhrrevier und die bezüglichen Mitteilungen der deutschen Gegenanschläge auf die Forderungen der Entente, namentlich auch die Zerrüttung des Transportwesens, lassen es allerdings angebracht erscheinen, eine solche Vorichts-klausel, die wie nach Ablehnung der Verantwortung für das möglicherweise noch Kommende aussieht, in den Vertrag aufzunehmen, und dringend nötig erscheint es uns, „die Lieferer zur Lieferung anzuhalten und den Transport zu fördern“, wenn anders nicht die Verhältnisse stärker sind, als selbst der beste Wille.

Wir sind natürlich machtlos gegen diese Zustände, aber in der Annahme, daß das Reich in der Einsicht der schweren Schädigungen, welche ihm diese Zustände hinsichtlich seiner Exportmöglichkeiten bringen, alles tun werde, um diese Folgen zu vermeiden, liegt unsere Hoffnung.

Auch sonst enthalten die Informationen, welche der Presse als Kommentar des neuen Abkommens gegeben wurden, einige bemerkenswerte Tatsachen, deren eine wir gleichfalls je und je vertragen, und welche nun auch offiziell zugegeben wird, die Tatsache nämlich, daß „England mit Kohlenlieferungen an Italien stark engagiert ist“. Man hätte füglich noch beifügen dürfen, auch mit Lieferungen an die nordischen Staaten und an seine Plätze in Uebersee, und auch den Ausfall erwähnen können, welchen die englische Förderung zufolge der demnächst zu beschließenden Herabsetzung der Arbeitszeit in den englischen Zechen erleiden wird, und welcher nach einer amtlichen Londoner Mitteilung 70 Millionen Tonnen jährlich betragen dürfte, sodas die Kohlenausfuhr aus England jährlich um 11 Millionen Tonnen herabgesetzt werden sollen. Unser alter Standpunkt, daß zufolge diesen Schwierigkeiten die Kohleneinfuhr aus England für uns nicht von Wichtigkeit sein werde, erfährt dadurch nur seine Bestätigung, ist sie doch schon gegenwärtig praktisch gleich Null.

Die Entschiedenheit endlich, womit auf nur gute Qualitätsware reflektiert wird, kommt gleicherweise einem weitgehenden Bedürfnis entgegen, womit zugleich auch die Minderwertigkeit der Ware früherer Lieferungen zugegeben wird.

Die Zeit der Gültigkeit des Abkommens ist ein halbes Jahr und die monatliche Kündigung ist uns vorbehalten. Wenn man weiß, wie sehr und wie ständig sich in der Gegenwart die Verhältnisse auf dem Weltkohlenmarkt ändern, so wäre es in der Tat unklug, langfristige Verträge einzugehen. Kurze Fristen gestatten, stets erneut den Verhältnissen sich anzupassen. Nicht immer geschah dies, und es ist deshalb erfreulich, feststellen zu können, wie sehr man in Bern sich mehr als je von den primärsten Forderungen unseres Wirtschaftslebens leiten ließ, und wie andererseits der Gegenpart von seinem schroffen und starrsinnig gewalttätigen wirtschaftlichen Imperialismus abging, wieder gutzumachen versucht, was er früher sündigte.

29. VII. 1919

78

Die Kohlenfrage.

Außerungen des Staatssekretärs Berdik

Staatssekretär für Handel und Bauten Ingenieur Hans Berdik empfing einen Vertreter der Presse zu einer Unterredung, in der er sich in eingehender Weise über die Kohlenfrage äußerte. Nach einer Schilderung der Verhandlungen mit der polnischen Regierung, über deren Verlauf eine amtliche Bekanntmachung vorliegt, erklärte Staatssekretär Berdik:

„Der neue, in allernächster Zeit zu ratifizierende Vertrag mit Polen, der einstweilen für vier Monate abgeschlossen wurde, sichert uns ein Kohlenquantum von 50.000 Tonnen monatlich, ferner werden wir Petroleum, Benzin, Gasöl, Eier, Kartoffel, Schlachtpferde, Rohhäute und Zement in bedeutenderen Quantitäten erhalten, während wir hauptsächlich Industrieartikel zu liefern haben.“

Im allgemeinen steht es mit dem uns zur Verfügung stehenden Kohlenquantum so, daß wir monatlich ungefähr 1.150.000 Tonnen benötigen, aber nur zirka 150.000 Tonnen in Deutschösterreich (in Oberösterreich und in den steirischen Bergwerken) produzieren, alles übrige muß eingeführt werden. Hierfür kommen in Betracht: Deutschland, Polen und die Tschecho-Slowakei.

Die Versorgung aus Deutschland ist dadurch eine wesentlich eingeschränktere geworden, weil das Saarbecken besetzt ist, und über die Rheinstraße Deutschland nicht die freie Verfügung hat, der Transport zu Wasser daher nur sehr unregelmäßig besorgt werden kann; die Bahnen besitzen aber nicht die nötige Aufnahmefähigkeit, um Kohlenzuschübe in größerem Maßstabe vorzunehmen. Mit dem Eintreffen von westfälischer Kohle ist daher nur ab und zu zu rechnen. Bezüglich Oberschlesiens ist es mir bei meiner letzten Intervention in Berlin gelungen, ein Tagesquantum von 5700 Tonnen sicherzustellen, das auch durch geringe Zeit zur regelmäßigen Anlieferung gelangt. Durch die wiederholten Streiks in Oberschlesien und durch das noch immer ungeklärte Verhältnis, was mit dem ober-schlesischen Revier hinsichtlich der Staatszugehörigkeit geschehen wird, ist die Förderung zurückgegangen, was sich in einer reduzierten Belieferung Deutschösterreichs ausgedrückt hat. Im vergangenen Monat haben wir von dem vereinbarten Quantum nur zirka 45 Prozent erhalten. Sehr einschneidend ist bei der ganzen Kohlenversorgung auch der Wagnmangel, hauptsächlich auf unseren Bahnen.

Aus der Tschecho-Slowakei waren Zubringungen für die Industrie an Kohle im Wege eines normalen Vertrages nie zu erreichen. Durch alle diese Momente ist, trotz der unaufhörlichen Bemühungen von mir

und seitens meiner Organe, die Kohlenversorgung Deutschösterreichs, insbesondere, soweit sie die Industrie betrifft, eine vollständig unzulängliche.

Eine ausreichende Kohlenversorgung für Deutschösterreich ist nur dann zu erlangen, wenn bei den Friedensverhandlungen in Saint-Germain oder im Wege freien Uebereinkommens mit den Sukzessionsstaaten und mit Deutschland erreicht werden kann, daß die Belieferung Deutschösterreichs aus der Produktion aller dieser Staaten in demselben prozentuellem Maß erfolgt, wie es im Jahre 1913 der Fall war.

Im ganzen hoffe ich — schloß Staatssekretär Berdik —, daß sich die Kohlenfrage allmählich günstiger gestalten wird. Die Verhandlungen, die kürzlich auch in Warschau stattgefunden haben, lassen einen Erfolg in dieser Hinsicht möglich erscheinen.“

Die Warschauer Verhandlungen.

Amtlich wird bekanntgegeben: Die in Warschau seinerzeit unter Führung des Staatssekretärs Berdik geführten Kompensationsverhandlungen werden gegenwärtig in Wien zum Abschluß gebracht. Die Verhandlungen werden für die deutschösterreichische Regierung vom Staatssekretär Berdik und Direktor Koppstein des deutschösterreichischen Warenverkehrsbureaus und für die polnische Regierung vom Ministerialrat Krupsky und dem Mitglied der hiesigen polnischen Gesandtschaft Zahoczynski geführt.

Nach dem bisherigen Verhandlungsergebnis soll Deutschösterreich aus Polen monatlich 50.000 Tonnen Kohle, und zwar zur Hälfte Steinkohle und zur Hälfte Braunkohle, erhalten. Wenn auch die aus Polen erzielte Anlieferung nicht allzu sehr ins Gewicht fällt, so wird die polnische Kohle doch insofern eine leichte Entspannung der ungünstigen Kohlen-situation herbeiführen, als dieses Kohlenquantum fast ausnahmslos industriellen Zwecken zugeführt werden soll. Die Wiener Verhandlungen haben eine Steigerung der in Warschau vereinbarten Menge erzielt. Von Deutschösterreich sollen dafür nach Polen Schuhe, Bekleidungsartikel, chemische und elektrotechnische Erzeugnisse, Metalle, Wagner- und Papierartikel ausgeführt werden. Es steht zu erwarten, daß die bei den Wiener Verhandlungen erzielten Ergebnisse die Genehmigung der beiderseitigen Regierungen finden werden.

Enquete über den Kohlenhandel.

Gestern wurde der erste Teil der von der Sozialisierungskommission in Aussicht genommenen Enquete betreffend die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft durchgeführt. Auf der Tagesordnung stand die Frage des Kohlenhandels. Als Experten fungierten fünf Angehörige des Kohlengröß-

er Firmen, vertreten, ferner der Holz- und Holzprotokollierten den wichtigsten Vertreter des n. Schließlich Angestellten des

em Fragebogen die allgemeine es vor dem deutschösterreichischen Kohlenbergbau Auslandes, die Kauf und den n Verhältnissen t Voraussetzungen re Fragen berichtigungen zur s Kapitel des gen mit der t. aagen durch die geläufigen Eratsprechend dem mmission, aus rial zutage zu a des der Kom- betreffend die wirtschaft von

t Gerbel ge- zeitweise auch te. dauerten den Material wird für die Mit- mission ent- für die weite- hlenhandel be- Die zweite Beschlusses: Kohlenwirt- en bergbau an der Hand eingekendeten iden.

Kohlennot und Internationale.

Die Kohlennot treibt in Wien zur Katastrophe. Die Wiener Elektrizitätswerke, die jetzt täglich achtzig Waggons Kohlen brauchen, bekamen nach den angestrengtesten Bemühungen zuletzt eine Aushilfe von achtzig Waggons polnischer und achtundzwanzig Waggons Graz-Köflacher Kohle und verfügen jetzt über einen Vorrat von hundertundfünfzig Waggons; der reicht für zwei Tage aus. Dann müssen die Werke größtenteils stillgestellt werden und man wird froh sein müssen, wenn man sie mit den spärlichen Zufuhren doch so weit wird fortführen können, um die Beleuchtung der Spitäler und eine bescheidene Beleuchtung in den Straßen aufrecht erhalten zu können. So weit kam es, weil die Staatsämter und die Gemeinde auf die Versprechungen bauten, die von der Tschecho-Slowakei, Deutschland und Polen in der Kohlenlieferung gaben, es allerdings auch in Vertragsabschlüssen bindend zusicherten. Die Versprechungen wurden nicht erfüllt und vertragsmäßige Zufuhren nur zum Teil geliefert. Dazu kam noch, daß auch die Zufuhr aus dem Zillingsdorfer Kohlenbergwerk der Stadt Wien sturzhaft zurückging. Durch dieses Kohlenrevier der Gemeinde geht die Grenze zwischen Deutschösterreich und Ungarn, und Neufeld, wo die meisten städtischen Braunkohlen gewonnen werden, liegt auf ungarischem Boden. Unter den Erschütterungen, die die Räteregierung in Ungarn mit sich führte, ging dort auch die Kohlenförderung stark zurück und auch von den geförderten Kohlen erhält nun die Stadt Wien nur den kleineren Teil. Daß die Zufuhr aus Deutschland, Polen und der Tschecho-Slowakei versagt, hat ebenfalls in sozialen Erschütterungen ihre Ursache. Infolge der Streiks ging auch in Deutschland, Polen und in Mährisch-Ostau die Kohlenproduktion empfindlich zurück und sie nimmt in vielen Gebieten noch immer ab. Das unglücklichste Opfer dieser sozialen Kämpfe ist Wien, das ja von den Abfällen leben soll, die von den Tischen der anderen fallen, die nun auch nicht reichlich gedeckt sind.

Die Lage für Wien ist furchtbar. Die Gas- und Elektrizitätswerke sollten jetzt Vorräte für den Winter ansammeln und sollten schon Tausende von Waggons Kohlen aufgestapelt haben, um davon zusehen zu können, wenn im Winter die Zufuhr nicht genügt, wie es die Jahreszeit naturgemäß mit sich bringt. Aber sie können schon seit Wochen jetzt, in den Sommermonaten, kaum das Leben fristen. Für die Gaswerke besteht zwar gegenwärtig eine unmittelbare Gefahr noch nicht, doch auch bei ihm droht schon im Herbst der Zusammenbruch, wenn nicht eine gründliche Aenderung eintritt. Die Elektrizitätswerke stehen heute schon vor der Katastrophe und welche Verheerungen über uns hereinbrechen werden, wenn nicht bloß das Licht, sondern auch die elektrische Kraft erlischt und die Straßenbahnen und eine Reihe industrieller Betriebe eingestellt werden müssen, vermag niemand abzusehen. Der unersättliche Krieg verschlingt auch nach seinem Ende noch Opfer, die unermesslich sind.

Man könnte nicht sagen, daß es an dem guten Willen der Leute mangelte, die heute als Sieger die Welt regieren wollen. Auch die Ententemissionen in Wien haben sich redlich bemüht, auch an Kohlen der Stadt das Notwendigste zu verschaffen. Allein ihre Kraft versagt und auch sie können allem Anschein nach die Dinge nicht mehr meistern, die der wahnwitzige Krieg als Verderben gear. Wie ein Verhängnis schreitet das Schicksal; die kapitalistische Welt ist aus den Fugen, und alle Künste

Hilfe in der Kohlennot!

Bitte der Regierung an die Entente. — Bahntohle für das Elektrizitätswerk.
Vorläufige Sparmaßnahmen. — Einschränkung im Straßenbahnverkehr.

Die Lage der städtischen Elektrizitätswerke hat sich im Laufe der Nacht nicht geändert. Wesentliche Zuschübe, die einen regulären Betrieb sichern würden, sind nicht erfolgt. Dennoch muß die Gefahr als nicht mehr so dringend bezeichnet werden, als sie gestern war. Heute begibt sich nämlich Ministerialrat Dr. Klotz nach Prag, um neuerlich wegen der Kohlenanlieferung aus dem Duxer Gebiet zu verhandeln. Da seine Bemühungen durch die hiesigen Vertreter der Entente in energischer Weise unterstützt werden, ist es nicht mehr unwahrscheinlich, daß die bestehenden Transport Schwierigkeiten wesentlich gemildert werden. Die Hoffnung, daß Kohle hereinkommt ehe sozusagen das letzte Stück verbraucht ist, ist also vorhanden. Zwischen wird der Betrieb des Elektrizitätswerkes durch Zuweisung von Bahntohle aufrecht erhalten.

Das Elektrizitätswerk vor der Einstellung.

Die Staatskanzlei versendet folgenden Bericht über die Lage:

Wie wiederholt in der letzten Zeit vom Staatsamt für Handel und Gewerbe, Industrie und Banken der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht wurde, sind in der letzten Zeit die Kohleneinfälle aus allen für die Versorgung Deutschösterreichs in Betracht kommenden Gebieten entgegen den mit den für die Anlieferung in Betracht kommenden Stellen getroffenen Vereinbarungen

in einem Maße hinter diesen Abmachungen zurückgeblieben, daß Deutschösterreich, wenn sich die Einfälle nicht binnen wenigen Stunden bessern, hinsichtlich der Kohlenversorgung vor einer Katastrophe steht. Am schwersten wird von diesen Verhältnissen Wien betroffen.

Das Wiener Elektrizitätswerk verfügt nunmehr über einen so geringen Vorrat an Kohle, daß die Notwendigkeit der Einstellung des Betriebes gegeben ist. Weil nun eine so einschneidende Maßregel zur vollständigen Lahmlegung aller mit elektrischer Energie versorgten industriellen und gewerblichen Betriebe, zur vollständigen Einstellung des Wiener Straßenbahnverkehrs und zur empfindlichen Störung der Beleuchtung führen müßte, hat sich die Regierung zu einer Maßregel entschlossen, die von den schwersten Konsequenzen begleitet ist, wenn die Kohlenzufuhr nicht binnen wenigen Tagen bedeutende Zunahmen aufweist.

Kritische Lage der Bahnen.

Es wurden die Bahnen veranlaßt, von den ohnehin geringen eisernen Vorräten,

deren Vorhandensein für die Gewähr der Aufrechterhaltung des ohnehin reduzierten Betriebes eine unerläßliche Voraussetzung ist, Zulieferungen an das Wiener Elektrizitätswerk vorzunehmen. Es ist unerläßlich, die solcherart von den Bahnen an das Wiener Elektrizitätswerk gelieferte Kohle binnen wenigen Tagen den Bahnen rückzuersetzen, wenn nicht mit einem vollständigen Zusammenbruch auch des Bahnverkehrs gerechnet werden soll. Trotz der bescheidenen Zuweisungen, die das Wiener Elektrizitätswerk durch die getroffene Maßnahme erfährt, erscheint es unerläßlich, daß sofort mit einer Einschränkung des Straßenbahnverkehrs und mit einer Verlegung der Sperrstunde der Gast- und Kaffeehäuser vorgegangen werde.

Einschränkungen!

Es wurde daher die Verfügung getroffen, daß ab 20. d. der Betriebsbetrieb der städtischen Straßenbahnen auf halb 10 Uhr abends, jener der Gast- und Kaffeehäuser auf 10 Uhr abends verlegt wird.

Gleichzeitig ist die deutschösterreichische Regierung mit den Regierungen der alliierten Mächte in Verbindung getreten, damit unverzüglich auf die tschecho-slowakische, die polnische und die deutsche Regierung Einfluß genommen wird, daß binnen wenigen Tagen die Kohleneinfälle nach Wien erheblich gesteigert werden. Nachdem trotz aller Bemühungen des Staatsamtes für Handel, das nichts unversucht gelassen hat, der nunmehr drohenden Katastrophe vorzubeugen, die zur Zulieferung Verpflichteten nichts veranlaßten, um ihre Verpflichtungen voll zu erfüllen, so erübrigt sich als letzter Schritt nur der Appell an die alliierten Mächte, die ein hohes Interesse daran haben, daß die Ruhe Deutschösterreichs nicht durch Unterlassungen von außerhalb Deutschösterreich stehenden Faktoren gefährdet wird. Es kann nicht erwartet werden, daß die alliierten Mächte die Bedeutung der jetzigen Situation verkennen, und es ist daher zu hoffen, daß in letzter Stunde die drohende Katastrophe abgewehrt werde.

Die Kohlennot in den Wiener Krankenanstalten.

Das Gremium der Direktoren und Abteilungsvorstände der Wiener Krankenanstalten hat eine Sitzung abgehalten, in der die Kohlennot in den Wiener Krankenanstalten eingehend besprochen wurde und hierbei betont, daß das Wilhelminenspital einen Vorrat an Kohle nur mehr für wenige Tage aufzuweisen habe. Die Gesellschaft der Ärzte, beziehungsweise deren Präsident, hat sofort bei den Ententemissionen Schritte eingeleitet, um eine Erhöhung der Kohlenlieferung aus der Tschecho-Slowakei und Polen zu erwirken. Der Präsident der Gesellschaft der Ärzte hatte mit dem englischen Kapitän, dem die Kontrolle des Kohlenverkehrs untersteht, eine Unterredung. Der Vertreter der englischen Regierung konnte kein sicheres Versprechen machen, er wird aber in die Tschecho-Slowakei reisen und alles mögliche tun, damit die Kohlenversorgung der Wiener Krankenanstalten aufrechterhalten werde.

diesem Tage in die Hände der ungarischen Räterepublik über. Der Betrieb wird also seit dem 29. März d. J. von dem von der Arbeiterchaft vorgeschlagenen und von der Regierung be-

Table with 2 columns: Verwaltung der Gemeinde Wien (Jänner, Februar, März) and Gegenwärtige Verwaltung (April, Mai, Juni). Rows: Gesamtförderung (47.784 vs 51.341) and Stromerzeugung (43.249 vs 41.693).

Aus dieser kurzen Statistik erhellt eine Steigerung der Produktion vom Tage der Sozialisierung an um 3557 Tonnen, das sind rund 355 Waggons in drei Monaten. Wie die Statistik zeigt, haben die Wiener städtischen Elektrizitätswerke während dieser drei Monate trotzdem um 1556 Tonnen, das sind 155 Waggons, also um etwa anderthalb Waggons täglich weniger erhalten.

Die Reduzierung der Belieferung erklärt sich dadurch, daß wir nach Ungarn selbst täglich ganz bedeutende Mengen Kohlen zu liefern haben (in den letzten drei Monaten 9948 Tonnen, gegen 4535 Tonnen, welche in den ersten drei Monaten von der Gemeinde Wien geliefert wurden).

Was uns sich ergibt, daß die Gemeinde zwar aus Neufeld mehr Kohlen bekommen könnte, wenn sie über das Werk frei verfügen könnte, daß aber selbstverständlich auch dann die städtischen Elektrizitätswerke nicht genügend versorgt wären, sondern ebenfalls der Zufuhr aus der Tschecho-Slowakei, Deutschland und Polen dringend bedürftig.

Die Kohlennot in Deutschland.

Von Nikolaus Osterroth

Mitglied der deutschen Nationalversammlung.

Wir gehen einem fürchtbaren Winter entgegen. Das reichste Kohlenland Europas wird eine Kohlennot bekommen, die alles in den Schatten stellt, was an Wirtschaftskrisen hinter uns liegt. Heute schon sind aus Mangel an Kohle ganze Industriezweige gelähmt.

In früheren Jahren erfolgte die Eindeutung des Handels mit Hausbrandkohle im wesentlichen in den Monaten Mai, Juni und Juli. Zurzeit sind alle Lager völlig leer. In eine Wintereindeutung ist gegenwärtig nicht zu denken.

Ist aber die deutsche Wirtschaftslage schon so kritisch infolge der Kohlennot, so wird sie geradezu unhaltbar, wenn seine Gegner auf peinlichste Erfüllung des Friedensvertrages dringen. Denn Deutschland soll von der ihm verbleibenden Kohlenförderung trotz des Verlustes des Saarbergbaues noch 50 Prozent an Belgien, Frankreich und Italien abliefern.

Die Kohlenkatastrophe.

Auch die Beratungen im Staatsamt für Neufelds brachten am Freitag keine Lösung der Kohlenkrise. Man hat den Zusammenbruch auf ein paar Tage hinausgeschoben. Es wurde beschlossen, von den Bahnen zu verlangen, daß sie den städtischen Elektrizitätswerken von ihren Vorräten Kohlen abgeben, damit der Betrieb aufrecht erhalten werden kann.

Es ist wichtig, daß sich die Bevölkerung keinen trügerischen Hoffnungen hingibt und aus all diesen Bemühungen die Regierung nicht schließe, daß sie nun auf Rettung rechnen könnte. Die Regierung bemüht sich ja, so viel sie kann, aber die einfache Wahrheit ist, daß es gar nicht in der Macht einer deutschösterreichischen Regierung liegt, diese Krise zu lösen.

Wie das enden soll? Wer mag es wissen. Wir sollen jetzt schon Tausende von Waggons Kohlen angesammelt haben für den Hausbrand im Winter und für die Gas- und Elektrizitätswerke und haben nicht Kohlen genug, um in der nächsten Woche den Betrieb der städtischen Elektrizitätswerke zu sichern.

Die Kohlenförderung in Neufeld.

Ueber die Kohlenförderung auf dem von der Gemeinde Wien gepachteten Braunkohlentagbau in Neufeld in Ungarn sendet uns die jetzige Leitung folgende Darstellung:

Der Braunkohlentagbau Neufeld an der Leitha wurde am 29. März d. J. von der Gemeinde Wien als Pächterin verwaltet und ausgebeutet. An diesem Tage erfolgte durch die ungarische Räteregierung die Sozialisierung durch die ungarische Räteregierung die Sozialisierung dieses auf ungarischen Gebiet liegenden Betriebes und die Verwaltung ging mit

wollen. Da erhebt sich die Frage: Können wir ihr überhaupt entrinnen? Stehen wir wirklich am Grabe der deutschen Wirtschaft, das Millionen von Existenzen zu verschlingen droht? Im Frieden betrug die tägliche Fördermenge des Bergmannes rund eine Tonne, gleich 20 Zentner. Infolge der schlechten Ernährung und des technischen Baubaus während des Krieges ging die Förderleistung bis Mitte 1918 auf 0.60 Tonnen, gleich 12 Zentner, zurück. Heute beträgt sie etwa 0.50 Tonnen (10 Zentner), nachdem sie vorübergehend noch tiefer sank.

Die Erhöhung der Kohlenförderung ist zurzeit nur möglich, wenn im Steinkohlenbergbau große Arbeitermassen beschäftigt werden. Die Förderleistung auf den Kopf der Belegschaften wird sich leider nicht von heute auf morgen bessern. Bleiben aber die Löhne im Bergbau erheblich zurück hinter der Lohnhöhe minderwertiger Arbeiterkategorien und liegt, so bleiben die notwendigen Arbeitskräfte dem Bergbau fern; ja weitere Zehntausende würden ihm den Rücken kehren.

Kohlenkrisis?

von Berlin, 27. VIII.

Die preussische Regierung in der Landesversammlung: Dem Winter sehen wir wegen der Kohlennot mit großer Sorge entgegen. Falls nicht Ruhe und Arbeitsfreudigkeit überall wieder einkehrt, werden weder die Eisenbahnen noch die Industrie genügend Kohle haben.

Diese Neußerung, gehörig ergänzt, gehörte auf alle Filials- und Sprechplatten. Wir steuern tatsächlich, und zwar nicht nur mit den Verkehrsanstalten und Fabriken, sondern auch mit unseren Gas- und Stromwerken, mit den Lebensmittelbetrieben einschließlich der Mühlen und Bäckereien, mit der üblichen Drechselerei und Zuckerraffination, natürlich auch mit jedem einzelnen Haushalt in eine neue, ganz schwere Kohlenkalamität hinein, die den Winter 1917 weit in den Schatten zu stellen droht. Die Industrie außerhalb der Kohlenreviere, besonders die süddeutsche, spürt die Vorwehen bereits hart und beschwert sich mit Recht über quantitativ und qualitativ unzureichende Belieferung. Trotzdem darf man das nicht als unabwendbares Schicksal hinhinnehmen, sondern muß fragen, wie weit in den allerersten Wochen, vor und während der Erntebewegung, dem Rotstand noch entgegengeearbeitet werden kann.

Über die Zusammenhänge haben sich die Offiziösen schon mehrfach ausgelassen; warnend und mahnend geschah es soeben wieder. Verhängnisvoller Irrtum, etwa zu glauben, daß die Auslassungen nur Eindruck auf die Arbeiterschaft machen sollten, oder daß sie mit einem Seitenblick auf die schwebenden Verhandlungen in Versailles geschähen, wo wir den Versuch machen, für den unter diesen Umständen doppelt fürchterlichen Kohlentribut von zuerst 40 Mill. Tonnen per Jahr wenigstens einen teilweisen Erfüllungsausschub zu bekommen. Die Offiziösen erschöpfen auch die Ursachen keineswegs, wenn sie nur das Phlegma der Bergarbeiter kritisieren. Zwar ging die Koppfleistung im Kohlenbergbau scharf zurück (in Schlesien pro Schicht von 1 Tonne im Frieden auf 0,4 Tonne jetzt), und die Minderproduktion ist in der Tat größtenteils auf Schaffensunlust, auf Disziplinmangel und Streikführungen zurückzuführen, zugleich jedoch auf den vorausgegangenen Kriegsräubbau an der Menschheit, an den Gruben-einrichtungen und an den aufgeschlossenen Kohlenreserven, die erst wieder umfassender Erneuerung bedürfen. Außerdem aber sind die großen Lieferungsrisikofaktoren in neuester Zeit wieder mit erheblichen Minderleistungen der Eisenbahnen zu erklären. Jetzt, mitten im Sommer, sank die Bestellung an der Ruhr auf 15 000 Wagen täglich (gegen 28 000 im Kriege und 35 000 im Frieden), ähnlich in Oberschlesien von 40 Prozent auf sieben 15 Prozent, d. h. auf 5000 Wagen (gegen 12 000 bzw. 14 000). Die Zechenlager schwellen daher an, ein Vorkriegsstand, der aus räumlichen, technischen und neuerdings auch geldlichen Gründen seine Grenzen hat und mittelbar Produktionsrückstellungen nach sich zieht. Die wellenartig aufsteigende Erschöpfung unserer Transportkräfte hängt natürlich zusammen mit den nachhaltig ausstrahlenden Bahnstößen von Erfurt, Breslau und Berlin. Sie ist in gleichem Grade eine vorerst unbehobene Folge der Kriegsabmürzung und vor allem der grauamen Schröpfung vom 11. November sowie der anderen militärisch-politischen Maßnahmen, mit denen die Gegner von Westen und Osten in unser Verkehrsnetz einschritten. Das beste Rollmaterial, besonders an Lokomotiven, ist uns entzogen. Dazu tritt nun die Mangelhaftigkeit der Revolutionsleistungen in den Reparaturwerkstätten, nicht zuletzt auch vielleicht die verfrühte Verbesserung des Personenverkehrs, die somit auf Kosten des Güterverkehrs erfolgt wäre. Hier sind also in erster Linie Zuschüsse des Eisenbahnministers selber nötig, von dem die eingangs zitierte Neußerung kam. Nicht Stimmungs-, sondern Realpolitik, wird sich in einer Zeit, wo es an allen Ecken und Enden hapert, als das Richtige erweisen.

Alles Uebrige geht, nächst den Arbeitern, den Kohlenkommissar und die Wirtschaftsämter an. Nachdem die Saar-Produktion und die Kölner Braunkohle für den Reichshein fast ganz und für die süddeutschen Gaswerke größtenteils ausgeschaltet sind, ist, der Statistik zufolge, unsere Lage diese: Wegen den Herbst 1918 sank in Steinkohlen die Monatsgewinnung um fast 40 Prozent. An der Ruhr und in Oberschlesien betrug die Förderung im ersten Halbjahr 1919 ungefähr 44 Millionen Tonnen (i. V. 73 Millionen), also 60 Prozent weniger; die Brilletzerzeugung, von der allerdings die derzeit gewinnbringendere, weil preislich fast ungebundene Rohkohle sich etwas entfernt haben kann, mag dennoch einen ungefähren Maßstab für die Braunkohlengewinnung abgeben: Sie stürzte in dem steilküstigen Halle-Magdeburger Gebiet für die Monate Januar-Mai auf 57 Prozent, die Brilletzerzeugung des Leipziger und Niederlausitzer Reviers auf 75 Prozent der gleichen Vorjahreszeit. So verlagert die mitteldeutsche Braunkohle, obwohl sie, bei Tagebau, den entwicklungsfähigsten Vorkriegsstand bilden könnte, bisher leider auch, und dies ist nun freilich hauptsächlich die Schuld der Arbeiter.

Wie hat sich nun damit die staatliche Kohlenverteilung bisher abgefunden? Eine amtliche Kohlenbilanz ist nicht

zur Hand. Aber von den rund 120 Mill. Tonnen Steinkohlen-Jahresbezügen der gesamten deutschen Kriegswirtschaft aus den beiden Revieren Oberschlesien und Ruhr muß ein sehr bedeutender Teil auf den Verbrauch von Marine und Meer und deren Hauptlieferanten entfallen sein. Dieses ganze Quantum schied nach und nach aus, und ebenso fiel mehr und mehr fort der weitaus größte Teil der Ausfuhr.

Nach zuverlässigen Auskünften greift die Annahme einzelner Binnenindustrien, wonach diese von den Kohlenverbänden zurückgesetzt würden wegen Bevorzugung der lukrativeren Ausfuhr, weit daneben. Tatsächlich geht nur ein kleiner Bruchteil unserer Kriegs- und Uebergangsausfuhr weiter, und auch diese schwachen Reste exportieren wir nur, sofern Gegenleistungen in Roh- oder Bedarfsstoffen erfolgen. Nach Polen gingen begrenzte Mengen gegen Kartoffeln, nach Deutsch-Oesterreich und Tschechien laufen z. Bt. 800 Wagen schlesische Steinkohle täglich im Tausch gegen 2070 bis 2200 Wagen hochwertiger böhmischer Braunkohle, die die ärgste Brennstoffnot in Bayern und Sachsen lindern sollen; auch das ist nur ein Sechstel der augenblicklichen schlesischen Produktion gegenüber einem Drittel in früherer Zeit. Die Mengen aber, die mit Valutagewinn ins neutrale Ausland, insbesondere nach Holland und nach der Schweiz rollen oder schwimmen, sind gegenüber den Barentauschverträgen aus der letzten Kriegszeit außerordentlich zusammengeschrumpft, daher auch die dem Reiche zuzuliehende Ausfuhrabgabe nur noch einen lächerlich geringen Betrag darstellt.

Und dennoch im Lande der Mangel! Er ist so groß, daß der ohnehin auf 80 Prozent beschränkte Hausbrand in der letzten Dampferperiode nur mit 1/4 beliefert werden konnte, daß Westfalen z. B. im letzten Mai nur 20 Prozent seiner Hausbrandmonatsmenge empfang, daß sogar viele Zuckerraffinerien nur mit einem Drittel bedacht werden konnten, daß die Verteilungskohlenbestände der Eisenbahnen, z. B. der bayerischen, die besonders stark mit Saarkohle gearbeitet hatten, mangelte nur für 8 Tage reichen gegenüber einem Durchschnittsmonat von 1 bis 1 1/2 Monaten, im Gegensatz zu dem im Vorjahr gesteckten Programm, das in Ansehung der Lebensnichtigkeit der Eisenbahnen sie ganz besonders gut bevorzugen wollte. Kann man sie angesichts der Erntebewegung jetzt überhaupt noch genügend für die Frostzeit, wo die Wasserstraßen ausdörrten, versorgen? Ueber die für die Zeitzeit geradezu gefährlich schwache Besetzung der Gasanstalten und Elektrizitätswerke im ganzen Reiche, besonders auch im Osten, sind kürzlich Beispielzahlen veröffentlicht worden. Nur wenig besser ging es den Mollereien in einzelnen Bezirken, während man die Frähdrausch-Kohlen einigermassen rechtzeitig an Ort und Stelle hatte. Von den Industrien haben nur die wichtigsten (Stichtoff, Kali, Phosphordünger, Mühlen und Lokomotiven) genügend versorgt werden können, doch nur unter Schwierigkeiten und auf Kosten der übrigen Gewerbe, worunter Zement und Ziegel, also gerade die Aufbauintdustrie und zugleich jene, die für Arbeitervorbereitung auf den Zechen Vorkarbeit leisten mußten. Dabei sind — übrigens von beiden Seiten — die Errikerer Abmachungen über den Tausch von Kohle gegen Minette noch längst nicht in vollen Fluß gekommen, und man hätte mit Recht einen vollkommenen Zusammenbruch unserer Kohlenwirtschaft zu befürchten, wenn demnächst die Polen, wie es heißt, die Hälfte der schlesischen Jahresproduktion von zur Zeit 26 Millionen Tonnen für sich behalten wollten, und wenn wir tatsächlich vom September/Oktober ab die bedankenden Friedensvertrags-Lieferungen nach dem Westen beginnen müßten, dies obwohl wir an Saarkohle kaum ein Zehntel der früheren Gesamtmenge und kaum ein Viertel des früheren Bedarfs der süddeutschen Gasanstalten überlassen erhalten.

Bei solcher Sachlage ist es bedauerlich, daß nicht längst wieder zwangsweise Verbrauchseinschränkungen verhängt wurden, die bei nachlassender Autorität der Reichsregulativ von den Gliedstaaten und Gemeinden selbstständig unterstellt werden müßten. Die Gleichgültigkeit, mit der jetzt wieder in großen und kleinen Städten im Gas- und Stromverbrauch, in der Warmwasserbereitung und bis spät in den Sommer hinein veranzelt auch in der Beheizung verfahren worden ist, desgleichen der Beleuchtungsstaus in Vergnügungspalästen und Großwohnungen fordern angesichts der allgemeinen Kollage zu neuen Eingriffen geradezu heraus. Wir können uns nicht darauf verlassen, daß uns abermals ein milder Winter hilft, dies umso weniger, als wir im letzten Jahre immerhin noch 1 1/2 Mill. Tonnen hochwertigen Koks und Kohle in den Revieren auf Lager hatten, während zur Zeit die Zechenbestände erst einige hunderttausend Tonnen betragen. Des weiteren wäre zu fragen, wie weit der Selbstverbrauch der Hättengesehen heute noch zu rücksichtslos ist, wie weit gerade er, bei dem die Versuchung zum einseitigen Ingangsehen einer Industrie gegenüber unverantwortlicher Bähmung aller übrigen Gewerbe ganz besonders groß ist, durch Verordnung auf ein anderes Maß zurückgeführt werden könnte. Diese Mittel sind kleine und negative, aber sie werden rascher wirksam als alle Projekte zur technischen Kohlenersparung und zur Belegschaftsverstärkung. Selbstverständlich muß man auch diese weiter verfolgen, muß

insbesondere die durch die Sichtsverlängerung auf sieben Stunden notwendig gewordene Anwerbung und Behausung von Kohlenarbeitern mit größtem Nachdruck betreiben. Wenn die Löhne auch dadurch vielleicht getrieben werden und der Unternehmergewinn sich vollends ins Gegenteil verkehrt, so wird das erträglich erscheinen gegenüber der größeren Gefahr, die gesamte übrige Industrie jetzt nach Aufhebung der Modade noch immer in der Unterproduktion zu haben. Jetzt ist es höchste Zeit — für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber, seien sie private oder öffentlich-rechtliche — die Wirtschaft „anzukurbeln“. Soweit aber die Kohlenfrage eine Transportfrage ist, muß diese von der Eisenbahnverwaltung jetzt aufs neue mit aller Macht angepackt werden, sei es durch gewalttätige Hebung der Reparatur- und Neubauleistungen, sei es durch soziale Zugeständnisse zur Wiedereinweckung aufopferungsfähiger Pflicht-treue, sei es durch Reformen in der Verkehrsdisposition und in der Verwaltung. Die Finanzlage der Staatsbahn ist gewiß kritisch. Der Staat erwartet ein Eisenbahn-Defizit von 3 bis 4 Milliarden, d. h. von beinahe 12 Mill. Mark pro Tag, und ist darauf angewiesen, das Geld durch Schatzwechsel zu borgen. Aber das Opfer kann kaum umgangen werden, namentlich sofern es bleibendere Nutzbringungen verspricht als die rein experimentelle Hingabe der Lebens- und Kleiderkostenaufschüsse.

Zugleich müßte auch die Bevölkerung vernunft-mehmen, und sich selbst beschränken, wenn es wieder zu einer Einschränkung des Kohlenverbrauchs, oder des Personenverkehrs oder zu sonstigen Beeinträchtigungen ihrer Rechte und Gewohnheiten käme. Wir haben in letzter Zeit, ohne es zu wissen, unsere letzten Brennstoff-Vorräte aufgebraucht und sehen doch andererseits keine dauernde Möglichkeit, etwa amerikanische Kohle, selbst wenn der kohlen-knappe Weltmarkt davon viel für uns übrig ließe, als Ersatz zu kaufen. Es wäre finanziell nicht zu verantworten, wenn der Kohlenstaat Deutschland ebenso wie der Zuckerstaat Deutschland, mag man sie beide im Westen und Osten noch so schroff der wichtigsten Produktionsstelle beraubt haben, sich nicht selber mit den verbliebenen Stämmen in einer solchen Kollage der Valuta, des Kredits, des Rohstoff- und Lebensbedarfs mit ihren ureigensten Produkten versorgen wollten, sondern leichtfertig und kurzlebig mit fremder Probenienz liebäugeln wollten. Arbeiter und Volk, Verwaltung und Masse müssen sich klar werden über das, was in diesen kritischen Augenblicken für den Einzelnen und für alle zusammen notwendig ist.

Unsere Kohlennot.

In einer außerordentlichen Sitzung des niederösterreichischen Landtages wurde am Freitag die Ausnützung der Wasserkräfte der Donau behandelt und darüber Beschluß gefaßt. Es ist der erste Schritt, mit den Wasserkräften der Donau elektrische Energie zu erzeugen. Die treibende Kraft zu diesem Entschluß ist die furchtbare Kohlennot, die in Deutschösterreich, ganz besonders aber in Wien katastrophale Wirkungen auslöst. Die Ausnützung der in Niederösterreich verfügbaren Wasserkräfte wird allerdings nicht rasch genug vor sich gehen können, um Wien vor der Kohlenkatastrophe, die uns heute unmittelbar bedroht, zu bewahren. Aber die Kohlenarmut Deutschösterreichs weist uns gebieterisch den Weg, in den Wasserkräften die Rettung zu suchen. Wien wie auch das Land Niederösterreich müssen dasselbe tun wie Oberösterreich und Steiermark, und ihre Wasserkräfte so rasch als nur möglich, ausnützen.

Schon einige Zahlen kennzeichnen die Kohlennot in Wien deutlich genug. Der Gesamteinlauf an Kohle für Wien betrug im Jahre 1913 2,545.717 Tonnen und im Jahre 1916 2,482.199 Tonnen. Im Jahre 1917 betrug der Einlauf in der ersten Hälfte 1,280.309 Tonnen und in der zweiten Hälfte 1,145.806 Tonnen, zusammen also 2,426.115 Tonnen; in der ersten Hälfte des Jahres 1918 dagegen in der ersten Hälfte 1,083.025 und in der zweiten 792.235 Tonnen, zusammen nur 1,875.260 Tonnen. Geht man aber an der Einlauf im ersten Halbjahr auf 619.551 Tonnen herab. Im städtischen Elektrizitätswerk kennzeichnen die Situation die Produktionszahlen und der Kohlenverbrauch. Der Bedarf an elektrischer Energie weist zweifellos eine Steigerung auf. Das geht aus den gegenwärtigen Produktionszahlen hervor, die keinesfalls als Deckung des Bedarfes aufgefaßt werden dürfen. Viele Ansuchen um Stromabgabe konnten nicht berücksichtigt werden. Von der Elektrifizierung der Stadtbahn, von der Stromlieferung für die projektierte Untergrundbahn kann vorläufig gar nicht die Rede sein. Die Elektrizitätserzeugung nahm folgende Entwicklung

	Stromerzeugung Stromathunden	Kohleneingang Tonnen	Verbrauch Tonnen
1913	194.366.416	263.086	239.004
1914	204.943.862	251.325	254.318
1917	234.043.068	447.209	429.786
1918	220.558.416	298.145	333.493

Die Stromerzeugung ist gestiegen, ohne das große Aufgaben gelöst worden wären, und von der Kohlenzufuhr des Jahres 1918 sind mehr als dreimalhunderttausend Tonnen zur Erzeugung elektrischer Energie allein in Anspruch genommen worden.

Der Kohlenverbrauch für die Gaswerke stellt sich wie folgt dar:

Kohlenverbrauch	Tonnen
1913	535.150
1914/15	553.790
1916/17	678.671
1917/18	648.339

Elektrizitäts- und Gaswerk haben mithin im Jahre 1918 von einem Gesamteinlauf von 1,875.260 Tonnen mehr als die Hälfte, nämlich 981.832 Tonnen verbraucht, so daß für die Industrie und dem Hausbrand — von der Landwirtschaft nicht zu reden — 893.428 Tonnen übrig blieben. Geht man aber im ersten Halbjahr nur 619.551 Tonnen Kohle nach Wien kamen, stand also nicht einmal die Hälfte der Menge des vorigen Jahres, wo in den ersten sechs Monaten noch 1,083.025 Tonnen einfließen, zur Verfügung und die Zufuhr nimmt immer noch ab! Daß diese Kohlennot die schwersten Kalamitäten herbeiführt, ist begreiflich. Gestern früh hätten die Wiener Eiswerke in der Pasettistrasse und in der Klosterneuburgerstrasse, die je fünfzig Waggons Eis erzeugen und zusammen vier- bis fünfhundert Arbeiter beschäftigen, den Betrieb einstellen sollen, weil es an Kohlen mangelte. Die Einstellung der Arbeit hätte nicht nur das Heer der Wiener Arbeitslosen vermehrt, es wäre auch die Milchzufuhr schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Von den 60.000 bis 65.000 Liter Milch der gegenwärtigen Tagesanlieferung kommen ohnehin 15.000 bis 16.000 Liter täglich in faurem Zustand an. Bei dem Fehlen von Eis wäre das Sauerwerden der gesamten Zufuhr zu gewärtigen gewesen. Frischmilch für Kinder und Kranke könnte in einem solchen Falle nicht mehr beschafft werden. Ueber Intervention des Bürgermeisters Reumann hat nun gestern Oberberggrat K l o ß aus den länglichen Nesten der Kohlenvorräte fünf Waggons Kohle der Eisfabrikation zur Verfügung gestellt und es kann nun einige Tage wieder Eis produziert werden. Aber von einer ähnlichen Kalamität ist bald der eiste, bald der andere Betrieb bedroht und es ist leider keine Aussicht vorhanden, daß dieser qualvolle Zustand ein Ende erreicht und nicht eines Tages zum vollen Zusammenbruch treibt. Dabei ist es nicht möglich, Vorsorge für den Winter zu treffen, trotz aller Bemühung, die dahin zielen.

Für die Kohlenversorgung Wiens ist die Anlieferung aus Oberschlesien und aus dem tschechischen Staate entscheidend. Die oberschlesische Kohlenproduktion wird wegen der drückenden Friedensbedingungen für Deutschland in bedeutend erhöhtem Maße für den deutschen Eigenbedarf in Anspruch genommen werden. Aus dem tschechischen Staatsgebiete werden größere Mengen Braunkohle an Deutschland gegen deutsche Steinkohle abgegeben werden als früher; sollen doch statt wie bisher 70.000 Tonnen 262.000 Tonnen Braunkohle dahingeliefert werden. So wird für Deutschösterreich, besonders aber für Wien auch Braunkohle verlorengehen und die Kohlennot muß im Winter zur Katastrophe führen, wenn nicht von auswärts Hilfe kommt. Gegenwärtig wird versucht, unter den größten Opfern englische oder amerikanische Kohle zu erhalten. Die Aussicht dafür ist gering, aber Ertrinkende klammern sich befanntlich an einen Strohhalm.

Sonntag, 3. August 1919

Zeitung

704

15 Pfennig

ten Sachen

Abt. 11.25 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten tägl.
nach die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 33 1/2% Teuerungszuschlag.
die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
in SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800-
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Die Kohlengefahr.

Von

Erwin Steiniger.

In der letzten Zeit sind amtliche Nachrichten höchst alarmierenden Charakters über unsere künftige Versorgung oder vielmehr Nichtversorgung mit Kohle veröffentlicht worden. Das Publikum hat diese Mitteilungen mit der stumpfen Gleichgültigkeit aufgenommen, die man bei uns unglücklicherweise den Gefahren von morgen gegenüber an den Tag zu legen pflegt. Im Kriege haben wir uns ja auch über jede versäumte, politische Gelegenheit, über jeden verhängnisvoll falschen politischen Schachzug achselzuckend hinweggesetzt, haben uns damit getröstet, daß unsere Heere doch noch „hier in Feindesland“ stünden, haben gehofft, daß der Kampf trotz allem irgendeinmal, irgendwie zu einem für uns guten Ende kommen werde. Heute klammern wir uns daran, daß wir „Frieden“ haben, daß die Blockade aufgehoben ist, daß es in den Läden wieder echten Kaffee, Schokolade und Süßfrüchte zu kaufen gibt, und daß die Regierungstruppen bisher stark genug gewesen sind, die Kommunisten in Schach zu halten. Fortgesetzte Streiks, Arbeitsunlust, Produktionsverfall statt Produktionsaufstieg, eine über und über verschuldete, mit Leistungsverpflichtungen ans Ausland überlastete Wirtschaft, die Woche für Woche und Monat für Monat weiterverzehrt, ohne Nennenswertes zu erzeugen, deren Kredit jenseits der Grenzen täglich tiefer sinkt — na ja, gewiß, das ist alles sehr schlimm, wir sind eben besiegt und hatten Revolution, aber es wird sich schon „irgendwie“ einstellen. Verzeihung, — darf man daran erinnern, daß von einem gewissen Zeitpunkt ab (an dem die meisten von uns noch sehr zuversichtlich waren) auch das Kriegsergebnis nicht mehr hat „eingerechnet“ werden können?

Die Kohlenkrise, die uns amtlich angekündigt wird, kann bedeuten, daß die Entente mit neuen, wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen gegen uns vorgeht, das heißt also, daß wir in ernüchternde, scharfe Lebensmittelschwierigkeiten geraten (ganz abgesehen davon, daß wir natürlich nicht unbegrenzt Einfuhren auf Kredit erhalten werden, wenn wir nicht arbeiten und produzieren). Sie bedeutet weiter, daß wir immer tiefer in die Defizitwirtschaft (die schließlich an einem bestimmten Punkte Bankrottwirtschaft werden muß) hineinkommen, immer mehr Noten drucken müssen; denn so lange die Produktionswirtschaft nicht einigermaßen in Ordnung ist, kann keine Rede davon sein, daß die Staatswirtschaft ins Gleichgewicht gebracht wird. Sie bedeutet schließlich Massenarbeitslosigkeit, steigende Güterarmut im Inlande, Fehlen aller Zahlungsmittel für den Güterimport aus dem Auslande (es sei denn, daß man für Lebensmittel und Kleider mit deutschem T den und deutschen Unternehmungen zahlt und Deutschland dem ausländischen Kapital als Exploitationskolonie ausliefert). Wie die Massenarbeitslosigkeit auf die innere, politische Entwicklung wirken muß, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden.

So stellen sich die Gefahren dar; sie bedrohen uns augenscheinlich mit dem völligen Niederbruch oder dem völligen Selbstständigkeitsverluste unserer Wirtschaft. Wo liegt die Wurzel des Übels, und mit welchen Mitteln ist es zu bekämpfen?

Die Senkung der Produktionsleistung im Kohlenbergbau ist keine isolierte Erscheinung, sondern nur ein Teil des allgemeinen und einschneidenden Produktionsrückgangs, der — unabhängig von den durch die Rohstofflage gegebenen Möglichkeiten — teils durch die Unnutzung der technischen Produktionseinrichtungen und durch die physisch-psychische Kriegsdepression, vor allem aber durch die Erschütterung des Arbeitswillens und der Arbeitsdisziplin der Lohnarbeiterschaft eingetreten ist. Der Rückgang tritt nur bei der Kohle besonders katastrophal hervor, weil die Kohlenversorgung die Grundlage des ganzen industriellen Arbeitsprozesses ist, weil unsere Kohlenbasis sich durch die Friedensbedingungen stark verengt hat und weil wir enorme Naturalabgaben an Kohle für das bisher feindliche Ausland aufzubringen haben. Die Kohlenarbeiter haben, wie die Eisenbahnarbeiter, „die Hand an der Gurgel des Staates“.

Der Arbeiter ist, bei uns wie anderwärts, generationenlang durch die tatsächliche Entwicklung wie durch manche mißverständliche Lehre dazu erzogen worden, seiner Arbeit unfreudig und gleichgültig gegenüberzustehen, ja sie in gewissem Sinne und Grade zu hassen. Trotz dieser Entfremdung und dieses vom „Ausbeuter“ auf das Medium der Ausbeutung übertragenen Hasses arbeitete er, und seine Leistung war durchschnittlich sogar höher als die der Arbeiter anderer Länder. Denn er fühlte sich zu schwach, die kapitalistische Ordnung, an deren Seite die ganze Staatsmacht stand, zu überwinden. Er gewöhnte sich daran, seine Auflehnung gegen diese Ordnung nicht als Angelegenheit der Gegenwart, sondern als Hoffnung der Zukunft zu betrachten und in der Praxis des Alltags jenen Antrieben zu folgen, die ihn innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft zwingend darauf hinwiesen, eine volle und regelmäßige Arbeitsleistung zu bieten, um seinen Unterhalt zu sichern und in begrenztem Umfange seine Lage zu bessern.

Das heutige und das internationale Kohlenproblem.

Die außerordentlichen und noch weiter steigenden Gefahren unserer Kohlenversorgung sind allmählich auch dem wirtschaftlich Ungeschulten zur Erkenntnis gekommen. Die fieberhafte Eile, mit der jede Hausfrau zu unerschwinglichen Preisen sich nach „Kohlenersatz“ für den Winter umsieht, beweist das. Ob freilich die nötigen Maßnahmen der Regierung alle getroffen sind, ist einigermaßen zweifelhaft. Die Annehmlichkeit beispielsweise, die heute ein verhältnismäßig rascher Personenzugverkehr den Sommerfrischlern erwährt, die regelmäßigen Schnellzüge bis an die Landesgrenzen und darüber hinaus (zur Verschlechterung der Baluta) sind ja für den Benutzer recht angenehm. Ob aber der damit verbundene Kohlenauswand gerechtfertigt ist, ob die Lokomotiven nicht besser zum schnellen Abtransport der Kohlenberge dienen sollten, ist eine andere Frage. Das führt uns zu dem Mangel an Verkehrsmitteln, der manchmal noch größere Schuld an dem Kohlenmangel trägt als etwa der Mangel der Förderung selbst. Wenn im Frieden täglich 30 000 Waggons zur Abfuhr von Steinkohlen zur Verfügung standen und es heute manchmal nur 12 bis 15 000 sind, so fragt sich, ob alles geschieht, um diese Folge des Waffenstillstandsvertrages so gut wie irgend möglich zu mildern. Daß auch andere Mittel zur Abhilfe der Kohlennot versucht werden sollten, ist gerade hier des öfteren ausgeführt worden. Man weiß, daß es an Arbeitskräften in den Kohlenbezirken fehlt, daß aber deren Zahl schon aus Mangel an Wohnungen nicht beliebig erhöht werden kann und deshalb wird die Frage eines großzügigen Häuserbaues gelöst werden müssen. Ob durch eine weitere Verteuerung der Kohle, ob durch einen Reichszuschuß, sei hier nicht erörtert. Eine weitere, von einem Bergwerksdirektor kürzlich an dieser Stelle gegebene Anregung ging darauf, durch Einführung einer 6 stündigen Schicht, die nach seiner Ansicht doch einmal kommen wird, einen Autarken Betrieb in den Kohlenbergwerken durchzuführen, wodurch fraglos eine umso größere Steigerung erreicht werden könnte, als dann nur eine der Schichten zu den notwendigen Vorarbeiten, die drei anderen aber zur Gewinnung und Förderung verwendet werden könnten. Die gerade auch dem Volke so nahe liegende Forderung, der Kohlenarbeiter sollte endlich einmal mehr arbeiten, ist ja an und für sich sehr begründet und zum Teil nur zu berechtigt, hängt aber auch mit politischen und Ernährungsfragen zusammen. Sofern der urteilsfähige Kohlenarbeiter das Gefühl hat, daß in politischer Beziehung nützlich mit dem Fortschritt ernst gemacht wird, daß in der Verteilung des Ertrags zwischen Kapital und Arbeit das richtige Maß gefunden wird, wird er auch mit größerer Liebe an seine Aufgabe gehen, die schwerer ist, als mancher ahnt, der über die „Faulheit“ der Bergleute die Nase rümpft. Natürlich kann man auch da nicht verallgemeinern. Wenigstens lauten die Berichte aus den verschiedenen Teilen des Reiches außerordentlich widersprechend. Während in Oberschlesien nach uns vorliegenden Berichten aus Unternehmerreisen, die Zustände als fast hoffnungslos geschildert werden, weil gewissenlose Agitatoren nach jenen Darlegungen die ruhigen Elemente aus den Betriebsstätten usw. verdrängen, während dort die tatsächliche Arbeitszeit nicht viel länger als 4 Stunden ist, und von einer Rentabilität der Unternehmungen längst nicht mehr gesprochen werden kann, sollen im Ruhrrevier die Dinge sich gebessert haben. Das wäre nicht verwunderlich, denn der Bergarbeiter im Westen ist, namentlich soweit es sich um den eingeseffenen Westfalen handelt, ein durchaus arbeitsamer ruhiger Mensch, während im Osten gerade solche Elemente überwiegen, die von jeher rüchändig waren, die beispielsweise für eine ruhige, gewerkschaftliche Organisation und Arbeit nicht in Betracht kamen. Es wiederholt sich auch hier die Erfahrung der Revolution, daß gerade jene am turbulentesten sind, die früher als Schutzgarde der Reaktion, als Feinde des Gewerkschaftsgedankens dem Fortschritt die größten Schwierigkeiten bereitet haben. Es ist ja kein Zufall, daß gerade diese über Nacht radikal gewordenen Elemente jene karikaturhaften „wilden Sozialisierungen“ in Szene gesetzt haben.

Um ein paar Ziffern über die heutige Lage in Deutschland zu geben, sei an Folgendes kurz erinnert: Deutschland förderte, wenn man von der Braunkohle abseht, im letzten Friedensjahre 1914 Mill. Ton. und führte etwas über 10 Mill. Ton. ein, während andererseits rund 31 Mill. Ton. an das Ausland abgegeben wurden. Es verblieben also rund 171 Mill. Ton. Von jener Förderung entfallen auf Oberschlesien, über dessen Schicksal wir ja noch im Unklaren sind, etwa 50 Mill. Ton., auf das Saargebiet 12, auf den Aachener Bezirk 3½ Mill. Ton. Würden wir also noch in demselben Umfange fördern wie vor dem Kriege, so würde das jetzige Rumpfsgebiet etwa 124 Mill. Ton. hervorbringen. Leider ist davon gar keine Rede, vielmehr ist die Förderung heute auf diesem Gebiet auf rund 55 Proz. des Friedens gefallen, also knapp 70 Mill. Tonnen, gegenüber früher über 200 Mill. Ton. für das Reich in seinem alten Umfange. Selbst, wenn man annimmt, daß in den abzutretenden Gebieten davon rund ein Viertel gebraucht würde, eine Annahme, die etwas reichlich ist, so würde ein Fehlbetrag von 80 Mill. Ton. Steinkohlen vorhanden sein. Freilich muß auch da betont werden, daß dieser Bedarf einer rastlos arbeitenden Volkswirtschaft zugrunde liegt. Nun kann ja von einer derartigen Ausnützung

auf absehbare Zeit, geschweige denn jetzt, nicht die Rede sein, denn schon die Einführung des achtstündigen Arbeitstages bringt einen außerordentlich einschneidenden Minderbedarf. Dazu kommt noch, daß zur Zeit aus anderen Gründen nirgends auch nur annähernd in derselben Intensität wie früher gearbeitet wird. Andererseits aber ist ja auch bei dieser Rechnung ein außerordentlich wichtiger Punkt noch nicht berücksichtigt. Das ist der Friedensvertrag, auf Grund dessen wir rund 10 Mill. Ton. an die Entente, vor allem an Frankreich, zu liefern hätten. Es würden also für die gesamte deutsche Wirtschaft sage und schreibe 30 Millionen Ton. Steinkohlen zur Verfügung stehen! Damit auszukommen, ist selbstverständlich eine glatte Unmöglichkeit, wenn man berücksichtigt, daß allein Eisenbahnen, öffentliche Anstalten und Haushaltungen in dem verleinerten Deutschland im Jahre 1913 63 Mill. Ton. erfordert haben. Bekanntlich soll im September bereits mit der Lieferung begonnen werden. Es wird sich nun bald zeigen, inwiefern die letzte Konzession der Entente erfüllt werden soll, wonach im Wiederherstellungsausschuß die Wünsche Deutschlands berücksichtigt werden sollen, wenn die volle Erfüllung einer Forderung das deutsche Wirtschaftsleben in schlimmer Weise gefährdet würde. Hier ist der erste Prüfstein für die brennende Frage, ob unsere Vertragsgegner eine loyale Auslegung des Friedensvertrages herbeiführen wollen oder nicht.

Die Verantwortung wird freilich auch abhängen von der Kohlenversorgung der anderen Länder und da liegen die Verhältnisse nun ebenfalls sehr traurig. Frankreich beispielsweise, das in diesem Punkte besonders wichtig ist, besitzt nach den Darlegungen, die kürzlich Minister Loucheur in der französischen Kammer gemacht hat, infolge der Zerstörung der nordfranzösischen Kohlengruben seinen Einfuhrbedarf auf 40 Mill. Ton. gegenüber 23 Mill. vor dem Kriege. Während nun im Kriege England seinen Bundesgenossen über 18 Mill. Ton. jährlich zur Verfügung gestellt hat, wozu es dieses Mal allerhöchstens die Hälfte, vielleicht sogar noch weniger liefern können.

Mit 9 Mill. t englischer Kohle rechnete, wie gesagt, der französische Minister Loucheur. Es wird sich nun bald zeigen, ob nicht auch selbst diese Annahme zu optimistisch war, denn in der Zwischenzeit hat der englische Minister Sir Auckland Sedbes erklärt, Großbritannien werde in diesem Winter keine Tonne Kohlen ausführen. Was das für Europa, was das aber auch für die englische Wirtschaft bedeutet, kann gar nicht überschätzt werden; denn England ist das Hauptkohlenausfuhrland der Welt gewesen. Wohl 75 Mill. Ton. hat es an seine Nachbarn verteilt. Schon während des Krieges war die Ausfuhr bis auf 31¼ Mill. im Jahre 1913 zusammengeschrumpft und jetzt soll ein weiterer Rückgang eintreten. Wie ist das zu erklären? Hier ist die erste Wirkung der internationalen Arbeiterbewegung auf England deutlich abzulesen. Seit 16. Juli wird auch dort nur mehr 7 Stunden statt früher 8 Stunden in den Bergwerken gearbeitet. Gleichzeitig aber ist ähnlich, wenn auch nicht so empfindlich wie bei uns, die Leistungsfähigkeit und der Arbeitswille des Einzelnen zurückgegangen. Welcher Geist heute bei den englischen Arbeitern herrscht, die durch den Zusammenschluß mit dem Eisenbahn- und Lehrpersonal zu jenem wichtigen Dreieck eine Macht ersten Ranges darstellt, hat man bei den neuerlichen Teilstreitigkeiten, die eigentlich ganz gegen die alten Grundsätze der englischen Trade Unions vom Jaun gebrochen waren und die im Gegensatz zu früheren Selbstverständlichkeiten ohne Rücksicht auf die Gefahren für das Bergwerk selbst durchgeführt wurden. Man setzte auch die Pumpen außer Kraft und überließerte somit die einzelnen Gruben der Gefahr des Ersäufens. Die „Times“ hat nicht verfehlt, auch dafür das schlechte Vorbild der deutschen Kriegsmethoden verantwortlich zu machen.

Mehr und mehr wird die Kohlenfrage in England das Zentrum aller innerpolitischen und wirtschaftspolitischen Probleme. Innerpolitisch wird die kommende Wahl ganz unter dem Stichwort der Nationalisierung des Kohlenbergbaues stehen, der vom Vorstehenden der Untersuchungskommission im Kohlenbergbau, dem Richter Sankey empfohlen worden ist, und der nun auf den unzweifelhaften Widerspruch der Großindustrie und auch auf den verdeckten eines großen Teils der jetzigen Regierung stößt. Dabei ist eines besonders bemerkenswert und in Deutschland bisher vielleicht nicht beobachtet worden. Jener Bericht empfiehlt in weitgehendem Maße eine Form der Sozialisierung, die fast den Verdacht erweckt, als habe der Verfasser nicht ohne Nutzen den Bericht der deutschen Sozialisierungskommission gelesen. Das soll kein Vorwurf, im Gegenteil eine Anerkennung sein. Während in Deutschland jener auf alle Fälle sehr erwogenen Bericht in den Altenschränken verstaubt, gleicht England praktische Lehren aus der methodischen deutschen Arbeit. Das ist die politische Seite. Wirtschaftlich ist das vielleicht drohende Verlegen, zum mindesten aber der sichere Rückgang der Kohlenausfuhr, darum so außerordentlich bedrohlich, weil hierdurch der wichtigste Posten des englischen Außenhandels gefährdet ist. Von einer Gesamtausfuhr des 1. Halbjahres 1918 von 355 Mill. Pfund Sterling entfallen nämlich auf Kohlen in dieser Zeit 48 Mill. Nun ist die Lage für England heute so, daß bei der außerordentlich verschlechterten Zahlungsbilanz, bei der Aufhäufung von Schulden in Amerika jede Möglichkeit der Ausfuhrförderung unbedingt ergriffen werden muß, wie schon rein äußerlich der schlechte Stand der britischen Baluta zeigt. Außerdem aber ist die Kohle in Eng-

land während der letzten Jahre zu einem außerordentlich hohen Preise nämlich zu sh. 60 die t exportiert worden. Dadurch war es möglich, dem heimischen Markt Kohle zu einem entsprechend billigeren Preise zur Verfügung zu stellen. Das wird mit der schwindenden Ausfuhr nicht mehr zu machen sein. Infolgedessen sieht man mit wachsender Sorge einer ungewöhnlichen Verteuerung der gesamten Industrieprodukte entgegen. Seit einigen Wochen ist eine Verteuerung der Tonne Kohle um 6 sh. im heimischen Markt eingetreten. Diese Erhöhung allein, die übrigens noch weit hinter den deutschen Verteuerungen zurückbleibt, hat bereits nach englischer Darstellung zur Folge, daß viele Waren nicht mehr mit den amerikanischen Erzeugnissen konkurrieren können. Schiffsplatten beispielsweise berechnen sich auf Grund dieser Verteuerung auf 19 sh gegenüber 14 sh die Tonne in Amerika. Schienen auf 17 sh 7 d gegenüber 10 sh in Amerika.

Über selbst, wenn England weiter große Kohlenmengen ausführen könnte, so würden die Preise, so fürchtet man in England, auf die Dauer nicht mehr so rentabel gehalten werden können und zwar wegen der amerikanischen Konkurrenz. Amerika, das trotz seiner gewaltigen Kohlenproduktion von 605 Mill. Ton. im Jahre 1918 gegenüber einer Förderung von 227 Mill. Ton. im gleichen Jahre in England bisher kaum als Kohlenexporteur in Frage kam, taucht jetzt überall in dieser Eigenschaft auf. Vor dem Kriege fand nur 20 Mill. Ton. aus amerikanischen Häfen verschifft worden. Jetzt versprechen nach englischen Zeitungsmeldungen amerikanische Händler die Lieferung von 100 Mill. Ton. jährlich, „sofern man ihnen nur die nötigen Schiffe zur Verfügung stellt.“ Derartige Meldungen haben es mit sich gebracht, daß heute von den einen mit großer Hoffnung, von den anderen mit großer Befürchtung auf die amerikanischen Kohlenlieferungen gesehen wird. Die große Hoffnung findet sich bei denen, die mit Schreden an den Kohlenmangel, an den Stillstand der Industrie denken, die Befürchtung aber bei den europäischen Kohlenlieferanten. Hier wird noch mit besonderem Nachdruck darauf hingewiesen, daß Amerika zu einem überraschend billigen Preis, nämlich zu 22 sh. die Tonne gegenüber einem Ausfuhrpreis von 60 sh. aus England Kohlen anbietet. Dieser Preis ist darum so überraschend, weil in den Vereinigten Staaten gerade im Kohlenbergbau außerordentlich hohe Löhne bezahlt werden. Schon zu Anfang dieses Jahres waren nach einer uns vorliegenden Uebersicht von allen Arbeiterkategorien die Kohlenbergleute am besten bezahlt. Sie verdienen durchschnittlich 6.63 Doll. im Tag oder rund 40 Doll. in der Woche. In der Zwischenzeit dürften die Löhne eher noch weiter in die Höhe gegangen sein. Die Konkurrenzfähigkeit liegt offenbar in der günstigen natürlichen Lage der amerikanischen Bergwerke, soll aber auch teilweise auf eine außerordentlich starke Verwertung maschineller Einrichtungen zurückzuführen sein. Es fragt sich nun, ob jene Hoffnungen in vollem Maße zutreffen. Das erscheint uns einigermaßen zweifelhaft. Zunächst wird auch in Amerika die Arbeitszeitverkürzung bald ihre Wirkung hervorrufen. Heute schon ist nach den letzten Meldungen drüben die Kohlenförderung stark in der Abnahme begriffen, während beispielsweise im Jahre 1913 die monatliche Durchschnittsförderung erst 42½ Mill. Ton. war, und im Vorjahr bis auf 51 Mill. Ton. gesteigert wurde, ist im laufenden Jahr ein starker Rückgang zu beobachten. Von 60 Mill. Ton. im Januar fiel die Förderung auf 33 Mill. im Februar, 32¼ im März, 32.20 im April. Was nun die Preise anbelangt, so wird der Heißhunger Europas weiterverleuren wirken. Dazu kommt, daß einstellende die Frachten so hoch sind, daß die billige Kohle, bis sie in den europäischen Häfen kommt, sich um ein Mehrfaches verteuert hat.

Aus alledem scheint hervorzugehen, daß selbst Amerika einzuweichen nicht die Lösung der Kohlenkrise für Europa, am wenigsten für Deutschland bringen wird. Man muß vielmehr darauf gefaßt sein, daß einwilligen die Menschen Europas frieren und die Maschinen Europas, vor allem Deutschlands, zum Teil stillstehen werden.

Wenn man auf weiter hinaus die Lage betrachtet, so wird vielleicht diese Kohlennot zu überraschenden und durchgreifenden Fortschritten führen. Überall, wo Wasserkräfte sind, werden längst gefasste Pläne ausgeführt werden. Draußen in der Welt dürfte das Petroleum in rasch steigendem Maße mit der Kohle in Wettbewerb treten. Bei uns aber in Deutschland wird, insofern wir einigermaßen zur Ruhe kommen werden, die Technik auf diesem Gebiet große Triumphe feiern. Neben der stärkeren Heranziehung der Braunkohle werden wohl die Vergasung der Kohle und andere neue Verfahren, wie das Tieftemperaturverfahren, seine Triumphe feiern. Bis dahin aber müssen unsere Bergleute, durch entsprechendes Eingehen auf ihre berechtigten Wünsche zu erhöhter Arbeit veranlaßt, die Bahnen mit Eisenbahnmateriale versehen und die Allgemeinheit heute, bevor es zu spät ist, zu eiserner Sparsamkeit veranlaßt werden.

Deutschlands kommende Kohlennot!

Von Major im Kriegsministerium Hedler.

Die Frage der Versorgung mit Kohlen ist im wahrsten Sinne des Wortes eine „brennende“ geworden. Bis zum Kriege war Deutschland in der Lage, infolge seiner großen Kohlenvorräte und der Leistungsfähigkeit und Arbeitsfreudigkeit seiner Bevölkerung die Produktion ständig zu steigern, so daß seine Bedürfnisse in jeder Hinsicht befriedigt werden und außerdem noch große Abgaben an das Ausland erfolgen konnten. Auch während des Krieges gelang es, sämtlichen Eigenansforderungen im allgemeinen nachzukommen, die Bundesgenossen zu unterstützen und an die Neutralen Kohlen abzugeben. Infolge der großen Arbeiteransforderungen durch das Feldheer und der Unterernährung durch die Blockade ging die Förderung der an Heizkraft wertvolleren, an die Arbeitskraft aber größere Anforderungen stellenden Steinkohle zurück, während die Erzeugung an Braunkohle nicht unwesentlich gesteigert werden konnte. Durch Rationierung gelang es, allen Wünschen und Forderungen im Rahmen der Gesamtversorgung im allgemeinen nachzukommen, so daß die Lebensmöglichkeiten nicht zu hart durch die Kohlenknappheit getroffen wurden.

Nach Deutschlands Zusammenbruch hat sich die Lage aber wesentlich geändert. Durch die vielen sinnlosen, geradezu verbrecherischen Streits ist die Kohlenförderung in den wichtigsten Frühlings- und Sommermonaten auf ein Minimum zurückgegangen. Sie sind die wichtigsten, weil mit den in diesen Monaten geförderten Kohlen die Bevorratung an Hausbrandkohlen, an Kohlen für die Verkehrsmittel, für Gasanstalten und Elektrizitätswerke usw. erfolgte. Diese hat jetzt fast vollkommen unterbleiben müssen.

Selbst wenn die Kohlenförderung von nun an wesentlich gesteigert werden sollte, ist es ausgeschlossen, daß die zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse aller Volksschichten notwendigen Kohlen in alle Gebiete gebracht werden können, da die Verkehrsmittel — an sich schon wenig leistungsfähig — durch Lebensmitteltransporte in den kommenden Erntemonaten außerordentlich in Anspruch genommen werden. Es erscheint fraglich, ob infolge des Kohlenmangels diese Transporte überhaupt in dem nötigen Umfange werden erfolgen können.

Die Kohlenstreits des Frühjahrs und des Frühsommers haben also zur Folge, daß

- 1) der Hausbrand im kommenden Winter vollkommen ungenügend sein wird;
- 2) die Gasanstalten und Elektrizitätswerke teilweise, an manchen Orten vielleicht ganz zum Erliegen kommen werden;
- 3) die Verkehrsmittel für den Personenverkehr wesentlich, für Güterverkehr u. U. ganz eingestellt werden müssen, um die Lebensmitteltransporte ausführen zu können, und
- 4) es fraglich erscheint, ob selbst diese in dem nötigen Umfange werden ausgeführt werden können. Sollte dieser Fall eintreten, so wird
- 5) die Versorgung mit Lebensmitteln erschwert und damit werden Verpflegungsschwierigkeiten eintreten.
- 6) Infolge der Kohlenknappheit und der Verkehrsschwierigkeiten werden die Mengen, welche an die Industrie abgegeben werden können, nur Bruchteile der zur Beschäftigung der Millionen Arbeiter notwendigen Mengen darstellen und demzufolge ist eine allgemeine Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Diese Kohlen Schwierigkeiten werden sich durch die an die Entente zu liefernden Kohlen noch wesentlich erhöhen. Was dann überhaupt noch für Deutschland übrig bleibt, kann zurzeit noch gar nicht errechnet werden.

Wenn wir im Kriege schon schwere Winter durchgemacht haben — dieser Winter wird, wenn er nicht von besonderer Milde sein sollte, die Leiden der letzten Jahre außerordentlich überreffen. Die kommenden innerpolitischen Schwierigkeiten sind unübersehbar!

Nach Zeitungsnachrichten sollen in dieser Woche in Berlin Besprechungen stattfinden, in denen die Maßnahmen beraten werden sollen, durch welche eine Erhöhung der Kohlenförderung erzielt werden kann. Es ist wohl keine unberechtigte Kritik, wenn man diese Beratung im August für viel zu spät hält. Diese Besprechung ist anscheinend auch nicht durch die Sorge um die eigene Kohlenversorgung veranlaßt, sondern weil wir Kohlen an die Entente liefern müssen.

Ueber die kommenden Kohlen Schwierigkeiten konnten eigentlich die Regierung und die maßgebenden Kreise nicht im unklaren sein. Seit Monaten hören wir, daß aus Kohlenmangel der Verkehr eingeschränkt werden mußte, daß Industrie und Landwirtschaft zum Erliegen kamen. Keinerlei durchgreifende Maßnahmen wurden besprochen, geschweige denn getroffen, um diesen Umständen abzuwehren und

Post.

für die Nationalstaaten bei
täglich einmaliger Postausendung
Morgenbl. alle n.: monatl. K 6.—
vierteljährlich . . . 18.—

Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatl. K 8.—
vierteljährlich 24.—

Morgenblatt, Wiener Stimmen
und Neues Montagblatt
monatl. K 9.—
vierteljährlich 27.—

Bei täglich zweimaliger Post-
ausendung

Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatl. K 8,70
vierteljährlich 28.—

Morgenblatt, Wiener Stimmen
und Neues Montagblatt
monatl. K 9,70
vierteljährlich 29.—

Für Deutschland:
Morgenblatt allein;
vierteljährlich K 28.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
vierteljährlich K 29.—

XXVI. Jahrgang

Keine Kohle im kommenden Winter?

Ein verweigertes Kaufgeschäft.

Wien, am 15. Juli.

Ein schlimmerer Winter als wir je einen gehabt haben, droht uns. Schon wirft die Sorge darum ihre Schatten voraus. Deutschösterreich ist ein kohlenarmes Land. Unsere ganzen Kohlenvorkommen machen kaum ein Zweihundertstel aus von den Kohlenstätten, mit denen wir bis zum Zusammenbruche der Monarchie rechnen durften. Das Wenige, das uns noch verblieben ist, reicht kaum hin, um den zehnten Teil des deutschösterreichischen Kohlenbedarfes zu decken, die restlichen neun Zehntel müssen aus dem Auslande eingeführt werden, und zwar vornehmlich aus der Sudetenrepublik, aus Deutschland und aus Polen. Auf eine regelmäßige Kohlenzufuhr aus Polen ist nun leider nicht zu rechnen, denn die unsicheren Verhältnisse im Grubendistrikt von Dombrowa machen jede Berechnung auf lange Sicht unmöglich, und wenn an einem Tage wirklich einmal ein Kohlenzug mit vierzig oder fünfzig Waggons nach Wien abgeht, so ist doch zehn gegen eins zu wetten, daß schon am nächstfolgenden Tage die polnischen Kohlen wieder ausbleiben. Die mit Polen vereinbarte Kohlenmenge deckt denn auch nur einen kleinen Bruchteil unseres Bedarfes. Nicht viel besser ist es mit der Kohlenzufuhr aus Deutschland bestellt, das sich gelegentlich der letzten Vertragsverhandlungen verpflichtet hat, per Tag 7500 Tonnen zu liefern. Tatsächlich langten nur etwas mehr als 3000 Tonnen Kohle per Tag in Deutschösterreich ein und wenn sich der deutsche Reichskohlenkommissär auch in der vorigen Woche verbindlich gemacht hat, diese Menge auf 7000 Tonnen zu erhöhen, so ist doch keine Gewähr dafür gegeben, daß dieses Versprechen eingehalten werden kann. Denn es sieht schlimm aus in den Kohlenrevieren Deutschlands. Die Zeiten, wo in Deutschland die Zechen oft nicht wußten, was sie mit ihren Kohlenlagern anfangen sollen, sind vorüber und derzeit herrscht in manchen Teilen des Reiches, insbesondere im Südben, ein derartiger Mangel an Brennstoffen, daß nicht einmal der schon aus äußerster Einschränkung Bahnverkehr normal aufrecht erhalten werden kann. In Rheinland-Westfalen haben die immer wieder ausbrechenden Ausstände und die verminderte Arbeitslust einen geradezu katastrophalen Rückgang der För-

derungsziffern hervorgebracht. Das Schlimmste ist, daß die durch den Krieg und die Friedensbedingungen stark mitgenommenen deutschen Bahnen nicht einmal imstande sind, selbst eine wesentlich eingeschränkte Tageserzeugung ohne Hemmungen zu verfrachten. Auf eine Belieferung mit Ruhrkohle ist daher auf lange hinaus nicht zu rechnen und wenn der deutsche Reichskohlenkommissär eine Erhöhung der für Deutschösterreich bestimmten Quote zugesagt hat, so kann er hiebei nur das oberschlesische Kohlenrevier im Auge gehabt haben, aus dem der Wiener Kohlenbedarf schon vor dem Kriege zu einem guten Teile gespeist worden ist. Die Arbeitsverhältnisse sind aber auch hier nicht viel besser als im Ruhrrevier und der Streit zwischen den Deutschen und Polen um den Besitz des Handels trägt nicht dazu bei, die Kohlenproduktion zu heben. Kein Mensch weiß heute, ob sich dieser Streit nicht zu einem offenen Konflikt auswachsen wird und ob dann die Kohlenzufuhr aus Oberschlesien nicht ganz ins Stocken kommt. Man wird daher bei der Aufstellung des für den kommenden Winter geltenden Versorgungsplanes die oberschlesische Kohle nicht als einen zuverlässig sicheren Posten in Rechnung stellen. Auf eine normale oder auch nur halbwegs sichere Kohlenzufuhr kann heute weder bei Deutschland noch bei Polen gerechnet werden.

Wien ist jetzt in noch höherem Grade als sonst auf die Kohlenzufuhr aus Böhmen und Mähren angewiesen, aber wenn die Zahl der aus Mährisch-Ostau tagtäglich anrollenden Waggons nicht bald in ausgiebiger Weise erhöht wird, dann gehen wir heuer einem Winter entgegen, der mit seiner Kohlennot die Schrecken des vorigen Jahres weit hinter sich lassen wird. Schon jetzt erklärt man im Staatsamt für Handel, daß wir kaum genügend Kohle haben werden, um den Rückenbrand sicherzustellen und wie sehr man befürchten müsse, daß sich der Schleichhandel die Not des frierenden Volkes zunutze machen wird, um die Kohle kilowise zum Preise von 80 Hellern bis zu 1 Krone zu verkaufen. An eine Belieferung der Industrieunternehmungen wird dann überhaupt nicht mehr zu denken sein und die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke werden nur mehr mit höchstens einem Viertel ihrer Leistungsfähigkeit arbeiten können. Für zahlreiche Gewerbe- und Fabrikbetriebe bedeutet das natürlich die vollständige Arbeitslosigkeit und damit werden zu gleicher Zeit Hunderttausende von Arbeitern brotlos, in einer Zeit, wo kein Rad stillstehen, keine Leitstange unbewegt sein sollte.

Der Kohlenmangel im nächsten Winter, das Verfliegen der Produktion unter verlöschenden Feuern wäre das Ende unserer Kreditfähigkeit, der Todesstoß für unsere Volkswirtschaft. Dann gibt es für uns vielleicht wirklich keine Hoffnung mehr.

Unserer Not könnte sofort abgeholfen werden. Die sudetenländische Republik ist bereit, Kohlenlieferungen in großem Umfange sofort aufzunehmen, wenn ihr dagegen aus den großen Munitionswerkstätten Deutschösterreichs Munition abgegeben wird. In Wöllersdorf liegen allein für 120 Millionen Kronen Erzeugnisse, die man dort nach und nach in die Luft sprengt. Sie sind nicht einmal alleiniges Eigentum Deutschösterreichs, sondern gehören in die Liquidationsmasse, aber der tschechoslowakische Staat ist geneigt, sie gegen hohe Beträge in Verrechnung gegen Kohle zu nehmen. Es ist selbstverständlich, daß Munitionslieferungen an einen Nachbarstaat namentlich, wenn das Verhältnis zu diesem ungeklärt ist, eine heikle Angelegenheit darstellen. Man muß wissen, daß die Munition nicht gegen uns aber etwa an der deutschen Grenze losgeht; auf andere haben wir unseres Wissens nicht Rücksicht zu nehmen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Verweigerung der Abgabe von Erzeugnissen, die ins verhältnismäßige Eigentum aller Nachbarstaaten Österreichs gehören, die unheilsvollere Atmosphäre des Unfriedens und der gegenseitigen Feindseligkeit noch mehr verdichtet, zumal dann, wenn der Nachbar mit so tief einschneidenden Vergeltungsmassregeln, wie der Einstellung der Kohlenzufuhr, antworten kann. Daß diese gegenseitige Spannung auch auf das Los unserer deutschen Volksgenossen in den Sudetenländern drückt und eine Herstellung geordneter Beziehungen zu dem Nachbarstaat auch auf das Schicksal der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien bessernd einwirken könnte, ist ebenso unleugbar.

Es ergibt sich also die Frage, ob unsere Regierung keine Mittel hat, um bei einem solchen Kaufgeschäfte Sicherstellungen zu erhalten, die den Kauf möglichst machen. Wo so viel auf dem Spiele steht, müßte der Versuch wohl der Mühe wert sein. Die sudetenländische Republik wird jetzt von einer sozialistischen Regierung gelenkt; ein tschechischer Politiker, der einmal Klubgenosse unserer sozialdemokratischen Regierungsmänner war, ist Ministerpräsident dieses sozialistischen Kabinetts. Zum Glück, was ist denn die ganze vielgerühmte Internationale wert, wenn sie nicht einmal zwischen den Regierenden zweier Nachbarstaaten ein vernünftiges Übereinkommen vermitteln kann, das Hun-

Der Bucher mit Holz.

Wir stehen gegenwärtig mitten im Sommer bereits vor einer Kohlennot, die aller Voraussicht nach im kommenden Winter katastrophal werden dürfte. Durch den Zerfall des alten österreichischen Staates gerieten fast sämtliche hochwertigen Kohlengruben in das Ausland und nur aus ganz wenigen Braunkohlegruben mit Brennmaterial von minderwertiger Beschaffenheit können wir heute bei Ueberwindung von allerlei Schwierigkeiten Kohlen beziehen, mit denen kaum ein Fünftel des reduzierten jährlichen Bedarfes gedeckt werden kann. Bei einer derartigen Knappheit an Brennmaterial muß vor allem daran gedacht werden, uns mit Holz zu behelfen und die reichen Bestände in den deutschösterreichischen Wäldern für die Versorgung mit Brennmaterial heranzuziehen.

Wie nun die Erfahrung, die man bereits während des Krieges gesammelt hat, lehrt, ist leider auch das Holz von dem Bucher, der sich auf allen Gebieten so unheimlich breitgemacht hat, nicht verschont geblieben. Bereits im Jahre 1917 sind die Holzpreise auf Betreiben der Waldbesitzer und großen Holzhändler mehrmals erhöht worden, und die Holzbefitzer, die bereits im Frieden gute Geschäfte machten, haben durch den Kriegswucher Millionen verdient.

Was soll man aber dazu sagen, daß man sich schon wieder mit dem Plane trägt, das heuer das Holz im Preise auf 65 Heller bis 1 Krone für das Kilogramm erhöht werden soll, damit einige Waldbesitzer und gewissenlose Spekulanten neuerlich einen ungeheuren Gewinn erzielen können? Hier müßte vor allem von der Regierung Ordnung gemacht werden, indem man alles Holz in den Wäldungen als Staats Eigentum erklärt. Freilich, wenn man die Verhältnisse näher kennt, dann wird man sich darüber klar werden, daß die Aufgaben nicht leicht sind. Denn so bedauerlich es ist, kann die Feststellung nicht umgangen werden: Unsere staatliche Forstverwaltung schreitet selbst an der Spitze der Holzwucherer einher.

Gewiß, der Staat braucht Geld und hat die Aufgabe, seinen Besitz bestmöglichst zu verwerten. Aber höher noch steht die Verpflichtung, für die Bevölkerung zu sorgen und nicht aus fiskalischer Rücksicht Tausende zum Sklattenod zu verurteilen. Noch im vorigen Jahre wurde von der Forst- und Domänenverwaltung das Holz am Stamme um 20 bis höchstens 30 Kronen veräußert. Da man sich nicht traute, direkt mehr zu verlangen, schlug man den Weg der Offertverhandlung ein. So wurden die Holzpreise sprunghaft auf 40, 45 und 55 Kronen für den Raummeter am Stamme hinaufgetrieben. Dieser letzte Preis galt noch vor sechs Wochen. Und vor etwa acht Tagen wurden bereits einem berüchtigten Holzspekulanten, die Schläge zum Preis von 72½ Kronen für den Raummeter am Stamme zugeschlagen, trotzdem sich die angrenzende Gemeinde sowie eine gemeinnützige Gesellschaft um das Brennholz zu Preisen von 40 bis 60 Kronen bewarben.

Die Stadt Wien steht ohne Brennmaterial da und die Bewohner sämtlicher Orte der Umgebung zittern vor der nahenden Winterszeit. Es wäre nur natürlich, daß unsere Staatsverwaltung energisch für Brennmaterial sorgt und die Ablieferungspflicht für sämtliches schlagbare und geschlagene Holz nicht nur der eigenen Forste, sondern auch der fremden Besitzer, ausspräche. So wie das Getreide an eine Zentrale geliefert werden muß, so müßte es mit dem Holz geschehen, nur dürfte man dabei nicht den Interessenten hohe Preise zugestehen und die ärgsten Schieber als Vertrauensmänner und Leiter der Holzstellen nehmen, sondern einwandfreie Männer, die reine Hände haben und mit der nötigen Rücksichtslosigkeit vorgehen. Der freie Holzverkehr müßte untersagt werden und der Staat das Recht haben, Fuhrwerk für die Holzabfuhr ebenso requirieren zu dürfen, wie es früher die Militärverwaltung tun konnte.

Daß die heutigen Holzpreise und ganz besonders die Preise, wie sie neuerlich von den Spekulanten und Schiebern im Holzfach angestrebt werden, durch die tatsächlichen Gesehungskosten in keiner Weise gerechtfertigt sind, läßt sich leicht feststellen, wenn man die Ausbringung und die dadurch verursachten Kosten betrachtet. Das Schlagen des Holzes und das Schichten und Sortieren wird durch Arbeitspartien von je drei bis vier Mann besorgt, die nach dem geleisteten Raummeter bezahlt werden. Gegenwärtig schwanken die Löhne im Wienerwald zwischen 14 und 18 Kronen für den Raummeter. Da eine gut eingearbeitete Partie bis zu zehn Meter im Tag richten kann, verdient jeder Mann zwischen 40 und 60 Kronen täglich. Für das Ausstreifen aus dem Walde mittelst Pferdefuhrwerk berechnen unsere niederösterreichischen Fuhrwerker je nach der Lage des Schlages zwischen 15 bis 25 Kronen für den Raummeter. Wir nehmen nun an, daß das Holz ab Straße mittels Kraftwagen abgeführt werden kann und daß ein Lastzug bis zu 20 Meter zu fassen vermag. Wenn selbst das Benzin im Schleichhandel gekauft und mit einem Preis von 20 Kronen für ein Kilogramm bezahlt werden muß und der Motor des Lastkraftwagens für jeden Kilometer ein Kilogramm benötigt, eine Menge, die selbst von schlechten Motoren auf schlechten Straßen nicht überschritten wird, so kostet der Abtransport auf einer Weglänge von 10 Kilometer durchschnittlich 200 Kronen. Wir rechnen, daß ein solcher Lastzug täglich nur zwei Fahrten machen kann, und wollen die Regien (Reparaturkosten, Instandhaltungskosten, Fahrmann und Begleiter) auf weitere 200 Kronen schätzen, was wohl eher die tatsächlichen Verhältnisse überschreitet. Es kostet danach der Abtransport von einem Meter Holz höchstens 20 Kronen. Hierbei ist allerdings vorausgesetzt, daß das Benzin im Schleichhandel erworben werden muß. Wenn es vom Staate zugewiesen wird, ermäßigt sich dieser Preis auf 4-5 Kronen für das Kilogramm, wodurch auch die Transportkosten für den Raummeter Holz auf der genannten Strecke auf 1232 Kronen herabsinken. Für das Verladen des Holzes müssen wir für den Raummeter 5 Kronen berechnen. Als weitere Spefen an Trinkgeldern, Schmiergeldern und Waggeldern seien auf Grund tatsächlicher Erfahrungen noch 5 Kronen hinzugerechnet.

Ueberblicken wir nun die Erzeugungskosten, so erhalten wir bei Berücksichtigung der genannten Ansätze für den Raummeter folgende Posten: Fällen, sortieren und schichten 18 Kronen, Ausstreifen aus dem Walde 25 Kronen, Abtransport mit Pferdefuhrwerk oder Automobilen 20 Kronen, Verladen 5 Kronen, Schmiergelber und Waggelder 5 Kronen, Zusammen also den Betrag von 73 Kronen, das heißt, das Holz kostet loco Waggon gewogen und verkaufsbereit 73 Kronen. Es soll hierzu noch eine Risikoprämie von 7 Kronen angerechnet werden, das sind 9 Prozent der Erzeugungskosten, so daß wir mit einer runden Summe von 80 Kronen zu rechnen haben.

Bei Buchenholz zum Beispiel wiegt der Raummeter frisches Holz zwischen 540 und 600 Kilogramm. Das Holz wird zumeist in noch frischen oder noch wenig abgelagerten Zustand verkauft. Man muß daher für das zum Verschleiß gelangende Holz mit einem Durchschnittsgewicht von 500 Kilogramm für den Raummeter rechnen, das heißt, 100 Kilogramm kosten an Erzeugungsauslagen 16 Kronen oder ein Kilogramm 16 Heller. Wenn sich das Forstlärar anstatt selbst die Preise zu treiben, mit den Zuschlägen zu den vorjährigen Holzpreisen begnügt hätte, die durch die höheren Aufwendungen durch das Personal bedingt werden, so könnte es das Holz am Stamme um 40 Kronen für den Raummeter abgeben, es würden also 100 Kilogramm 8 Kronen oder das Kilogramm 8 Heller am Stamme kosten. Für das Schneiden und Hacken des Holzes wurden noch vor kurzer Zeit 8 Kronen für den Raummeter gezahlt, heute verlangen die Holzschneider 16 bis 18 Kronen oder im Durchschnitt für das Kilogramm 3-5 Heller. Wenn also das Holz von der Forstverwaltung und den Waldbesitzern statt zu Bucherpreisen mit dem normalen bürgerlichen Gewinn an gemeinnützige Unternehmen oder an die Gemeinden abgegeben würde, so müßte folgende Kalkulation für den Raummeter Platz greifen: Gesehungskosten 40 Kronen, Erzeugungskosten 80 Kronen, Kosten für Schneiden und Hacken 18 Kronen; zusammen also 138 Kronen.

Hierzu soll ein weiterer Zuschlag von 10 Prozent für Schwund und ein solcher von 10 Prozent für Gewinn und Reserve gemacht werden, so daß sich das Holz auf 165-60 Kronen für den Raummeter oder 33-2 Heller für das Kilogramm stellen würde, und zwar gehackt, geschnitten und ins Haus geliefert.

Dadurch, daß die Forst- und Domänenverwaltung das Holz, statt es um 40 Kronen der Gemeinde zu geben, um 70 bis 75 Kronen den Holzwucheren verkauft, verleierte sich das Holz bereits um sieben Heller für das Kilogramm, und dadurch, daß man den Schiebern, die vielfach die Schläge nur kaufen, um sie sofort mit hohem Gewinn weiter zu veräußern, freie Hand läßt, wird der Holzpreis künstlich auf jene unerschwingliche Höhe hinaufgetrieben.

Wenn der Holzwucherer das heute erstandene Holz um 60 Heller verkauft, verdient er bei einem Raummeter wenigstens 150 Kronen, das heißt, an einem Waggon, der 20 Raummeter enthält, 3000 Kronen. Da eine Arbeitspartie von drei Mann täglich 10 Meter Holz schneidet, wird bei der Leistung dieser drei Arbeiter ohne das geringste Risiko 1500 Kronen an Gewinn erzielt. Dazu kommt noch, daß das meiste Holz, das heute am Wiener Plage und in der Umgebung verkauft wird, schon vor längerer Zeit geschlagen wurde oder es kommt aus Oberösterreich und von noch weiter her, wo es viel billiger erstanden wurde und wo auch die Bringungskosten noch niedriger sind. Der Schreiber dieser Zeilen kennt einen Fall, wo ein Kaufmann in der Umgebung Wiens, gut ausgetrocknetes Holz um 30 Kronen den Raummeter loco Station kaufte. Das Holz wiegt im trocknen Zustand 350 bis 400 Kilogramm, daher kostet ihn ein Kilogramm rund zehn bis zwölf Heller. Rechnen wir für den Schneidelohn und das Verladen weitere acht Heller, so müßte er, einschließlich eines fünfundsiebenzigprozentigen bürgerlichen Gewinn vom Bruttoverkaufspreis, das Holz um zweiundzwanzig bis vierundzwanzig Heller abgeben. Der Mann verkaufte jedoch das Holz noch vor vier Wochen um zweiunddreißig Heller, und erhöhte den Preis schließlich auf 44 bis 46 Heller. Das Holz, das also der Raummeter um 112 Kronen abgegeben werden könnte, kostet in Wirklichkeit 220 Kronen, wird also mit einem Uebergewinn von 108 Kronen, das ist mit einem Gesamtgewinn von 125 Prozent verkauft.

Diese rechnungsmäßigen Tatsachen zeigen, welche Bucherprofite bei einem Artikel erzielt werden, der heute zu den wichtigsten Bedarfsgegenständen der Bevölkerung gehört. Die Regierung muß diesem Skandal ein Ende machen, und zwar dürfen bei der Preisfestsetzung nicht nur die Vertreter der Produzenten, die in der Landesholzstelle und in der Preisprüfungscommission sitzen, gehört werden, sondern es müssen auch die Verbraucher zu den Preisfeststellungen herangezogen werden.

Ing. P.

18. VIII. 1919

M4

Die Kohlenlieferungen der Tschechen.

Falsche Behauptungen der Tschechen widerlegt.

Von maßgebender Seite erhält die Korr. Wilhelm die erwartete Richtigstellung gegenüber der seltsamen Behauptung gestriger Abendblätter, in Kreisen der Entente-Mission werde erklärt, daß die Tschechen ihre Kohlenlieferungsverpflichtungen Deutschösterreich gegenüber erfüllt hätten, mithin könne die Ursache der auch die Lebensmittelzufuhr gefährdenden Einstellung des Schnellzugs- und Verringerung des Personen- und Frachtenverkehrs auf den internationalen Hauptlinien nur in unzulänglichen Maßnahmen der betreffenden Wiener Amtsstellen gelegen sein; wenn darin keine Abhilfe geschaffen werde, würden die Entente-Missionen dem Gedanken einer direkten Schnellzugsverbindung über München mit Umgehung Wiens näher treten müssen. Die Richtigstellung hält dieser der Entente-Mission zugesandten Erklärung folgende Darstellung entgegen: Die tschechische Regierung hat seit dem Monat Dezember 1918 in keinem einzigen Monat die gesamte der deutschösterreichischen Regierung für die Eisenbahnen zugesagte Kohlenmenge geliefert. Insbesondere ist die Lieferung der Ostrauer Steinkohle immer weit mehr hinter der für die Bahnen versprochenen Menge zurückgeblieben, als es bei der Lieferung der Braunkohle der Fall war. Im Juli hat bei den deutschösterreichischen Staatsbahnen der Einlauf tschechischer Braunkohle 96,8% der versprochenen Braunkohle, der Einlauf tschechischer Steinkohle nur 43,9% der versprochenen Steinkohle betragen. Vom 1. bis 10. August erhielten die Staatsbahnen 98% der versprochenen Braunkohle, aber nur 37% der ihnen zugesagten tschechischen Steinkohle. Seit dem 12. August haben aber die deutschösterreichischen überhaupt nicht einen einzigen Wagen tschechischer Steinkohle erhalten. Die Behauptung, daß die tschecho-slowakische Regierung ihre Kohlenlieferungsverpflichtungen erfüllt habe, ist insbesondere, was Steinkohle betrifft, um welche sich hier in erster Linie handelt, mit den Tatsachen nicht im Einklang.

Bei den Streckenverhältnissen der deutschösterreichischen Eisenbahnen ist es schlechterdings unmöglich, Schnell- und Personenzüge ohne Steinkohle zu führen. Ein Teil unserer Hauptstrecken erfordert für Schnellzüge unbedingt reine Steinkohlenfeuerung, ein anderer Teil mindestens ein Kohlegemisch mit weit überwiegender Steinkohle. Aber auch die Personenzüge erfordern einen bedeutenden Zusatz von Steinkohle. Im übrigen ist bei der jetzigen trockenen heißen Witterung die Verwendung von Braunkohle für den Verkehr schnellfahrender Züge eine große Gefahr für die angrenzenden Felder, tatsächlich sind zahlreiche Felder vom Funkenflug der Braunkohle entzündet worden.

Während sich nun die deutschösterreichischen Staatsbahnen vor kurzem notdürftig mit den geringen Einläufen ober-schlesischer Kohle über den Ausfall an Ostrauer Steinkohle hinweghelfen konnten, sind nun infolge der Wirren in Oberschlesien auch diese Zuschübe ausgeblieben. Am 15. August war daher die Lage schon so verzweifelt, daß man zur Einstellung des Schnellzugsverkehrs zu schreiten gezwungen war. Hätte man diese Maßregel nicht anbefohlen, so hätte sich die Unmöglichkeit der weiteren Führung der Schnellzüge automatisch ergeben.

Erst in dem Augenblicke, in dem die deutschösterreichischen Staatsbahnen die gänzliche Einstellung des Schnellzugsverkehrs — auch der Ententeschnellzüge — anordneten, hat eine fremde Mission bei der

Ministerialrat Kloss in Prag.

Von anderer Seite erfahren wir: Ministerialrat Rudolf Kloss, der Leiter des Kohlendepartements im Staatsamt für Handel und Gewerbe, ist infolge der bedeutenden Verschlechterung des Standes unserer Kohlenversorgung Sonntag nach Prag abgereist, um dort durch Konferenzen mit der tschechischen Regierung zu erreichen, daß der kurz nach dem 12. Juli ausgearbeitete neue Kohlenlieferungsvertrag zwischen der Tschecho-Slowakei und Wien ehestens unterzeichnet werde. Dieser neue Vertrag regelt die Kohlenversorgung Wiens sowie jene der deutschösterreichischen Bahnen in einem für uns günstigen Sinne. Allerdings ist uns nur dann mit dem Vertrag genützt, wenn die zugesicherte Kohlenmenge auch annähernd geliefert wird.

Einschränkung des Personenzugverkehrs.

Die bisherige Einschränkung des Bahnverkehrs scheint nicht auszureichen, um den notdürftigsten Quasiverkehr aufrechterhalten zu können. Es werden, wie wir erfahren, in den nächsten Tagen weitgehende Einschränkungen des Personenzugverkehrs sowohl auf der Südbahn als auch auf den Staatsbahnen vorgenommen werden. Dies natürlich für den Fall, daß nicht in letzter Stunde unerwartete Kohlenaushilfe von auswärts kommt.

Ein amtliches Communiqué.

Die Staatskorrespondenz meldet: Mit Rücksicht auf die durch die Einstellung des Schnellzugverkehrs auf den deutschösterreichischen Staatsbahnen hervorgerufene erhöhte Inanspruchnahme der Personenzüge, deren Vermehrung derzeit wegen der Kohlennot nicht erfolgen kann, wird die Bevölkerung eindringlich aufgefordert, in der nächsten Zeit Bergungsfahrten und andere nicht unumgänglich notwendige Reisen unbedingt zu unterlassen.

Die deutschösterreichische Staatsbahnverwaltung ist mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln nicht in der Lage, dem derzeitigen Verkehrsbedürfnisse Rechnung zu tragen.

Da sie sich durch die immer ungünstiger werdende Kohlenlage gezwungen sieht, eine weitere Einschränkung im Personenzugverkehr ins Auge zu fassen, muß sie die verständnisvolle Einsicht der Bevölkerung anrufen und auf die aus der Ueberfüllung der Züge sich für die Sicherheit und Gesundheit der Reisenden ergebenden schwerwiegenden Folgen besonders aufmerksam machen.

Die angeblich verschwundenen Kohlenwaggons.

In der vergangenen Woche verlautete, daß 18 für die Wiener Eiswerke bestimmte Wagen Kohle auf den Nordbahnliesen außerordentlich verzögert oder sogar auf unerklärliche Weise verschwunden wären.

Die Erhebungen haben wie die Staatskorrespondenz meldet, ergeben, daß nicht ein einziger Wagen verschwunden ist, sondern daß nur ein geringer Teil — vier von vierundzwanzig Wagen — verspätet an die Eiswerke gelangte.

Die Verzögerung ist darauf zurückzuführen, daß die Wagen irrtümlich dem Heizhaus in Wien Nordbahnhof zur Entladung zugeordnet wurden.

Eine Prager Stimme gegen die Schnellzugseinstellung.

Aus Prag, 19. d., wird telegraphiert: „Narodni Listy“ wenden sich heute gegen die Einstellung der Schnellzugverbindungen, namentlich mit Deutschösterreich, und sagen, daß dadurch die Weltentzweiung geschnitten werde. Insbesondere die Verbindung mit Paris sei für die Tschecho-Slowakei derart notwendig, daß es angezeigt sei, Deutschösterreich durch Anwendung wirtschaftlicher Repressalien zur Wiederaufnahme des Verkehrs zu zwingen.

Erweiterung von Zillingdorf.

Zum Zwecke der Ausbeutung des der Braunkohlenbergbau-Gewerkschaft Zillingdorf gehörenden Freischurfgebietes einerseits, andererseits durch die zu gewärtigenden Sozialisierungsvorschriften über die Kohलगewinnung veranlaßt, beabsichtigt die Gewerkschaft, neue Grubenmasse anzusprechen, und ist daher genötigt, Bohrungen vorzunehmen, auf Grund deren Ergebnisse die Grubenmasse seitens der Bergbehörde verliehen werden. Die Direktion will nun, wie Stadtrat Schmid in der letzten Stadtratsitzung berichtete, um ein allgemeines Bild über die Lagerung der Kohlenflöze und ihrer Freischurfgebiete zu erhalten und diese beabsichtigten Bohrungen richtig aufzusehen und dadurch überflüssige Bohrungen vermeiden zu können, ein neues Verfahren in Anwendung bringen, das sowohl in Ungarn als in Deutschland in den letzten Jahren des öfteren und mit sehr gutem Erfolge angewendet wurde. Dieses Verfahren besteht darin, mittelst eines Apparates, Schwerkraft genannt, Richtung und Lage von Schichten des Bodens zu ermitteln, deren Dichte von den übrigen Bodenarten erheblich abweicht, wie das ja bei der Braunkohle der Fall ist. Die Direktion hat sich mit dem Vorstand der Lehrkanzel für höhere Geodäsie an der Technischen Hochschule in Wien, Hofrat Dr. Richard Schumann, dem derzeit ein solcher Apparat zur Verfügung gestellt ist, ins Einvernehmen geehrt, damit diese Arbeiten auf dem Freischurfgebiet der Gewerkschaft in Zillingdorf durchgeführt und das Ergebnis, abgesehen von dessen wissenschaftlicher Wertung, in der Form eines Lagerplanes des Kohlenflözes der Direktion zur freien Verfügung überlassen wird. Hofrat Schumann hat sich hierzu bereit erklärt, doch

Die Ze

Weitere Verschlechterung der Kohlenlage.

Infolge des Generalstreiks in Oberschlesien.

Die Kohlenkrise, die Ende der Vorwoche bereits einen bedrohlichen Grad erreicht hatte, hat sich in den beiden letzten Tagen neuerdings verschärft. Es ist dies vor allem eine unmittelbare Folge des Generalstreiks der Grubenarbeiter in Oberschlesien. Vorgestern und gestern ruhte in sämtlichen Schächten des ober-schlesischen Reviers (von zwei Gruben abgesehen) die Arbeit. Wie von privater Seite mitgeteilt wird, dürfte der Streik auf politische Ursachen zurückzuführen sein. Angeblich droht eine Okkupation Oberschlesiens durch die Polen.

Die deutschösterreichische Regierung stellte in Berlin das Ansuchen, den Entfall der ober-schlesischen Kohle durch entsprechende Zuschüsse aus dem Ruhrrevier wettzumachen. Der Reichskohlenkommissär erklärte sich jedoch außerstande, diesem Ansuchen zu entsprechen.

Erscheinung macht. Nach dem gegenwärtigen Stande der Kohlenzufuhr und des von Tag zu Tag schwindenden Vorrates wäre es eigentlich notwendig, die gesamte Industrie am Montag und Samstag vollständig stillzulegen, an den übrigen Tagen lediglich sechs Stunden arbeiten zu lassen, das fernere der Straßenbahnverkehr, der nur an zwei Morgenstunden gestattet werden sollte, den ganzen Tag über zum Stillstand gelangen müßte. Das wären nun so ungeheuerlich einschneidende Maßnahmen, daß es sehr zu überlegen sei, ob man sie jetzt schon treffen dürfte, oder ob es sich nicht trotz aller Not empfehlen würde, unter Aufzehung des eisernen Vorrates doch den Betrieb aufrecht zu erhalten um nicht vorzeitig eine Katastrophe heraufzubeschwören.

Breitner führte aus, daß von der Gemeinde in den letzten Wochen eine rastlose Tätigkeit entfaltet und nicht das geringste versäumt worden sei. Es sei Bürgermeister Emmerling wiederholt in Prag gewesen und er ist im Begriff, in den nächsten Tagen neuerlich eine Reise in die Tschecho-Slowakei anzutreten. Ebenso wurden Abordnungen nach Deutschland entsendet und es sei eine neuerliche Reise, an der gewählte Vertreter teilnehmen sollen, in Vorbereitung. Mit den ausländischen Missionen, insbesondere den Amerikanern und Franzosen, wurden Verbindungen angeknüpft und diese Stellen in rücksichtsloser Weise über die furchtbare Gefahr, von der Wien bedroht ist und die fast unabwendbar erscheint, in Kenntnis gesetzt. Es sind der Gemeinde Offerte für amerikanische Kohle vorgelegt worden, bei denen sich ein Waggon loco Wien auf 16.000 Kronen stellt, während für tschecho-slowakische Kohle, die einen Preis von 240 Kronen für den Waggon hatte, 2500 Kronen bezahlt werden. Trotz dieses ungeheuerlichen Unterschiedes, der bewirken müßte, daß eine Verschärfung der Tarife zur Verhütung des Gleichgewichtes notwendig wäre, woran natürlich nicht zu denken sei, habe die Gemeinde erklärt, daß sie die schwersten finanziellen Opfer nicht scheuen werde, um nur in den Besitz von Kohle zu gelangen und den Stillstand der Gas- und Elektrizitätswerke zu vermeiden. Auch an die Gefahr einer weiteren schweren Verschärfung der Gemeinde muß Kohle beschafft werden. Der Preis ist nicht entscheidend. Komme es zur Stockung, so könnte von der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung nicht mehr die Rede sein; aber schon jetzt eine Art probeweisener Zusammenbruch herbeizuführen sei ein furchtbar gewagtes Experiment.

Doch hält gleichfalls eine sofortige Drohung für zu gefährlich, wohl aber wäre es angezeigt, wenn auch aus den Arbeiterorganisationen heraus der Ruf nach Kohle erschallen würde.

Körber glaubt, daß man die größten Schwierigkeiten mit der Zufuhr des Holzes haben werde. Auch die Preisstellung sei horrend. Man zähle jetzt schon jeden Preis für Holz. In dieser Beziehung möge an die Regierung herantreten werden, damit diesem Preiswucher gesteuert werde.

Jzsek regt die Einsetzung eines Ausschusses an, der sich mit der Kohlenfrage eingehend zu beschäftigen haben werde, denn geschehen müßte etwas; wenn Schneefälle eintreten, werde man nicht einmal die Lebensmittelzüge beschränken können, viel weniger die Kohlenzüge. Es werde dann zu einer furchtbaren Katastrophe kommen. Man müsse sich schon jetzt Klar werden, welche Maßnahmen zu ergreifen seien.

Dr. Aienböck sagt, daß das, was man an Kohlen brauche, an Deutschland und der Weltproduktion gemessen, doch eigentlich nicht entscheidend, ja geradezu minimal sei. Vielleicht bestünde doch noch die Möglichkeit, dieses Quantum zu beschaffen. Das gelte aber nicht durch ein dickeres Communiqué allein, sondern vielleicht wäre es angezeigt, daß sich der Bürgermeister in dieser Angelegenheit auch an die Industrie und die Arbeiterschaft wende. Dieses Vorgehen würde schon auf die Öffentlichkeit einen Eindruck machen, es würde alarmierend wirken und das tue not, denn die Bevölkerung täusche sich noch immer über den Ernst der Lage.

David sagt, man müsse, wenn kein anderer Ausweg bestehe, amerikanische Kohle um jeden Preis beschaffen.

Emmerling betont, daß die Versuche, Kohle aus Deutschland zu erhalten, nicht aus jüngster Zeit stammen. Die Kohlenlieferungen aus Deutschland seien schon vor langer Zeit vertragsmäßig festgelegt worden. Deutschösterreich solle aus Deutschland 7000 Tonnen Schwarzkohle erhalten, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Tschecho-Slowakei 22.000 Tonnen Braunkohle nach Deutschland liefere. Das letztere gelte nicht und so erhalten wir auch nicht die versprochene Menge Steinkohle aus Deutschland.

Renmann verweist darauf, daß unausgesetzt alle Anstrengungen gemacht werden, um Kohlen herbeizuschaffen. Was Deutschland anlangt, so habe man aus den jüngsten Kohlenbeständen erfahren können, daß es selbst an Kohlen Mangel leide. Dessenungeachtet sei man auch wiederholt und in eindringlichster Weise an die deutsche Regierung herantreten. Zuletzt habe er am 30. Juli an den deutschen Reichspräsidenten ein Schreiben absenden lassen, in welchem eine eingehende Darstellung unserer trübsamen Kohlenverhältnisse gegeben worden sei. Es sei darin um die dringliche Einhaltung der vertragsmäßigen Lieferungen gebeten worden. Darauf habe das Reichspräsidenten geantwortet, daß alles getan werde, um die Stadt Wien nach besten Kräften mit Kohlen zu versorgen. Ob wir von Deutschland ehestens nennenswerte Mengen Kohlen erhalten werden, sei noch fraglich, denn die Kohlenlieferungen seien vom Friedensvertrag abhängig. Deutschösterreich leide auch unter dem deutschen Friedensvertrag. Wenn man Deutschland die Lokomotiven, Güterwagen und das Saargebiet weggenommen habe, überbleibe ihm ungeheure Lieferungsverpflichtungen für Kohle aus anderen Revieren auferlegt, so sei es nur zu begrüßen, daß diese Maßnahmen auch auf uns eine Rückwirkung haben. Deutschland ist eben infolge dessen nicht imstande, jenes Quantum Kohle uns zu liefern, das ursprünglich ins Auge gefaßt worden sei. Auch die fortwährenden Streiks im oberösterreichischen Kohlengebiet üben einen sehr störenden Einfluß. Er habe deshalb die Direktoren der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke ersucht, alles daranzusetzen, daß die Gemeinde englische und amerikanische Kohle bekomme. Es hätten darüber auch schon Verhandlungen stattgefunden und die Preise, welche verlangt worden seien, sind ungeheuer. Dessenungeachtet sei erklärt worden, daß, wenn auch das Mehrerfordernis viele Millionen betrage, wir zu jedem Opfer bereit seien, Kohle zu bekommen, um einer Katastrophe zu begegnen. Ebenso sei die Gemeinde unausgesetzt an der Arbeit, die Zufuhr von großen Holzvorräten zu ermöglichen. Zu diesem Behufe hätten dieser Tage schon Verhandlungen mit dem Landeshofamt stattgefunden und es werde morgen voraussichtlich eine Vereinbarung veröffentlicht werden, nach welcher alles Holz, welches in Niederösterreich schlagbar ist, vom Staate angefordert werde und gleichzeitig auch die Preise festgesetzt werden. Gegenwärtig sei Hofrat Rios in Prag, um neuerliche Verhandlungen mit der Tschecho-Slowakei zu führen.

Einberufung einer außerordentlichen Gemeinderatssitzung.

Der Bürgermeister schloß mit der Erklärung, er werde noch im Laufe der nächsten Woche eine außerordentliche Gemeinderatssitzung einberufen, der ein eingehender Bericht über die rastlosen Bemühungen der Gemeinde zur Beschaffung von Holz und Kohle erstattet werden wird. Aus dem Bericht werde hervorgehen, daß die Gemeinde sich sicherlich keine Versäumnisse oder Unterlassungen habe zu Schulden kommen lassen. Gleichzeitig werde aber auch die Welt erkennen, in welcher grauenvoller Lage die Stadt Wien sich befinde. Wenn die letzten paar Wochen ungenützt verstreichen, dann sei es wirklich zu spät, dann werde über diese vielgeprüfte Stadt eine so entsetzliche Katastrophe hereinbrechen, daß alle Worte zu schwach wären, eine Schilderung zu geben. Wien steht vor einer Schicksalsstunde. Die Bevölkerung müsse auf das Ärgste gefaßt sein, wenn die Entente, wenn Deutschland und die Sukzessionsstaaten nicht sofort und mit größter Energie helfend eingreifen.

Arbeiter

Die Kohlenkatastrophe.

Drohende Gefahr von weitgehenden Betriebs-einstellungen.

Die furchtbare Gefahr, die durch die anhaltende Kohlennot der Stadt Wien seit Wochen droht, ist wieder einmal in beängstigender Nähe gerückt. Mit der größten Anstrengung haben wir in den letzten Monaten den allerdringlichsten Bedarf an Kohlen decken können und bei Anwendung aller erdenklichen Mühen haben wir die Klippen mehrmals umschifft, die unser gesamtes Wirtschaftsleben immer wieder aufs neue bedrohten. Seit dem Zusammenbruch der alten Monarchie und der Aufrichtung der Nationalstaaten sind die Kohlenzufuhren, die wir aus diesen erhielten, so gering geworden, daß der Bedarf auch nicht annähernd gedeckt werden konnte. Die Abschlüsse und Vereinbarungen, die wegen einer besseren Belieferung mehrmals gemacht wurden, sind zumeist gar nicht oder nur zum Teil eingehalten worden, so daß bei dem Umstand, daß die Einkäufe für die Bedarfsdeckung nie hinreichten, die kleinen Vorräte, die die Gemeinde und die Bahnen angesammelt hatten, allmählich aufgebraucht wurden. Bereits vor wenigen Wochen mußten die Bahnen teilweise mit ihren knappen Beständen ausshelfen, um zu verhindern, daß die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke ihren Betrieb einstellen müssen. In den letzten Tagen hat nun die Ausdehnung des Streiks bei den oberösterreichischen Kohlengruben bewirkt, daß die Kohlenzufuhren von dort vollständig unterbrochen wurden, und so steht nun Wien neuerlich vor der furchtbaren Gefahr, die gestern im Stadtrat so anschaulich geschildert worden ist.

Gelingt es nicht, die notwendigen Kohlenmengen noch in letzter Stunde zu beschaffen, dann droht unserer vielgeprüften Stadt und ihrer so schwer heimgefügten Bevölkerung ein so folgenschweres Unheil, wie wir es kaum noch in dieser Schreckenszeit des Krieges erlebt haben. Schon die Lahmlegung der Straßenbahn als des einzigen für die Bevölkerung in Betracht kommenden Verkehrsmittels müßte zu ganz ungeheuerlichen Stockungen im Wirtschaftsleben führen, und die Stilllegung der Industriebetriebe, die bei einem Ausbleiben der Kohlenzufuhren unvermeidlich würde, müßte vollends den völligen Zusammenbruch der letzten kümmerlichen Reste unserer niedergekommenen Volkswirtschaft bewirken. Die Nahrungsvorsorgen, die uns bedrücken, würden durch neue schwere Sorgen, die uns das Anschwellen der Arbeitslosigkeit auferlegte, in einem unerträglichen Maße gesteigert werden. Man muß in dieser kritischen Situation, die uns wieder einmal die ganze Trübsaligkeit unserer Versorgung erkennen läßt und die uns mahnt, alle Kräfte anzuspannen, alle Hoffnung an die Schritte knüpfen, die die Gemeinde bei den Regierungen der Nationalstaaten wegen der dringlichen Zufuhr von Kohlen unternommen hat. Davon wird es abhängen, ob auch diesmal die drohende Katastrophe von uns abgewendet werden kann.

Die Kohlenfrage im Stadtrat.

In der gestrigen Stadtratssitzung gelangte die katastrophale Gestaltung der Kohlennot zur eingehenden Besprechung.

Vizebürgermeister Emmerling legte dar, daß sich die Lage von Tag zu Tag trübsamer gestalte und immer dringender Abhilfe fordere. Wegen der Holzversorgung länden gegenwärtig ernste Verhandlungen mit der Regierung statt, bei denen das Bild sich so gestalte, daß man, wenn alle Voraussetzungen für die Aufbringung nicht durch Widrigkeiten gestört werden, mit einer halbwegs anständigen Versorgung des Küchenbrandes rechnen könnte, doch müßte auch in dieser Beziehung vor irgend welchen übertriebenen Hoffnungen gewarnt werden, da die bekannte Misere mit dem Fuhrwerk und den Bahnverbindungen Störungen eigentlich zu einer normalen

eröffnung wäre also ein Hindernis nicht vorhanden. Die Wünsche der Naturblumenhändler und -händler scheinen bei keiner Seite auf Widerstand gestoßen zu sein. Gegen den Wunsch dieses Gewerbes, daß im Winter eine Verlängerung der sonst üblichen Geschäftsstunden um eine Stunde eintreten soll, wurde kein Widerspruch erhoben. Referent nehme also an, daß dies als Ergebnis der heutigen Besprechung vertreten werden kann. Bedauerlich sei, daß es nicht gelungen ist, eine vollständige Uebereinstimmung hinsichtlich des Schlusses der Lebensmittelgeschäfte herzustellen. Es wird also nichts übrig bleiben, als die Sonderwünsche im Berichte zur Kenntnis zu bringen. (Die Fortsetzung des Berichtes folgt in der nächsten Nummer.)

Allgemeine Nachrichten.

Die Kohlenversorgung Wiens.

In der Stadtratsitzung vom 20. August brachte VB. Emmerling den Kohlenbericht zur Verlesung. Im Anschlusse darauf verwies er, daß sich die Lage von Tag zu Tag trostloser gestalte und immer dringender Abhilfe fordere. Bezüglich der Holzversorgung fänden gegenwärtig ernste Verhandlungen mit der Regierung statt, bei denen das Bild sich so gestalte, daß, wenn alle Voraussetzungen der Bringung nicht durch Widrigkeiten gestört werden, man mit einer halbwegs zulänglichen Versorgung bezüglich des Küchenbrandes rechnen könnte, doch müßte auch in dieser Beziehung von irgendwelchen übertriebenen Hoffnungen gewarnt werden, da die bekannte Misere mit dem Fuhrwerk und Bahnverbindungen Störungen eigentlich zu einer normalen Erscheinung macht.

An diesen Bericht knüpfte sich eine längere Debatte, an welcher seitens der Stadträte Iser und Dr. Kienböck das Verlangen gestellt wurde, es mögen schon jetzt zum Teile Reduktionen, zum Teile Vorbereitungen für die im Winter nach der ganzen Sachlage unausbleiblich zu gewärtigenden Einschränkungen getroffen werden. Von Seite des StR. Iser wurde die Einsetzung eines Ausschusses beantragt, der schon jetzt ein vollständiges Programm ausarbeiten möge für alle Vorkehrungen, die im Winter notwendig erscheinen werden. VB. Emmerling verwies darauf, daß schon vor Wochen festgestellt worden sei, daß eigentlich nach dem gegenwärtigen Stande der Kohlenzufuhr und des von Tag zu Tag schwindenden Vorrates es notwendig wäre, die gesamte Industrie am Montag und Samstag vollständig still zu legen, an den übrigen Tagen lediglich sechs Stunden arbeiten zu lassen, daß fernerhin der Straßenbahnverkehr, der nur an zwei Morgenstunden gestattet werden sollte, den ganzen Tag über zum Stillstande gelangen müßte. Das wären nun so ungeheuerlich einschneidende Maßnahmen, daß es sehr zu überlegen sei, ob man sie jetzt schon treffen dürfte, oder ob es sich nicht trotz aller Not empfehlen würde, unter Aufzehrung des eisernen Vorrates doch den Betrieb aufrecht zu erhalten, um nicht vorzeitig eine Katastrophe herauf zu beschwören.

StR. Breiter führte aus, daß seitens der Gemeinde in den letzten Wochen eine rastlose Tätigkeit entfaltet und nicht

das Geringste versäumt worden sei. Es sei VB. Emmerling wiederholt in Prag gewesen und im Begriffe, in den nächsten Tagen neuerlich eine Reise in die Tschechoslowakei anzutreten. Ebenso wurden Abordnungen nach Deutschland entsendet und es sei eine Reise, an der gewählte Vertreter teilnehmen sollen, in Vorbereitung. Mit den ausländischen Missionen, insbesondere den Amerikanern und Franzosen, wurden Verbindungen angeknüpft und diese Stellen in rücksichtslosester Weise über die furchtbare Gefahr, von der Wien bedroht ist und die fast unabwendbar erscheint, in Kenntnis gesetzt. Es sind der Gemeinde Offerte für amerikanische Kohle vorgelegt worden, bei denen sich ein Waggon lofo Wien auf 16 000 K stellt, gegenüber 2500 K für tschechoslowakische Kohle und einen Friedenspreis von 240 K per Waggon. Trotz dieses ungeheuerlichen Unterschiedes, der bewirken müßte, daß eine Versachsfachung der Tarife zur Herstellung des Gleichgewichtes notwendig wäre, woran natürlich nicht zu denken sei, habe die Gemeinde erklärt, daß sie die schwersten finanziellen Opfer nicht scheuen werde, um nur in den Besitz von Kohle zu gelangen und den Stillstand der Gas- und Elektrizitätswerke zu vermeiden.

Auch auf die Gefahr einer weiteren schweren Verschuldung der Gemeinde muß Kohle beschafft werden. Der Preis ist nicht entscheidend. Komme es zur Stockung, so könnte von der Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung nicht mehr die Rede sein; aber schon jetzt eine Art probeweisener Zusammenbruch herbeizuführen, sei ein furchtbar gewagtes Experiment.

VB. Hoß hält jedenfalls eine sofortige Drohung für zu gefährlich, wohl aber wäre es angezeigt, wenn auch aus den Arbeiterorganisationen heraus der Ruf nach Kohle erschallen würde.

StR. Kruber glaubt, daß man die größten Schwierigkeiten mit der Zufuhr des Holzes haben werde. Auch die Preisstellung sei horrend. Man zahle jetzt schon jeden Preis für Holz. In dieser Beziehung möge an die Regierung herantreten werden, damit diesem Preiswucher Abhilfe geschehe.

StR. Iser regt die Einsetzung eines Ausschusses an, der sich mit der Kohlenfrage eingehend zu beschäftigen haben werde, denn geschehen müsse etwas; wenn Schneefälle eintreten, so werde man nicht einmal die Lebensmittelzüge befördern können, viel weniger die Kohlenzüge. Es werde dann zu einer furchtbaren Katastrophe kommen. Man müsse sich schon jetzt klar machen, welche Maßnahmen zu ergreifen seien und durch dieselben die Ruhe gegebenenfalls gestört werden würde, so wäre dies jetzt viel leichter zu ertragen als im Winter.

StR. Dr. Kienböck sagt, daß das, was wir an Kohle brauchen, an Deutschland und der Weltproduktion gemessen, doch eigentlich nicht entscheidend, ja geradezu minimal sei. Vielleicht bestehe doch noch die Möglichkeit, dieses Quantum zu beschaffen. Das geschehe aber nicht durch ein düsteres Communiqué allein, sondern, vielleicht wäre es angezeigt, daß sich der Bürgermeister in dieser Angelegenheit auch an die Industrie und die Arbeiterschaft wende. Dieses Vorgehen würde schon auf die Öffentlichkeit einen Eindruck machen, es würde alarmierend wirken und das tue not, denn die Bevölkerung täusche sich noch immer über den Ernst der Lage.

StR. David sagt, man müsse, wenn kein anderer Ausweg bleibe, auch amerikanische Kohle um jeden Preis beschaffen.

hygienischen und Isolationszwecken ausgenützt, sondern auch im Wege der Verkohlung, Verkolung und Brickettierung als Heizmaterial für Kessel verwendet werden.

Da die Gemeinde Wien in Schrems und Admont eigene Torfbetriebe besitzt, stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Stadtrat wolle beschließen, daß in dem städtischen Torfbetrieben zu Schrems und Admont Versuche gemacht werden, um die Eignung des dort lagernden Torfs zur Verkohlung, Verkolung und Brickettierung festzustellen. Im Falle des Gelingens dieser Versuche wären geeignete Vorschläge behufs Erweiterung unserer Torfbetriebe zu erstatten. (B. gesch. Behdlg.)

Schluß der Sitzung.

Bezirksvertretungen

Sitzungen:

3. Bezirk:	4. September	1/2 5 Uhr	nachmittags.
7. "	5. "	5 "	"
8. "	8. "	4 "	"
12. "	5. "	5 "	"

Allgemeine Nachrichten

Die Kohlenversorgung Wiens.

In der Stadtratsitzung vom 27. August 1919, zu welcher Staatssekretär Eldersch, Landeshauptmann Sever, Ministerialrat Dr. Klotz, Regierungsrat Dr. Baumgarten, weiters Oberinspektor Lenhart und die Inspektoren Goldmann und Pollak sowie Magistratsdirektor Dr. Hartl, Obermagistratsrat Dr. Müller, Magistratsrat Dr. Fastenbauer, Magistratssekretär Dr. Lorenz, Direktor Karel und Zentralinspektor Güntner erschienen waren, wurde die Kohlenfrage nochmals einer eingehenden Erörterung unterzogen.

Bgm. Reumann begrüßte die erschienen Herren und führte dann aus: Die Angelegenheit, welche uns heute beschäftigt, ist von ganz hervorragender Bedeutung für die gesamte Bevölkerung der Stadt Wien. Die Gemeindevertretung hat die schwersten Sorgen für den bevorstehenden Winter bezüglich der Kohlenversorgung, wie überhaupt der Versorgung mit Brennstoffen. Dieser furchtbaren Beunruhigung hat der Stadtrat in seiner letzten Sitzung Ausdruck gegeben. Es wurde dabei der leise Zweifel darüber ausgesprochen, ob nicht noch gewisse Maßnahmen bisher unterlassen wurden, die im Interesse der Vermeidung einer Katastrophe wünschenswert erscheinen könnten. Der Bürgermeister gibt nun einen ganz eingehenden Bericht über jeden einzelnen Schritt, der seit dem 4. Mai unternommen wurde und stellt fest, daß kein wie immer geartetes Verschmähen Platz ergriffen hat. Es wurden in der letzten Sitzung des Stadtrates, fährt Bgm. Reumann fort, die eventuellen Folgen einer Kohlenkatastrophe in eingehender Weise erörtert, es wurde

schließlich dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß sowohl der Stadtrat als auch der Gemeinderat noch einen eingehenden Bericht in dieser Frage erhalten.

Bgm. Emmerling hat bereits damals die Gefahren geschildert, in denen die Stadt durch den Kohlen- wie überhaupt Brennstoffmangel kommen müßte. Er hat in erster Linie darauf aufmerksam gemacht, daß die industriellen Unternehmungen nicht mit Kohle versorgt werden können, was eine weitere Arbeitslosigkeit zur Folge hätte. Gegenwärtig seien 120.000 Arbeitslose zu verzeichnen, dann würde die Zahl der Arbeitslosen in das Ungemessene vermehrt werden. Er hat weiter ausgeführt, daß auch die Aufrechterhaltung des Straßenbahnverkehrs sehr ernstlich in Frage gestellt erscheint. Die Bemühungen, die sich die Gemeindevertretung gegeben hat, finden jedoch ihre naturgemäße Begrenzung dadurch, daß der Gemeinde ja eigentlich keinerlei Machtmittel zu Gebote stehen. Die Gemeinde kann nicht diplomatische Beziehungen anknüpfen, um auf diese Weise Kohle zu beschaffen, die Gemeinde kann nicht entsprechende Transportmittel zur Verfügung stellen, damit die Kohle von dort, wo sie vorhanden ist, nach Wien gebracht werden, kurzum, der Einfluß der Gemeinde beschränkt sich eigentlich darauf, immer wieder antreibend zu wirken. Im eigenen Wirkungskreis wurde und wird auch unausgesetzt gearbeitet, doch sind das alles zusammen genommen nur Tropfen auf einen heißen Stein. So hat sich die Gemeinde kürzlich an den Erschließungsarbeiten des Ybbstaler Kohlenbeckens beteiligt, so werden Versuche zu Verwertung des Torfes gemacht, so stehen schon seit Wochen Verhandlungen wegen Sicherung der schon ausgebauten Wasserkräfte des Steinsfeldes vor dem Abschlusse, endlich sind die Elektrizitätswerke im Begriffe Rohöl zu beziehen und wollen ihren Betrieb teilweise dementsprechend umgestalten.

Ich werde im folgenden einen Bericht über den

Kohlenbedarf der Stadt Wien

geben:

Der tägliche Mindestbedarf von Wien setzt sich aus nachstehenden Ziffern zusammen:

I. Hausbrand:	
Küchenbrand (25 kg pro Woche und Haushalt 514.560 Brände)	2144 t
Zimmerbrand (20 kg pro Woche und Haushalt 439.942 Brände)	1467 t
II. Industrien, Gewerbe und Anstalten	
die vom Magistrat bemessen werden	2000 t
Industrien, die eiten des Staatsamtes bemessen werden	1979 t
Staatliche Anstalten und Aemter	117 t
Zusammen	

Diese Gesamtmenge von 7707 t pro Tag wurde im Winter 1918/19 anlässlich einer Besprechung mit Ententevertretern auf 5284 t herabgesetzt, die sich in folgender Weise aufteilen:

I. Hausbrand:	
Küchenfeuer	2144 t
Zimmerfeuer	—
II. Industrien und Gewerbe	
Anstalten	640 t
Zusammen	

Die deutsche Kohlenfrage. I.

Die Kohlenfrage als Zentralproblem.

Unten im Schoß deutscher Erde lagert die Kohle mit gewaltigen Mengen verhaltener Lebenskraft, und oben auf der Erde steht das durch Kriegsnot und Revolutionstürme geschwächte Volk vor einem Winter unerhörtester Prüfung, vor einer Leidenszeit, von der es sich noch kein Bild machen kann, und die es deshalb um so schärfer treffen wird. Daß die deutsche Kohlennot, ehe sich ihre schärfsten Folgen fühlbar machen werden, beseitigt werden kann, ist nicht mehr anzunehmen; ob und mit welchen Mitteln sie gelindert werden kann, soll in den nachfolgenden Ausführungen untersucht werden. Es ist aber nicht nur die Not eines einzigen Rohstoffes, die hier zur Frage steht, sondern es ist die deutsche Not dieses Winters in ihrem ganzen Umfang und in ihrer ganzen schwerwiegenden Bedeutung. Denn in der Kohlenfrage laufen alle die durch den Krieg und die Revolution für die Gegenwart und Zukunft der deutschen Volkswirtschaft neu hervorgerissenen Fragen zusammen; die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse und Veruche einerseits, die mit der Sozialisierung, dem neuen Arbeiterrecht und andern gemacht werden sollen, und die neuen Menschen andererseits, wie sie durch die seelischen Einflüsse von Kriegseliden und Revolutionshoffnungen geworden sind, haben in der Kohlenfrage ihre Kraftprobe zu bestehen, und zwar eine Probe nicht nur auf ihre Kraft, sondern auch auf ihre Danksbereitschaft überhaupt. Denn wenn das Ganze dabei nicht weiterleben kann, hat auch der einzelne nicht mehr zu leben. Und eine Frage des Ganzen ist auch Deutschlands außenpolitische Stellung, die wir nach dem Verlust der Weltgeltung erst wieder langsam Stein um Stein aufbauen müssen, und auch zu diesem Bau ist die Kohle ein notwendiger Grundstoff, der nicht in der Erde schlummern, sondern über Tag mitarbeiten soll.

Zwischen der in der Erde liegenden Kohle und ihrem über Land und Meer, und durch Fabriken, Wohnhäuser und Schulräume, über Erwärmung, Ernährung und Beleuchtung sich erstreckenden Verbrauchsgebiet steht der Förderer der Kohle, der Bergmann, und ein großer Teil der Kohlenfragen sind Bergarbeiterfragen, die sich mit der Ernährung, Bekleidung und Bezahlung der Bergleute und mit der Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse sowie mit der Beschaffung neuer Bergleute befassen müssen, und die gelöst werden müssen, wenn die Kohle in ausreichenden Mengen zu Tage gefördert werden soll. Aber auch der Bergmann ist ein Mitglied seines Volkes, und auch er kann nur leben, wenn das Ganze lebensfähig bleibt; und so werden diese Bergarbeiterfragen nicht nur vom Interesse des Bergarbeiters aus, sondern auch von dem der Gesamtheit aus betrachtet werden müssen. Der Bergmann ist nicht nur Ruhestörer der Kohle bei ihrer Förderung, sondern, und dies wird in Bergarbeiterkreisen immer noch viel zu wenig gewürdigt, er lebt auch von all den Erzeugnissen, die mit Hilfe der Kohle entstehen; er ist wie jeder andre Staatsbürger auf der Erde auf die Herd- und Ofenkohle auch auf die mit Wärme, Dampf und Elektrizität, auf die mit Maschinen hergestellten und mit Kohle beförderten Lebensmittel, die Kleidung und auf die nur durch die Kohle ermöglichten kulturellen Bedürfnisse und Genüsse angewiesen. Und so sind die Erfordernisse, welche die gesamte Volkswirtschaft an die Kohle stellt, das erste; sie kommen, und wenn es biegen oder brechen heißt, vor denen der Bergleute.

Die Erfordernisse der Gesamtwirtschaft.

Die Kohlennot in dem Umfang, wie wir sie schon seit Monaten haben, ist nicht auf einen Schlag, sondern nach und nach gekommen, und ohne die durch die Kriegsnöte geschaffene langsame Entwöhnung von dem frühern reichlichen Überfluß wäre sie schon in ihrem bisherigen Umfang nicht ohne die Gefahr des Zusammenbruchs des Wirtschaftslebens auszuhalten gewesen. Das Hindernisprogramm brachte mit der Einstellung der gesamten Wirtschaft auf den Krieg die Bevorzugung einzelner und die Stilllegung anderer Industriezweige; es brachte ferner die Einschränkung des Hausbrandbedarfs. Schon damals lernte Deutschland das Sich-Einrichten auf die immer kürzer werdende Kohlendekke kennen. Seit der Revolution ist diese Kohlendekke aber noch kürzer und zu kurz geworden. Die Förderung ging mit der vom Standpunkt des Bergarbeiters aus verständlichen Verringerung der Schichtzeit von achteinhalb auf sieben Stunden zurück; dazu kamen die durch die Ausstände entstandenen Förderausfälle, die geringere Einzelleistung der Bergmanns, die sich aus der im Vergleich zu der frühern Ernährung verringerten Leistungsfähigkeit, aus der geringern technischen Leistungsfähigkeit mancher Gruben und auch oft aus dem durch politische Abhaltungen zu erklärenden und durch die Einwirkungen der Revolution entstandenen Sinken des Leistungswillens des Bergmanns erklärt. Die Versorgungsgebiete der Kohle litten sodann immer mehr unter der zunehmenden Unregelmäßigkeit in der Lieferung; Bahn- und Schiffsverkehr erfuhren Störungen und brachten damit einzelne Industriezweige zum Stillstand und die Gesamtwirtschaft zu Fehlbeträgen in der Versorgung mit Lebensmitteln und Waren, die nicht mehr nachgeholt werden konnten. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 wurden z. B. im Ruhrkohlengebiet nur rund 35 Millionen Tonnen Kohle gefördert gegen 57 Millionen Tonnen in derselben Zeit des Jahres 1914, es wurden also nur etwa 61 vom Hundert der Leistung der letzten Friedensmonate geschafft. Dazu kam noch das gänzliche Fehlen der Einfuhrkohle aus England, während die Ausfuhrkohle nicht in dem gleichen Ausmaß verringert werden konnte, da sie zum Austausch von dringend notwendigen Lebensmitteln und Rohstoffen nicht entbehrt werden konnte. Nun ist die Knappheit zur Not geworden, zu einer Not, die sich ohne die Gefahr für die Existenz der Gesamtheit nicht noch verschärfen läßt. Die Kohle ist beinahe auf allen ihren Versorgungsgebieten gerade so selten geworden wie im Rübenvinter 1917 die Kartoffel, und auch der im Krieg entstandene Verteilungsschlüssel nach der Wichtigkeit der Verbrauchsgebiete ist bei der jetzigen Fördermenge für die meisten dieser Gebiete nur noch von rein theoretischer Bedeutung. Die am Ende dieser Verteilungsliste stehenden Gebiete scheiden jetzt schon fast ganz aus, und die am Anfang der Liste stehenden sind auf das äußerste rationiert. Zu oberst steht die Dienstkohlenversorgung der Eisenbahnen. Deren Bestände können und können nicht auf den sonst im Sommer grünen Zweig kommen. Die preussischen Staatsbahnen sind mit einem für neun Tage reichenden Vorrat unter dem Existenzminimum von 15 Tagen angelangt; die badischen Bahnen haben zurzeit noch für acht Tage, gegen 42 im Vorjahr, Vorrat, die sächsischen für neun gegen 26, die bayrischen für 16 gegen 36 Tage und die württembergischen für zehn bis 20 gegen 45 Tage im Vorjahr. Die preussischen Bahnen hatten im November vorigen Jahres zur Rückförderung des Heeres noch Dienstkohlenvorräte für 36 Tage, und in diesem Jahr haben sie gerade ein Viertel davon. Ähnlich steht es mit der Schifffahrt, die ebenfalls als ein wichtiger Faktor der Lebensmittelbeschaffung in Betracht kommt. Allein die Tatsache, daß von den 200 Dampfern der deutschen Hochseefischerei 120 wegen Kohlenmangels nicht ausfahren können, beleuchtet die Schärfe der Kohlennot grell genug. Noch weniger Kohle heißt bei Bahn und Schiff Betriebseinstellung, und die ist bei der jetzigen knappen Versorgung der einzelnen Städte mit Lebensmitteln gleichbedeutend mit Hungersnot.

Aber nicht nur die Beförderung, sondern auch die Herstellung von Nahrungsmitteln ist ohne Kohle nicht möglich, und die Kohlenknappheit oder der Mangel an Kohle kann hier dieselben Folgen haben wie das Fehlen von Nahrungsmitteln, oder sie können das Vorhandensein von Vorräten an Nahrungsmitteln illusorisch machen, wenn diese nicht verarbeitet werden können. Wenn in der Landwirtschaft die Kohle für Dreschmaschinen, die Beförderungsmöglichkeit für Gemüse, Rüben und Kartoffeln zu lange fehlt, ist der Verderb vieler dieser Nahrungsmittel unausbleiblich. Im nächsten Winter können nur einige auf der oder in der Nähe der Kohle liegende Zuckerraffinerien in Betrieb gehalten werden, so daß weißer Zucker als Luxus nicht mehr erlaubt werden kann. Auch die Rohrzuckerherstellung selbst ist mit der Heranschaffung der Rüben und deren Verarbeitung sehr stark von der Kohle abhängig. Von der Kohlennot der Molkereien hört man allenthalben klagen. Ebenso hängt die mittelbar zur Lebensmittelversorgung gehörende Futtermittelherstellung ganz von der Kohle ab, und Trockenschmelz, Strohausschlebung, Futtermehl und anderes werden wir nicht entbehren können. Auch im Kreislauf des täglichen Lebens treffen wir beim Verbraucher auf Schritt und Tritt auf die Kohle; in der Hauswirtschaft beim Hausbrand und bei Gas und Licht, und Familien ohne Wärme, ohne Beleuchtung und ohne Kochgelegenheit sind obdachlos. Ebenso in der öffentlichen Wirtschaft, wo jetzt weniger die Bedürfnisse der

Kultur als nur die der einfachsten Zivilisation erfüllt werden müssen, wo die öffentliche Ordnung des Abends und Nachts eng mit der Beleuchtung der Städte zusammenhängt, wo Krankenanstalten, Wärmestuben, Schulen, Verwaltungsbüros mit der Versorgung von Gas, Elektrizität und Wärme stehen und fallen. Und auch hier ist die die Gesamtwirtschaft betreffende Versorgung hart an der Grenze der Daseinsmöglichkeit angelangt. Viele Gas- und Elektrizitätswerke, die nicht in der Nähe der Kohle liegen, leben von der Hand in den Mund, und jede Störung in der Kohlenversorgung bedeutet bei den Gasanstalten, deren Erzeugnis zu 95 vom Hundert in den Haushaltungen verwandt wird, Hunger und Lichtnot für die deutsche Familie, und bei den Elektrizitätswerken, deren Strom zu 95 vom Hundert als Kraftstrom geliefert wird, Arbeitsmangel in den Städten und Stilllegung ihres Verkehrs. Dazu kommt noch, daß jede Verkürzung der Kohlenversorgung der mit Kohle arbeitenden Industrien nicht nur den einzelnen Industriezweig selbst stilllegt, sondern die Wechselwirkung der aufeinander angewiesenen Industrien stört, so daß auch die von dem mit Kohle nicht versorgten Industriezweig abhängige Industrie zu arbeiten aufhören muß. So sind beim Reichskommissar für die Kohlenverteilung schon Arbeitervertreter einzelner Gewerbebezweige vorstellig geworden mit der Bitte um Kohle nicht für die übrige, sondern für andre Industrien, ohne deren Erzeugnisse sie selbst nicht mehr weiterarbeiten können. Ob man bei der schlimmen Kohlenlage der uns mit Lebensmitteln und den notwendigsten kulturellen Bedürfnissen versorgenden Teile der Volkswirtschaft überhaupt noch an Ausfuhrkohle zum Austausch von Nahrung denken kann, ist eine Frage, die sich bald aufs schärfste zuspitzen wird; vorerst kommen wir, so lange es irgendwie zu ermöglichen ist, um die wenn auch sehr beschränkte Ausfuhr gewisser Kohlenmengen nicht herum, wenn wir nicht auf notwendige Auslandslebensmittel ganz verzichten wollen. Zu einem gewissen Teil arbeitet diese Kohlenausfuhr auch gegen die weitere Verschlechterung unfrer Auslandswährung und wirkt damit auch als Bremse in der immer weiter fortschreitenden Verteuerung der Warenpreise.

Überblickt man dieses nur in wenigen Strichen gezeichnete Bild der Lage der Gesamtwirtschaft in ihrer Abhängigkeit von der Kohle und in ihrer derzeitigen Kohlenversorgung, so bleibt nur der Schluß, daß eine weitere Verringerung der Förderung den Tod bedeutet. Man schaut sich naturgemäß bei der Hilfsuche auch nach dem Ausland um, aber hier ist für die Hoffnung kein Raum wegen der Weltkohlenlage einerseits und wegen der zum Teil auf sie zurückzuführenden Forderungen des Verbands. Die für die Kohlenlieferungen von Land zu Land noch in Betracht kommenden Kohlenländer (Rußland scheidet dabei aus) zeigen auch einen nicht unerheblichen Förderrückgang. In der Übergangswirtschaft, in der sich alle diese Länder befinden, brauchen sie die Kohle selbst sehr notwendig, und nennenswerte für uns ins Gewicht fallende Ausfuhrmengen bleiben da nicht übrig. Auch in diesen Ländern zeigt sich die geistige und technische Abspannung nach dem Krieg und die Besinnungsänderung, die auch in jenen Staaten zur Einleitung einer langsamern oder schnellern sozialen Umgestaltung geführt hat. Sie können uns nicht ausschlaggebend helfen, wir aber müssen ihnen helfen, so wenig wir dazu imstande sind. Die Kohlenförderung des Verbands ist nicht zum geringsten auch ein Zeichen ihrer und besonders der französischen Kohlennot. Mit dem, was uns dann verbleibt, sind wir auf uns selbst angewiesen, und das heißt bei der heutigen Lage, daß wir alles daransetzen müssen, die Förderung zu steigern, und alles, was sie verringert, zu vermeiden.

Die deutsche Kohlenforge. II.

Von Dr. H. Pysla, Essen.

(Fortsetzung aus Nr. 805.)

Die Forderung nach der Sechsstundenschicht.

Statt der dringend notwendigen Erhöhung der Förderung haben wir eine Erhöhung der Forderungen der Bergarbeiter. Die Berechtigung dieser Forderungen soll später untersucht werden; zunächst muß festgestellt werden, daß diese Forderungen bei der heutigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands Fördervermindernd wirken, eine Wirkung, die das Bestehen unsers Wirtschaftslebens an der Wurzel angreift und die letzten Endes damit auf den Bergmann selbst zurückfällt. Diese Feststellung wird nicht über die Berechtigung der Forderungen selbst, sondern vielmehr nur über den Zeitpunkt ihrer Erfüllung und der Einführung der von den Bergleuten angestrebten Reformen entscheiden.

Die Hauptfrage, die besonders in den letzten Wochen wieder stark in den Vordergrund getreten ist, ist die der Sechsstundenschicht. Mit der Begründung, welche die Bergleute selbst ihrer Forderung nach Herabsetzung der Schichtzeit auf sechs Stunden mitgeben, und mit den Gegengründen, die aus privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Quellen gespeist werden, wird eine ganze Reihe von Bergarbeiter- und Kohlenfragen mitaufgerollt, so daß die Frage der Schichtverkürzung nicht nur als Frage der Arbeitszeit allein betrachtet werden kann. Daß die Arbeit des Bergmanns unter Tage eine der aller schwersten, gefährlichsten und auch der Gesundheit am wenigsten zuträglichen Betätigungen ist, darüber hat wohl nie ein Zweifel bestanden. Die Anerkennung der Bergmannsleistung bestand in früheren Friedensjahren darin, daß der Bergmann der höchstbezahlte Arbeiter mit der kürzesten Arbeitszeit war, soweit sich solche Feststellungen für große Massen machen ließen. Sie brühte sich ferner aus in dem Berufsstolz des Bergmanns und in besonderer Fürsorge wie Knappschaftseinrichtungen, ferner in der Auswahl der Arbeiter, die sich schon durch die besonderen Anforderungen an ihn ergab. Die Bergmannsarbeit stand von jeher unter besonderen Verhältnissen, die einen Vergleich mit anderer Berufsarbeit, wie z. B. Fabrikarbeit nur bedingt zuließ. Der Bergmann war unter Tage vor Ort mehr ein hochgelernter Handwerker als ein Arbeiter; er mußte seine eingehende technische Erziehung stets erweitern, er verarbeitete nicht einen sich stets gleichbleibenden Rohstoff, sondern er hatte mit Erdkräften zu tun, die seinen Arbeitsplatz zu einem niemals ruhigen Kampfplatz machten. Wie er in immer innigern Zusammenhang mit seiner gefährlichen Arbeitsstätte unter der Erde kam, so hing er auch mit seinem Wohnort auf der Erde fester zusammen und war festhafter als die meisten Arbeiter, die an verschiedenen Orten die gleiche Arbeit fortsetzen konnten oder deren Arbeitsplatz mit neuen Aufträgen wechselte. Diese Bevorzugung des Bergmanns in Arbeitszeit und Arbeitslohn blieb im großen ganzen auch in den Kriegsjahren die gleiche; erst die Revolution hat hier die einschneidende Änderung gebracht, zum Nachteil des durch die Revolution entstandenen Staates selbst.

Die allgemeine Festsetzung des Achtstundentages auch für die leichtesten Arbeiten, war die Erfüllung eines an sich erstrebenswerten Zieles, besonders nach der Schwächung der Volkskraft, welche die Kriegsjahre gebracht hatten, aber sie war auch eine der großen Dummheiten, welche die Revolution in ihrem Weltbeglückungsfieber gemacht hatte, denn sie war eben keine allgemeine Festsetzung, weil man die Ausnahmen vergessen hatte, die der bisherige sogenannte allgemeine Zehnstundentag gehabt hatte, und die nun wieder in ihr Ausnahmerecht treten wollten. Hier fehlten die ersten großen Wirtschaftsschwierigkeiten des revolutionierten Staates gleich mit voller Wucht ein, denn in diesem neuen Staat begann der Bergmann sein altes Vorrecht durch einen die Allgemeinheit schwer schädigenden Zustand zu erkämpfen, und er mußte sich noch mit einem Teilerfolg zufriedustellen. Der Aprilstreik im Ruhrbergbau brachte die Verkürzung der Schichtzeit auf sieben Stunden, während den Arbeitern leichter Beruf der Achtstundentag von selbst in den Schoß gefallen war. Er brachte ferner wohl eine Beruhigung, aber keine Ruhe, so daß die Forderung nach der Sechsstundenschicht immer wieder aufsteht. Der Hauptgrund ist der Wille des Bergmanns, in den Genuss der ihm zustehenden Früchte der Revolution zu kommen. Er vergleicht seine Arbeit mit derjenigen der Gelegenheitsarbeiter, Fabrikarbeiter, Kontorbedienten und andern und findet, daß er noch immer zu schwer belastet ist. Dazu verweist er auf die gesundheitschädlichen Folgen seines Berufs, die nach der Anstrengung in den Kriegsjahren eine Erholung besonders notwendig machen, solange die Ernährung noch nicht wieder auf den Friedensstand gekommen ist; er schaut auf die glücklichere Lage der Bergleute anderer Länder, aber nur auf die glücklichere, wo, wie in England, die Bergleute in die Arbeitswoche mehr freie Tage einschließen können, weil ihnen die billigere Lebenshaltung das Auskommen mit dem Verdienst von drei bis vier Tagen erlaubt, und er will eben nicht nur den theoretischen Stolz auf die Errungenschaften der Revolution, sondern auch deren praktischen Erfolg für sich selbst sehen. Diesen Gründen steht der Unternehmer, sei es Staat oder Privatmann, menschlich nicht ablehnend gegenüber, wenn ihm nur die Möglichkeit der Erfüllung des Wunsches gegeben wäre. Der Unternehmer stellt es mit Recht in Zweifel, ob bei dem heutigen technischen Zustand der Gruben und der Lieferunsmöglichkeit der die Gruben mit Material, Maschinen usw. versorgenden Industrien die vierte Schicht mit sechs Stunden als Reparaturschicht genügen wird oder nicht und ob mit dem durch die Schichtverkürzung notwendig werdenden Zugang neuer Arbeiter zu rechnen ist, so daß die Förderung aufrechterhalten wird und das Bergwerk nach der durch die Schichtverkürzung hervorgerufenen Erhöhung der Selbstkosten auch bei den hohen Kohlenpreisen auf seine Kosten kommt. Er berechnet ferner, ob er mit der Verkürzung der Arbeitszeit, die, einmal zugestanden, nur sehr schwer wieder rückgängig zu machen ist, ohne eine internationale Regelung die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Bergbaus auch bestehen bleibt, denn die schon erwähnte Erhöhung der Selbstkosten kann nur durch eine unter dem Auslandsbewettbewerb nicht leidende Steigerung der Kohlenpreise getragen werden. Daß die Einführung der Sechsstundenschicht vermindern auf die Förderung wirken wird, wird auch von den Bergarbeitern selbst nicht bestritten, wenn sie auch nur einen vorübergehenden Rückgang einräumen wollen. Aber auch dieser genügt, um die deutsche Wirtschaft unheilbar zu schädigen.

Mit dieser Feststellung ist eigentlich das Urteil über die Forderung gesprochen, es sei denn, daß alle die sonstigen Hilfsmittel, die noch vorgeschlagen werden, den durch die Einführung der Sechsstundenschicht entstehenden Förderausfall wieder einholen könnten. Hierher gehört die Forderung nach der Einführung einer Reihe betrieblicher und betriebs technischer Verbesserungen in den Gruben, denen eine fördersteigernde Wirkung wohl zuzutrauen ist, von deren Durchführbarkeit aber diese Wirkung abhängt. Bei der Sechsstundenschicht kann nach den bisherigen Erfahrungen im allgemeinen mit einer reinen Arbeitszeit von etwa vier Stunden gerechnet werden. Zur Erhöhung dieser sehr kurzen Zeit wird als Neuerung die gemeinsame Einfahrt jeder zusammenarbeitenden Kameradschaft vorgeschlagen, so daß das bisherige Warten des einen Bergmanns auf den andern und der daraus entstehende Zeitverlust wegfiele. Ferner wird die Aufhebung der Butterpause vorgeschlagen. Diese Pläne haben jedoch ihre zwei Seiten, und es ist sehr die Frage, ob sie sich zu einem allgemeinen freien Willen vereinigen lassen und ob nicht, wenn es freiwillig nicht geschieht, die Vorschrift bei der seit der Revolution bestehenden, oft mißverstandenen Selbstherrlichkeit des Arbeiters auch beachtet wird. Die technischen Hilfsmittel sollen verbessert werden durch vermehrte Anschaffung von Förderwagen, schnellere Beförderung der Bergleute vom Schacht zur Arbeitsstelle, durch vermehrte Einführung der Grubenbahnen, Verbesserung der Drucklufteinrichtung für die Bohrmaschinen zur Erhöhung der Arbeitsleistung und Vermehrung der Zahl der Schleppler und der andern Hilfskräfte. Aber auch hier ist der Wille schneller fertig als das Können. Bei der derzeitigen Lieferunsmöglichkeit der Industrie, bei der oft durch Kohlenmangel hervorgerufenen Rohstoffknappheit und der immer wieder aufflackernden Streikgefahr können diese technischen Hilfsmittel nicht von heute auf morgen beschafft werden, jedenfalls nicht so schnell, um die

Folgen einer bald eingeführten Schichtverkürzung ausgleichen zu können. Zudem ist es dann immer noch fraglich, ob, selbst bei ihrer schnellsten Einführung, die Hilfsmittel den Förderausfall an Kohle decken können. Des weitern wird noch der Raubbau vorgeschlagen, die Ausbeutung nur der leicht erreichbaren und der ertragreicheren Flöze. Raubbau ist aber nur zeitweise möglich; er ist im Kriege schon zur Genüge betrieben worden, so daß wir jetzt noch vielfach an den Folgen zu tragen haben, und noch wissen wir nicht, ob er auch ohne Sechsstundenschicht noch einmal nötig sein wird, so daß er jedenfalls nicht der Schichtverkürzung wegen, sondern zur Steigerung der Förderung in Reserve bleiben sollte. Er ist nur durch außergewöhnliche Verhältnisse zu rechtfertigen, und die Sechsstundenschicht soll ja nicht als außergewöhnliche, sondern als normale Leistung eingeführt werden.

Das ausschlaggebende Mittel, das die Einführung der verkürzten Schichtzeit ohne allzu große Schwierigkeiten erlauben würde, wäre die Vermehrung der Belegschaft. Notwendig ist sie aber eigentlich schon geworden durch die bisher vorgenommene Verkürzung der Arbeitszeit von achteinhalb auf sieben Stunden, denn jetzt leistet dieselbe Kopfzahl wie sie der Ruhrkohlenbergbau vor dem Kriege hatte, erklecklich weniger. Die geforderte weitere Herabsetzung der Schichtzeit würde die Beschaffung neuen Zuzugs aber unbedingt nötig machen. In den Sitzungen des von der Regierung eingesetzten Ausschusses zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau ist über diese Frage lange und eingehend verhandelt worden mit dem Ergebnis, daß man für eine große Wunde auch nur kleine Pflasterchen aufzuweisen hatte. Denn die Deutenot ist vor allem eine Baumot. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich bei der auf sechs Stunden bemessenen Schichtzeit, einem Ausbau der Altersversorgung, einer besonders guten Entlohnung des Bergmanns ein Zuzug wieder einstellen könnte, daß der Bergbau wieder ein bevorzugter Beruf werden und er damit in seine alten Vorrechte wieder eingesetzt würde, obgleich natürlich auch diese Umbildung nicht in dem Zeiträume vor sich gehen würde, wie sich unsere Lage angesichts des nahen Winters verschlechtern wird. Aber — und dieses Aber ist das Entscheidende gegen die baldige Einführung der Sechsstundenschicht — es fehlen die Grundbedingungen für die Unterbringung dieses Zuzugs, die Wohnungen. Denn die Wohnungsnot hat sich in unbeschreibbarem Maße gesteigert. Es fehlen im Ruhrbergbau jetzt schon etwa 35 000 Bergleute; zur Erhöhung der Förderung auf die vor dem Kriege geleistete Menge fehlen 320 000 Mann, und die Wohnungsbeschaffung für diese Zahl mit ihren Familien läßt sich mit Hilfsmitteln wie Barackenbauten nicht bewerkstelligen, mindestens nicht so einrichten, daß sie mit ein Werkstück für den Zugang bilden könnte. Es wird zwar stellenweise auch gebaut im Ruhrbezirk, und einzelne Zechen führen großzügige Siedlungspläne aus, dagegen ist aber bei andern Zechen vielfach der noch freie Wohnraum von den Gemeindeverwaltungen mit Beschlag belegt worden, um gegen die allgemeine Wohnungsnot ein Mittel zu haben. Und selbst wenn zurzeit in ausreichendem Maße gebaut werden könnte, so wäre doch der Winter da, ehe die ersten Bauten notdürftig unter Dach wären. Doch es fehlt auch im Bauwesen allenthalben am Nötigsten. Die Zementfabriken müssen sich nach dem auf der derzeitigen Kohlenlage beruhenden Verteilungsschlüssel noch mehr als bisher beschränken und sich weitere Zusammenlegungen gefallen lassen, so daß also die aus Zementnot entstehenden Stillstände bei den Bauten die durch den Winterfroft bedingten Baupausen noch vermehrt werden. Die mißliche Lage der deutschen Zementindustrie wird durch die Nachricht, daß Deutschland aus der Schweiz Zement einführt, grell beleuchtet, jedenfalls vermehrt sie bei den hier zur Frage stehenden Bauten die Hoffnungslosigkeit, die durch die Betrachtung der sonst noch für das Bauwesen in Betracht kommenden Industrien wie der Ziegeleien, Glashütten, Dachziegelabriken, der Installationsindustrie und der Baueisenindustrie vermehrt wird. Soweit also der notwendige Zuzug von Bergleuten von der Errichtung von Bauten abhängt, ist mit ihm nicht zu rechnen. Nicht viel besser sieht es aus mit der täglichen Herbeischaffung der Arbeiter durch die Eisenbahn. Die hart vor dem Zusammenbruch stehenden Verhältnisse des deutschen Bahnwesens wurden schon erwähnt; die Frage, ob sich bei der unzweifelhaft notwendig werdenden weiteren starken Einschränkung des Personenverkehrs die für die verschiedenen Anfangs- und Schlusszeiten der Schichten bereitzustellenden Züge noch werden ermöglichen lassen, kann kaum bejaht werden. Eine Besserung in der Leistung der Bahnen, deren Rückgang zum größten Teil aus der Arbeitsunwilligkeit in den Ausbesserungswerkstätten zurückzuführen ist, wird sich schwer durchführen lassen. An der Kardinalfrage der Unterbringung neuer Arbeiter scheitert auch ein großer Teil der zur Lösung der Arbeiterbeschaffungsfrage vorgeschlagenen Mittel, z. B. die Beiziehung freiwilliger Hilfskräfte als Schleppler, wobei an die Schüler höherer Schulen und Hochschulen gedacht wird, und auch der Anreiz zum Zuzug durch Beieignung der Arbeitslofenunterstützung an zuziehende Arbeitnehmer, die einer doppelten Haushalt haben. Auch die Bedigen und die ohne Familie Zuziehenden können nur in beschränkter Anzahl untergebracht werden. Immerhin aber kann dieser Ausweg zu einer nicht zu verachtenden Hilfe in der Not werden.

Bei der jetzigen deutschen Kohlenversorgung kann also an eine Einführung der Sechsstundenschicht in absehbarer Zeit nicht gedacht werden. Der durch sie entstehende Ausfall in der Förderung kann unter den derzeitigen Verhältnissen nicht entbehrt und auch nicht wieder eingebracht werden. Diejenigen Hilfsmittel, die man sofort einführen könnte, sind zu wenig ausschlaggebend, und die andern benötigten zu ihrer Durchführung einer zu langen Zeit. Das soll aber nicht heißen, daß sie überhaupt nicht durchgeführt werden sollen; sie kommen vielmehr, wie noch zu zeigen sein wird, zur Erhöhung der Förderung doch sehr in Frage. Denn die Frage der Steigerung der Förderung ist die weitergreifende; sie trifft die Daseinsfrage Deutschlands und damit auch die des Bergmanns. Etwas anderes zu wollen, hieße die Unvernunft an Stelle der Vernunft setzen. Die Einführung der Sechsstundenschicht ist nicht nur wegen der obenerwähnten wirtschaftlichen Gesichtspunkte, sondern auch wegen der Abhängigkeit des besiegten Deutschlands von seinen Gegnern eine internationale Frage. Die englischen Bergarbeiter nehmen die Einführung der Sechsstundenschicht einstweilen erst für das Jahr 1920 in Aussicht. Eine frühere deutsche Einführung ohne internationale Abmachung hieße Deutschland noch schwächer machen als es ist, und die besonnenen Bergleute stehen denn auch auf dem Standpunkt der internationalen Regelung. Ob die andern Staaten auf eine frühere gemeinsame Festlegung, wie sie auf Anregung des Ausschusses zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau den betreffenden Ländern vorgeschlagen werden soll, sich einlassen werden, ist sehr fraglich.

Die deutsche Kohlenforge. III.

Von Dr. H. Pöppke, Essen.

(Schluß aus Nr. 811.)

Weitere Bergarbeiterfragen.

Mit der Forderung der Sechsstundenschicht sind die derzeit im Vordergrund stehenden Fragen, welche die Bergarbeiter und damit das ganze Volk berühren, nicht erschöpft. Noch eine Reihe anderer Fragen bilden den Grund der Unzufriedenheit in der Bergarbeiterschaft, das Verlangen nach Festsetzung eines Urlaubs, die Forderung nach einem Tarif, ferner Knappschaffsfragen und Ernährungsfragen sowie die Frage der Sozialisierung des Bergbaues.

Der Urlaub des Bergmanns ist, soweit er früher vorhanden war, dem Krieg und nachher den durch die Revolution geschaffenen Wirtschaftsverhältnissen zum Opfer gefallen. Vor dem Kriege wurde im Staatsbergbau und daneben noch bei einigen ganz wenigen Privatgruben Urlaub gegeben. Bei der Forderung nach Urlaub wird, wie nicht anders anzunehmen ist, der Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes verstanden. Gefordert werden von den Bergleuten bis zu zehn, auch zwölf Tagen Urlaub, der, beginnend mit etwa zwei Tagen im Verhältnis zum Dienstalter bis zu dieser Höhe steigen soll. Die Urlaubsfrage ist aus zwei Gründen immer mehr zu einer der Hauptforderungen geworden: einmal, weil sehr selten bei der besonders schweren Arbeit des Bergmanns besonders hart empfunden wird, und zum andern, weil bei andern Industrien, wie z. B. im Kalibergbau und in der Metallindustrie der Urlaub schon geregelt ist, und weil der Kohlenbergmann nun auch hier zu seinem Recht kommen will. Gegen den Urlaub wird vor allem wieder die Lage unserer Kohlenversorgung ins Feld geführt. Bei den Verhandlungen über den Berghaushalt im Staatshaushaltsausschuß der preussischen Landesversammlung führte damals der Regierungsvertreter aus, daß bei einem Urlaub von nur einer Woche im Ruhrbezirk ein Förderausfall von anderthalb Millionen Tonnen entstünde. Dann ist natürlich auch die Geldfrage nicht zu unterschätzen; die Fortzahlung des Lohnes in der einen Urlaubswoche würde 37,5 Millionen Mark erfordern, also ohne Kohlenpreiserhöhung nicht geleistet werden können. Deswegen sind gesonderte Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern über den Urlaub und über den geforderten Tarif doppelte Arbeit, und die Vorarbeiten zu den Tarifverhandlungen sind erst kürzlich abgeschlossen worden. Dennoch würde sich die möglichst baldige Verhandlung und Entscheidung über den Urlaub doch empfehlen, denn eine Einigung in dieser Frage könnte wenn nicht den Zuzug von Bergleuten erhöhen, so doch die bedenklich machende Abwanderung der Bergleute zu andern Berufen verhindern helfen. Der Weg zu einer Regelung ohne Beeinträchtigung der Kohlenförderung ist durch das sehr anerkanntswürdige Verhalten eines großen Teils der Bergleute schon gegeben: sie wollen wegen der Kohlennot auf den Urlaub verzichten, verlangen aber für den Verzicht eine Entschädigung in der Höhe der Lohngehälter für die entgangenen Urlaubstage. Obgleich damit eigentlich der Zweck des Urlaubs, die gesundheitliche Erholung, ausgeschaltet wird, so ist die Forderung nach Entschädigung, besonders, wenn sie mit der Beschaffung von reichlicherer und besserer Nahrung begründet wird, doch nicht von der Hand zu weisen. Es bleibt dann die Geldfrage mit ihren starken Bedenken bei der heutigen finanziellen Verfassung des Staats- und Privatbergbaues; aber Kohlen sind notwendiger als Geld, und zu weiteren Zugeständnissen werden sich die Bergleute wohl kaum herbeilassen. Mindestens aber sollte der gute Wille geachtet und in den Verhandlungen wieder gezeigt werden.

Mit der Frage des Tarifvertrages wird eine der schwierigsten und der am meisten umstrittenen Bergarbeiterfragen angeschnitten. Praktisch ist sie für den Kohlenbergbau in Deutschland bisher nur bei dem viel einfacheren Abbaueverhältnissen arbeitenden Braunkohlenbergbau und bei dem oberbairischen Steinkohlenbergbau gelöst worden. Auch der englische Steinkohlenbergbau, auf den sich die Bestürmer des Tarifvertrages gern berufen, bietet dieser Frage weit weniger Schwierigkeiten als der deutsche. So ist die Frage schon jetzt, wo sie erst angeschnitten wird, nicht einfach, und die größern Schwierigkeiten werden erst im Verlauf der Verhandlungen kommen. Die Forderung nach einem Tarifvertrag ist auch nicht allein aus den Arbeitsverhältnissen, wenigstens nicht für die Hauer, entstanden, sondern ihre Entstehung ist zu einem guten Teil auf den Kampf zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zurückzuführen; die Arbeiter gewinnen durch die Einführung eines Tarifs weiter an Boden, und schon dies ist ein Grund für sie, für den Tarif zu kämpfen. Die jetzt übliche Festsetzung des Bedinges gibt des öftern Anlaß zu Klagen, weil sich bei der Abrechnung der Bergmann benachteiligt fühlt, wenn er nicht genug oder weniger als andre Kameraden verdient, und auch hier soll der Tarif abhelfen. Die Vorarbeiten der Bergarbeiterverbände selbst haben eine ganze Zeit gebraucht; dieser Tage ist es nun zu den ersten Verhandlungen über den von den Arbeitnehmern vorgelegten Tarifvertrag gekommen, der ein Rahmentarif sein und in dem die Lohnfrage besonders geregelt werden soll. Zum Abschluß dieser Verhandlungen wird von beiden Seiten ein nicht geringer Teil von gutem Willen aufgebracht werden müssen, und dazu gehört auch, vor allem auf der Arbeitnehmerseite, eine gute Disziplin. Dem die Schuld für den langsamen Fortgang der bisherigen Vorbereitungen allein dem Zehnerverband zuzurechnen und daraus gleich so etwas wie böse Absicht herzuleiten, ist vielleicht angeht, der auch durch andre Quellen gespeisten Unzufriedenheit der Bergleute begreiflich, aber nicht stichhaltig. Schon, daß die Arbeitnehmer nur mit einem Rahmentarif zu den Verhandlungen kamen, zeigt, daß die Frage sehr schwierig ist, vielleicht so schwierig, daß nur für alle andern Bergarbeiterkategorien, besonders für die über Tage beschäftigten, etwas herauskommen wird, aber sehr wenig für den eigentlichen Bergmann, den Hauer. Dieser ist, wie früher einmal bemerkt worden ist, mehr ein Handwerker mit stets wechselnden Arbeitsobjekten und weniger ein unter Tarifverträge einzubeziehender Arbeiter. Ob aus den Verhandlungen wirklich ein Tarifvertrag hervorgehen wird, der noch diesen Namen rechtens führen kann, ist sehr fraglich, besonders, wenn es ein von beiden Seiten frei abgeschlossener Vertrag sein wird, der auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Bergbaues in Betracht zieht, und nicht ein von einer Seite, und zwar der Arbeitnehmerseite, diktiert. Jetzt, wo die Verhandlungen darüber eben erst in Fluß gekommen sind, empfiehlt es sich nicht, auf die Einzelheiten einzugehen, es bleibt vielmehr einer später anzustellenden befondern Untersuchung überlassen. Es mag jetzt nur darauf hingewiesen werden, daß eine zu niedrige Festsetzung des Tarifs die Arbeitslust und eine zu hohe die Rentabilität im Bergbau zur Strecke bringen könnte, und beides sind Begriffe, die kaum oder nur mit einer Wahrscheinlichkeitsrechnung festzulegen sind und deren Wirkungsmöglichkeit nicht unterschätzt werden darf. Vielleicht auch hülf etwas mehr vom guten Willen, den wir für Deutschlands Wiederaufbau überall dringend notwendig haben, daß das jetzige System der Bedingefestsetzung noch mehr als bisher eine alle beiden Seiten befriedigende Wirkung hat.

Die Forderung nach besserer Ernährung ist in der Bergbaubevölkerung, die in den dichtbevölkerten Stätten des Industriegebietes wohnt, mit Kriegsende kaum schwächer geworden, als sie es in den Kriegsjahren war. Die Welle verhältnismäßig reichlicher und billigerer Lebensmittel, die über die besetzten Gebiete kam und auch dort schon stark abebbte, hat die Bergbaubezirke nie erreicht, und so ist es für diese größtenteils bei den Reichsrationen geblieben. Diese, die in ihrer einfachen Form nur Unterernährung statt Ernährung waren, genügten in der erhöhten Menge von Schwerstarbeiterzulagen für den Bergmann gerade für das Notwendigste. Und wenn nun jetzt, wo die Feitzuweisungen an die Allgemeinheit das Ausmaß der frühern Schwerstarbeiterration erreicht haben und wo deshalb die letztern außer Kraft gesetzt worden sind, der Bergmann weiter über die geringe Ernährung klagt, so ist dies eigentlich zu verstehen, und seine Forderung nach Beibehaltung der naturgemäß dann zu erhöhenden Schwerstarbeiterzulage kann er schon mit seiner Arbeit begründen. Und Fett tut es nicht allein; auch in der Versorgung mit Brot, Mehl, Fleisch usw. fehlt hier wie in ganz Deutschland noch sehr viel; aber bei der Bergbaubevölkerung macht sich der Fehlbetrag auch für die ganze Volkswirtschaft schädlich bemerkbar. Es ist mit Absicht hier das Wort Bergbau-„Bevölkerung“ gebraucht worden, denn es handelt sich nicht um den Bergmann allein, sondern auch um die nicht von ihm zu trennende, fast durchweg sehr zahlreiche Familie, die an seiner Versorgung teilnimmt. Bedauerlich ist hierbei, daß Terror und Prinzipienreiterei es dem Bergmann oft

verwehren, hier selbst mitzuzorgen, wie es bei den Butterschichten geschehen ist. Damals wurde die Gelegenheit, durch Überschichten eine für einen Haushalt sehr willkommene Menge verhältnismäßig billiger Butter zu bekommen, bei weitem nicht ausgenützt, weil Überschichten nach den revolutionären Grundfäden nicht verfahren werden dürfen. Der Erfolg war, daß viele Bergleute Nebenarbeit in andern Berufen aufnahmen. Auch gegen diesen Terror der Negativen helfen positive Leistungen in der Ernährung, die, wenn es irgend geht, hier als werbendes Kapital zuerst am Platze sind.

Zur Hebung seines Standes fordert der Bergmann in der letzten Zeit immer energischer eine durchgreifende Reform des Knappschaffswesens. Die Verschlechterung des Geldes hat wie überall so auch bei den Bergleuten vor allem die Bezüher der Altersrenten getroffen, deren schon vorher knappe Bezüge unzureichend geworden sind. Die höchste Altersrente des Bergmanns stellt sich auf 35 bis 40 Mark für den Monat, und es wird deren Erhöhung verlangt, nicht allein, um die derzeitigen Bezüher besser zu stellen, sondern auch, um in der Altersversorgung wieder einen Anreiz für neuen Zuzug und eine Gegenwirkung gegen die Abwanderung zu haben. Auch wird gewünscht, daß die Altersversorgung nach 25 Dienstjahren auch ohne Berufsunfähigkeit gewährt wird. Des weitern werden auch die Erhöhung des Krankengeldes und Sterbegeldes, die freie Arztwahl und ähnliche Krankenkassenreformen verlangt. Diese Reformen können durch Satzungsänderungen der Knappschaffsvereine durchgeführt werden; es wird aber bei dieser Gelegenheit die Vereinheitlichung des Knappschaffswesens für das ganze Reich durch Schaffung eines Reichs-, Berg- und Knappschaffsgesetzes angestrebt, zu dem von der Regierung die ersten Schritte bereits getan sind. Die Durchführung dieser Reformen, die vor allem eine Frage der Tragfähigkeit der dadurch finanziell Belasteten ist, hat mit der Besserstellung des Bergarbeiterberufes nicht nur die eine gute Folge für die Zukunft der deutschen Kohlenförderung, sondern sie berührt auch das deutsche bevölkerungspolitische Problem. Die Bergarbeiterbevölkerung ist bekanntlich eine der fruchtbarsten Berufsbevölkerungen Deutschlands, eine Erscheinung, die vornehmlich mit dem Bergmannsberuf, den von ihm nicht zu trennenden Einwirkungen auf die körperliche und geistige Lebenshaltung des Bergmanns zusammenhängt. Unter den Faktoren sowohl des Wachstums wie der Erhaltung des deutschen Volkes ist die Bergbaubevölkerung deshalb eine der wichtigsten, und es kommt sehr darauf an, daß dieser Nachwuchs auch unter günstigen Bedingungen sich entwickeln kann.

Auch die geistige Erziehung sollte dabei nicht vergessen werden. Denn wo sie ausgeht, hat Spartakus es um so leichter, sein Unkraut zu säen. Als bei den Essener Verhandlungen des Ausschusses zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau der Reichskohlenkommissionar das düstere Bild der Winterkohlenforge ausbreitet hatte, wußte einer der Wortführer der Arbeitnehmer weiter nichts zu sagen als: Sozialisierung — ein Schlagwort, um Gedanken tot zu schlagen. In der Tat spukt das Schlagwort Sozialisierung noch immer, verbunden mit den verschiedenartigsten Vorstellungen in den Köpfen der Bergleute. Dabei hat die schlechte Verfassung unserer Wirtschaft schon längst dem Hauptzweck der Sozialisierung das Urteil gesprochen. Die Sozialisierung sollte dort vorgenommen werden, wo sie an Stelle der bisherigen Wirtschaftsvorgänge eine höhere Produktivität zur Folge haben würde. Selbst Wiffel, der Verfechter der Planwirtschaft, hat einmal geäußert, daß der Staat nur in Ausnahmefällen ein geeigneter Träger der Wirtschaft sei, und Eisner sagte einmal, daß es jetzt in Deutschland nichts zu sozialisieren gäbe. Auch die unentwegten Verfechter des Sozialisierungsgebildens haben schon viel Wasser in ihren Wein gegossen; was z. B. Dr. Eduard Heimann, ein Mitglied der feinerzeit zurückgetretenen Sozialisierungskommission, als Ergebnis seiner Forderungen aufstellt, ist von dem ursprünglichen Ideal schon förmlich weit entfernt. Obwohl nun mit der bisherigen staatlichen Kohlenbewirtschaftung durch den Erlaß des Reichskohlengesetzes schon mehr getan ist, als der Bergbau wird aushalten können, so ist es den verheißten Arbeitern doch nicht genug, dem sie stellen sich unter der Sozialisierung ein Allheilmittel vor, das vor allem ihnen selbst als Gewinn zugutkommen soll. An Verluste wird dabei nicht gedacht, schon um das Idol in seinem Glanz nicht zu trüben. Man mag dies für lächerlich halten; bei der Werbekraft, welche Spartakus und Kommunisten mit derlei Schlagworten ausüben, wäre eine bessere Aufklärung sehr zu wünschen. Alle die Forderungen der Bergarbeiter nach Urlaub, Tarif und besserer Ernährung können mit ihrer Bewilligung oder schon mit der ernsthaften Untersuchung ihrer Durchführungsmöglichkeit nicht wenig zur Hebung der Stimmung des Bergmanns beitragen und damit zur Verhütung der Abwanderung und zur Aufrechterhaltung der jetzigen Förderung.

Eine weitere Frage, die in diesem Zusammenhang sich als eine der wichtigsten in den Vordergrund drängt, ist die der Beförderung der geförderten Kohlen. Der Befestigung des Wagenmangels, der weniger auf das Fehlen von Wagen, als auf die schlechte Verfassung unsers Lokomotivparks zurückzuführen ist, muß die ernsteste Aufmerksamkeit geschenkt werden, wenn nicht die Förderung unter der Beförderung leiden soll. Denn, wenn dies eintritt, haben auch alle die fördersteigernden Mittel, wie die schon erwähnte Zuziehung von freiwilligen Hilfskräften als Schlepper keinen Erfolg.

Das eigentliche Ziel aber ist die Steigerung der Kohlenförderung. Unsere Kohlengewinnung kann nicht auf die Dauer mit einer Leistung von nur zwei Dritteln der in frühern Friedensjahren geförderten Kohlenmengen auskommen; sie muß mindestens wieder auf die Friedensmenge gesteigert und noch darüber hinaus erhöht werden. Alles, was wir im Herbst noch an Ausschlagsmitteln heranziehen können, dient nur für den Augenblick, und vieles schadet uns für die Zukunft, wie die vermehrte Abholzung der Wälder, oder es ist unwirtschaftlich, wie die Versendung von Torf auf lange Strecken, oder es lähmt das Wirtschaftsleben, wie das zwangsläufige und übermäßige Sporen mit Licht und Kraft. Die weiße Kohle kann nicht plötzlich in ihrer Wirkung ausgedehnt werden; hier sind jahrelange, nach weitausschauenden Plänen gemachte Vorbereitungen zur Ausdehnung der durch die Wasserkraft gewonnenen Elektrizität notwendig. Alles, was bei der Erörterung der Sechsstundenschicht an betrieblichen und betriebstechnischen Hilfsmitteln als in absehbarer Zeit durchführbar gezeigt wurde, muß zur Erhöhung der Förderung schleunigst eingeführt werden. Eines freilich würde zum schnelleren Wiederaufbau helfen, aber es ist ein Mittel, das in geistiger Beziehung Revolution der Revolution heißt. Es liegt außerhalb der von der geistigen Revolutionsmauer umschlossenen Wirtschaft und heißt, die Arbeit wieder in ihr altes Recht einsehen; nicht mehr wegen irgendwelcher Früchte der Revolution nivellieren, sondern zur Steigerung des Ertrags die Arbeit steigern! Zum Abbau der Erwerbslosenunterstützung, zur Einführung einer Arbeitspflicht und Erhöhung der Arbeitszeit für leichtere Arbeiten wird sich unsere Reformen ja nicht abgeneigte Regierung doch einmal entschließen müssen. Im Bergbau sollen Überschichten nicht mehr verpönt sein; durch die mit ihrer Hilfe vermehrte Kohlenförderung kann die Bauindustrie wieder in Fluß gebracht werden, und dann können auch die Bergarbeiter das ihnen zustehende Vorrecht wieder verlangen. Wir wollen uns die Zukunft nicht verbauen, sondern sie aufbauen.

Arbeiter

Immer wieder vorbei an einzelnen Holzklaubern, die schon von der Endstation Dornbach der Straßenbahn an uns vorbeileuchten; wenige Männer, viele Frauen, sehr viele Kinder. Wir erreichen eine Lichtung. Die Straße führt durch Wiesengelände. Auf einem halben Kilometer sehen wir aus. Die überstaut ist die Straße von Menschen, die auf allerlei Karren oder auf dem Rücken dürres Holz aus dem Wald bringen. Wir halten und die Herren der englischen Mission, denen mit dieser Fahrt das heutige und kommende Glend gezeigt werden soll, bitten uns, die einzelnen Herankommenden aufzuhalten und sie um ihr Schicksal zu befragen. Da rollen sich im hellen Sonnenschein des späten Nachmittags Bilder vor unseren Augen auf, wie wir sie sonst nur in den düsteren Vorstadtgassen, in den schlechtesten Proletariervierteln zu schauen gewohnt sind.

Hier eine Familie, die fünf Mann hoch, in den Wald ausgezogen ist, um sich auf dem Geselle eines ehemaligen Kinderwagens nun 50, 60 oder 80 Kilogramm dürres Holz heranzuschleppen. Der Vater ist ein Volkswehrman, die Frau kann von der Unterstützung nicht leben, vor allem aber kann sie nicht 60 Heller für ein Kilogramm Holz zahlen. Und so ziehen sie denn, so oft der Vater dienstfrei hat und es das Wetter erlaubt, drei, vier Stunden weit in den Wald hinaus und klaben den ganzen Tag über Holz. Jeder dürre Brühl wird von den Bäumen geholt. Der älteste Bub ist der Kletterer, der immer wieder hinauf muß, um jeden Ast, der unbeblättert ins Leere ragt, abzuschlagen, bis sie den hohen Pack beisammen haben, den sie dann vier Berge hinauf und vier Berge hinunter ziehen müssen, bis sie vom Steinriegel nach ihrer in Otakring gelegenen Wohnung kommen.

Dort die Kinder, zwei Brüder, ein elfjähriger und ein zwölfjähriger, beide blaß, obgleich sie den ganzen Tag über im Wald waren. Seit 1/7 Uhr früh sind sie draußen. Beide schmutzig, beide barfuß. Der eine hat den einen Fuß mit einem Fegen umwunden. Er hat sich irgend etwas in die Fußsohle getreten und dennoch trägt er eine Last von fünfzehn, vielleicht zwanzig Kilogramm nach der Stadt.

„Wo wart Ihr den?“

„Hintern Elfer,“ lautet die geheimnisvolle Antwort.

„Was heißt das, hintern Elfer?“

„Hintern dem ersten Kilometer,“ gibt er nur zur Aufklärung.

Gleich darauf wieder eine Familie. Ein Bindergehilfe aus einer Fabrik, der jetzt seinen Urlaub hat und von dem die Frau auslegt, daß ihr Mann seinen ganzen Urlaub mit dem Holzklauen verbringt. Wie sollen sonst seine drei Kinder den Winter über vor dem Erfrieren geschützt sein? Eine andere Frau erzählt, daß ihr Mann 130 Kronen Wochenlohn habe, sie aber dennoch hinausgehen müsse, Tag für Tag, um Holz für den Winter vorzusorgen.

Eine Großmutter kommt mit einem Karren vorüber. Sie war rückwärts in die Kellergraben. Aber mit dem Wagen kann ich net eini, der muß ich auf der Straße. Die lass'n. Aber ich hab'n mit an der Kett'n an an dem an der a'hängt und mit dem Schloß zug'spernt. Dabei greift sie sich von oben her in ihre am Halse ziemlich weit offene Bluse, um das an ihrer Brust verwahrte kostbare Gut, das Eieneschloß, hervorzuholen. Sie erschrickt nicht; sie wenig, als sie es nicht findet. Fieberhaft nestelt sie einen Rest von dem Holzpack los, in dem die Kette verwahrt ist. In diesen Rest hat sie auch das Schloß getan. Als sie es findet, zeigt sie es uns triumphierend. Auch sie, die Silberhaarige, geht barfuß und hatte tagsüber nichts anderes zu essen als die Kinder, die wir vorher trafen: ein Stück Brot. Längst schon stehen wir bei einer anderen Mutter, die mit ihrem zehnjährigen Bubin auch elf Kilometer weit war und die auch nichts anderes mitnehmen konnte als Brot und schwarzen Kaffee. Sie klagt darüber, als wir das schlechte Aussehen ihres Jungen bemerken, daß sie nicht imstande gewesen sei, das Kind in die Schweiz zu bringen.

Holzwilderer.

Blötzlich ein fürchterlicher Krach. Wie Donner fährt es durch die Stille. Wir wenden uns nach der Richtung und sehen noch mitten im Walde an einer Bewegung in den Baumkronen, daß hier wieder einmal ein Baum erlegt worden ist. Es wird nicht immer nur Dürholz aus dem Walde geschafft, es gibt auch heute schon, da die Not noch nicht so unmittelbar an uns herangekommen ist, Holzwilderer, die mit allerlei unzulänglichem Werkzeug ausgerüstet, in den Wald ziehen, um Bäume zu fällen, nicht aber auch, um sie ganz zu verwerten. Sehr oft werden solche Bäume in Meterhöhe abgebrochen und dann nicht ganz verwertet, sondern es werden nur ihre Reste mitgenommen, der Stamm bleibt liegen. Zeugen eines solchen Baumwundes waren wir eben auf Entfernungen. Das Krachen des fallenden Baumes, der im Falle auch Reste anderer gesunder Bäume niedergedrückt hat, hat alle Holzklauer erregt. Sie sind einig darüber, daß das gar nicht in Ordnung ist. Bäume zu fällen und sie nur halb zu nutzen, und wenden sich selbst gegen solche Schädlinge, denn diese haben es auf dem Gewissen, daß manchmal der Gendarm die Frauen anhält und ihnen auch das Dürholz wegnimmt. „Das ist eine Gemeinheit,“ sagt eine Frau ganz empört, „wenn man sich den ganzen Tag geplagt hat mit dem Klauen, daß einem dann der Gendarm das Holz wegnimmt!“ Was aber sollen die Gendarmen machen, wenn sie durch die Wälder streifen und sehen, wie nicht nur Bäume in Meterhöhe gefällt werden, wie nicht nur ganz junge Bäume unförmlich niedergelegt werden, sondern auch wenn sie sehen, daß älteren Bäumen die Nennschene so an den Leib gehen, wie es die Hasen in schneereichen Wintern tun; die Kinder abzugeben, wenn alles andere Futter unerschöpfbar tief unter dem Schnee liegt. Genau so die Menschen. Auch sie beginnen schon, die Rinde der Bäume abzunagen. Sie schälen die Bäume in anderthalb oder zwei Meter Höhe bis zur Wurzel herunter ab und verurteilen den Baum dadurch zum Tode.

Nicht nur im Wienerwalde geschieht es also, nicht nur im Tiergarten, in dessen Mauern leider manche Bredchen geschlagen sind, durch die ganz regellos Holz-

Rettet den Wienerwald!

Ein Ruf an Wien vom Vizebürgermeister Max Winter.

Wien gibt 514.000 Küchenbrandanweisungen aus, jeden für 13 Kilogramm Steinkohle wöchentlich oder für 20 Kilogramm Braunkohle oder Holz. Holz hat weniger Heizwert. Es müßten wenigstens 25 Kilogramm Holz gegeben werden, das heißt wir brauchen täglich nicht 172 sondern 215 Waggons Holz allein für den Küchenbrand, wenn wir die Kohle durch Holz ersetzen sollen. Wien braucht aber auch Zimmerbrand. Diesen mit 20 Kilogramm in der Woche berechnet, bedeutet weitere 145 Waggons Holz täglich. Küche- und Zimmerbrand zusammen 360 Waggons täglich und mit 200 Räte und Wintertagen ist zu rechnen. Ein Waggon Holz sind 20 Raummeter oder sieben schlagbare Bäume. 360 Waggons sind 2520 Bäume, so viele Bäume täglich geben aber eine Million schlagbarer Bäume in 200 Tagen. Wenn wir unsere Kräfte noch so sehr anstrengen, so können wir diese Riesenhölzmassen nicht schlagen und auch nicht nach Wien bringen, wenn sie schon geschlagen wären. Das aber heißt, daß vor der Bevölkerung ein fürchterlicher Winter steht: Ein Winter des Hungerns und Frierens, wie wir ihn noch nicht erlebt haben. Das aber heißt weiter: Unser Wienerwald, dieser Urquell unserer Gesundheit ist in allerhöchster Gefahr. Wir gehen einer Katastrophe entgegen. Ja, sie ist schon da, wir können sie nicht mehr aufhalten. Alles was wir tun können, ist, daß wir sie vielleicht mildern können, wenn das Ausland, wenn vor allem die Tschechoslowakei unseren Notschrei hört.

Blid in den Wienerwald.

Wenn wir heute hinauswandern, werden wir schon Zeugen eines Vorspiels dessen, was kommt und kommen muß. Die Grelbergstraße hinauf fährt unser Wagen:

Die Kohlenversorgung Wiens im Winter.

Das Ergebnis der Reise der städtischen Kohlenkommission.

Eine Unterredung mit dem Kommissionsmitglied Stn. Vaugoin.

Die Kohlenkommission der Stadt Wien ist Sonntag abends von ihrer Reise nach Prag und Berlin in Wien eingetroffen. Ueber den Erfolg und die Eindrücke in den beiden genannten Städten erzählt Stn. Vaugoin einem unserer Redakteure folgendes:

Die Konferenzen in Prag begannen Samstag, den 6. d., mit einem Empfang beim Handelsminister Doktor Heidler. Wir schilderten ihm die Kohlennot der Stadt Wien und machten auf die Folgen für unsere Industrie und das Gewerbe, die innerpolitischen Verhältnisse und die damit verbundenen Gefahren für den tschecho-slowakischen Staat aufmerksam. Darauf gründeten wir das Ersuchen, daß der Vertrag, der zwischen der österreichischen und der tschechischen Regierung abgeschlossen werden soll und uns eine bestimmte Kohlenmenge täglich zusichert, von letzterer ratifiziert werde. Handelsminister Dr. Heidler erklärte, seine Regierung habe nichts gegen die Ratifizierung. Es handle sich jedoch darum, daß Papiere von tschecho-slowakischen Staatsbürgern, die bei Wiener Banken deponiert seien, vom österreichischen Staatssekretär für Finanzen nicht freigegeben würden. Auf diesen Einwand bemerkten wir, daß wir von dieser Angelegenheit keine Kenntnis hätten und daß nicht ein Zusammenhang der Kohlenlieferungen mit diesen Papieren hergestellt werde. Diese Frage könnte auf anderem Wege beigelegt werden. Handelsminister Dr. Heidler erklärte sich dann bereit, uns auch Holz mit vollständig freier Ausfuhr zur Verfügung zu stellen.

Beim Ministerpräsidenten Tuzar. Dort war die Aufnahme weit entgegenkommender und liebenswürdiger. Ohne jeden Vorbehalt und Einwand ging der Chef der Prager Regierung auf unser Verlangen ein, wobei er betonte, daß er die Notlage Wiens aus eigener Erfahrung kenne, da er eine Wienerin zur Frau habe und er überdies aus den Briefen seiner Schwiegereltern den Stand der Dinge beurteilen könne. Er wolle gerne dahin wirken, daß der Vertrag abgeschlossen und die Lieferungen vertragsgemäß nach Möglichkeit eingehalten werden. Allerdings, sagte Ministerpräsident Tuzar, spielt da die Zugehörigkeit Tschens eine große Rolle. Wenn die Entente Tschens uns wegnimmt, geht das Karwiner Revier für uns verloren, dessen Ergiebigkeit doppelt so reich ist als die Ostaus. Der tschechische Staat wäre dann nicht mehr in der Lage, Kohle auszuführen. Der Kabinettschef machte, ferner, darauf aufmerksam, daß bedeutende Mengen Kohle auch nach Deutschland gehen und die Kohlennot heute nicht nur auf die geringe Förderung, sondern auch auf den Mangel an Transportmitteln, insbesondere Lokomotiven, zurückzuführen sei.

Präsident Masaryk, der uns nachher empfing, erklärte auf unsere Vorhalte, daß er schon aus egoistischen Gründen für die möglichste Belieferung Oesterreichs mit Kohle sei, um Ruhe und Ordnung im Nachbarstaat aufrecht zu erhalten und allfällige Schwierigkeiten vom eigenen Lande hintanzuhalten. Er sprach sich weiters dahin aus, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Staaten wieder angeknüpft werden müßten, da sie aufeinander angewiesen seien. Er halte jedoch dafür, daß nicht eine Donaukonföderation, wie so manche Staatsmänner in Wien wünschten, zustande komme — dies würde nur die Aufrichtung des alten Oesterreich bedeuten —, sondern daß in Zoll- und handelspolitischer Hinsicht ein gewisser Ausgleich gefunden werde. Das Absperren der Grenzen sei auf die Dauer nicht haltbar. Die Tschechen hätten wohl auch keinen Ueberschuß an Kohle, er (Präsident Masaryk) habe aber trotzdem nichts gegen den Abschluß des Vertrages, im Gegenteil, er wolle ihn wärmstens fördern. Der Präsident meinte ferner, die Tschechen hätten auch Spiritus zur Verfügung und seien zu Lieferungen bereit. Aus der ganzen Unterredung haben wir, erzählt Stn. Vaugoin, den Eindruck empfangen, daß Präsident Masaryk tatsächlich gewillt ist, insbesondere der Stadt Wien bei der Kohlenversorgung behilflich zu sein.

Wir sprachen dann noch bei dem Kohlenreferenten Dr. Beters vor, welcher auch zusagte, daß er im Sinne des Vertrages die Lieferungen durchführen wolle.

Die Unterhandlungen in Berlin.

Von Prag ging die Reise nach Berlin, wo die Konferenzen drei Tage in Anspruch nahmen. Zuerst eine Vorsprache beim Reichskohlenkommissar Stuy. Auf unsere Ausführungen erwiderte er, daß ein Vertrag mit Deutschösterreich bezüglich der Kohle bestehe, der aber leider in der letzten Zeit nicht zur Gänze eingehalten werden konnte. Oft konnte nur die Hälfte und sogar noch weniger geliefert werden. Er werde darauf dringen, daß die fällige Menge an Deutschösterreich abgegeben werde. Ein Darüberhinaus sei jedoch unmöglich, da die Deutschen 1.66 Millionen Tonnen Kohle monatlich an die Entente abgeben müßten, es sei auch unmöglich deshalb, weil die Förderung infolge der Streiks der Kohlenarbeiter stark gesunken sei sowie aber hauptsächlich deswegen, weil die Deutschen Mangel an gebrauchsfähigen Lokomotiven hätten. Maschinen seien genug vorhanden, aber 60% davon unbrauchbar, deren Herstellung in den Werkstätten bei dem mangelnden Arbeitseifer der Arbeiter

langsam vor sich gehe. Der Kohlenkommissar sprach die Hoffnung aus, daß bei erhöhter Arbeitsleistung die Reparaturen der Maschinen beschleunigt und die Kohlenlieferungen Deutschösterreichs dann eine bessere werden. Die Kohlenhalben sind keineswegs leer und der Arbeiter fragt sich, wozu er so viel fördern solle, wenn er auf Berge von Kohle das geforderte Material schaffen müsse. Der Ausfall in den Lieferungen liegt nur darin, daß die Transportmittel, vor allem Lokomotiven nicht vorhanden sind. Reichskohlenkommissar Stuy verschloß sich nicht der Meinung, daß geholfen werden müsse, er gab aber zu bedenken, daß insbesondere in den süd-deutschen Städten, wie z. B. in Nürnberg, ein noch ärgerer Kohlenmangel herrsche als in Wien. In Berlin selbst sei wohl keine Not, aber auch kein Ueberschuß. Die Kohle sei rationiert, Sparmassnahmen im Gas- und Stromverbrauch eingeführt und die Sperrstunde der öffentlichen Lokale herabgesetzt.

Reichspräsident Ebert versichert uns auf unsere Schilderungen hinaus, daß er seinen Einfluß geltend machen werde, um im Rahmen des Möglichen Oesterreich Hilfe zu bringen. Er kenne die bittere Kohlennot in Wien sehr genau und sei aus brüderlichen Gefühlen bereit, obwohl in Deutschland selbst Mangel an Kohle herrsche, Oesterreich Kohle zu geben, soweit es nur gehe.

Damit war unsere offizielle Mission erledigt. Wir beide, Kollege Körber und ich, erzählt Stn. Vaugoin weiter, suchten dann noch den Abg. Doktor Pfeiffer, den Generalsekretär des deutschen Zentrums, auf und unterhandelten mit ihm wegen der Kohle parteimäßig, um das Zentrum für die Not in Wien zu interessieren. Abg. Dr. Pfeiffer teilte uns über die Kohlenverhältnisse in Deutschland folgendes mit: In dem Friedensvertrag mit Deutschland, war ursprünglich die Bestimmung enthalten, daß die Deutschen 40 Millionen Tonnen Kohle jährlich nach Frankreich liefern. Diese Menge wurde später auf 20 Millionen Tonnen herabgesetzt. Die Deutschen wollten sich nur zur Lieferung von 12 Millionen Tonnen verstehen, die Entente bestand aber auf der geforderten Menge mit dem Vorbehalte, daß bei einer Mehrproduktion von 108 Millionen Tonnen dreifünftel, was über 128 Millionen geht, die Hälfte des Ueberschusses abgeliefert wird. Im Jahre 1913, also dem letzten ganzen Friedensjahr, wurden an Steinkohle 190 Millionen und an Braunkohle 87 Millionen Tonnen, zusammen 277 Millionen Tonnen Kohle in Deutschland gefördert. Diese Produktion ist seit dem Umsturz stark zurückgegangen und beträgt heute kaum mehr als 40 Millionen Tonnen. Wir müssen mit allen Mitteln trachten, fuhr Abg. Dr. Pfeiffer fort, die Förderung zu heben. Das zweite Augenmerk gilt, den Lokomotivmangel durch Beschleunigung der Reparaturen zu heben. Da liegen die Verhältnisse noch sehr im argen, da nur 18% Wiederherstellungen von dem Prozentsatz herausgehen als fertiggestellt werden könnten. Er erklärte, seine Partei bestimmen zu wollen, daß sie trachte, die bescheidenen Wünsche Deutschösterreichs zu erfüllen. Er glaube auch, daß es möglich sein werde, die Belieferung im vollen Umfange wie sie verlangt würde, durchzuführen. Die Kohlenfrage sei eine Weltkalamität und es müsse noch auf Jahre hinaus mit einer großen Kohlenknappheit gerechnet werden, solange nämlich die Verheerungen des Krieges nicht teilweise beseitigt, die Arbeitslust nicht wiedergekehrt und die Verkehrsverhältnisse nicht normal geworden sind. Frankreich ist mit Lokomotiven und Waggons verstopft, aber trotzdem nicht geneigt, einen Teil davon zu verkaufen. Die Amerikaner mußten Lastenautos auf französischem Boden anzünden, weil die Regierung nicht geduldet hat, daß sie verkauft werden und weil es sich nicht ausgezahlt hätte, sie nach Amerika zurückzuführen. Ueber die Valutafrage äußerte sich Dr. Pfeiffer dahin, daß in Deutschland sich ein Konzern gebildet habe, der mit einem amerikanischen in Verhandlungen stehe, und es sei alle Aussicht vorhanden, daß Deutschland demnächst ein großes Dollaranlehen aus Amerika erhalte.

Womit sich der Berliner Gemeinderat beschäftigt.

In einer Sitzung des Berliner Gemeinderates, der wir beiwohnten, erzählte Stn. Vaugoin weiter, gab es gerade eine große Kohlendebatte. Man glaubte sich nach Wien versetzt, wenn man die bitteren Klagen hörte, die allenthalben vorgebracht wurden. Die dabei angeführten Ziffern klangen allerdings ganz anders als die in Wien.

Eine Erscheinung, die sich auch in Berlin zeigt, ist die Wohnungsnot. Sie hat auch dort, obwohl viel mehr gebaut wird als bei uns, große Dimensionen angenommen und stellte die Gemeindeverwaltung vor die Frage, wie sie die aus Frankreich zurückkehrenden Kriegsgefangenen bequartieren soll. Da ist denn eine bemerkenswerte Verordnung des Magistrats erschienen, des Inhaltes, daß die berüchtigten Absteighotels und die unbenutzten Wohnungen von Ausländern requiriert werden. Der Oberbürgermeister hat weiters in einem Antrage an die Staatsregierung verlangt, daß alle Reichs-, Landes- und Gemeindeämter, alle Kriegsgesellschaften und Zentralen, welche Wohnungen zu Bureauzwecken verwendet haben, diese bis 1. Oktober zwangsweise zu räumen haben und dafür Kasernen, Baracken und Schlösser heranzuziehen seien.

Von einer Milchnot kann in Berlin nicht gesprochen werden. In allen Kaffeehäusern gibt es Milch-kaffee. Die Stadt hat nämlich die Futtermittel-lieferungen vom Staate erhalten und mit Hilfe dieser schließt nun die Gemeinde mit den einzelnen

Die Kohlenkatastrophe.

Vollständige Einstellung des Straßenbahnverkehrs. Weitgehende sonstige Sparmaßnahmen.

Amlich wird gemeldet:

Mittwoch nachmittag fand in der Staatskanzlei unter dem Vorsitz des Staatskanzlers eine Beratung statt, die sich mit der ungünstigen Kohlenlage Wiens befaßte. An der Beratung nahmen Staatssekretär Ingenieur Jerdik und Unterstaatssekretär Dr. Ellenbogen, Landeshaupmann Sever, Bürgermeister Reumann und Vizebürgermeister Ehammerling, Polizeipräsident Schöber, Sektionschef Schüller, Ministerialrat Dr. Alois, die Direktoren Karel und Wenzel und Referenten der Landesregierung und des Magistrats teil.

Staatssekretär Jerdik und Ministerialrat Dr. Alois erklärten zunächst die derzeitige Lage der Kohlenversorgung Wiens und Deutschösterreichs. Trotz der unausgesetzten Bemühungen des Staatsamtes für Handel und Kaufm. der Friedensdelegation in Saint-Germain und der Gemeinde Wien ist es nicht gelungen, eine auch nur etwas günstigere Belieferung Österreichs durch die Nachbarstaaten durchzusetzen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kohlenversorgung in ganz Europa darum ungünstig sein muß, weil nach den gepflanzten Erhebungen von der gesamten Friedensförderung Europas derzeit nur mehr fünfzig Prozent erzeugt werden. Doch wird von allen diesen Staaten Österreich deshalb am härtesten getroffen, weil es in seinem Hochgebirge nur über so geringe Kohlenvorkommen verfügt, daß es kaum 10 Prozent des Bedarfes aus eigener Produktion zu decken vermag und mit den restlichen 90 Prozent auf die Einfuhr aus den Nachbarstaaten angewiesen ist. Bei der eigenen Produktion Österreichs ist durch Investitionen des Staates, der Gemeinde Wien und sonstiger Gemeindefürsorge sowie der Industrie alles geschehen, um den eigenen Kohlenvorkommen soviel Kohle als möglich abzurufen. Neue Bergbau wurden erschlossen und sogar alte Galerien von in früherer Zeit nicht verwendeter Kohle werden nunmehr in großem Umfang ausgebeutet. Gleichwohl bedeckt die Eigenproduktion gegenüber dem Bedarf an ausländischer Kohle nur einen kleinen Bruchteil.

Die Tschecho-Slowakei hat für Wien seit geraumer Zeit nur etwa ein Viertel der vertragsmäßig zugesicherten Menge angeliefert, wobei festgestellt werden muß, daß auch diese vertragsmäßige Menge nur einen Bruchteil des tatsächlichen Bedarfes Wiens ausmacht.

Die Polen wären bereit, das vertragsmäßige Quantum nach Österreich anzuliefern; tatsächlich gelangen aber nur täglich 500 Tonnen nach Wien, weil die Tschechen trotz aller Bemühungen die Zustimmung dazu nicht geben, daß eine größere Anzahl von Wagen aus dem gemeinsamen Wagenpark für diese Kohlentransporte zur Verfügung gestellt werden.

Deutschland liefert von dem vertragsmäßigen Quantum etwa 10 Prozent. Diese großen Unlieferungen haben, trotzdem Kohle, die für den Betrieb der Eisenbahnen und der Industrie bestimmt war, dem Elektrizitätswerk ausschließlich zur Verfügung gestellt wurde, zu einer vollständigen Erschöpfung der Vorräte dieses Werkes geführt. Auch das Wiener Gaswerk kann seinen Betrieb nur zur Not aufrecht erhalten, ohne für den Winter irgend welche Vorräte zur Verfügung zu haben, so daß auch dieses bei irgend einer Unterbrechung der täglichen Zulieferung vor der Gefahr der Einstellung steht.

Der Küchenbrand kann nicht einmal zur Hälfte zur Verfügung gestellt werden, Hausbrandkohle kann überhaupt nicht verahfolgt werden.

Die Fruchtlosigkeit der bisherigen Bemühungen, bei den Nachbarstaaten und den Ententestaaten eine stärkere Belieferung Österreichs durchzusetzen, die Ergebnislosigkeit der von der Gemeinde Wien in Berlin und Prag in den letzten Tagen gepflogenen Verhandlungen zwingen nun zur **unberzöglichen Vornahme einschneidender Maßnahmen.**

Nach eingehender Diskussion aller einschlägigen Fragen wurde bestimmt, daß von Sonntag den 21. September früh an

Der elektrische Straßenbahnverkehr

zur vollständigen Einstellung kommt, daß weiter **alle Gast- und Kaffeehäuser**

sowie die Gastore um 8 Uhr abends gesperrt werden. Die elektrischen Aufzüge werden außer Betrieb gesetzt und Ausnahmen für die Bevölkerung können nur durch

beigebrachte ärztliche Zeugnisse für einzelne schwerkranke Personen bewilligt werden.

Die bisherigen Sparmaßnahmen für den Lichtverbrauch werden der Bevölkerung neuerdings zur genaueren Beachtung eingeschärft. Voraussetzlich werden binnen Kürze auch die Betriebe von Industrie und Gewerbe, die Leistungsbetriebe u. s. w. von dem ohnehin fargen Bezug elektrischer Energie ausgeschlossen werden müssen, wenn nicht eine Besserung der Kohlenbelieferung in allernächster Zeit zu erreichen ist.

Zur Beratung der Details der Durchführung dieser Maßnahmen findet heute Donnerstag im Staatsamt für öffentliche Arbeiten um 5 Uhr nachmittags eine Konferenz mit den durch die Sparmaßnahmen betroffenen Interessenten statt.

Unmittelbar nach Durchführung dieser Maßnahmen wird Staatssekretär Jerdik mit Sektionschef Schüller und Hofrat Dr. Alois nach Prag und Berlin fahren, um durch mündliche Verhandlungen neuerlich den Versuch zu machen, diese Nachbarstaaten zu einer verstärkten Kohlenbelieferung zu bewegen, damit einem vollständigen Zusammenbruch vorgebeugt wird.

Die Einschränkungen infolge der Kohlenkatastrophe in Wien.

Die Verfügung über die Einstellung der Straßenbahn.

Ministerialrat Dr. Kloss über den Inhalt der morgigen Verordnung.

Die städtischen Elektrizitätswerke haben noch einen Kohlenvorrat von 15 Tonnen. Eine verschwindende Menge, die nicht einmal eine halbe Stunde den Betrieb im bisherigen Umfange aufrechterhalten könnte. Das Unternehmen lebt also nur mehr von Billingdorf und dem täglichen Kohleneinlauf. Beide sind gerade noch imstande, die Industrie und gewerblichen Betriebe mit Strom zu versorgen und eine eingeschränkte Beleuchtung aufrechtzuerhalten, aber für die Straßenbahnen, die stärksten Konsumenten, bleibt keine Kraft übrig. Sie müssen Sonntag eingestellt werden. Die Betriebseinstellung ist so sehr dringlich geworden, daß die Gefahr besteht, daß der Betrieb des Elektrizitätswerkes noch vorher zusammenbricht, wenn ihm nicht Aushilfen gegeben werden. Dann würden die Sparmaßnahmen von selbst ohne Verordnung noch vor dem Sonntag erfolgen, allerdings viel weitergehend als sie bisher vorgeesehen sind.

Der Umfang der Betriebseinstellungen.

Personenbeförderung durch Lastenautomobile und Fuhrwerke.

An eine Abwendung der Katastrophe ist nicht mehr zu denken, es handelt sich lediglich darum, wie lange sie dauern wird. Darüber kann heute niemand eine Auskunft geben. Selbst wenn die Bemühungen der Entente missionen, die die Tragweite der Katastrophe erkennen, sofort erfolgreich sind, dauert es immerhin einige Tage, bis die Kohle da ist. Und bis dahin wird Wien ein Dorf sein.

Heute nachmittag fand die angekündigte Beratung der Interessentenvertreter statt, die der Besprechung über die Art der Durchführung der Verordnung galt. Ueber deren Inhalt teilte Ministerialrat Dr. Kloss heute einem unserer Redakteure folgendes mit:

Die Besprechung mit den Interessenten galt der Erörterung über die Art der Durchführung und ob nicht einzelne Wünsche vielleicht berücksichtigt werden könnten. Der Inhalt der morgen erscheinenden Verordnungen steht nach dem Ergebnis dieser Besprechung fast in allen Belangen fest. Im wesentlichen wird sie dahin lauten, daß die Abgabe elektrischer Energie für Bahnbetriebe nur zum Zwecke der Beförderung der notwendigsten Lasten gestattet sein wird. Ein Personenverkehr ist ausgeschlossen. Von diesem Verbot werden nicht nur die Wiener städtischen Straßenbahnen betroffen, sondern auch z. B. die Linien Wien—Gaimburg, Wien—Baden, die ihre Kraft vom städtischen Elektrizitätswerk beziehen.

Die Sperrstunde der Gast- und Schanklokalitäten (Kaffeehäuser, Bars, Konzertsäle, Varietés usw.) ist für 8 Uhr abends vorgesehen, doch ist es möglich, daß man diesen Betrieben über diese Stunde hinaus das Offenhalten bei Ersatzbeleuchtung gestatten wird. Die Entscheidung darüber sowie über die allfällige endgültige Sperrstunde ist noch nicht gefallen. Jedenfalls gibt es nach 8 Uhr abends kein elektrisches Licht. Gleichzeitig wird der Verbrauch der festgesetzten zulässigen Höchstmenge an elektrischer Energie auf die Hälfte in diesen Lokalen herabgesetzt. Industrie und Gewerbe bleiben vorläufig unberührt.

Die Haustorperre wird für 8 Uhr abends festgesetzt.

Die Benützung elektrischer Personenaufzüge ist nur in öffentlichen und privaten Krankenanstalten, in anderen Gebäuden nur Kranken gestattet.

Eine Gewährung von Ausnahmen ist grundsätzlich unter allen Umständen untersagt.

Diese Maßnahmen gelten für den Umfang des Gemeindegebietes Wien und für jene Gemeindegebiete, welche an die der Gemeinde Wien gehörigen Elektrizitätswerke einschließlich der Ueberlandzentrale in Ebenfurt und der Wienerberger Gasanstalt angeschlossen sind. Es werden also auch die elektrischen Bahnbetriebe in Baden und Mödling betroffen.

Im Laufe der heutigen Besprechung wurden Wünsche laut, die berücksichtigungswert sind und demnach weiter geleitet werden. Der eine geht dahin, daß der Personentransport mit Lastautos gestattet werde, wenn es sich um die Beförderung von Personen handelt, die in Betrieben beschäftigt sind, deren Aufrechterhaltung unbedingt notwendig ist, wie z. B. Brotfabriken, Zeitungsdruckereien. Ein anderer Wunsch geht dahin, daß alle möglichen sonstigen Fuhrwerke mit Pferden, wie Möbel- oder Streifwagen, ähnlich wie es beim Berliner Straßenbahnerstreik der Fall war, für den Personentransport herangezogen werden. Es wurde aber in diesem Falle Vorsorge getroffen, daß mit diesen Fuhrren keine Preistreiberei verübt wird.

Die bestehenden Vorschriften werden den Behörden auf das strengste eingeschärft und deren Einhaltung auf das strengste überwacht.

Ein Telegramm an den Präsidenten Masaryk.

Der Verband der Industriellen, Kaufleute und Gewerbetreibenden Oesterreichs haben an den Präsidenten Masaryk ein Telegramm gerichtet, in dem um Hilfe für die Wiener Bevölkerung erjucht wird.

Die Beratung des Stadtrates.

In der heutigen Stadtratsitzung gab Bgm. Neumann eine eingehende Darstellung über den Werdegang der Katastrophe, an die sich eine längere Debatte knüpfte. StR. Viber (Christlichsozial) erklärte, er sei sich der ersten Lage, in der sich die Stadt befinde, wohl bewußt, dessenungeachtet erjuchte er aber, von Maßnahmen abzuweichen, durch die die technischen Gewerbe getroffen werden könnten. StR. Schorsch (Sozialdemokrat) wünschte eine höhere Anspannung der Leistungen des Billingdorfer Kraftwerkes. StR. Baugoin (Christlichsozial) wies auf die entsetzlichen Folgen hin, die die jetzt zur Durchführung kommenden Maßnahmen für Wien haben werden. Leider habe man auch kein Absehen, wie lange diese Maßnahmen aufrechterhalten werden müssen. StR. Dr. Kienböck (Christlichsozial) meinte, es möge wenigstens einigermaßen der Zeitpunkt fixiert werden, wie lange die Maßregeln aufrechterhalten werden müssen. Bgm. Neumann antwortete, daß eine solche Fixierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht möglich sei, da niemand eine Ahnung habe, wann Zuschübe einlangen werden.

Die Hoffnung auf Billingdorf.

Direktor Karoll der städtischen Elektrizitätswerke erklärte, die Vorräte seien alle aufgebraucht, so daß er tatsächlich nur mehr mit jenem Kohlenquantum rechnen könne, das ihm täglich zugeschoben werde. Nachdem auch die Zuschübe verschieden seien, so höre sich eigentlich überhaupt jede Rechnung auf. Der Direktor gab weitere Aufschlüsse über die Abbauarbeiten in Neufeld und Billingdorf und erwähnte, daß er schon in den nächsten Tagen dem Stadtrate einen Bericht vorlegen würde über die Errichtung eines zweiten Tagbaues. Binnen Jahresfrist glaube er von Billingdorf 300.000 Kilowattstunden, aus der Hochquellenleitungsanlage 24.000, ebensoviele Kilowattstunden aus den kleinen Wasserkraften, welche jetzt angeschlossen werden, zu erhalten; dann rechne er mit 50.000 bis 60.000 Kilowattstunden aus Lunz und mit zirka 30.000 Kilowattstunden aus einer erst zur Ausführung kommenden Anlage im Selenental. Das alles zusammen gebe sovielle Kilowattstunden, daß er ungefähr die Hälfte des Bedarfes zu decken imstande sein werde.

StR. Dr. Kienböck spricht sich für eine vollständige Einstellung des Straßenbahnverkehrs aus, wenn sie notwendig sei. StR. Körber (Christlichsozial) regt einen Appell an die Arbeiterschaft zu vermehrter Arbeitsleistung an. StR. Sirotek (Tscheche) nimmt die Prager Regierung in Schutz, indem er erklärt, daß sie die Verträge nicht einhalten könnte. Die tschechoslowlawische Regierung sei gegenüber den Arbeitern machtlos. Eine Besserung der Verhältnisse liege nur in der Hand der Bergarbeiter. StR. Josef Müller (Christlichsozial) erwidert, daß man die Tschecho-Slowaken für die Verhältnisse nicht verantwortlich mache. Sie wissen aber gewiß nicht, in welchen trostlosen Verhältnissen Oesterreich sich befinde. Durch den beantragten Appell an die Bergarbeiterschaft würde man vielleicht zu einer Versöhnung kommen und auf diese Weise das nationale Moment ausschalten und das rein menschliche Empfinden in den Vordergrund rücken.

Zum Schluß betonte der Bürgermeister, daß die Straßenbahner während der Zeit, in der der Straßenbahnverkehr eingestellt sei, in vollem Ausmaße entlohnt werden. Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

20. IX. 1919

168

Die Beschlüsse gegen die Kohlentatastrophe unabänderlich.

Verschärfung der Kohlenkrise.

Die Betriebseinstellungen, die infolge der Kohlennot angeordnet sind, werden **unweigerlich am Sonntag** durchgeführt werden. Von Sonntag an wird Wien ohne Straßenbahn sein, Gast- und Kaffeewirtschaften werden um 8 Uhr abends geschlossen und die Einschränkungen im Industrieleben wie im Haushalte werden neuerlich eingeschärft. Das Furchtbare daran ist aber, daß heute nicht der geringste Anhaltspunkt dafür vorhanden ist, wie **lange** diese Einschränkungen dauern werden, da noch keinerlei Klarheit darüber besteht, ob eine Besserung in unserer Kohlenbelieferung in den nächsten Tagen zu erzielen sein wird. Im Auftrage des Kabinettsrates begeben sich Sendboten sofort nach Prag und Warschau, die Hilferufe an Clemenceau und Masaryk sind überreicht, aber ihr Erfolg steht noch vollständig in Frage.

Wie ernst die Lage ist, das ist auch dem rosigsten Optimisten heute dadurch klar geworden, daß bereits heute eine Droßelung des Verkehrs infolge der Verschärfung der Kohlennot plötzlich verfügt werden mußte. Das sind Kollapserscheinungen, wie sie in den Krisen schwerer Todesgefahr sich einstellen. Auch Wien steht vor einer solchen Lebenskrise.

Die Straßenbahn bereits heute gedrosselt.

Da sich die Kohlenkrise andauernd verschärft, so hat sich die Direktion der Straßenbahnen bereits heute nachmittags gezwungen gesehen, eine Droßelung des Verkehrs vorzunehmen. Diese Droßelung erfolgte derart, daß die sogenannten Mittagseinschübe, die zur Bewältigung des um diese Zeit besonders starken Verkehrs notwendig sind, nur noch zur Hälfte eingenommen wurden. Auch in den Nachmittagsstunden wurde die Verkehrsdroßelung im beschränkten Umfange aufrecht erhalten, indem der Abstand zwischen den einzelnen Wagen wesentlich vergrößert wurde. Der Kohleneinlauf in den Sinneringer Elektrizitätswerken ist dabei derart unbefriedigend und die zur Verwendung gelangende Kohle von einer solch schlechten Beschaffenheit, daß eine völlige Betriebseinstellung im Laufe des Samstags nicht ausgeschlossen erscheint. Wie lange diese Verkehrseinstellung dauern wird, läßt sich derzeit natürlich auch nicht annähernd feststellen. Zum mindesten muß mit mehreren Tagen, vielleicht sogar einer ganzen Woche gerechnet werden. Im Grunde hängt ja alles von den Verhandlungen in Prag und Berlin ab. Oesterreich wird dort durch den Ministerialrat Klotz vertreten sein, der sich morgen Samstag nach Mährisch-Ostau und dann von dort nach Prag und Berlin begeben wird.

Die Pariser Konferenz über unsere Kohlennot.

Paris, 19. September.

Der Oberste Rat beschäftigte sich heute mit der Kohlenfrage in Oesterreich.

Ein gemeinsamer Schritt der Ententemissionen.

Wie verlautet, haben die hiesigen Ententevertreter eine gemeinsame Demarche bei den Nationalstaaten unternommen, um so den bisher meist einzeln unternommenen Interventionen mehr Nachdruck zu verleihen. Von seiten der Missionen wird dabei versichert, daß alles unternommen werden wird, um eine Katastrophe, über deren Folgen sich niemand im Unklaren ist, abzumenden. Es wird dabei allerdings auch auf die technischen (?) Schwierigkeiten hingewiesen, die angeblich eine stärkere Kohlenzufuhr derzeit unmöglich machen; doch glaubt man, daß es in kurzer Zeit gelingen werde, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden und dann das latente Wiener Kohlenproblem einer dauernden Lösung zuzuführen.

Die Bitte an Clemenceau.

Br. St. Germain, 18. September.

Konsul Mayerhauser ließ heute dem Präsidenten der Friedenskonferenz die an diesen gerichteten Depesche des Staatskanzlers Dr. Renner übermitteln, in der

auf die verzweifelte Lage Oesterreichs, besonders Wiens, infolge der Kohlennot hingewiesen und der Oberste Rat gebeten wird, im Sinne des Friedensvertrages auf die Tschecho-Slowakei und auf Polen einzuwirken, damit das österreichische Volk vor dem Zusammenbruch und den Gefahren der Anarchie bewahrt bleibe, womit gleichzeitig einer Katastrophe vorgebeugt würde, die Mitteleuropa ernstlich drohe.

Ein Kabinettsrat.

Heute vormittag um 11 Uhr begann in der Staatskanzlei ein Kabinettsrat, auf dessen Tagesordnung insbesondere die Besprechung von Maßnahmen gegen die Kohlennot stand. Es wurde bei dieser Gelegenheit allgemein der Anschauung Ausdruck gegeben, daß sich die Kohlenlage in keiner Weise gebessert hat, sondern sich **vielmehr von Tag zu Tag verschlechtert**.

Die Dringlichkeit der Einstellung der Straßenbahn.

Bgm. Reumann teilte zu Beginn der heutigen Gemeinderatsitzung mit, daß heute vormittag die Gefahr bestand, den Straßenbahnverkehr **augenblicklich einzustellen**, da der Kohleneinlauf neuerlich sank. Es droht daher in naher Frist die Einstellung der Stromabgabe für industrielle Zwecke und damit ein gewaltiges Anwachsen der Arbeitslosigkeit.

Der Bürgermeister appellierte an die Wiener Bevölkerung, auch diesen harten Schlag mit jenem bewunderungswürdigen Mut und Ausdauer zu ertragen, mit der sie bisher Hunger und Not erduldet haben.

Der Kohleneinlauf.

Bezüglich des Kohleneinlaufes wird mitgeteilt: Die Einläufe sind im allgemeinen **schwach**, bis auf die Anlieferung aus Böhmen, das 37 Waggons Schwarzkohle sendete. Das Gaswerk erhielt heute 81 Waggons Ostauer Kohle, das Elektrizitätswerk 33 Waggons aus Oberschlesien und 13 Waggons Brüxer Kohle. Die kaum nennenswerten Mengen aus Polen wurden der Industrie überwiesen. Die Vorräte sinken ständig, die Lage ist als sehr ernst zu bezeichnen.

Ein Welt-Steinkohlensyndikat.

Haag, 19. September.

Holländisch Newsbureau meldet: Die amerikanischen Nahrungsmittelkontrolleure haben dem Obersten Wirtschaftsrate einen Plan für die Internationalisierung der Steinkohlenerzeugung der ganzen Welt vorgelegt. Es wird darin vorgeschlagen, ein Welt-Steinkohlensyndikat zu bilden.

Zunahme der Kohlenförderung in — England.

London, 19. September.

In der mit 6. September endenden Woche hat die Kohlenförderung $4\frac{1}{2}$ Millionen Tonnen ergeben, eine Vermehrung um 800.000 Tonnen gegen die Förderung vor drei Wochen. Die gewonnene Menge genügt für die Industrie und die Ausfuhr.

Die Elektrische Wien-Baden stellt ihren Verkehr nicht ein!

Die Direktion der Wiener Lokalbahnen (elektrische Bahn Wien-Baden) teilt berichtigend mit, daß sie den Personenverkehr nicht einstellt. Die Büge auf der Teilstrecke, die bisher vom städtischen Elektrizitätswerke mit Strom versorgt wurde, werden mit Dampflokomotiven befördert werden. Der Verkehr kann jedoch nur vom beziehungsweise zum Maßleinsdorfer Platz (Ende der Wiedner Hauptstraße) erfolgen.

Zugseinstellungen auf der Westbahn und Franz-Josefsbahn.

Die Staatsbahndirektion teilt mit: **Ab Montag** dem 22. September gelangen infolge der äußerst ungünstigen Kohlenzufuhr Einschränkungen im Wiener Nahverkehr zur Durchführung, und zwar unter anderem:

Wien-Westbahnhof—Neufawinkel die Büge ab Wien 4.20 nachm., und in der Gegenrichtung an Wien 7 Uhr 40 vorm.

Uhr 35
achm.;
zwinkel
ichtung
10 Uhr
dorf—
i. und
Wien-
vorm.i. a. n
son-
ü. g e
j. r. ä. n-
rd im
ungs-
ferem
arten-

Ein Mahnruf zur Kohlenfrage.

Von Professor Dr. F. Kollmann (Darmstadt).

In weiten Volkskreisen erregt es unliebsames Aufsehen, daß die Reichsregierung wie auch die Nationalversammlung erst in neuester Zeit der allgemeinen Kohlennot ihre besondere Aufmerksamkeit widmen, obgleich es schon seit Beginn dieses Jahres längst allgemein bekannt war, daß wir einer weiteren Minderförderung an Steinkohlen mit Sicherheit gewärtig sein müßten. Man hat allerdings in vielfachen Aufrufen an die Bergarbeiterschaft die Steigerung der Kohlenförderung als eine nationale Pflicht erklärt, andererseits auch durch Erlass des Gesetzes über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues eine gewisse Vorbeuge treffen wollen, aber alle diese Maßnahmen haben bisher weder eine Steigerung der Förderung in den maßgebenden Kohlenbezirken herbeigeführt, noch den Kohlenverbrauchern irgendwelche sichere Aussichten für die Zukunft eröffnet.

Vor allen Dingen ist zu beklagen, daß man eine Besserung der wirtschaftlichen Lage überhaupt nur von der höheren Kohlenförderung als solcher zu erwarten scheint, daß man aber der mindestens ebenso wichtigen Frage der Qualität der an die Verbraucher gelieferten Kohle anscheinend nur geringe Bedeutung beilegt. Hierin liegt eine ganzliche Verkennung des tatsächlichen Bedürfnisses insbesondere der Industrie und der gesamten Gewerbe, des Verkehrswezens und nicht zuletzt auch des Haushaltsbedarfs. Es ist notorisch, daß schon seit den ersten Kriegsjahren die Qualität der von den Syndikaten und Konzernen gelieferten Steinkohle sich ganz erheblich verschlechtert hat, und zwar derart, daß die Verbrauchsziffern für dieselbe Wärme- oder Kraftleistung in sehr vielen Fällen bis auf das Doppelte der Friedenszeit und mehr gestiegen sind. Die Vereinigung der Elektrizitätswerke und die Verwaltung der Preussisch-Hessischen Eisenbahngemeinschaft hätten längst zu ihrer eigenen Entlastung die seit dem Jahre 1914 festgestellten Kohlenverbrauchsziffern für die erzeugte Kilowattstunde bzw. für die Zugleistung auf das Tonnenkilometer im Vergleich zu den Ziffern der Vorkriegsjahre veröffentlichen sollen, damit das gesamte Volk über eine der wichtigsten Ursachen der allgemeinen Verteuerung in der Stromerzeugung und im Verkehrswezen unterrichtet worden wäre. Für die Beurteilung der Betriebskosten der Eisenbahnen sind derartige Vergleiche von ganz besonderer Wichtigkeit, da bekanntlich die Dampflokomotive auch mit ihren neuesten Verbesserungen in wärmetechnischer Beziehung eine nur höchst unvollkommene Maschine darstellt und halbmöglichst der Dieselmotorschiff oder der elektrischen Lokomotive das Feld überlassen muß. Außerdem wird der Lokomotivbetrieb durch die stark schlackende und rußende Kohle stark erschwert. Ähnliches Material können auch die Gasanstalten und die Verkokungsanstalten liefern, und wenn schon im Frieden der durchschnittliche Aschengehalt der westfälischen Gasohle 12 bis 14 Prozent gegen nur 7 bis 9 Prozent bei der englischen Durham-Kohle betrug, so ist leicht ersichtlich, in wie bedeutendem Maße nicht nur das Gasausbringen aus der Tonne Kohle durch mangelhafte Aufbereitung und ungenügendes Waschen der Kohle, sondern auch das Ausbringen an Nebenprodukten herabgesetzt werden mußte. Daß dieser erhöhte Gehalt der Steinkohle an wertlosen Beimengungen, d. h. an sogenannten Berg- und Schiefersteinen, noch obendrein hoch versteuert und sodann zu stark erhöhten Frachtsätzen auf den deutschen Eisenbahnen nicht nur vollkommen nutzlos, sondern wirtschaftlich in höchstem Grade schädlich an die Verbrauchsstellen befördert werden mußte, setzt der Unhaltbarkeit dieser Zustände die Krone auf. Die bloße Steigerung der heutigen Kohlenförderung, so erwünscht sie an sich auch ist, kann diese bedeutenden Schäden nicht verbessern, da jedermann weiß, daß man an minderwertigen und ungleichmäßig verunreinigten Kohlen keine wirklichen Ersparnisse machen kann und daß deshalb jede Grundlage für eine gesunde Kalkulation der industriellen Erzeugung fehlt. Die fortgesetzten sprunghaften Erhöhungen der Kohlenpreise und die seit dem 1. August 1917 hinzugesetzte ungeheuerliche Kohlensteuer von 20 Prozent des Wertes auf der Zeche haben diese Unsicherheit noch bedeutend vermehrt, so daß Industrie und Gewerbe heute nur noch von der Hand in den Mund leben und von einem Wiedereintritt in den früheren Weltmarkt gar keine Rede sein kann. Was man heute als Steinkohle der verschiedenen Sorten geliefert bekommt, ist in Bezug auf den Heizwert wie auch auf den Gehalt an wertvollen Nebenprodukten nicht entfernt mehr zu vergleichen mit den Lieferungen vor dem Kriege, die früheren Halben der Zechen sind verschwunden, dafür finden wir aber jetzt die großen Haufen von Steinen und Schiefer neben den Kesselhäusern und Lokomotivschuppen sowie auch in den Kellern und Aschenkästen der Haushaltungen.

Der wirtschaftliche Unverstand der Kriegszeit hat leider dahin geführt, daß man der Qualitätsfrage der Förderkohle keine Aufmerksamkeit schenkte, daß man vielmehr nur ein größeres Förderquantum um jeden Preis verlangte. Die frühere Kontrolle des einzelnen Förderwagens wurde allmählich aufgegeben, die Aufbereitungsanstalten der Zechen wurden nicht mehr voll ausgenutzt und noch weniger erweitert, namentlich aber hatte man für das sorgfältige Waschen der Kohle keine Zeit. Es darf nicht verschwiegen werden, daß auch

die Bergarbeiterschaft in dieser Qualitätsfrage vielfach ebenfalls verfaßt hat. Hier muß Wandel geschaffen werden, und zwar durch Wiedereinführung des Gedinges oder durch besondere Qualitätsprämien, da wir unmöglich auf die Dauer mit den heutigen Kohlenqualitäten auskommen und dieselben rationell verwerten können.

In weiten Volkskreisen kann man sich trotz der gewaltigen Fortschritte der letzten Jahrzehnte immer noch nicht daran gewöhnen, die Steinkohle, die Braunkohle und den Torf nicht nur als Brennmaterial zur direkten Verbrennung, sondern auch vor allen Dingen als Rohstoffe anzusehen, auf deren Veredelung man außerordentlich wichtige Industriezweige aufbauen. Nur den wissenschaftlich-technischen Fortschritten der neuesten Zeit ist es zu verdanken, daß der Wert namentlich der Steinkohle infolge der gesteigerten Gewinnung und Veredelung der Nebenprodukte so bedeutend gestiegen ist und daß bei der Wiederkehr ruhiger Zeiten auch für die Zukunft noch große Erfolge auf diesem Gebiete zu erwarten sind. Die Tätigkeit der Kohlenbauer hat in dieser Beziehung nur insoweit eine Bedeutung, als sie auf eine möglichst hohe Qualität der geförderten Kohle Bedacht nimmt. Alle Klagen über die Abnahme des Förderquantums kennzeichnen den Schaden nur nach der einen Seite hin. Man hätte vor allem eine Kommission aus wirklichen Sachverständigen der Produzenten- und Verbraucherkreise zur Untersuchung der bezeichneten Qualitätsfrage einsetzen sollen.

Nicht minder wichtig für die Hebung der Kohlennot wäre die Einsetzung einer aus sachverständigen Technikern bestehenden Kommission zur Untersuchung der Frage, inwiefern die in anderen Kohlenländern gemachten günstigen Erfahrungen im mechanischen Abbau der Steinkohle auf die Verhältnisse der deutschen Kohlenreviere angewendet werden können. Bisher ist es bei uns nur zu einzelnen Versuchen mit elektrischen Schrämmaschinen gekommen, während schon 1909 in England 23 Proz. der gesamten Kohlenförderung mechanisch abgebaut wurden und eine Erniedrigung der allgemeinen Selbstkosten herbeiführten. Viel weiter ist man im Laufe des Krieges in Nordamerika gegangen, wo nach den neuesten Berichten der Fachblätter der mechanische Abbau einen sehr bedeutenden Umfang angenommen hat. Wenngleich in dieser Frage sehr verschiedenartige geologische Verhältnisse der Kohlenfelder in Betracht kommen und deshalb die direkte Übertragung ausländischer Erfahrungen auf die deutschen Kohlenbezirke keineswegs angebracht ist, so dürfte sich doch ein genaues Studium der Frage des mechanischen Abbaus dringend empfehlen, da auf diese Weise der Ertrag der Handarbeit in weitgehendem Maße möglich erscheint und dem Mangel an arbeitswilligen Kräften abgeholfen werden könnte. Selbstverständlich ist bei dem mechanischen Abbau erst recht auf eine gute Aufbereitung und auf sorgfältiges Waschen der Kohle zu halten, damit der Heizwert möglichst groß wird.

Die von uns angeschnittene Qualitätsfrage der Steinkohle ist nun nicht nur eine Geldfrage für die Verbraucher, sondern sie hat vor allen Dingen eine allgemeine volkswirtschaftliche Bedeutung. Jeder Sachkundige weiß, daß wir den seit den 1890er Jahren deutlich hernorgetretenen Aufschwung unserer industriellen Tätigkeit und die bedeutende Steigerung der Ausfuhr vor allen Dingen der Qualitätsarbeit zu verdanken haben, die zuerst im großindustriellen Betriebe der Eisen- und Kohlenwerke zur allgemeinen Richtschnur wurde und sich nach und nach auf fast alle anderen Industriezweige übertrug. Sehr wesentlich ist dieses Streben nach Qualität durch die hohen Anforderungen der deutschen Kriegs- und Handelsmarine an die Qualitäten von Kohle und Eisen gefördert worden, sobald mit Recht die Marine als Standard der Groß-Industrie galt und die Düsselborser Ausstellung von 1902 aller Welt vor Augen führte, daß die sämtlichen Werke der Montanindustrie sich mit Stolz als Lieferanten der Kriegsmarine bezeichnen konnten. Heute aber liegt infolge des erheblichen Rückgangs der Kohlenqualität für die gesamte deutsche Industrie die Gefahr vor, daß die mindere Qualität sich auch in den übrigen Industriezweigen wieder einbürgert und den Wiedereintritt der deutschen Erzeugnisse in den Weltmarkt, ganz abgesehen von den Fragen der Valuta, unmöglich macht. In der Eisenindustrie sind schon seit längerer Zeit Qualitätsrückgänge deutlich zu beobachten, und Qualitäts-Erzeugnisse können nur zu sehr bedeutenden Ueberpreisen geliefert werden, weil man nur minderwertigen Kohlen keine Massenerzeugung von Qualitätsprodukten betreiben kann. Es ist deshalb auch nicht daran zu denken, daß die bei ersten Qualitäten mögliche Herabsetzung der üblichen Sicherheitskoeffizienten im Eisenbau allen Art zwecks Ersparung von Material stattfinden kann. Ebensovienig lassen sich mit minderwertiger Kohle die neueren Methoden der Entgasung und Vergasung der Brennmaterialien zu einem rationellen Abschluß bringen, da man zuerst natürlich mit guten Qualitäten Versuche macht und erst allmählich auch zu minderwertigen Rohmaterial übergeht. Was die Qualität bedeutet, sehen wir auch an unserer Ausfuhrkohle nach Holland und der Schweiz. Das Ausland ist weit entfernt davon, hohe Preise und große Frachtsätze für minderwertige Kohlenqualitäten zu zahlen, und würde keinesfalls die Kohle annehmen, die unserer deutschen Industrie seit Jahren, noch obendrein unter

den größten Schwierigkeiten, gehoben wird. Auch wir würden, falls es zu einem Bezuge von englischer oder amerikanischer Kohle im größeren Umfange kommen sollte, ganz gewiß unsere Qualitätsbedingungen stellen.

Es ist selbstverständlich die Aufgabe der einzelnen Kohlenzechen, die Qualität ihrer Erzeugnisse wieder auf die frühere Höhe zu bringen und noch weiter zu verbessern. Aber auch das Kohlen Syndikat hat, wenngleich es nur den Vertrieb der Kohlen besorgt, alle Veranlassung, auf die Kohlenzechen, namentlich in der heutigen Zeit der verminderten Förderung und der mangelhaften Bagengestellung, einen erheblichen Druck auszuüben, zumal die allseitig verlangte Qualitätsverbesserung auch mit ungeschultem Personal möglich ist. Sodann könnte auch der Reichskommissar für die Kohlenverteilung sich ein Verdienst nach dieser Richtung erwerben und ferner auch den hohen Eigenverbrauch der Zechen untersuchen. Nebenbei sei hier bemerkt, daß auch das Kohlen Syndikat bei rechtzeitigem Eingreifen recht viel zur Milderung der Kohlennot der letzten Jahre hätte beitragen können. Es hat sich aber, als man die Frage der Streckung der Kesselkohlen mit Koks behandelte, nicht darauf eingelassen, den Koks in der hierzu nötigen kleineren Stückform zu liefern, weil es offenbar den Materialverlust beim Brechen des Koks nicht auf sich nehmen wollte. Was unsere deutsche Ausfuhr von Kohle angeht, so würden wir bei entsprechender Steigerung der Produktion vor allen Dingen des Ausbaus der Wasserstraßen und einer großzügigen Tarifpolitik der Eisenbahnen bedürfen, die im getarnten Gegensatz zu dem heutigen Stand der sprunghaften und doch nutzlosen Tarifierhöhungen steht.

Um die Kohlenverbraucher gegen mindere Kohlenqualitäten zu schützen, könnte man sehr einfach auf den in industriellen Kreisen schon öfters erhobenen Vorschlag zurückkommen, wonach die verschiedenen Kohlenarten nur auf Grund eines minimalen Heizwertes und eines maximalen Aschengehaltes gekauft und im Preise festgesetzt werden sollten. Diese Maßregel ist unumgänglich notwendig, wenn unsere Kohlenzechen und die Syndikate es nicht in kürzester Zeit fertig bringen, wieder eine normale Friedensqualität zu liefern, ohne die ein dauernder Aufstieg unserer industriellen Tätigkeit nicht denkbar ist.

Unläßlich der beabsichtigten Sozialisierung der Elektrizitäts-Wirtschaft wird jetzt sehr viel von dem Ersatz der Kohlen durch Wasserkraften gesprochen. Man soll sich aber in dieser Beziehung vor Enttäuschungen hüten, da die Ausnützung der Wasserkraften nur dann rationell wird, wenn eine möglichst lange Benutzungsdauer des erzeugten Stromes durch Fabriken und elektrische Bahnen gesichert ist. Wenn wir alle bauwürdigen Wasserkraften im Reiche ausnützen würden, so könnten wir dadurch im günstigsten Falle etwa drei Viertel der bisherigen Kohlenförderung des Saargebietes ersetzen, dazu sind aber in den heutigen Zeiten ungeheure Baukosten erforderlich und ganz gewiß ein geringster Zeitraum von 10 bis 15 Jahren. Inzwischen wird man also die Ausnützung der Torfmoore nicht vernachlässigen dürfen. Jedenfalls ergibt sich, daß wir vor weiterem Fortschreiten in der Sozialisierung eine gründliche statistische hierzu geeignete technische Kräfte erheben lassen müssen, wie ja auch auf allen anderen wirtschaftlichen Gebieten das Fehlen einer zuverlässigen Statistik über Produktion und Verbrauch, über die Arbeitszeiten und den Umfang der Gedingearbeit, über die Zahl der gelehrten und ungelernen Arbeiter, über Menge und Wert der verwendeten Rohmaterialien, über den Wert der Produktion usw. sehr schmerzlich empfunden wird. Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß wir heute noch immer auf die nach den damaligen Auffassungen erhobene, heute aber nicht mehr genügende Berufs- und Betriebszählung von 1907 angewiesen sind. Auf solcher Grundlage kann man aber bei dem heutigen Tiefstand unserer Volkswirtschaft keine verständigen Entschlüsse fassen.

Keine Besserung der Kohlennot.

Sinken des allgemeinen Kohleneinlaufes. — Schwache Besserung bei den Elektrizitätswerken.

Auch die Bahntable geht aus.

Der Kohleneinlauf für die Elektrizitätswerke hat sich heute wohl etwas gebessert, an eine Ausnahme des Straßenbahnverkehrs ist jedoch noch immer nicht zu denken, um so weniger, als der morgige Einlauf infolge des Ausfalles der Sonntagsverladung, der sich jeden Mittwoch in den Einlaufziffern äußert, voraussichtlich wieder bedeutend sinken wird. Die Kohlenkatastrophe scheint noch nicht ihren Höhepunkt erreicht zu haben, da sie nun auch auf die Bahnen überzugreifen droht, deren Belieferung im Sinken begriffen ist. Die Not der Bahnen zwingt bereits zu Einschränkungen des Verkehrs und bedroht den ungestörten Transport der Lebensmittel. Damit türmt sich eine neue, weit größere Gefahr für Wien auf, als es die Einstellung des Straßenbahnverkehrs ist.

Viel hängt jetzt von dem Abschluß der Verhandlungen in Prag ab, die morgen vom Staatssekretär Perdik und Hofrat Dr. Kloß aufgenommen werden und der Durchführung des Vertrages gelten.

Der gemeinsame Wagenpark.

In Kohlenfachkreisen werden an die Tatsache der Ratifizierung des Prager Vertrages für die nächste Zeit keine allzu großen Hoffnungen auf eine bessere Kohlenbelieferung geknüpft. Es stehen nämlich der Durchführung des Vertrages große Schwierigkeiten entgegen. So lange der Wagenpark gemeinsam ist, werden sich die Tschechen auch durch den Vertrag nicht beirren lassen, Waggons aus dem gemeinsamen Park zu nehmen, so viel sie für ihren eigenen Bedarf zur Beförderung von Röhren, Holz und Kohle brauchen. Oesterreich müßte seinen eigenen Wagenpark haben, bezw. geliehen bekommen und dieser gebunden sein an den ausschließlichen Zweck des Kohlentransportes. Eine andere Verwendung oder Inanspruchnahme seitens der Nationalstaaten müßte ausgeschlossen sein. Die österreichische Regierung hat bereits in Paris um leihweise Ueberlassung von Waggons angesucht und es besteht Aussicht, daß die Franzosen mit Rücksicht auf die Wiener Kohlennot dem Ansuchen Rechnung tragen werden.

Die Kohlennot ist nicht zum geringsten Teile durch die geringe Förderung verursacht. Es wäre Sache des Obersten Rates in Paris, auf Deutschland und die assoziierten Mächte Einfluß zu nehmen, daß in den Kohlenstaaten statt des Stundenlohnes wieder der Akkordlohn eingeführt werde, sei letzterer so hoch wie immer. Nur dadurch könnte die Förderung derart gehoben werden, daß mit Rücksicht auf den gegenwärtig verminderten Bedarf der Industrie die Kohlennot ein Ende hätte. Dann würde sich auch die Einführung der geliehenen Waggons um so mehr bewähren, als unsere Kohle gleichzeitig mit dem eigenen Bedarfe des Kohlenstaates verladen würde. So lange diese Voraussetzungen einer stärkeren Belieferung nicht gegeben sind, besteht wenig Hoffnung auf eine dauernde Besserung. Wie es bisher mehrmals der Fall war, werden vielleicht in der nächsten Zeit nach Abschluß der Verhandlungen in Prag und Berlin größere Kohlenmengen nach Wien kommen, die aber bisher stets rasch wieder zurückgegangen sind. Sollte diese Tatsache neuerlich zutreffen, dann könnten wir höchstens an eine Unterbrechung der Katastrophe denken. Wir müssen selbst jene Garantien für die Einhaltung der Lieferungsverträge seitens Deutschlands und Tschechiens schaffen, die bisher als Gründe für die Nichteinhaltung derselben geltend gemacht wurden, das sind die Beistellung der nötigen Waggons und Einfuhrnahme auf die Förderung mit Hilfe der Entente.

Kein Frühverkehr der Elektrischen möglich.

Die „Kathauskorrespondenz“ schreibt zu der Anregung verschiedener Blätter, durch Droffselung der elektrischen Beleuchtung in Gast- und Kaffeehäusern sowie in Vergnügungsetablissemments und durch Betriebssteigerung des Ebenfurter Kraftwerkes wenigstens einen Morgenverkehr der Elektrischen zu ermöglichen: Es ist nicht möglich, die Elektrizitätslieferung an die Gast- und Kaffeehäuser usw. vollständig einzustellen, denn tatsächlich haben nur die größeren Betriebe für eine Ersatzbeleuchtung gesorgt, die kleineren haben hiezu nicht die Mittel. Aber selbst wenn die Einstellung erfolgte, betrüge das Ersparnis kaum 10.000 bis 12.000 Kilowattstunden täglich, während der Morgenverkehr der

Straßenbahn etwa 50.000 Kilowattstunden erfordern würde. Im Ebenfurter Kraftwerk, welches voll ausgenutzt ist, kann man die Erzeugung in den Morgenstunden nicht in dem erforderlichen Maße vermehren, weil hiezu mehr Kessel notwendig wären als vorhanden sind. Die als Ueberlandkraftwerk gedachte Anlage muß, um möglichst gleichmäßig belastet werden. Dementsprechend ist auch ihre Kesselanlage bemessen. Aber selbst wenn mehr Kessel vorhanden wären, würde die vorgeschlagene Konzentrierung des Betriebes auf die Morgenstunden einen größeren Kohlenverbrauch bewirken, weil dann ein Teil der Kessel alltäglich nur für eine kurze Betriebsdauer angeheizt werden müßte. Eine Kohlenverschwendung würde es auch sein, wenn der Frühverkehr der Straßenbahn durch die Wiener Elektrizitätswerke betrieben würde, deren Anlagen infolge der Beleuchtungseinschränkungen an und für sich schon sehr schlecht ausgenutzt sind und während der achtstündigen Arbeitszeit der Fabriken stark, nach Arbeitschluß jedoch fast gar nicht ausgenutzt sind. Käme ein Frühverkehr der Straßenbahn hinzu, dann müßten für einige wenige Stunden noch eine ganze Menge Kessel angeheizt werden.

Die Kohlenkommission für Zentraleuropa.

Die Verhandlungen in Mährisch-Odrau.

In Mährisch-Odrau, 23. September

Die Kohlenkommission für Zentraleuropa — so lautet der offizielle Titel der neuen Kommission — setzte ihre Beratungen Sonntag nachmittag bis tief in die Nacht fort. Sie waren ausschließlich der Erörterung der Versorgung Wiens mit Kohle gewidmet. Hofrat Kloß legte die Dringlichkeit einer sofortigen und ausgiebigen Hilfe für Wien dar. Nicht nur die Vertreter der Ententemächte, sondern auch der polnische und tschechische Delegierte anerkannten diese Dringlichkeit. Hofrat Kloß hat den Eindruck gewonnen, daß die deutsche, polnische und tschecho-slowakische Regierung das weitestgehende Entgegenkommen zeigen, wenn auch die eigene Kohlennot dieser Länder und insbesondere die außerordentlichen Transportbeschwerden die Hilfe nicht augenblicklich in ausreichender Menge ermöglichen.

Nach Mitteilungen der hiesigen Kohlenverteilungszentrale ist so wie in den letzten Tagen auch heute, die vertragsmäßig abzuführende Menge von 11.000 Tonnen Kohle pro Tag ordnungsgemäß nach Wien verladen worden.

Oberst Nutt äußerte seine Bereitwilligkeit zur raschen Lösung der Kohlenfrage. Bei den ungünstigen Produktions- und Verkehrsverhältnissen sei es unbedingt nötig, in sämtlichen mitteleuropäischen Staaten den Verbrauch an Kohle auf das Äußerste einzuschränken, um die Existenz der nicht mit Kohle versorgten Staaten zu ermöglichen.

Die Kohlenkommission hat nunmehr ihre vorbereiteten Arbeiten beendet und wird jetzt ihre Tätigkeit auf die Kontrolle des Transportes und Verbrauches verlegen. Die Kommission wird die oberste Instanz in allen Kohlenlieferungsfragen für Zentraleuropa bilden.

Die Teschener Kohlengruben an Amerikaner verkauft?

Paris, 23. September.

„Daily Mail“ zufolge wurden die Kohlenbergwerke im Teschener Gebiet an Amerikaner verkauft.

Ein neutraler Appell an die Menschlichkeit.

Die „Dtschweiz“, das christliche Organ in St. Gallen, dessen Chefredakteur Buomberger sich um die Schweizer Kinderhilfsaktion unvergängliche Verdienste erworben hat, schreibt in einem Aufsatz über die Wiener Kohlenkatastrophe:

Die Frage der Kohlenversorgung Wiens wird gerade zur Frage der Menschlichkeit und damit zur Frage der ganzen Menschheit. Wir, die Zeitgenossen, können und dürfen es nicht dulden vor unserem Gewissen, daß man auf diese barbarische Art eine ganze Millionenstadt und ihre Bevölkerung zugrunde richte. Das arme Wien hat wahrhaftig genug erduldet und gelitten; sein Volk hat gebietet in idealer Treue zu Kaiser und Reich, es hat alles geopfert aus Liebe zum Vaterlande; es hat entbehrt und gehungert, hat mehr getragen als alle andern, hat Reich und Thron und Krone untergehen sehen, hat ohne Mitleid die staaliche Umwälzung durchgeföhrt, hat dankbar den Bissen aus fremder Hand, selbst aus Feindeshand, angenommen und sich damit geföhrt, es hat seine Jugend in die Fremde geschickt, sich vom Liebsten, von seinem Kinde, getrennt, nur um wieder etwas leben zu können.

iden
lebens-
Glücks
ne zu
en der
limme,
! Herz
eße es
! Lau-
damit
ab all-
würden
bisher
eres
t, wer
n mit
ufen
ist sie

Der Morgen 27/X. 1919

156

Die Kohlentatastrophe.

Der siebente Tag.

Das waren nie erahnte Tage, und man kann vor ihren siebenten wahrlich nicht das Wort setzen: Und er sahe, daß es gut war.

Wer kann ermessen, was in diesen Tagen unseres Mißvergnügens an Hirn gymnastik geleistet worden ist. Wir haben die Zustände des Tages nicht nur mit unseren Muskeln quittieren müssen. Im Mehr der Muskelarbeit entstand einer der Gedanken, der glücklicherweise nicht zum Vorschein kommt. Wieviel Reformer, Verwaltungstechniker, Erfinder sind in den Tagen unter denen entstanden, die schimpfend, empört, ergeben, hoffnungsvoll den Weg zur Arbeit und den nach Hause gehen mußten! Wohl denen, die den nach Hause gehen nicht wissen, und wehe ihnen aus demselben Grund.

Das ist das Niederdrückende und Bekämmernde solcher Ereignisse, wie das eines ist, unter dem wir alle leiden, daß wir am Ende jeder hilfessuchenden Gedankenreihe zähneknirschend, mit Tränen der Wut und geballten Fäusten erkennen müssen: Wir sind machtlos. Wir, Kinder eines Geschlechtes, dessen Gedankenfrucht den Menschen durch den Luftraum fliegen läßt, Worte durch den Aether von Pol zu Pol schickt, zermürben uns an einer Alltagsnot. Was soll uns da noch der Gedankenstolz, wenn um ihn, filzig und in sich verbissen, ein Ring liegt, aus Parteilichkeit, Systemanbetung, Willenlosigkeit unlöslich verknüpft?

Hier wäre Platz für einen Trostgedanken: In diesen Tagen niederzwingender, bekämmernder Unfähigkeiten sind in den Säusen stumf Trotter hunderttausende wahre Republikaner entstanden; dergestalt, daß sie den Entschluß gefaßt haben, ihres Leibes Wohlerhalten nie wieder einem System, sondern der Vernunft anzuvertrauen. Es wäre schön, diesen Gedanken hegen zu können, wenn er nicht in der Schicksalsergebenheit des siebenten Tages eben nur so mit schwimmen würde, und wenn die Leute nicht ein so entsetzlich kurzes Gedächtnis hätten.

Das Ende der Verkehrsnot. Straßenbahnverkehr am Montag.

Wo bloß noch zwei Tage wird Wien ohne Straßenbahn sein, davon einen Sonntag, der den marstümlichen Menschen den sehnlichst herbeigewünschten Ruhetag bringen wird. Auf die telegraphische Anordnung des Staatssekretärs Berdik, den Straßenbahnverkehr am Montag wieder aufzunehmen, wurden gestern sofort beim Bürgermeister Reumann Beratungen gepflogen, als deren Ergebnis der Beschluß gefaßt wurde, den Straßenbahnverkehr am Montag im gleichen Umfang wie vor der Verkehrseinstellung wieder aufzunehmen.

Die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs erfolgt rein im Vertrauen darauf, daß die in Prag gemachten Zusagen auch wirklich eingehalten werden. Der eiserne Vorrat der städtischen Elektrizitätswerke beträgt heute 190 Waggons, dazu dürften noch heute und morgen rund 50 Waggons kommen, während am Sonntag wohl 25 Waggons erhofft werden, aber nicht entladen werden können. Von Montag an sollen dann die stärkeren Einläufe anrollen. Der Tagesbedarf des städtischen Elektrizitätswerkes beträgt bei den 90 zum 21. d. geübten Sparregeln rund 90 Waggons. Das Elektrizitätswerk könnte also zweieinhalb Tage betrieben werden, wenn die Prager Zusagen wieder, wie schon öfter, nur am Papier bleiben. Wir hoffen aber, daß sie diesmal auch in die Tat umgesetzt werden und eine neuerliche Einstellung des Straßenbahnverkehrs nicht notwendig sein wird.

Aus dem Kohlenamt.

Im Kohlenamt des Staatsamtes für Handel wird einem unserer Redakteure mitgeteilt: „Die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs am nächsten Montag hat Staatssekretär Berdik offenbar auf Grund außerordentlich bindender besonderer Zusagen seitens der tschecho-slowakischen Regierung angeordnet. Obgleich wir natürlich darauf angewiesen sind, daß die Zuschübe nordwestböhmischer Kohle in der nächsten Woche wenigstens annähernd im vertragsmäßig vereinbarten Ausmaße eintreffen, so erweist sich die Aufhebung der Einstellung der Straßenbahn doch schon jetzt als möglich, da es gelungen ist, für die städtischen Elektrizitätswerke Vorräte in der Höhe von 1909 Tonnen Braunkohle aufzuspeichern. Diese Kohlenvorräte sind natürlich nicht infolge der Einstellung der Straßenbahn erspart worden, denn der normale Verkehr der Straßenbahn absorbiert bekanntlich nur 20 Waggons (200 Tonnen), so daß durch die Einstellung binnen einer Woche insgesamt nur 1400 Tonnen hätten erspart werden können. Die Reserve wurde vielmehr dadurch ermöglicht, daß man anderen Verbrauchergruppen die Kohle entzog und sie den Elektrizitätswerken zuwies.“

Die vom tschecho-slowakischen Arbeitsminister Sampl zugesagten erhöhten Kohlenmengen dürften vor Anfang oder Mitte nächster Woche schwerlich hier eintreffen. Es verstreicht immerhin eine gewisse Zeit, bis die in Betracht kommenden Kohleninspektorate ihre Bewilligungen erhalten und weitergegeben haben, und der Transport nach Wien nimmt wiederum einen Zeitraum von zwei bis drei Tagen in Anspruch. Bis zum Eintreffen der erhöhten Zuschübe werden sich die Elektrizitätswerke eben mit den erwähnten Reservevorräten behelfen.

Die Einläufe nordwestböhmischer Braunkohle haben sich noch nicht wesentlich gebessert. Auch die Anlieferungen aus Oberschlesien lassen noch sehr zu wünschen übrig. Vorgestern betragen sie 250 Tonnen, gestern etwas mehr.

Übermorgen Montag wird also der Straßenbahnverkehr in dem vor der Einstellung bestandenem Umfang wieder aufgenommen werden. Doch bleiben die voriaen Sonntage in Kraft getretenen Kohlenparmaßnahmen, soweit sie die Hausdorferperre und die Lichtbeschränkung in den Gast- und Kaffeehäusern anlangen, bis auf weiteres aufrecht. Anweisungen hinsichtlich der anderen betroffenen Betriebe Erleichterungen möglich sein werden, steht noch nicht fest.“

Mitteilungen aus den Elektrizitätswerken.

In der Direktion der Städtischen Elektrizitätswerke wird einem unserer Redakteure über die neue Lage der Dinge mitgeteilt:

„Wie bekannt, wird am Montag der Betrieb der städtischen Straßenbahnen im selben Umfang wie vor der Einstellung wieder aufgenommen. Es geschieht dies lediglich auf Grund der Verfügung des Staatssekretärs Berdik, der in Prag offenbar den Eindruck gewann, daß zuverlässliche Hoffnung besteht, daß sich wenigstens die Kohlenversorgung der Elektrizitätswerke bessern wird. Doch ist bisher von einer namhaften Erhöhung der Kohleanlieferungen noch nichts zu spüren. Die für die Elektrizitätswerke bestimmten Einläufe an nordwestböhmischer Braunkohle betragen Donnerstag 22 Waggons, gestern ungefähr ebensoviel. Die Wiederaufnahme des Betriebes am kommenden Montag wird vorerst nur dadurch ermöglicht werden, daß das Staatsamt für Handel und Kohlenausfuhr zuweist, die es anderen Verbrauchergruppen entzieht.“

Durch die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs wird unsere Stromerzeugung täglich um 170.000 Kilowattstunden gesteigert.

Der Direktor der städtischen Elektrizitätswerke Ing. Eugen Karel hat sich Donnerstag vormittags auf eine dringliche Dienstreise begeben, von der er gestern abends zurückgekehrt ist.“

Prag wundert sich.

Aus Prag, 26. d., wird uns telegraphiert: Es ist unverständlich, wie Staatssekretär Berdik nach Wien optimistische Berichte senden konnte, nachdem ihm in Prag nichts mehr als bloße Versprechungen über die Versorgung Wiens mit Kohle gegeben werden konnten und die tschechische Regierung fest die Ansicht vertritt, daß die Kohlenförderung kaum für den eigenen Bedarf ausreicht. In der gestrigen Sitzung des Prager Stadtrates wurde zur Sprache gebracht, daß die Prager Elektrizitätswerke nur mehr für zehn Tage Kohle haben. Die einlangende Braunkohle ist von überaus schlechter Beschaffenheit und reicht nicht zur Erzeugung des nötigen Dampfes. Der beigezogene Bergrot Dr. Erdlicka erklärte, daß die gesamte Kohlenförderung nachzukommen. Er sagte, daß diese Lieferungen unbedingt werden verringert werden müssen. Außerdem wurde vorgeschlagen eine Herabsetzung der Polizeistunde, Kürzung der Verkehrszeit am Abend um eine Stunde und weitere Einschränkungen.

Verkehrsdrosselung in Prag.

Aus Prag, 26. d., wird uns telegraphiert: In der gestrigen Sitzung des Verwaltungsrates der Prager elektrischen Unternehmungen berichtete der Chef des Elektrizitätswerkes Baurat Sixta, daß unter den gegebenen Verhältnissen der Straßenbahnverkehr im Laufe des Monats Oktober in der Weise wird eingeschränkt werden müssen, daß die Wagen schon um 4 Uhr in die Remise eingezogen werden, so daß der Tramwayverkehr schon um 5 Uhr abends eingestellt sein würde. Hierfür führte er drei Gründe an: Zunächst den Kohlenmangel. Der Kohlenvorrat reiche nur auf sieben Tage, ferner unüberwindliche Schwierigkeiten bei der Erzeugung der elektrischen Energie infolge schlechter und mangelhafter Maschineneinrichtungen und endlich das langsame Tempo der Arbeiten und Lieferungen für den Bau des neuen Turboerzeugers durch die Böhmischo-Mährische Maschinenfabrik.

Die Konferenzen in Berlin.

Die Lieferung einer Transportfrage.

Aus Berlin, 26. d., wird telegraphiert: Die österreichische Delegation traf heute in Berlin ein, und nachmittags fanden beim Reichskommissär für die Kohlenverteilung Verhandlungen wegen der Belieferung Deutschösterreichs statt. Der Reichskohlenkommissär erläuterte zunächst die schwierige Kohlenlage Deutschlands und die unzureichenden Abtransportmöglichkeiten aus dem ober-schlesischen Revier. Insbesondere wurde darauf verwiesen, daß die Wagengestellung am gestrigen Tage, das ist am 25. d., im ober-schlesischen Revier nur 3500 Wagen erreichte und daß vereinbarungsgemäß eine Wagengestellung von förder-

täglich 6500 Wagen nötig ist, um die Lieferung von 7500 Tonnen täglich nach Deutschösterreich zu ermöglichen. Der Reichskohlenkommissär erklärte sich von der schwierigen Notlage Deutschösterreichs überzeugt und stellte in Aussicht, daß die vertragsmäßig festgesetzte förderfähige Menge zur Anlieferung gelangen werde. Die Steigerung der derzeitigen Lieferung hänge jedoch vor allem von der Wagengestellung ab. Mit Rücksicht darauf, daß die Belieferung Deutschösterreichs demnach zunächst eine Transportfrage darstellt, werden die Verhandlungen morgen nachmittags im Ministerium für öffentliche Arbeiten fortgesetzt werden. Die österreichische Delegation dürfte spätestens am Montag in Wien eintreffen.

Kein Bahnverkehr an Sonntagen?

In der gestrigen Verwaltungsratssitzung der Südbahn teilte Generaldirektor Fall mit, daß im Verkehrsamt zwischen den deutsch-österreichischen Bahnen Verhandlungen stattfänden, die sich mit der Einstellung des Gesamtverkehrs auf sämtlichen deutsch-österreichischen Strecken an Sonntagen befäßen. Grund dieser Maßregel sei die drückende Kohlennot, die uns zwingt, auf jedem möglichen Weg Ersparungen zu erzielen. Da der Sonntagsverkehr hauptsächlich einen Vergnügungsverkehr darstelle, der nicht den dringendsten Bedürfnissen der Bevölkerung diene, seien Besprechungen betreffs einer völligen Einstellung im Gange.

Wie es heißt, soll lediglich an dem kommenden Sonntag, da an diesem Tag die Straßenbahn noch nicht verkehrt, der Lokal- und Fernverkehr der Bahnen noch aufrecht bleiben.

Das Staatsamt für Verkehrsweisen teilt auf unsere Anfrage mit, daß dort außer dem Gerücht von einer geplanten Sonntagsverkehrseinstellung nichts bekannt ist.

Die Ärzte und der Verkehrsstandal.

Seitens der Ärztekammer wird uns mitgeteilt:

Infolge des vollständigen Unvermögens der Behörden, den Ärzten, die bei dieser schweren Verkehrsmisere ihre Praxis nur mit dem Aufwand der größten Anstrengung und mit Einbuße ihrer Gesundheit durchführen können, eine Erleichterung zu schaffen, hat die Wiener Ärztekammer im Einvernehmen mit dem städtischen Gesundheitsamt und dem Zentralärzterat für Wien beschlossen, zur Wahrung der Volksgesundheit einen Appell an die Ärzteschaft zu richten mit der Bitte, sich gegenseitig auszuheilen und für den Fall, als es infolge der arroken Entfernung einem Arzt nicht möglich ist, seine Patienten zu besuchen, einen in der Nähe wohnenden Kollegen zu ersuchen, für ihn zu intervenieren, nachdem ihm die entsprechenden Informationen bezüglich des Falles gegeben wurden.

Auf diese Weise ist jedem Kranken die Möglichkeit geboten, in allen Fällen auf ärztliche Hilfe zu rechnen; er braucht nur seinen Arzt telephonisch zu berufen und dieser wird, falls es ihm physisch unmöglich ist, dem Rufe zu folgen, Sorge tragen, daß ein Mann seines Vertrauens die Behandlung übernimmt. In der Voraussetzung, daß die Verkehrsschwierigkeiten in kurzer Zeit behoben werden, daß aber auch dann noch mit einem beschränkten Straßenbahnverkehr lange Zeit hindurch gerechnet werden muß, soll an die Direktion der städtischen Straßenbahnen herangetreten werden mit dem Ersuchen, die Verfügung zu treffen, daß jeder sich legitimirende Arzt auch bei überfülltem Wagen den unbedingten Anspruch der Mitfahrt erhält. Sedenfalls will die Ärzteschaft jedes Obier bringen,

Zerdrück über die Kohlenlieferungen.

Im gestrigen Kabinettsrat, der länger als fünf Stunden dauerte, legte zunächst Staatssekretär Dr. Schumpeter seinen Finanzplan in einem breitangelegten Exposé dar, dessen Ausführungen beinahe vier Stunden in Anspruch nahmen.

Sodann erstattete Staatssekretär Ing. Dr. Berdit einen Bericht über den Erfolg der Reise nach Prag und Berlin und über den derzeitigen Stand der Kohlenversorgung. In Prag hatten die österreichischen Delegierten, der Staatssekretär, Sektionschef Dr. Schüller, Ministerialrat Dr. Klok und Vizebürgermeister Emmerling, persönlich und sachlich ein kaum erwartetes freundschaftliches Entgegenkommen gefunden. Die meritorischen Verhandlungen über den Kohlenlieferungsvertrag gingen rasch und reibungslos vor sich. Die tschechischen Unterhändler zeigten sich geneigt, so weit entgegenzukommen, als es der derzeitige Kohlenstand in der Tschecho-Slowakei und die eigene Versorgung zulässig erscheinen lassen. Das Ergebnis war denn auch ein Vertragsentwurf, der, sowohl was die Lieferungs menge als auch was die Modalitäten der Bezahlung betrifft, ein ziemlich günstiger ist. Der Vertrag geht weit über den Austauschvertrag hinaus und würde uns, die alatten Anlieferungen aus Oberschlesien und Galizien vorausgesetzt, bei sparsamem Verbrauch aller Kohlenformen entheben. Bezüglich der Bezahlung zeigten sich keine Schwierigkeiten, da unsere Angebote über Kompensationsobjekte widerspruchlos angenommen wurden und auch die valutatorische Frage keinerlei Schwierigkeiten bereitete.

Die Transportfrage.

Die Hauptschwierigkeit bildet jedoch die Transportfrage. Es fehlt in Tschechien derzeit tatsächlich an Wagons, ein Zustand, der für die nächste Zeit noch verschärft werden wird, da durch die Ruderkampagne und die Rübentransporte das rollende Material immer mehr in Anspruch genommen wird. Außerdem liegen bei genügender Wagenbestellung noch andere Schwierigkeiten vor, da die Lokomotiven wegen wichtiger staatlicher Transporte stark in Anspruch genommen und auch die Schienenwege nicht immer frei sind. So kommt es, daß jetzt ein Kohlenzug aus dem Dux-Falkenauer Revier bis Wien, der im Frieden zwei Tage gebraucht hätte, nicht unter vier Tagen hergebracht werden kann.

Weitere Verhandlungen.

Wenn auch der Vertrag in Prag fix und fertig ist, so werden noch eben zur Vereinigung der noch schwebenden Transportfragen weitere Verhandlungen notwendig sein, zu denen sich die Delegierten in den nächsten Tagen neuerlich nach Prag begeben werden. Die Hoffnung, daß der letzte Zug unter dem Kohlenvertrag Ende der laufenden Woche gemacht wird, und daß daher in der nächsten Woche die regelmäßigen Einläufe aus der Tschecho-Slowakei gesichert sind, ist eine wohl begründete.

Deutschlands Kohlennot.

In Berlin fand die österreichische Delegation Verhältnisse, die sich von den unstrigen nur unwesentlich unterscheiden. Die Herren hatten dort das Gefühl, als käme der ärmste Bruder zu dem armen Bruder um Hilfe bitten. Die Kohlenablieferungspflichten aus dem Versailler Vertrag lasten so schwer auf dem Deutschen Reiche, daß die Unmöglichkeit der Erfüllung, wenn anders nicht draußen ein vollstän-

diger wirtschaftlicher Niederbruch erfolgen soll, auch den maßgebenden Personen der Entente nicht unerkannt bleiben mußte. Die Folge davon war, daß bereits ein Nachlaß in der Menge der abzuliefernden Kohle bewilligt wurde. Wenn nicht die Entente zu gunsten Deutschösterreichs auf weitere Quantitäten verzichtet, wird es außerordentliche Schwierigkeiten haben, uns auszubekken. Dies bezieht sich jedoch in erster Linie auf Kohle westlicher Provenienz, während die Ablieferung der versprochenen Mengen aus Oberschlesien schon für den Bedarf Deutschlands miteingerechnet wurde. Was uns unsere Brüder von draußen hereinschicken, sparen sie sich buchstäblich unter Entbehrungen ab.

Verhandlungen mit der Entente.

Es wäre also, um ausgiebige Kohlenhilfe aus dem Deutschen Reiche zu erhalten, Sache von Verhandlungen mit den Ententestaaten, uns einen Teil der im Versailler Vertrage festgesetzten Ablieferungsmenge abzutreten, und es sollen demnächst dahin abzielende Schritte unternommen werden.

Die Kohlenlage in Wien.

Was die augenblickliche Kohlenlage in Wien betrifft, so sind wir bei äußerster Sparsamkeit mit dem Allernotwendigsten für so lange gedeckt, bis der Vertrag mit der Tschecho-Slowakei uns die ersten reichlichen Nachschübe liefert. Voraussichtlich aber werden die letzten Reserven, die während der streifenbahnlosen Woche für das städtische Elektrizitätswerk aufgespeichert wurden, herangezogen werden müssen, um den Betrieb aufrechterhalten zu können. Da die Anlieferung von Schwarzkohle günstiger ist als die von Braunkohle, steht es mit der Versorgung der städtischen Gaswerke wesentlich besser als mit dem Elektrizitätswerk. Es kann auch Schwarzkohle jenen Industrien, die sie am dringendsten brauchen, in bescheidenen Mengen abgegeben werden. Die letzten Tage werden voraussichtlich eine vollständige Klärung bringen, die nach dem heutigen Stand die bittersten Sorgen für den Winter von uns bannen wird.

Wien bekommt ober-schlesische Kohle.

Aus Mährisch-Ostau, 29. d., wird uns telegraphiert: Die Bemühungen des Obersten Nutt, des Vorsitzenden der Kohlenkommission für Mitteleuropa, die Kohlennot Wiens durch ausgiebige Belieferung aus dem ober-schlesischen Revier zu mildern, versprechen einen günstigen Erfolg.

Oberst Nutt weilt während der vergangenen Woche zweimal im Rattowitzer Revier und ist erst heute von dort zurückgekehrt. Aus seinen Mitteilungen geht hervor, daß die Lage im ober-schlesischen Revier, in dem wieder normal gearbeitet wird, eine erfreuliche Besserung erfahren hat, wenn auch der Ausfall in der Produktion, der durch Unruhen und Ausstände durch nahezu acht Wochen hervorgerufen wurde, nicht sobald hereingebracht werden kann. Während der letzten Woche betrug die durchschnittliche tägliche Förderung im ober-schlesischen Revier 98.000 Tonnen, was gegenüber der Zeit vor den Ausständen ein Plus von 6000 Tonnen täglich bedeutet, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Zahl der Bergarbeiter um mehrere Tausend ge-

sunken ist, die während der Unruhen nach Polen auswanderten. Gelingt es, den ober-schlesischen Bergbetriebern neue Arbeitskräfte zu gewinnen, so ist ein weiteres Steigen der Produktion mit Sicherheit zu erwarten. Aus dieser günstigen Förderung in Oberschlesien hofft Oberst Nutt große Zuschübe für Wien zu erlangen.

Wie Ihr Korrespondent aus Kommissionskreisen erfährt, soll Oberst Nutt aus dem ober-schlesischen Revier bereits bindende, im Einvernehmen mit der Berliner Regierung gegebene Zusagen für erhöhte Zuschübe nach Oesterreich mitgebracht haben. Dagegen ist nach den aus dem Dombrowaer Revier bei der Kohlenkommission einlaufenden trostlosen Berichten mit Zuschüben polnischer Kohle für Wien in absehbarer Zeit nicht zu rechnen. Im Dombrowaer Revier herrscht völlige Anarchie. Die Förderung ist auf ein Minimum gesunken, die Werke arbeiten größtenteils mit Verlust und die Besitzer drohen mit der gänzlichen Einstellung der Betriebe. Eine Besserung ist nicht zu erwarten, da in diesem Revier systematisch Streik auf Streik zu folgen scheint.

Oberbergat Durich vom tschecho-slowakischen Arbeitsministerium weilt noch in Prag, um dort den Bericht der österreichischen Delegierten abzuwarten. Laut Mitteilung desselben an die Kohlenkommission in Mährisch-Ostau wird die Tschecho-Slowakei die ihr vertraglich auferlegten Kohlenquantitäten von nun an in vollem Umfang nach Deutschösterreich liefern. Mit einer Erhöhung der Zufuhren kann jedoch insoweit nicht gerechnet werden, als die tschechische Industrie, insbesondere die Glasindustrie, selbst unter schwerem Kohlenmangel leidet.

Minister Hampel gegen den Boykott Oesterreichs.

Aus Prag, 29. d., wird uns telegraphiert: Tschechischen Industriellen, die wegen der mangelnden Versorgung der Industrie mit Kohle beim Arbeitsminister Hampel vor sprachen, erklärte der Minister: Die Möglichkeit, die Situation der Industrie zu bessern, liege im Sparen im Inland sowohl wie im Export. Was die Lieferungen ins Ausland anlangt, so werde er die Politik des Chauvinismus nicht mitmachen und nicht zum wirtschaftlichen Bankrott Oesterreichs beitragen, obwohl er anerkenne, daß die Lage der Industrie in der Tschecho-Slowakei in den nächsten Monaten gefährlich sei.

Der Eisenbahnverkehr in Deutschland.

Aus Berlin, 28. d., wird gemeldet: Das Wolffsche Bureau meldet: Wie wir erfahren, ist die Blättermeldung, daß Ende Oktober der Eisenbahnverkehr auf ein Minimum herabgesetzt werden soll, nicht zutreffend. Dagegen wird geplant, an den Sonntagen nur noch etwa notwendige Arbeiterzüge, die Mißzüge sowie je einen Schnellzug auf jeder Strecke verkehren zu lassen. Eine weitere Einschränkung des Personenerkehrs hält das Eisenbahnministerium für unmöglich.